

13kat. 7  
4093  
RUDOLF KÖTZSCHKE / WOLFGANG EBERT

Geschichte  
der  
ostdeutschen  
Kolonisation

---

BIBLIOGRAPHISCHES INSTITUT AG.

---

LEIPZIG

Prof. Dr. Rudolf Kötzschke, der langjährige Leiter des Seminars für Landesgeschichte und Siedlungskunde an der Universität Leipzig, legt hier gemeinsam mit seinem Schüler Dr. Wolfgang Ebert eine Geschichte der ostdeutschen Kolonisation vor. Die Besiedlung des deutschen Volkbodens verdient gerade in der Gegenwart ein eingehendes Studium. Die beiden Verfasser haben es unternommen, einen Überblick über den Stand der Forschung zu geben, der besonders dadurch wertvoll wird, daß er in einer Form niedergeschrieben ist, die jedem das Verständnis der angeschnittenen Fragen ermöglicht. Wolfgang Ebert hat die landeskundlichen Grundlagen und die Entwicklung in Stadt und Land dargestellt, während Rudolf Kötzschke einen großen geschlossenen Überblick über die gesamte historische Entwicklung gibt.

4013

Geschichte der  
ostdeutschen Kolonisation







4013

# Geschichte der ostdeutschen Kolonisation

Von

Dr. Rudolf Kötzsche

Universitätsprofessor

und

Dr. Wolfgang Ebert



---

Bibliographisches Institut A. G. in Leipzig

Ministerstwo Ziemi Czyskanych  
BIBLIOTEKA

nr. Ks. inwest. \_\_\_\_\_

UNIwersytet GDAŃSKI  
Instytut Historii  
Gdańsk-Oliwa  
ul. Wita Stwosza 58



Biblioteka  
Uniwersytetu Gdańskiego



\*1100678982\*



H

1005



9/1/1985

CZYTELNIA

Alle Rechte vom Verleger vorbehalten  
Copyright 1937 by Bibliographisches Institut AG., Leipzig  
Druck: Bibliographisches Institut AG. in Leipzig  
Printed in Germany

# Inhalt

Vorwort . . . . .	7
I. Landschaftskundliche Grundlagen . . . . .	9
II. Landnahme und Siedlung auf ostdeutschem Volksboden in ihrem geschichtlichen Werden und Wachsen . . . . .	18
1. Oststämme und fränkisches Reich bei der Grenzhut . . . . .	19
2. Die Wiedergewinnung des Ostens seit dem Aufstiege des ersten Deutschen Reichs: Grundlinien der Bewegung . . . . .	29
Zeiten der Wegbereitung . . . . .	29
Die Höhezeit mittelalterlicher Ostsiedlung . . . . .	39
3. Der Entwicklungsgang in den einzelnen Landschaften . . . . .	51
Österreich und das Ostalpenland . . . . .	51
Der Subetenraum . . . . .	60
Die mittelbairischen Lande . . . . .	67
Brandenburg und seine Marken . . . . .	71
Ostholstein und Mecklenburg . . . . .	74
Der Oberraum: Schlessen . . . . .	79
Pommern . . . . .	84
Preußen . . . . .	86
Die baltischen Lande . . . . .	91
Ungarn . . . . .	94
Polen und seine östlichen Randgebiete . . . . .	99
Ergebnisse . . . . .	105
4. Vom Mittelalter zur Neuzeit: Stillstand, Ausbau und Gegenwehr . . . . .	106
5. Ostdeutsche Kolonisation in neuzeitlichen Jahrhunderten . . . . .	119
Kirchliche Reformation und Türkennot; Anfänge neu-ostdeutscher Siedlung . . . . .	119
Kolonisation im Staatsgebiet der ostdeutschen Großmächte . . . . .	128
Deutsche Fernwanderungen in östliche Länder . . . . .	149
6. Ostlandsiedlung im nationalen Staat . . . . .	156



III. Siedlungsgestaltung im Gebiete der ostdeutschen Kolonisation . . .	167
Einleitung . . . . .	167
1. Die ländlichen Siedlungsformen . . . . .	170
Spuren früher ostdeutscher Kolonisation in slawisch besiedelten Gebieten	170
Neue mittelalterliche koloniale Siedlungen in bewohnten Gebieten	
und auf grünem Rasen . . . . .	177
Koloniale Neugründungen im Mittelalter aus wilder Wurzel . . .	181
Formen der mittelalterlichen Nachkolonisation . . . . .	186
Siedlungsgestaltung durch Staatskolonisation (18. Jahrhundert) . .	189
Siedlungsgestaltung in der jüngsten Vergangenheit . . . . .	196
Ausblick auf Gegenwart und Zukunft . . . . .	197
2. Die Städte . . . . .	200
Stadtgestaltung durch mittelalterliche Ostkolonisation . . . . .	200
a) Die Straßenmarkt-Anlage . . . . .	202
b) Die Ringplananlage . . . . .	203
c) Zusammengesetzte Stadtanlagen . . . . .	206
Stadtgestaltung im späten Mittelalter . . . . .	211
Stadtgestaltung in der Neuzeit . . . . .	213
Ausblick auf Gegenwart und Zukunft . . . . .	214
Schlusswort . . . . .	215

## Vorwort

Die deutsche Besiedlung der Ostlande ist eine der wichtigsten, grundlegenden Tatsachen gesamtdeutscher Volksgeschichte. Ein jeder, der deutsches Leben der Gegenwart tiefer verstehen und würdigen will, muß sich ein klares, fest umrissenes Bild jener Vorgänge schaffen. Die große Bedeutung der deutschen Wanderungen und Ansiedlungen im Osten hat schon Anlaß zu manchen Darstellungen gegeben, die es unternahmen, einem weiteren Leserkreis eine Übersicht der Ereignisse in gedrängtem Umriss oder auch in breiter angelegter Ausführung für einzelne Zeitabschnitte und Landschaften zu bieten. Inzwischen hat die rastlos fortschreitende Forschung in einer Fülle mannigfaltigster Einzeluntersuchungen mit Ausbildung ganz neuer Forschungsverfahren die Erkenntnis unendlich erweitert und vertieft. So gewiß nun diese wissenschaftliche Arbeit nicht stillesteht, vielmehr immer tiefere und weiterdringende Einsicht verspricht, erscheint es heute berechtigt, ja geboten, auf Grund der gewonnenen Forschungsergebnisse von neuem eine Zusammenschau zu versuchen. In einer Zeit neuen volkdeutschen Werdens gilt es, die Geschichte ostdeutscher Siedlung, ihren Ablauf, ihre inneren Ursachen und Folgewirkungen in einem wohlbegründeten, allgemeinverständlichen Gesamtbild vor Augen zu stellen, das die großen Linien der Entwicklung hervortreten läßt und dabei an landschaftlichen Einzelzügen gesättigt ist.

Geschichte des ostdeutschen Volksbodens kann nur von gesamtdeutschem Standpunkt aus geschrieben werden: Die Räume zwischen Ostsee und Adria, der Südosten ebenso wie der mitteldeutsche Osten und der Nordosten, müssen in gleicher Weise Beobachtungsfeld sein. Auch in zeitlicher Hinsicht ist ein Überblick der Gesamtbewegung erforderlich. Nicht in dem engeren Sinn einer Einschränkung auf die große „ostdeutsche Kolonisation“ des Mittelalters, wie dies Wort oft und nicht ohne Grund verstanden wird, war die hier gestellte Aufgabe zu lösen, so gewiß jene einzigartige Epoche den festen Grund des Ostdeutschtums gelegt hat; gerade der Vergleich mit den Erscheinungen innerer und äußerer deutscher Kolonisation im Osten während der neuzeitlichen Jahrhunderte erweist sich als fruchtbar und reizvoll. Dabei sei betont, daß nicht allgemeine Landes- und Bevölkerungsgeschichte östlicher Gebiete hier zu schreiben war. Nur die geschichtliche Darstellung der deutschen Siedlung im Osten selbst ist Aufgabe und Gegenstand dieser Schrift.

Siedlung ist ein Ganzes, das in die großen Zusammenhänge von Staat und Kultur hineingestellt werden muß und nur aus ihnen erklärt werden kann. Darum galt es, die Geschichte ostdeutscher Siedlung in dem Rahmen der politischen Geschichte Ostdeutschlands und des östlichen Mitteleuropa vorzuführen. Auch auf den Kulturstand, durch den das Siedlungswesen bedingt ist, sowie auf Kulturwirkungen deutscher Siedlung war hinzuweisen. Eine Schilderung aller Kulturerscheinungen auf dem Boden ostdeutscher Siedlung ist nicht angestrebt worden. Dies würde Aufgabe einer allgemeinen „Kulturgeschichte des deutschen Ostens“ sein, die ihren höchsten Reiz hat, bei dem heutigen Stande der Forschung jedoch noch kaum unternommen werden kann. Die Ergebnisse sprachgeschichtlicher Untersuchung, der Mundarten- und Namensforschung, die die Stammesherkunft und Stammesart zu beleuchten vermag, auch volkskundliche Ermittlungen haben Berücksichtigung gefunden; indes näher konnte darauf in dieser Darstellung der historischen Tatbestände der Kolonisation nicht eingegangen werden. Eine von solchen Gesichtspunkten ausgehende Behandlung wird die Erkenntnis in sehr erwünschter Weise bereichern und ergänzen können.

Zur Ausführung dieser Arbeit haben sich zwei Verfasser, beide von gleicher Neigung für diese Aufgaben geschichtlicher Betrachtung erfüllt, zusammengetan. W. Ebert in Leipzig, der im Seminar für Landesgeschichte und Siedlungskunde an der hiesigen Universität unter meiner Leitung seine wissenschaftliche Ausbildung erfahren und sich danach umfassenden Studien über die Siedelformen Ostdeutschlands gewidmet hat, übernahm die Schilderung der landeskundlichen Grundlagen ostdeutscher Siedelbewegung und fügte den Schlußabschnitt bei, in dem die Siedlungsgestaltung in Stadt und Land in ihrer geschichtlichen Entwicklung aufgezeigt werden soll. Das Mittel- und Kernstück, die historische Darstellung in dem oben dargelegten Sinn, habe ich selbst abgefaßt, wobei die dem allgemeinen Ablauf der Bewegung gewidmeten Abschnitte als ein Ganzes für sich vom Leser aufgenommen werden können, während die ausführlichere Behandlung der mittelalterlichen ostdeutschen Kolonisation nach Landschaften den Wünschen heimatgeschichtlicher Umschau und dem Bedürfnis nach landesgeschichtlichem Vergleich entgegenkommen soll. Die beigelegten Karten beruhen auf umfangreicher Stoffsammlung, die W. Ebert aus der urkundlichen und kartographischen Überlieferung durchgeführt hat.

Möge dies Werk in der Gestalt, die es erlangt hat, der Vertiefung in die so ungemein wichtige, unserem Verständnis immer klarer zu erschließende deutsche Siedlungsgeschichte des Ostens einen förderlichen Dienst erweisen!

Leipzig, im Oktober 1936

Rudolf Kötzsche



## I. Landschaftskundliche Grundlagen

In einer Folge großer Siedelbewegungen ist der Lebensraum gewonnen worden, den das deutsche Volk im Bereich Mitteleuropas einnimmt. Auf solchem Volksboden wurzelte es in fruchtbringendem Anbau ein, wurde heimfest und schuf sich seine staatlichen Einrichtungen sowie die ihm arteilige aufwärtsführende Kultur. In zähem Abwehrkampf wahrte es die errungene Scholle, durch fremden Gegenstoß bedrängt; aber in neuem Aufrasten gelang wiederum Ausfüllung und Ausweitung des Siedelraums. Der Siedelgedanke, bald stürmisch vordrängend, bald nur in der Stille ausdauernder Arbeit wirksam, durchzieht belebend die ganze deutsche Geschichte.

In der Frühzeit germanischen Lebens geschahen diese Bewegungen aus nordischen Gegenden nach dem Süden und Osten zu, zeitweilig mit weitem Erfolg bis in die Räume jenseits der Karpathen und am Schwarzen Meer, mit dauerndem Raumgewinn aber in stetigem kraftvollem Vordringen gen Westen in die Lande von der Elbe bis über den Rhein, von den Küsten der Nordsee bis zu den Alpen. In diesem Raum festigte sich nach einem langwährenden Zeitalter großer Wanderungen ein deutsches Volksiedlungsgebiet; ein Staatsaufbau gelang im ersten Deutschen Reich, das die deutschsprechenden Volksstämme in einheitlichem Gefüge zusammenschloß. Seitdem wandte sich die Siedelbewegung der Deutschen wirksam wieder dem Osten zu, wo weit hin, wenn auch nicht überall, germanisches Volk abgewandert war und inzwischen slawische Völkerschaften und Stämme, allmählich und stoßweise sich ausbreitend, in den offenen, leicht bestedebaren Landstrichen Niederlassung gesucht und gefunden hatten. Diese deutsche Gegenbewegung zur Wiedergewinnung des Ostens setzte bereits nicht lange, nachdem sich die Slawen bis zur östlichen deutschen Volksgrenze vorgeschoben hatten, merklich ein und erwuchs zu einer der größten und folgenreichsten Leistungen, die das deutsche Volk im Ablauf seiner denkwürdigen Geschichte vollbracht hat. Als ostdeutsche Kolonisation ist sie bezeichnet worden, nicht im Sinne einer Staatskolonie, die fernab vom heimischen Staatsgebiet erworben wird, vielmehr im siedlungskundlichen Sinne als die Schaffung eines Neulandes, wo sich vom Heimatort weg wandernde Volksgenossen durch Anbau einsiedeln und eine neue Heimat gründen.

Tatkräftige deutsche Menschen aller Stämme gewannen in zäher, friedlicher Kulturarbeit Land zurück, in dem einst schon Germanen gewohnt hatten. In der Stille verankerten sie tief deutsche Wesensart in ihrer neuen Heimat, so daß wir mit Fug und Recht sagen dürfen: „Das Land ist deutsch!“ Denn es ist nicht oberflächlich „okkupiert“, sondern wirklich erworben und zu deutschem Volks- und Kulturboden geworden. So überdauerte diese „Großtat des deutschen Volkes“, wie man treffend die Ostkolonisation genannt hat, den Wechsel der Jahrhunderte und wirkt, nach Stillstand und Hemmungen immer wieder aufgenommen, grundlegend auf die deutsche Lebensgestaltung unserer Zeit.

In zwei großen Bahnen bewegt sich vom frühen Mittelalter her bis auf die Gegenwart in wechselndem Rhythmus diese friedliche deutsche Landnahme: Der von den Küsten der Nord- und Ostsee und der Schwelle der deutschen Mittelgebirge umgrenzte, von West nach Ost mehr und mehr sich weitende „Trichter“ des Norddeutschen Tieflandes zeigt die Siedelbahn der deutschen Kolonisation vornehmlich des Mittelalters nach dem Osten vor. Die Donauküste dagegen weist die Siedler nach dem Südosten und Süden. Beide Wege laufen auf große weite Räume zu, die von der Menge deutscher siedelnder Menschen, zumal ohne einheitliche Führung, nicht haben ausgefüllt werden können. So legt sich in beiden Gebieten um den Raum geschlossenen deutschen Volksbodens ein breiter Gürtel, in dem Inseln deutschen Volkstums aus der Weite fremden Volksgebietes aufragen.

Die deutsche Kolonisation im Südosten hat das östliche Alpengebiet und sein Vorland bis über den Neusiedler See und an die Drau zu einem geschlossenen deutschen Kulturraum werden lassen, denen eine schmale „Brandungszone“ deutscher Volksinseln gegen Slovenen und Magyaren vorgelagert ist. In dieser Hinsicht ähnelt der Gang der Entwicklung im Südosten der deutschen Landnahme im nördlicheren Osten, so verschieden auch die Landschaften von Natur aus beschaffen sind, in denen diese bedeutsamen Siedlungsvorgänge sich auswirkten. Siedlung ist raum- und bodengebunden; diese Grundbedingung zeigt sich auch in der Geschichte der deutschen Ostsiedlung. Augenscheinlich ist im Alpengebiet die Abhängigkeit der Besiedlungen von der Geländebeschaffenheit, was die Lage, Verteilung und Gestaltung anbelangt. So verlief der Kolonisationsvorgang gerade in diesen Gegenden sehr im Einklang mit den natürlichen Gegebenheiten. Die Flußterrassen wurden mit geschlossenen Dörfern besetzt; nur in den kleinen Beckenlandschaften an der Enns, Mur und Drau wuchsen im Zuge der deutschen Landnahme Städte wie Graz, Villach und Klagenfurt am Alpenrand empor, Stützpunkte deutscher Kultur mit außerordentlich wichtigen Aufgaben für den Grenzkampf. Auch Laibach, Marburg, Cilli, ebenfalls Zentren kleiner Beckenlandschaften, sind

deutsche Stadtgründungen. Mit der kulturellen Eroberung großer Oblandstrecken in den unzugänglicheren Lagen wurde der Landesausbau durch Einzelsiedlungen abgeschlossen und das Übergewicht deutschen Volkstums im Lande restlos gesichert. In den Ausläufern des Alpenraumes, wo dank der Gunst der Natur fremdes Volkstum stärker verbreitet war (Tieflandszungen an der mittleren Save und Drave), kam die deutsche Siedlungsbewegung mehr und mehr zum Stehen. Gewiß sind historische Gründe dafür vor allem maßgebend, aber auch landschaftliche Momente kamen dazu. Daß sie den Kolonisationsvorgang ebenfalls beeinflussten, zeigt deutlich z. B. die Tatsache, daß die deutsche Südostsiedlung in geschlossenem Raum offensichtlich nicht über die Schlüsselstellung zur Oberungarischen Tiefebene zwischen Leithagebirge und Kleinen Karpathen (bei Pressburg) hinaus vorgestoßen ist. Das Gebiet östlich des Neusiedler Sees („Hanság“) ist ein natürlicher Grenzsaum von Wald, Heide und Bruch gewesen, der selbst erst „erobert“ sein wollte. Auch waren längere Zeit hindurch vorgeschobene deutsche Siedlungen durch die Angriffe nomadisierender Reitervölker, die in der angrenzenden Oberungarischen Tiefebene, einst einem Steppengebiet, heimisch waren, stark in ihrem Wachstum gehemmt. Dagegen war alles Land westlich dieses Grenzstreifens bald restlos eingedeutscht. Vor allem gilt dies vom Wiener Becken und dem angrenzenden Hügelland bis zur Thana hin. Der „Schlüssel“ zum Mährischen Tiefland, der Brücke zur oberen Oder, war damit in deutscher Hand! Was im südöstlichen Alpenrandgebiet zu beobachten ist, erfährt an der Donau eine großartige Parallele: Mittelpunkt des Beckens wird Wien, dessen Anlage den gestaltenden Einfluß deutscher Kolonisationsarbeit zeigt. Zugleich aber wird es Grenzstadt auf deutschem Kulturboden an einer außerordentlich wichtigen Stelle: dem Donautor nach Südosten.

Die alpine Natur, so möchte man glauben, konnte die Landnahme im Südosten hemmen. Und doch war gerade das Alpenland dasjenige Gebiet, das sich deutschem Siedlertum zuerst erschloß. Dieser scheinbare Widerspruch zwischen Landesnatur und geschichtlichem Ablauf löst sich, wenn man folgendes bedenkt: Die Ostalpen bieten mehr Möglichkeit zu Siedlung und Verkehr, als gewöhnlich angenommen wird. Verschiedene klimatisch bevorzugte Becken, die voneinander durchaus nicht durch schwere Naturhindernisse getrennt sind, luden schon in vorgeschichtlicher Zeit den heimatfuchenden Menschen zum Verweilen ein; die reichen Salz-, Kupfer- und Eisenvorkommen von Reichenhall und Mitterberg im Pongau sind nachweislich schon in dieser Zeit ausgebeutet worden. So ist der Ostalpenraum ein durchaus vorbesiedeltes Gebiet gewesen, in dem deutsche Kolonisten die natürlichen Bedingungen vorfanden, die zum Vorwärtstommen nötig waren. Vor allem ist aber wichtig, daß das Ostalpengebiet an einer sehr alten „Aber“ des Verkehrs, der Donaustraße lag, die den



Zug der Siedler nach Südosten durch die oft umkämpfte Pforte von Passau nach Linz zwingend leitete. Auf diesem Wege waren die Nibelungen in einer ersten deutschen West-Ost-Bewegung gezogen; ihn benutzte auch ein großer Teil der „Siebenbürger Sachsen“. Noch in der Neuzeit bewies er seine zwingende Kraft: Die „Schwabenzüge“, deren Maria Theresia und Joseph II. sich zur Sicherung der Südgrenze ihres Reiches bedienten, gingen ebenfalls wieder auf dieser Wanderstraße in die neue Heimat. Dieser Verkehrsweg, durch den das Alpenland schon früh immer wieder Zugang erhielt, ist so deutlich von der Natur vorgezeichnet, daß er fast einer Verkehrslinie gleicht. Wenn man die Landschaftsgestaltung Ostdeutschlands zum Vergleich heranzieht, so wird man klar erkennen, daß im Südosten die Kraft des Siedlerstromes von Natur aus mehr zusammengedrängt in den werdenden deutschen Kulturraum einfließen konnte, zumal da die deutsche Landnahme hier unmittelbarer an die germanische Völkerwanderungszeit als im deutschen Osten anzuknüpfen vermocht hat.

Eine Sonderstellung nimmt der innere Sudetenraum, das Gebiet zwischen den beiden Hauptrichtungen östlicher deutscher Siedelbewegung, ein. Obwohl es sich dem Einfluß beider Einzugsbereiche deutscher Kolonisation nicht entziehen konnte, ragt doch gerade hier fremder Volksboden tief ins deutsche Volksgebiet hinein. Das Deutschtum umrandet in fast geschlossenem Bogen zwischenlagernde slawische Siedlung, wobei sich die Scheidelinie zuletzt scharf ausgeprägt hat. Einzelne Inseln (Zglau, Brünn) deuten auf das „Abklingen“ des deutschen Volkselementes im geschlossenen Verbande und künden gleichzeitig von einer besonderen Entwicklung, die dieses Zwischengebiet Böhmen-Mähren dank seiner Lage und Eigenart im Zuge des großen kolonimatorischen Geschehens gehabt hat. Die böhmische Umwallung fügt den „Böhmischen Kessel“ zu einer großen geographischen Einheit zusammen.

Slawisches Volkstum ist in den einzelnen Becken dieses durch Klima und Boden so ausgezeichneten Gebietes festhaft geworden. Andererseits haben die böhmischen Grenzgebirge den Vorstößen deutscher Siedlungsbewegung keinen stark hemmenden Widerstand entgegensetzen können. Am schwersten war wohl das bis auf den Paß von Taus fast ganz geschlossene Kammgebirge des Böhmerwaldes zu überwinden, das in voller Front quer zur westöstlichen Zugrichtung liegt. An seinem Ostabhang ist in der Tat das deutsche Volkselement am wenigsten kräftig entwickelt. Wo diese Gebirgsscheide aber sich zu Ende neigt, da ergoß sich der Strom deutscher Siedler um so kräftiger: Durch die Pforte von Linz floß er breit bis an die mährische Landhöhe, bis ins Tiefland zwischen Donau und March und über die Vorhöhen der Alpen hinweg südoostwärts. Der Paß von Eger war das Tor für eine kräftige und wirkungsvolle Siedelbewegung im West-Ost-Zuge entlang des Südobhanges des Erzgebirges. Sie verlief aber nicht nur im eigentlichen

Bereich der böhmischen Grabenlinie zwischen dem Erzgebirge und dem böhmischen Mittelgebirge, sondern flutete vor allem auch südwärts (Waldsassen, Tepl) und auch nordwärts über diesen Raum ständig hinweg. Die Reichsgrenze, die im Erzgebirge ja keine Naturgrenze ist, ist deutlicher Beweis für einen festgewordenen Zustand territorialer Herrschaftsbildung im Zuge kolonistischer Drängens nach der Kammlinie von Sachsen und von Böhmen her. Durch die Art der Gebirgsbildung wurde der Hauptstrom deutscher Kolonisten nicht in den an sich für dauernde Niederlassung günstigen Böhmisches Kessel, sondern gewissermaßen an ihm vorbei dem Subetenrand zugelenkt. Dadurch bildete sich die Grenzlinie zwischen zwei Volkstumsgebieten besonders scharf heraus. Die Subeten sind ein in sich so durchbrochenes Gebirgssystem, daß sie eine kolonistischer Durchdringung von Böhmen wie von Schlessen her gestatteten. Besonders deutlich zeigt sich dies im Südosten des Gebirgszuges. So haben sich siedelnde deutsche Menschen auf einem von der Natur weniger begünstigten Boden Heimat und Heimatrecht errungen, während der böhmische Kessel von drei Seiten aus von deutschen Siedlerströmen umkreist worden ist. Die südliche Brücke zwischen süddeutscher und ostdeutscher Kolonisation im Zuge der einst erzeihen mährischen Landhöhe blieb ungesfestigt, so leicht auch von Natur der Durchgang durch die Mährische Mulde vom Wiener Becken nach der oberen Oder ist. Geschichtliche Zusammenhänge können allein dieses Versäumnis klären. Der Siedlerstrom entlang der Subeten an ihrem Außenrand wurde in die weiten Vorländer der Karpathen abgelenkt. So klingt diese Siedlerbewegung auf der Grenze zwischen Nordost- und Südostkolonisation, aufgespalten durch die Ketten, die Ungarn und Polen, den Osten und den Südosten scheiden, in den südöstlichen Sprachinseln aus. Das Zwischengebiet Böhmen ist gleichsam ein Pfeiler („Böhmische Festung“), um den diese Siedlerwellen herumbranden. Es zeigt alle Laufrichtungen deutscher Siedlerzüge im einzelnen, ohne daß es hier zu einer wirklichen Vereinigung der beiden großen Kolonisationsbewegungen im Südosten und im Nordosten des deutschen Mutterlandes gekommen ist. Die geschichtliche Entwicklung macht diese von der Natur in großen Strichen vorgezeichnete Sonderentwicklung deutscher Landnahme im böhmisch-mährischen Übergangsgebiet erst ganz begreiflich.

Das norddeutsche Tiefland, der Raum der eigentlichen ostdeutschen Kolonisation, wächst von den Mooregebieten Hollands bis zum oberschlessisch-polnischen Kalkplateau ostwärts gewaltig in die Breite, um sich dann in die endlosen russischen Weiten zu verlieren. Diese Trichterform zeichnet also in großzügiger Eindringlichkeit die West-Ost-Bewegung der Siedlerströme aus dem Niederland und vom Niederrhein in breiter Front nach Osten vor. Doch auch vom Südwesten her schaffen mancherlei „Lore“ und „Pforten“ Einlaß durch die mitteldeutsche Gebirgsschwelle in das nordostdeutsche Tiefland: Durch





das reichgegliederte hessische Bergland, das durch Wetterau und Lahntal von den Gebieten des Rheines mühelos Verbindung mit dem östlicheren Mitteldeutschland schafft, laufen mancherlei alte Wege zu den reichen Gefilden des Thüringer Beckens und damit in die Sächsishe Tieflandsbucht; vom Maintal ließ sich am wirklich verkehrsfeindlichen und unwirtlichen Frankenwald gut entlangwandern zu den Durchlassstellen am Fichtelgebirge, wo der Weg aus der Oberpfalz allen Verkehr, der nicht durch den Paß von Eger abfloß, am Elstergebirge vorbei ebenfalls nach der Sächsischen Tieflandsbucht hinwies. In diesem mittelelbischen Raume in seinem weiteren Ausmaß mischten und verknoteten sich niederländische, hessisch-thüringische und mainfränkische Siedlungseinflüsse, um von hier aus gemeindeutsch „geballt“ vorzustoßen in den Ostraum. So ergibt sich, daß die Mittelgebirgsschwelle den nordostdeutschen Siedlungsraum begrenzt, aber keineswegs abschließt. Der Siedlerstrom, der in den ostdeutschen Trichter einströmte, wurde aus den verschiedensten Landschaften, die hinter dieser Gebirgsschwelle liegen, gespeist: Alle deutschen Stämme des Mutterlandes sind an dieser Großtat des deutschen Volkes beteiligt gewesen.

Es ist kein Zufall, daß die Elbe und Saale dieses Mutterland vom Neuland schied und daß sich hier die schicksalschwere „Naht“ zwischen beiden Räumen befand: Die Elbe teilt noch heute das Norddeutsche Tiefland in zwei ungleiche, in sich verschiedene Landschaftsgebiete. „Ostelbien“ ist anders geartet als das Umland der Unterweser und des Unterrheines. Das westelbische Tiefland entbehrt als älteres Diluvialgebiet völlig der Seenplatten; Urstromtal und Landrücken weisen hier nicht wie rechts der Elbe ein regelrechtes West-Ost-Streichen auf. Die Elbe selbst läuft als gewaltiger Strom außerordentlich große Strecken in einem früher stark versumpften Urstromtal. Ihre Aufgabe, als Grenze zu wirken, war damit von Natur gegeben. Die Saale schloß die letzte nach Osten sich streckende Beckenlandschaft ab; jenseits ihrer Gestade beginnt unmerklich, aber ständig wachsend die Weite der Diluviallandschaft, die dem ganzen deutschen Osten das Gepräge gibt.

Doch dieses trichterartig sich streckende Tiefland ist bei weitem keine einheitliche Tiefertiefe. Im Diluvium sind dem Gesamtgebiet Züge eingegraben und einzelne Landschaften herausmodelliert worden, die für den kolonisationsartigen Gang richtungweisend geworden sind: Urstromtäler und Endmoränenzüge, verschiedentlich hintereinander gestaffelt, gliedern das Tiefland wiederum trichterförmig vom Westen nach dem Osten auf. Das Breslau — Bremer Tal strebt an den Niederlausitzer Höhenzügen hin dem Elbübergang Magdeburg zu, und durch die Aller, die geradezu nach der Sächsischen Tieflandsbucht hinweist, naht es sich den Moor-, Marsch- und Geestgebieten Ostfrieslands und Hollands. Der südliche Landrücken, dieser im einzelnen schwer besiedelbare



und verkehrsarmer, gerade aber wieder bei Magdeburg breit unterbrochene Endmoränenzug, der von der Lüneburger Heide bis zum Ratzbachgebirge und den Trebnitzer Höhen sich zieht, scheidet dieses südliche Urstromtal von einem fächerförmig nach Osten sich aufsplitternden System von breiten eiszeitlichen Talungen (Glogau — Baruther, Berlin — Warschauer, Thorn — Eberswalder Tal), die im Bruchgebiet der Havel und ihrer Nebenflüsse nördlich unweit Magdeburg zu einem großen Tal sich vereinigen, das heute noch die Elbe bis zu ihrer Mündung benützt. Nordwärts setzen Sandgebiete an, die ausgezeichnete Grenzfläme gewesen sind (Mecklenburg — Brandenburg, Pommern — Neumark), bis das eintönige Grün der großen Waldungen und das Gelb des Sandes von den Seenplatten in bewegter junger Endmoränenlandschaft unterbrochen wird. Der Küstenraum schließlich ist durch fetten, aber nicht leicht bestellbaren Grundmoränenboden bevorzugt.

Die Gliederung setzt bereits in Dänemark ein, teilt Schleswig und Holstein in eine „Nordsee-“ und eine typische „Ostsee-Landschaft“ und schwingt dann in einem großen, durch die Eislage bedingten Bogen durch den ganzen nordostdeutschen Raum. So gliedert sich dieser nordostdeutsche Trichter nochmals in west-östliche Zonen besseren und ungünstigeren Siedellandes, die alle im Westen schmal ansetzen, nach Osten dagegen in den schier unendlichen Raum Rußlands auskeilen und so trotz dieser Untergliederung doch keine Wanderungslinien, sondern immer wieder nur richtungweisende Wanderungszonen erkennen lassen. Offensichtlich hat Magdeburg eine außerordentlich wichtige Schlüsselstellung nahe der Lücke des südlichen Landrückens, dem Zusammenfließen der Urstromtäler im Havelland und unweit des südlichsten Urstromtals nicht fern von der Sächsischen Tieflandsbucht inne. Die Ränder der breiten eiszeitlichen Täler waren, wie Einzeluntersuchungen immer wieder gezeigt haben, altes Siedlungsland und damit die einzigen Gebiete zwischen verwaldeten Diluvialhochflächen und vermoorten Talsohlen, auf denen allein auch Verkehr stattfinden konnte. Magdeburg liegt aber außerdem am Rande der „Börde“, dieses so sehr gesegneten Schwarzerde- und Lössgebietes, in guter Verbindung mit den anderen Lössinseln, die sich längs des südlichen Landrückens von Braunschweig in die Sächsische Tieflandsbucht (Halle — Merseburg, Altenburg, Lommassch, Meissen), über den Dresdner Elbtalkessel und die Baukener Pflege, nur durch das Niederlausitzer Sandgebiet stark unterbrochen, bis weit in die Schlessische Tieflandsbucht (Liegnitz, Breslau, Oppeln, Leobschütz!) hineinziehen und Schlessien in zwei grundverschiedene Landschaften links und rechts der Oder aufspalten.

In diese an sich klare West-Ost-Gliederung bringen die Flüsse, die zur Ostsee als ihrem Tiefpunkt streben, einige Verwirrung. Stellenweise benutzen sie die Urstromtäler, dann sind sie wieder durch die Moränenwälle

durchgebrochen. So kommt es, daß alle Flußsysteme gerade in Ostdeutschland in guter Verbindung miteinander sind, — gewiß ein Vorteil, den sich nicht erst die neuzeitliche Wirtschaft durch den Bau von Verbindungskanälen zunutze gemacht hat, sondern der auch schon für die Verkehrsburchdringung des deutschen Ostens in früherer Zeit von Wichtigkeit gewesen ist, zumal auch der südliche Landrücken verschiedentlich durchbrochen ist (Niederlausitz) und die Seenplatten durch mancherlei Gewässer von der Küste und dem Thorn—Eberswalder Tal gut aufgeschlossen sind.

Allgemein ist wohl zu sagen, daß die ost-westwärts gerichteten Urstromtäler sehr breite Wannen ohne starkes Gefälle sind und dem West-Ost-Zuge der Siedler, der ihren Rändern sich zuerst anpassen mußte, eher richtungweisend als beschwerlich gewesen sind. Die süd-nordwärts gerichteten Durchbruchstäler dagegen sind steilwandig, besonders gegen Westen hin. Dieses Bild, durch die in gleichen Richtungen von den Seenplatten abströmenden Nebengewässer variiert, wird durch die wachsende Reliefenergie nach Osten immer eindrucksvoller. Aber zugleich werden die Abschnitte von Flußsystem zu Flußsystem und von Gewässer zu Gewässer immer größer.

So ergibt sich folgendes: Der Ostraum, in dem die deutsche Kolonisation abließ, ist von Natur aus, besonders nordwärts des südlichen Landrückens in gitterartige Kleinlandschaften zerlegt, deren Umfang nach Osten zu ständig wächst, während zwischen südlichem Landrücken und Gebirgsschwelle das Land der Lößgebiete richtungweisend ist. Die kleinen, im alluvialen „Luch“ des Havelgebiets fast ertrinkenden „Ländchen“ (Friesack, Bellin, Rhinow) wandeln, wenn man ostwärts vorgeht, sich in die Landschaften des Teltow, des Barnim, des Landes Lebus, des Landes Sternberg. Wie umfangreich ist schon die Kulturlandschaft zwischen Warthe und Weichsel! Analoge Erscheinungen in gewisser Abwandlung wären im Gebiet der Seenplatten leicht aufzuweisen. Es ist selbstverständlich, daß diese natürlichen Gegebenheiten auf den Gang der ostdeutschen Kolonisation nicht ohne Einfluß gewesen sind.

Der große Zug lief in den großen west-ostwärts vorgezeichneten Bahnen, zwischen denen der südliche Landrücken sich entscheidend hinzieht. Doch konnte es auf diesen Zugbahnen kein ununterbrochenes Fluten geben: Abschnittsweise von Durchbruchstal zu Durchbruchstal mußte die Siedelbewegung vorwärtsgehen, gewissermaßen von „Scholle“ zu „Scholle“ „vorwärtspringen“, zuvor aber jedesmal das Hinterland erfüllen. So haben sich an den „Abschnitten“ der süd-nordwärts strömenden Gewässer ganze Städtereihen entwickelt. Alle diese deutschen Bürgergründungen liegen in der Regel auf dem Westufer, haben also die Front nach Osten und das gesicherte Kolonialland der „Kulturinsel“ im Rücken. Sie sind wichtige Brückenorte und bewachen die Verkehrspässe, deren es im Nordostdeutschen Tiefland außerordentlich viele gibt. Von

diesen „Ruhepunkten“ wurde die Kolonisation auf die nächste Platte bis zum nächsten Naturabschnitt vorgetragen. Da aber mit wachsender Entfernung vom Mutterland die zu erfüllenden Räume in jeder Richtung, Art und Weise immer größer wurden, ist es klar, daß die so beispiellos kräftig flutende ost-deutsche Landnahme-Bewegung im fernen Osten zumal ohne einheitliche Führung sich zersplittern, sich auflösen und damit verebben mußte.

Als sodann in einer neuen geschichtlichen Lage die deutsche Ostsiedlung wieder kraftvoll in Aufnahme kam, wirkten sich dabei, soweit die gleichen Räume der nicht schon gewonnenen Randzone erfaßt wurden, abermals die natürlichen Bedingungen der Landschaftsgliederung aus, mit weit stärkerem Übersfluten in die ost-mittleuropäischen Vorfelder des deutschen Lebensraumes und darüber hinaus in den fernen Osten zur Entstehung inselhafter deutscher Kolonien in rasse- und volksfremder Umgebung.

So klingen historische Gründe mit dem Raumschicksal dieser großen deutschen Volksbewegung eindringlich zusammen.





## II. Landnahme und Siedlung auf ostdeutschem Volksboden in ihrem geschichtlichen Werden und Wachsen

Den Verlauf vollstündlicher Siedelbewegungen bestimmen jeweils verschiedenerlei Momente: die Lagerung politischer Macht, Bevölkerungsverhältnisse und Kulturstand im Ausgangs- und Zielgebiet, Willensentschlüsse der Führenden, Stimmungen erregbarer Massen, Ereignisse von schicksalhafter Auswirkung. So geschah es auch bei der deutschen Ostsiedlung. Nicht in einem großen Ansturm wurde sie durchgeführt; es war eine Strömung wie Meeresflut mit Wellenberg und Wellental, rasch forttreibend, dann wieder ruhiger, auch Stillstand und Rückströmung stellten sich ein, und wieder kam es zu neuem Anprall: eine Bewegung von säkularem Ausmaß. In zwei Hauptzeitaltern erreichte sie ihre größten Erfolge. Am bedeutsamsten in der Geschichte geschlossener deutscher Volksstiedlung waren die mittelalterlichen Zeiten. Verheißungsvolle Anfänge verbanden sich mit erstem Anstieg deutscher Reichsmacht, freilich nicht ohne Rückschlag. Sodann, als jene sich schon zu neigen begann, erhob sich in elementarer Volkskraft die gewaltig vorstoßende ostdeutsche Kolonisation, an der alle Stämme und Stände der Deutschen tatkräftigen Anteil nahmen, mit dem durchschlagenden Erfolg, daß dem Mutterlande ein erstaunlich weiter Raum deutschen Volks- und Kulturbodens hinzugewonnen wurde, in erheblichem Maße auch als deutsches Reichsgebiet. Aber die Kraft zu weiterem Fortschreiten versagte; nur hier und da blieb eine Nachströmung nicht aus. Die Nachbarvölker im Osten, durch die Aufnahme dargebotener deutscher Kulturvermittlung gestärkt, rüsteten zur Abwehr und zum Gegenstoß. Nach einigen Menschenaltern zeigten sich nun freilich an begünstigter Stelle schon wieder Anfänge ostwärts gerichteter deutscher Siedelbewegung seit dem Anbruch des Zeitalters der Reformation. Indes, erst in einer neuen politischen Lage, als die beiden deutschen Ostmächte, Brandenburg-Preußen und Osterreich, beim Wiederaufbau nach den großen Kriegen des 17. und 18. Jahrhunderts auf Mehrung wirtschaftlicher Güter und arbeitsamer Menschen geflissentlich bedacht waren, erfuhr die deutsche Ostsiedlung wieder kräftige Förderung und trat in ein zweites Zeitalter

ihrer Hochblüte ein, zunächst nur als eine Binnenkolonisation innerhalb der Staatsgrenzen, sodann auch mit Ausstrahlungen in unendlich weite östliche Fernen. Abermals folgten Hemmungen, lebhaftige Gegenwirkung der Nachbarvölker, ein planvoller Versuch der Rettung und Stärkung auf deutscher Seite, bis der Weltkrieg mit seinem für Deutschland erschütternden Ausgang das Grenzlanddeutschtum im nahen Osten aufs schwerste traf und eine bedrohte Lage volksdeutschen Siedlertums in den veränderten Staatsgebieten schuf. —

In einer Fülle von Einzelvorgängen, oft nur auf engem Raum und unter wenigen Führenden, dank dem Mitwirken von vielen Tausenden einfacher Menschen hat sich die Geschichte der Siedlung im Osten vollendet. Namen von Personen, Orten und Kleinlandschaften werden dabei genannt, die einen Klang in der großen Geschichte nicht haben. Und doch schließt sich all dies zu einem Bild von eindrucksvoller Art zusammen. Die deutsche Ostsiedlung erweist sich als ein tragender Grundpfeiler im Gesamtaufbau des deutschen Volkstums. Ihre Geschichte spiegelt die allgemeine deutsche Geschichte mit eindringlicher Klarheit wieder; sie zu kennen ist nötig für das allseitige Verstehen deutscher Landes- und Volksgeschichte und damit überhaupt für die rechte tiefe Würdigung deutscher Wesensart.

## 1. Oststämme und fränkisches Reich bei der Grenzhut

Ein Wissen um die Ostlande, die einst Wohnsitze germanischer Völkerschaften gewesen waren, ging bei den in die Ferne gewanderten Scharen und ihren Nachkommen nicht völlig verloren; in Stammesfagen, in Anklängen geschichtlicher Überlieferung, in Namen germanischer Prägung wurde manches den nachfolgenden Geschlechtern bewahrt. Wie die Wandalen ihrer auf schlesischer Erde zurückgebliebenen Volksgenossen gedachten, wie die Heruler an der unteren Donau recht wohl wußten, daß ihr Königsgeschlecht in der nordischen Heimat saß, nach der ein Teil von ihnen zurückkehrte, so blieben Erinnerungen auch bei den Stämmen auf deutschem Volksboden haften. Im Frankenreich wurde in geschichtlicher Aufzeichnung daran festgehalten, daß ihm einst das Gebiet der Sorben slawischen Stammes zugehörig gewesen war. Die Baiern kannten um 900 ein ostwärts gelegenes Rugierland. Noch um das Jahr 1000 war an der Saale der Name Mirkwidu, der Schwarze Wald, bekannt für den südlichen Gebirgswald gegen Böhmen, der gleiche Name wie in Liedern der Edda bei dem großen Grenzwald, über den die Schwanenjungfrauen nach dem Süden fliegen.

Aber nicht ein Heraufholen von Ansprüchen aus grauer Vorzeit bestimmte die weiteren Geschehnisse der einst germanischen Lande im Osten. Entscheidend

wurde der Abwehrkampf. Zwei Gegner von sehr verschiedener Klasse und Art traten den Deutschen gegenüber. Vom fernen Osten brachen Fremdvölker finnisch-ugrischen oder turko-tatarischen Schlags aus den Steppen Südosteuropas, ja Asiens, nach den Gefilden abendländischer Kultur vor: nach den Hunnen die Awaren, die sich in der Donau — Theiß-Ebene niederließen, danach die Magyaren, endlich die Mongolen (Tataren), deren Anprall am äußeren Rande der Sudeten und Karpathen aufgefangen wurde. Auf kriegerischen Raubzügen verwüsteten sie weit und breit die Lande; über die östlichen Randvölker des Abendlandes, zumeist Slawen, richteten sie eine drückende Herrschaft auf, nicht ohne verhängnisvolle Blutbeimischung. Indem sie die Deutschen zu planvoller Gegenwehr herausforderten, auch fruchtbare Landstriche zu neuem Anbau freilegten, wirkten sie mittelbar auf den Gang ostdeutscher Kolonisation ein: Die ostdeutsche Siedlung wurde zum rettenden Schutzwall der christlich-abendländischen, der nordisch-germanischen Kultur.

In unmittelbarer Ostnachbarschaft der Deutschen wurden slawische Völker, die von ihrer „Urheimat“ nahe den Pripetzümpfen (Polesien) ausgegangen waren, sesshaft; als „Wenden“ (Windische) werden sie von ihnen bezeichnet — mit einem Namen, der einst einem anderen indogermanischen Volke zugekommen war —, ebenso an der Ostseeküste von Wagrien (Ostholstein) bis zur Weichselmündung, wie im Sudetenraum und im Ostalpenbereich nahe der Adria. Nicht in einer politischen Einheit waren sie zusammengefaßt; die wissenschaftliche Forschung unterscheidet nach Merkmalen der Sprache und des Kulturstands mehrere Gruppen: die Alpenslawen (Kartanenen), die Slawen in den Sudetenländern, die Elbslawen (Polaben), weiter nach Osten die Lechen in Nachbarschaft der Slawen Osteuropas, neben den Balten längs der östlicheren Küsten des Baltischen Meeres. Die einzelnen Völkerschaften und Stämme wohnten, von Oblandstrecken umgeben, nebeneinander, in Abgeschlossenheit für sich oder in losem Bündnis mit anderen, einige mit einer Doppelbezeichnung in slawischer und deutscher Sprechweise, wobei Namen von ursprünglich germanischem Klang nicht ganz fehlen. In einem Verzeichnis des sog. bayrischen Geographen, das in Regensburg (St. Emmeran) in karolingischer Zeit entstand, werden diese Völkerschaften aufgezählt, mit guter Kenntnis des östlichen Mitteleuropa, etwa um die gleiche Zeit, als auch in angelsächsischer Sprache (in der Drosius-Übersetzung auf Gebot König Alfreds) eine Völkerbeschreibung für jene Ostlande verfaßt worden ist.

Ein einheitliches Kulturbild für die Frühzeit dieser westlichen Slawenwelt zu entwerfen, ist nicht möglich; indes gewisse Grundzüge, in denen wesentliche Übereinstimmung galt, lassen sich aufzeigen.

Bemerkenswert ist, daß den genannten Völkerschaften je eine Anzahl von Burgplätzen (grad, gradec, grad; ozzec) zugeschrieben wird; wirk-



lich erweist sich die Gliederung nach „Burgbezirken“ in etwas jüngerer Zeit als ein Merkmal slawischer Verfassung. Die Altertumskunde hat Wallanlagen verschiedener Art bei den Westslawen durch Ausgrabung aufgedeckt. Es gab Höhenburgen und Anlagen mit Packwerk in sumpfiger Niederung, nach ihrer Form Ringwälle und Abschnittswälle, die ein steilrandiges Gelände an der zugänglichen Seite sichern. Manche dieser Burgplätze, mit Baulichkeiten ausgestattet, mögen Sitze der Herrschenden gewesen sein; vor allem aber dienten Wälle als Vergungsstätten in Zeiten kriegerischer Not, zur Zuflucht für die umwohnende Bevölkerung, soweit sie sich nicht in Waldverstecke zurückzog. Kleinere Befestigungen werden nur Straßenwarten gewesen sein oder der Grenzhut an den Landestoren obgelegen haben. Die von den Slawen eingenommenen Wohnflächen fanden sich zumal in den Niederungen vor, nahe den Gewässern, wie dies ihrer Art entsprach, als Auenrand siedlung schmal und ungeräumig; leichte, trockenwarme Böden gestatteten eine Ausweitung, Hügel und Hänge wurden aufgesucht, doch kaum das höhere Gebirge. Die Wohnorte waren meist nur klein, weilerartig. In rundlicher Lagerung wurden sie errichtet, wo das Gelände in einer Quellmulde dazu einlud, auch um das Vieh zusammenzuhalten, wie in einem Kral, oder um des besseren Schutzes willen (Ringgrundling). Auch Aufreihung der Anwesen nebeneinander war üblich, längs einem Gewässerrand oder einem Wege; so ist es erklärlich, daß später das Gassendorf im slawischen Siedelbereich auftritt (als Sackgasse oder offene Gasse). Die Lage der Siedlungen zueinander konnte gedrängter oder weitläufig und verstreut sein; Abbauten von einem Dorfkern wurden als noch zugehörig betrachtet. Eine geschlossene Dorfverfassung bestand nicht; anfänglich lagen die Behausungen wohl nicht einmal auf die Dauer völlig fest. Die Lebenshaltung war einfach, ja dürftig. Das hinterlassene Kulturgut aus frühslawischer Zeit zeigt eine geringere Höhe technischen Könnens als bei den Germanen vor ihrer Abwanderung aus dem Ostland; immerhin mag man sie nicht unterschätzen. Bei manchen Stämmen spielte die Sammelwirtschaft noch die maßgebende Rolle: Fischerei in Flüssen, Bächen und Seen, Jagd und Bienenbeute in den Wäldern; Honig und Pelzwerk als Abgaben, ja im ferneren Osten Felle von Waldtieren als eine Art Geld bezeugen dies noch in jüngerer Zeit. Feldbestellung war in Brauch; freilich pflegten die Feldstücke klein, unansehnlich und unregelmäßig gelagert zu sein. Als Pfluggerät diente der Haken, meist wohl nicht mit eiserner Schar; die Ernte wurde mit kurzstielligen Sichel eingebracht. Sorgfamer Gartenbau war noch kaum bekannt. Viehzucht wurde betrieben, nach der Geländebeschaffenheit und dem Stammesbrauch in verschiedenem Ausmaß; es war nicht nur Aufzucht von Kleinvieh, auch Pferd und Rind wurden gehalten, am Hause (im Laufstall) oder in Herden, die auf Weideplätze in geordnetem

Wechsel getrieben wurden. In der Randzone alten Offenlandes Rodungen anzulegen (durch Schwendwirtschaft, im Eichenmischwald und in der Heide) war, wenigstens bei fortgeschrittener Kultur, den Slawen möglich; in den Urwald mit dichten, hochragenden Gehölzbeständen zu Rodungszwecken einzubringen war nicht ihr Brauch. Die Rohstoffverarbeitung und das Werkzeug dafür entsprachen einem niedrigen Stande des technischen Vermögens. Spinnen und Weben wurde im Haushalt geübt, Töpferei (ohne und mit Drehscheibe) und Schmiedehandwerk, dazu Zimmern und Bauen wohl auch schon gewerbemäßig. Auffinden von Rasenerz, vielleicht schon Goldwäscherei in goldführenden Bächen, jedenfalls einige Metallbearbeitung waren bei Slawen nicht unbekannt. Der Handel spielte eine nicht geringe Rolle, wie die Schakfunde (Hacksilber, fremde Münzen byzantinischer und arabischer Herkunft) in Gegenden nahe den meistbegangenen Verkehrsbahnen beweisen.

Die innere Lebensordnung regelte sich nach der Stammesverfassung. An der Spitze eines Stammes pflegte ein Fürst (Kleinkönig) zu stehen, das Oberhaupt des führenden Geschlechts, auch durch Wahl erhoben; möglich war, daß unter mehreren einer in Kriegszeit den Oberbefehl übernahm. Der Ausdruck für den Herrscher war knez aus germ. kuning; woiwoda, später kral (nach Karl). Bezeichnet wurden die Oberen, auch die im Rate des Fürsten, gern nach dem Alter: der Älteste (starosta) war es, dem man folgte. Weit verbreitet war einst in den südlicheren Gegenden die Benennung Supan (zupa, supania: die Kleinlandschaft). Im Volke war die Gliederung nach der Abstammung, dem Blute, bedeutsam und wirkte sich in der Siedlung wie im öffentlichen Leben aus. Aus Sippen (Geschlechtern) setzte sich die Menge des Volkes zusammen, oder es ließen sich herrschende Sippen inmitten nicht zugehöriger, wirtschaftlich-sozial minderwertig dastehender Bevölkerung nieder. Die Einzelsippe gliederte sich in Familien oder Haushaltungen, wobei die Bildung von Großfamilien, in denen drei Generationen (Großeltern, Elternpaare und Enkel) zusammenblieben, in früher Zeit üblich war. So konnten große Hausgemeinschaften unter Leitung eines Hausvaters oder Ältesten entstehen. Aber auch Ausfiedlung fand statt; dann bildeten sich bei manchen Stämmen die „Bruderschaften“, die anfangs noch ihren Zusammenhang wahrten. In den Besitzverhältnissen kam all dies zum Ausdruck: man sprach vom Geschlechtsgut, vom Großvatergut (dedina; Dzedzine), vom Vatergut; nach dem Großvater (ded, djed) wurden die Erben (dedici) genannt. Andere Besitzarten (Lehngut, Soldgut) entstanden später unter westlichem (deutschem), auch östlich-byzantinischem Einfluß. Solche Stammesverfassung spiegelt sich in der Ortsnamengebung wieder, bei den Namen von Kleinlandschaften und mehr noch bei denen der Siedlungen: viele auf -ici.

-eci, -owici u. ä. sind nach einer die Sippe oder Familie führenden Person gebildet, andere (auf -owa, -ina u. ä.) bezeichnen das Gut und Erbe eines Besitzenden, oder der Gleichklang benachbarter Ortsnamen läßt die ursprüngliche Zusammengehörigkeit zu einer Gemeinschaft erkennen. Bei einer Recht und Pflicht bestimmenden Volksgliederung nach Blutsverbänden waren die Zugehörigen frei, wobei sich recht wohl Verschiedenheiten des Besitzes und der Wirtschaftsweise, geradezu ständische Unterschiede mit Über- und Unterordnung persönlicher Art, auszubilden vermochten. Es ist nun ein Merkmal geschichtlicher Entwicklung bei den slawischen Völkern, daß sich, unter Einflüssen von Osteuropa, wohl auch von Byzanz her, nach ursprünglich freiheitlicheren Zuständen weithin drückende Herrschaftsverhältnisse durchsetzten. Die Unterjochung durch die Awaren, zumal bei Tschechen und Slowenen, führte solche herauf und wirkte auch nach dem Befreiungskampf unter Führung des Franken Samo (623) in der Landesverfassung nach. Auch bei den nordöstlicher wohnenden Slawen bestand, sobald die Überlieferung das geltende Recht deutlicher erkennen läßt, strengere Abhängigkeit von Fürsten und Herren und schwere Belastung durch Dienst und Abgaben bei der breiten Menge der Bevölkerung, die in sich sozial mannigfach gegliedert war. — In der Religion hielt die Scheu vor dämonischen Gewalten, vor den unheimlichen Mächten in der umgebenden Natur, im Leben und Sterben die Menschen im Bann. Heilige Haine galten als Stätten der Verehrung; aus dem Anblick eines Weihers deutete man die Zukunft. In Haus und Hof, Feld und Wald, im Wasser und unter der Erde währte man sich von merkwürdigen, bisweilen plötzlich sichtbaren Wesen umringt, die bald freundlich, bald launisch und gefährlich, des Menschen Tun begünstigen oder stören und zunichte machen. Zaubervorstellungen, Gespensterfurcht, dunkle Wahrzeichen banden das Denken und Handeln. Aber auch eine Religion, die Götter in menschlicher Gestalt kannte, kam bei slawischen Völkern zur Geltung; Tempel von stattlicher Größe wurden gebaut, Götzenbilder von ungeheurem Ausmaß und schreckhaftem Ansehen geformt. Ein Priestertum trat auf, das im Leben des Volkes eine gebietende Rolle spielte; der Kult, den man betrieb, wird als roh und grauen-erregend geschildert, vor Menschenopfern scheute man nicht zurück.

Den Slawen ist ein un kriegerisches, friedliches Verhalten nachgesagt worden; aber es wird auch ihre unbändige Tapferkeit hervorgehoben und gerühmt. Mit ihren westlichen Nachbarvölkern lagen sie in einem steten Grenz-kampf, den sie oft mit Raubzügen und Überfällen verheerend führten. Die Menge des Volkes kämpfte zu Fuß, gern aus dem Versteck mit Bogen und Pfeil, bewaffnet auch mit Lanze und Schild für den Nahkampf. Die Führenden und ihr kriegerisches Gefolge waren beritten, schwere Rüstung war bei ihnen wohl nur wenig in Brauch. Selten wurde die Entscheidung in offener



Feldschlacht gesucht, meist galt es im Krieg die schützenden Festen zu bezwingen oder den Feind durch Landesverwüstung zu schädigen.

Im Westen stand den slawischen Völkerschaften ein Großreich gegenüber, das der Franken, das jedoch im Osten nur locker gefügt war und die dem Kerngebiet so fernen Grenzen von den Ostalpen zur mittleren Elbe zwischen den Langobarden und Sachsen in beiden Flanken nicht sicher beherrschte. Unter dem Frankenkönig Dagobert kam es zu einem heftigen Streit mit Samo, dem Herrscher über ein weites Gebiet slawischer Völker des mittleren Bereichs und des Südostens (631/2); Langobarden und Alemannen zogen zu Hilfe, aber die östlichen Franken (Austrafer) erlitten eine schwere Niederlage bei Wogastisburg in Böhmen<sup>1)</sup>. In der Folge gliederte sich die Ostfront auf deutscher Seite, obschon die fränkische Oberhoheit dem Namen nach fortbestand, wieder nach den Stammesbereichen. In einem jeden Frontabschnitt gestaltete sich die Lage verschieden, was für alle weitere Zukunft, für die jüngere Geschichte des Deutschtums im Osten, richtungweisend geblieben ist.

Am kraftvollsten und erfolgreichsten traten die Bajuwaren (Baiwaren, Baiern) unter ihren Herzögen auf. In den weiten Ebenen nördlich vor dem Alpenrand hatten sie sich in breiter Siedlung niedergelassen und ihr Stammesreich gegründet. Etwa zu gleicher Zeit, wie die Slawen, noch vor Ausgang des 6. Jahrhunderts, drangen sie kämpfend langsam in die Ostalpenländer ein, die wie ein natürliches Ausbreitungsgebiet vor ihnen lagen.

Von den Zeiten der Völkerwanderung wirkte hier die Anwesenheit ostgermanischer Volksteile nach. Dazu kamen stellenweise langobardische Siedelgruppen (im Gailtal, nördlich der Karnischen Alpen); sie sind später im werdenden Deutschtum aufgegangen. In den Tälern der Drau und Mur stießen die vordringenden Baiern auf die Vorposten der „Winden“, die flusshaufwärts in allmählich verdichteter Siedlung gelangt waren. So verband sich hier, als die bairische Landnahme und Siedlung in Gang kam, in den Zentralalpen süddeutsche und ostdeutsche „Kolonisation“ unmittelbar miteinander. Die Widerstandskraft der Slowenen war nicht stark; sie entbehrten eines kräftigen Staatsverbands, wohl auch einer zahlreichen Schicht von Volksfreien und saßen zwischen ungeheuer weiten Ödlandstrecken. Um die Mitte des 8. Jahrhunderts nahmen die bairischen Herzöge Ottilo und sein Sohn Tassilo, der über die Alpenlawen Siege davongetragen hatte, diese Tätigkeit erfolgreich auf. Als förderlich erwies es sich, daß soeben durch Winfried-Bonifatius das bairische Kirchenwesen eine Festigung erfahren hatte. Wie die weltliche Gewalt, so drängte auch die Kirche zu entschlossenem Vorgehen gegenüber den im Heiden-

<sup>1)</sup> Die Lage des Ortes, mannigfach umstritten, wird jetzt auf dem Bur(g)berg bei Raaden an der Eger — an seinem Fuße liegt Alschau, tschech. Uhoštany — gesucht.

tum verharrenden Slawen; ja die Feindschaft zwischen Christen und Heiden war schärfer als der völkische Gegensatz. Wenn jetzt Passau und Salzburg Bischofsstühle wurden (von Salzburg aus unter Bischof Virgil Beginn der Slawenmission), wenn Klöster wie Mondsee und Kremsmünster, im Pustertal Innichen (769), entstanden, so waren dies Ansatzpunkte deutschen Kulturinflusses. Es ist unbestreitbar das Verdienst der Baiern und ihrer Fürsten aus agilolfingischem Haus, daß ein Vorgehen in der Richtung ostdeutscher Kolonisation von ihnen am frühesten aufgenommen worden ist. Die schmale Verbindung zwischen den nördlicher wohnenden und den von Südosten vorwärts drängenden Slawen, eben erst im Entstehen begriffen, wurde durchbrochen.

In dem mittleren Abschnitt der damaligen deutschen Ostgrenze standen Franken und Thüringer den Slawen gegenüber, beide nur in einem vergleichsweise schmalen Grenzgebiet. In das Nabtal, das zum bairischen Nordgau gehörte, waren Slawen gelangt, nicht tschechischen Stammes, wohl den Sorben verwandt; auch an den oberen Main waren sie gekommen, nur siedelnd, nicht staatsbildend und nicht in großer Stärke. Die Lande gegen das Fichtelgebirge wurden nun dem westlicheren mainfränkischen Gebiet angegliedert. Seit Ende des 7. Jahrhunderts ging diese „ostfränkische“ Kolonisation mit Anlage von Königsgütern und Herrenhöfen, auch durch Ansiedlung freier Grundeigentümer vor, ein Unternehmen nicht von weitem Ausmaß, wohl aber von vorbildlicher Bedeutung. — In Thüringen war es verhängnisvoll gewesen, daß das machtvolle Thüringerreich unter dem Angriff der Franken und Sachsen zerfallen war (531). Seitdem war die Kraft der Thüringer, fränkischer Oberhoheit unterstellt, in sich geschwächt und nicht mehr voll widerstandsfähig gegen östlichen Angriff. Zwischen Harz und Saale nahmen Frankenkönige einen Akt der Kolonisation vor: Nord-Sueben wurden an der Bode angesiedelt, andere Kleinstämme in ihrer Nachbarschaft (um 560). Indes es war mehr eine Aufnahme germanischen Volkes von Osten her, ein Abschluß des Wanderungszeitalters in jenen Gegenden, als ein Auftakt zu ostdeutscher Kolonisation. Die ostwärts gelegenen Lande lagen nun dem Eindringen der Wenden zugänglich da; um 632 begannen ihre Angriffe auf Thüringen. Feindliche und freundliche Haltung wechselten; 743 erschienen Wenden zur Hilfe des Franken Pippin, als er über die Unstrut gegen die Sachsen zog. Um 800 galt die Saale als Grenze zwischen Sorben und Thüringern. Ansässig waren Slawen auch westwärts dieses Flusses geworden, aber nur in verstreuter Niederlassung, nicht in einem Verband unter eigener politischer Herrschaft. Zu ostwärts gerichteter Kolonisation rafften sich die Thüringer noch nicht auf; weder staatlich noch als Volk waren sie dazu stark genug.

Einen ausgebreiteten Abschnitt der Volksgrenze hatten die Sachsen inne, von der Unstrut längs der Saale bis zum westlichen Knie des mittleren



Eblauts, auf ostelbischem Boden von der Havelmündung bis Ost-Holstein. Die Feindschaft zwischen ihnen und den Slawen — Liutizen oder Wilzen im Havelland und weiter nach Nordosten zu, Abodriten (Obotriten) in Mecklenburg — war hart und erbittert. Nicht Religionshaß schürte sie; die einen wie die anderen waren Heiden: Es war wirklich eine Gegnerschaft völkischer Art. Wider keinen Feind wurde die Landeswehr der Sachsen so allgemein und unbedingt aufgeboden, als wenn es gegen die Slawen ging. An Kolonisation war nicht zu denken.

Eine politische Zusammenfassung der ganzen Ostgrenze geschah unter Karl dem Großen, dem Frankenkönig. Entscheidend waren dafür Erfolge auf beiden Flügeln. Im Süden glückte die Zertrümmerung des Awarenreichs; nach einem Feldzug donauabwärts unter Karls persönlicher Leitung führte sein Sohn Pippin mit tatkräftiger Beihilfe des tüchtigen Erich von Friaul den Sturz des morsch gewordenen Reiches herbei (796). Eine neue Ordnung nach dem fränkischen Grenzsystem wurde im Südosten geschaffen. Die Ostalpen, nun zugleich von der Donauebene vor dem Wiener Wald und vom langobardischen Italien her umfaßt, wurden zum ersten Male eine feste Ausgangstellung für das Vordringen in den südostwärts gelegenen Donaoraum. Im Norden gelang mit der gewaltsamen Eingliederung der Sachsen die Ausdehnung des großfränkischen Reichs bis zur unteren Elbe und hinüber auf die östliche Stromseite. Die Niederwerfung nordelbinger Gaue beendete den langwierigen, oft grausam geführten Sachsenkrieg (803). Karl scheute sich nicht, durch die gebotene Umsiedlung von Sachsen entvölkertes Land den slawischen Abodriten preiszugeben; die deutsche Volksgrenze wurde hier zurückverlegt. Wenig später zeigt die auf dem Reichstag zu Diefenhofen getroffene Ordnung (805) eine einheitliche Zusammenfassung der Ostfront: feste Punkte (als die wichtigsten Bardowick, Magdeburg, Erfurt, Hallstatt bei Bamberg, Regensburg, Lorch) wurden zur Aufsicht über den Grenzverkehr bestimmt, die Ausfuhr schwerer Waffen verboten. Auch im mittleren Grenzabschnitt geschah ein Fortschritt: mittelelbische Sorben sowie die Bewohner Böhmens (nach einem Vorstoß an der Eger) wurden zur Unterwerfung und in ein Tributverhältnis gebracht. Ein Gürtel von Marken umgab nun das Reichsgebiet im Osten: es waren vorgelagerte nicht festumrissene Räume, die als Vorland überwacht werden sollten und so dem Schutze des Reiches dienten, geeignet, einen feindlichen Angriff aufzufangen und zugleich bei eigenem Vorstoß ein Aufmarschgebiet. Für Siedlungszwecke waren sie vorerst nicht ausersehen; aber die Anlegung von Burgplätzen oder befestigten Höfen, wie dies dem System fränkischer Landnahme geläufig war, konnte in der Mark ebenso wie der Bau von Straßen ihre Brauchbarkeit im Sinne des Grenzschutzes nur erhöhen. Mit den Maßnahmen staatlicher Art verband sich das Wirken der



Kirche im Osten, Bistumsgründung und Mission; als König der Franken trat Karl dafür ein, und nur um so mehr, da er die Kaiserkrone in Rom erwarb. Die Auflockerung des Großreichs unter seinen Nachfolgern, die Absonderung eines östlichen deutschen Reichsteils, war der Ostpolitik nicht durchaus nachteilig. König Ludwig der Deutsche (840—876) nahm seinen Sitz gern in Regensburg; dieser nach Osten schauende feste Platz war zeitweilig gleichsam die Hauptstadt des ostfränkischen Reichs.

Die Fortschritte im Ausbau der staatlichen Verwaltung sowie in den Anfängen deutscher Kolonisation blieben längs der Ostgrenze des karolingischen Reichs nicht aus, freilich waren sie ungleich; eine südnördliche Staffelung läßt sich deutlich beobachten. Am größten waren sie im Südosten; hier stützten sich die Karolinger auf das von den bairischen Herzögen zuvor Begonnene und führten es dank der verstärkten Staatsmacht und dem gehobenen Kulturstand im Reiche weiter. Zwei Marken waren gebildet worden: nach Süden zu die Mark Karantainen, der auch das italische Friaul angegliedert wurde, und längs der Donau die eigentliche „Ostmark“, deren damalige Benennung als awarische oder pannonische, auch slawische, wechselte. Noch waren manche Kämpfe zu bestehen; aber ein kolonisateurisches Vorgehen erwies sich hier als möglich. Ein Merkmal des eingeschlagenen Verfahrens war es, daß die Siedlung längs der Straßen (mit Benutzung alter Römerstraßen) in das neu zu gewinnende und zu sichernde Gebiet vorgetrieben wurde, wobei Erfüllung von Wehraufgaben und Wirtschaftsleistung Hand in Hand gingen. Ein stattliches Königsgut wurde gebildet. Indes das Königtum gestattete freien Zugriff, was einen raschen Erfolg des Anbaus und damit der Leistungskraft zu versprechen schien. Landvergaben großräumiger Art fielen an weltliche und geistliche Großgrundbesitzer; die Hochkirchen (Freising, Salzburg, Passau, Seben), dazu angesehene Klöster (Niederaltaich) wurden reich bedacht. Auch an freie Grundeigentümer bäuerlichen Schlags gelangte Bodenbesitz, obschon die Grundherrschaft den größeren Anteil davontrug. Bei der Landzuweisung kam die Hufe zur Anwendung: die Königshufe als ein größeres Landmaß, dazu kleinere Hufen für die Einrichtung des ländlichen Wirtschaftsbetriebs mit ständischem Unterschied (Hufen der Edlinge und Freien; Knechtshufen). Unverkennbar ist ein wirtschaftlicher Aufschwung des Landes, auch über die Enns hinaus. In den ebenen Landstrichen längs der Donau und im östlichen Vorland der Alpen bis über die Raab, wo die Awaren eine dichtere Vorbesiedlung nicht hatten aufkommen lassen, gewann die deutsche Siedlung jetzt breiter und kräftiger Bestand. Das Land östlich der Raab um den Plattensee wurde mit Vorposten erreicht, mochten auch siedlungsleere Strecken dahinter ungenutzt liegenbleiben. Auch weiter nach Südosten zu, im Alpenraum, drang deutsches Siedlertum vor.

Im Norden des bairischen Stammesgebiets bestand seit karolingischer Zeit die Mark auf dem Nordgau, die sich vom oberen Nabtal nach dem Egerland streckte, das nicht zu Böhmen gezogen war. Das Land war noch öde und siedlungsarm, meilenweit dehnten sich Wälder hin. Von Süden her, vom bairischen Stammesgebiete aus setzte nun etwa seit der Zeit Ludwigs des Deutschen eine Förderung der Siedeltätigkeit ein; auch ein Zuzug westdeutscher Siedler, fränkischer vom Mittelrhein, läßt sich erschließen. Als Stätte für die Mission ostwärts gegen den Obermain wirkte Würzburg, der Bischofssitz, zugleich ein Vorposten fränkischer Ostpolitik (Bischof Arn † bei einem Zug nach Böhmen 892).

Böhmen und Mähren waren nicht Marken des Reiches geworden. Wohl aber erschienen Fürsten am deutschen Königshof, brachten Geschenke und erkannten die Oberstellung des Königs an; Erhebungen böhmischer Slawen wurden auf deutscher Seite als Aufstand betrachtet. Eine gefährdende Machtzusammenballung der Sudetenlawen entstand von Mähren aus unter Swatopluk; doch bald zerfiel sie wieder nach dem Tode ihres Begründers (894). Im Jahre danach stellten sich böhmische Fürsten am Königshof in Regensburg zu neuer Unterwerfung. Schon bereitete sich jedoch der Zusammenschluß innerböhmischer Gaue im Herzogtum Prag vor. Die bairische Kirche sah jene Länder als ihr Missionsgebiet an; wirklich kamen böhmische Fürsten nach Regensburg zur Taufe (845). Als von Byzanz her ein Versuch zur Bekehrung und zur Einführung slawischer Liturgie (Konstantin-Kyrillos und Methodius) unternommen wurde, trat sie dem mit Erfolg entgegen: in jener Zeit, die über die Trennung des Ostens und Westens in der Christenheit entschied, verblieben Mähren und Böhmen bei der Kirche des Abendlands.

Nördlich der Gebirgsumwallung Böhmens dauerte der Zustand fort, in dem Grenzklämpfe und ruhigere Zeiten wechselten. Eine „sorbische Mark“ (845) von der oberen Saale bis nahe an Magdeburg war eingerichtet worden, längs der Saale durch Burgen (Merseburg) geschützt; an der Spitze stand ein Markgraf und Heerführer (Thakulf, dessen Kenntnis slawischen Brauchtums gerühmt wird, † 873). Den Rückhalt dafür bot Thüringen, nördlich der Unstrut das südlichste Ostachsen. Auf mütterländischer Seite war in karolingischer Zeit die Anlage neuer Siedlungen, rein dörflicher und solcher, die der Landesflüchtlinge dienten, im Gang. Das fränkische Königtum sowie weltliche und geistliche Grundherren, deren Sitz in Franken lag, wirkten darauf fördernd und formgebend ein. Über die Saale in das Sorbenland hinein drang diese Siedelbewegung noch kaum vor; nur in dem nächstgelegenen Vorland mag sich ein gewisser Einfluß schon geltend gemacht haben. Mittelbar war sie für die künftige Kolonisation von Bedeutung, weil die Ausbildung von Grenzlandformen der Siedlung einsetzte. — Härter und blutiger, haß-

erfüllter waren die Kämpfe an der nördlicheren Sachsenfront wider die Stämme der Wilzen und der Obotriten. Die Führung stand hier dem Herzog der Sachsen zu. Eine „sächsische Mark“ war im Lande nördlich der Elbe errichtet, mit Anlage eines der Verteidigung dienenden Grenzwerks. Unter Ludwig dem Deutschen war die Herrschaft über die tributpflichtigen Wenden hergestellt, aber nur scheinbar. Erschwert wurde die Kampflage durch das Eingreifen der Dänen. In einer furchtbaren Niederlage ging das Erungene verloren (880). Für deutsche Kolonisation war hier kein Betätigungsfeld.

So blieb es trotz allem Kraftaufwand dabei, daß längs der deutschen Ostgrenzen nur im Süden ein namhafter Ansatz zu siedlerischem Erfolg gemacht worden war; nach Norden zu fehlte es daran von Abschnitt zu Abschnitt mehr. Allgemein war der Niedergang mit zunehmender Schwäche des Königtums im Ostfränkischen Reich. Ein Versuch zur Kräftigung ging vom Südosten aus: Arnulf von Kärnten (887) unternahm ihn mit hartem Zugriff und nicht ohne zeitweiligen Erfolg. Aber die Rettung mißlang, die innere Auflösung griff um sich. Das Reich zerfiel in Gebiete unter Herzögen, deren Macht im Grenzkampf gestärkt worden war; sie nannten sich nach den Stämmen, denen nun wieder wie zuvor die Grenzwehr im Osten oblag. Doch in die Front wurde eingebrochen unter dem Ansturm neuer Feinde, des ungarischen Reitervolks aus den Steppen Südosteuropas und der seefahrenden Nordmänner, wikingischer Scharen, an den Gestaden des Ost- und Nordmeers. Bei Pressburg erlag der bairische Heerbann unter dem Markgrafen Luitpold 907 nach tapferer Gegenwehr; Markgraf Burkhard in Thüringen fiel gegen die Magyaren in hartem Kampf (908). Auch Ostsachsen lag ihnen offen. Die Staats- und Volksgrenze im Osten war zerrissener als zuvor. Ein Erbe aber hinterließ das Karolingische Reich, ein Gedankengut: Der christliche König, der Kaiser hat das Amt des Heidenkampfes zum Friedensschutz für die Kirche und die christlichen Völker. Damit war ihm die Aufgabe der Ausbreitung des Christentums und des Reiches im Osten zuerkannt.

## 2. Die Wiedergewinnung des Ostens seit dem Aufstieg des ersten Deutschen Reichs: Grundlinien der Bewegung

### Zeiten der Wegbereitung

Ein neues Zeitalter deutscher Ostpolitik mit kräftigeren Anfängen einer ostwärts gerichteten Siedelbewegung brach an, als das erste Deutsche Reich erstand: Sachsen und Franken einten sich zur Königswahl des Sachsen-



herzogs Heinrich zu Friglar auf fränkischer Erde (919), dessen klugem Geschick es bald gelang, die Baiern, die ihrem Herzog Arnulf als König gehuldigt hatten, und die Alemannen zu seiner Anerkennung zu bringen. Schon in jungen Jahren hatte Heinrich sich im Ostkampf von Merseburg aus bewährt. Nun nahm er ihn, von Angriffen der Ungarn gedrängt, mit voller Kraft an der ganzen Elbe — Saale-Linie auf. Umsichtig bereitete er den Krieg vor, durch die Anlegung besser befestigter Plätze mit wohlüberlegter Ordnung im Burghannbezirk (Burgward) sowie durch Einübung einer schwergerüsteten, gegen Pfeilschuß und Stich gefeiten Reiterei. Im harten Winter 928/9 bezwang er die Feste Brandenburg im Havelland; im Frühsommer danach zog er mit Heerbann und Kriegsmannern in das Land der Daleminzier (um Lommäsch), warf sie nieder und baute die Burg Meissen über der Elbe. Weiter ging der Zug nach Prag, wo Herzog Wenzel die Oberhoheit des deutschen Königs anerkannte, auch sich dem Christentum geneigt erwies. Um die gleiche Zeit wurde eine Erhebung der Nordoststämme blutig niedergeschlagen (bei Lenzen). Wenig später zog Heinrich in die Niederlausitz, hielt auch die Milzen (um Bausen) in Unterwürfigkeit. Am bedeutendsten war der Sieg über die Ungarn (im Juni 933), der in Gemälden zu Merseburg verherrlicht worden ist, eindrucksvoll besonders auch darum, weil die deutschen Hauptstämme vereint daran beteiligt waren: es war wirklich ein deutscher Sieg.

Viel weiträumiger, staatsmännischer ausgebaut waren die Erfolge seines Sohnes und Nachfolgers Ottos des Großen, freilich erst nach der Bezwingung innerdeutscher Unruhen. Ihm gelang es dank den Leistungen hervorragender Mitstreiter die gesamte Ostfront wieder zusammenzufassen. Der große „Ostmarkgraf“ Gero trug von den nordöstlichen Harzlanden, wo sein Stammsitz lag (an ihn erinnert Stift Gernrode), siegreich die deutschen Waffen vorwärts, um dieselbe Zeit, als die Baiern unter ihrem Herzog Berthold auf der Welfer Heide bei Linz einen ersten Abwehrrfolg wider die Ungarn errangen (943). Ein wichtiger politischer Erfolg glückte sodann in der Jahrhundertmitte (950): Herzog Boleslaw von Böhmen, der nach Wenzels gewaltsamem Tode abgefallen war, fügte sich wieder in die Anerkennung des deutschen Königs. Seitdem blieb Böhmens Zugehörigkeit zum Deutschen Reiche unbestritten. Das heimische Herzogsgeschlecht behielt das Regiment und wahrte sich eine weitgehende Selbständigkeit des politischen Handelns. Eine Mark wurde nicht geschaffen; aber die Landesgrenzen schieben Böhmen und Mähren nicht vom Reiche, es galt nicht eine Staatsgrenze erster Ordnung. Die bedeutendste Wende brachte das schicksalhafte Jahr 955: Ottos Sieg über die Ungarn auf dem Lechfeld (am Laurentiustag, dem 10. August), die Rettung des Abendlands, die seinen Ruhm hell erstrahlen ließ, und wenige Wochen danach

eine schwere Niederlage der Slawen zwischen unterer Elbe und Oder (an der Kara<sup>1</sup>).

Eine weite Bahn zur deutschen Wiedergewinnung östlicher Lande lag nun offen. Die Entwicklung vollzog sich im Süden und Norden trotz ähnlicher Grundsätze in verschiedener Art. Im Süden fiel eine Ausweitung der Macht dem Herzogtum Bayern unter Ottos Bruder Heinrich zu, der eine hochgebietende Stellung einnahm. Kärnten war damit verbunden; aber wenig später wurde es als ein besonderes Herzogtum von Bayern abgetrennt (976), und so schlug man schon damals einen Weg ein, der danach weiter verfolgt worden ist: Die oberste Ordnung der führenden Gewalt nach Art der alten Stammesgebiete, die herzogliche, wurde im Südosten auch bei neuen staatlichen Bildungen zur Anwendung gebracht. Ringsum wurde ein Gürtel kleiner Marken geschaffen, von Friaul und Krain bis zum nordöstlichen Alpenvorland an der Donau, wo die „Ostmark“ wohl bald nach 955 erneuert worden war. Wichtig wurde ihre Übergabe an den Markgrafen Liutpold (976), den Ahnherrn der Babenberger Österreichs, unter denen das Land kräftig aufgebüht ist. Bis zum Wiener Wald, ja darüber hinaus wurden die Grenzen vorgeückt. Wo sich slawische Bevölkerung vorfand, war sie ohne stärkeren Rückhalt an selbständigen slawischen Staaten, auf Österreichs Boden überhaupt nur schütter. Die Verbindung zwischen Südslawen und Slawen der Sudetenländer war seit der Ottonenzeit auf die Dauer durchbrochen. — Anders im Nordostraum. Eine großartige ottonische Markenschöpfung wurde hier ins Leben gerufen, unmittelbar im Auftrag und unter der obersten Leitung des deutschen Königs, als dessen Aufgabe die Friedenswahrung und der Kampf wider die Fremdvölker galt. Den festesten Halt gewannen die Zustände in den süblichen Landstrichen. Angelehnt an den großen Grenzwall gegen Böhmen, bestanden hier wohl schon um die Mitte des 10. Jahrhunderts kleinere markgraffschaftliche Bezirke: östlich der Saale „vor Thüringen“ eine Mark um Zeitz, nördlich davon das Vorland Merseburgs, das zeitweilig unter besonderer markgraffschaftlicher Verwaltung stand, an der Elbe die später nach Meissen genannte Mark nebst dem Lande um Budissin-Bauzen. — Weite Lande nordwärts davon hatte inzwischen Gero, der harte, gefürchtete Slawenbezwiner ostfächsischen Geblüts, zur Botmäßigkeit gebracht; über sie führte der „Markherzog“ selbst unmittelbar die Befehlsgewalt: im ganzen Elbe-Oderraum wurde die deutsche Herrschaft zur Geltung gebracht. Nach seinem Ausscheiden aus seinem Amt (965) wurden mehrere Marken gesondert: im Süden die sächsische „Ostmark“ (unter Geros Erben: Thietmar, Gero), die Lande nach der mittleren Oder zu (unter Markgraf Hodo), im Norden aber auf altmärkischem Boden die „Nord-

<sup>1</sup>) Wohl die „Reke“, die obere Elde in Mecklenburg.



mark" (unter Markgraf Dietrich) mit dem östlichen Vorland um Brandenburg und Havelberg. Auch der Herzog der Sachsen, den Otto bestellt hatte, Hermann Billung, hatte seine Ostaufgabe und Markgewalt; über die untere Elbe in das Obotritenland bis zu den östlichen Medariern und Ufrern nahe dem Oberhaff ragte die „Mark der Billunger“ vor. Standen die anderen östlichen Marken unmittelbar unter dem Reichsoberhaupt, so war an der Unterelbe das sächsische Stammesherzogtum mit einer Mark verbunden. Um diesen Markengürtel legte sich ein weiterer Bereich von Abhängigkeitsverhältnissen. Misaka, Herzog der Polen, entschloß sich zur Anerkennung der deutschen Oberhoheit und Lehensherrlichkeit, zur Zinspflicht für das Land bis zur Warthe am linken südlichen Ufer des Flusses. Auch slawische Küstenstämme (Pomoranen) suchten Anschluß an das Reich; sogar der Dänenkönig Harald Blauzahn trat in ein Lehensverhältnis zu Otto.

Es war ein Grundzug ottonischer Politik, zur Stärkung der Zentralgewalt im Reiche sich der Kirche, ihrer weltlichen Macht wie ihres geistlichen Einflusses, zu bedienen, im Innern wider die weltlichen Großen, deren Selbständigkeit im Lehensstaat gefährlich zu werden drohte, nach außen zur Erhöhung des Ansehens und Einflusses, so auch für Zwecke der Ostpolitik. Auch in dieser Hinsicht wies die Entwicklung im Süd- und Nordosten Ähnlichkeiten und Verschiedenheiten auf. Im Südosten, in dem schon unter deutscher Herrschaft stehenden Gebiet, wurde die reiche Ausstattung der Bistümer mit Grundbesitz und Hoheitsrechten, vom Königtum freigebig gefördert, für die Zukunft wichtig: das Erzbistum Salzburg, die Bistümer Seben-Brünn, Freising und Passau, später auch Bamberg, geboten über weite Landflächen, schoben sich zwischen die weltlichen Landesgewalten ein und beherrschten wichtige Alpenpässe. Über die Reichsgrenzen hinaus strebte die Ungarnmission, auf die Kaiser Otto selbst seinen Blick gerichtet hielt. Bischof Pilgrim von Passau (971—991) nahm sich des aussichtsreichen Werkes eifrig an; er verfolgte damit ehrgeizige Pläne und wünschte Wiedererrichtung eines angeblichen Erzbistums Lorch, was freilich nicht gelang. Die Bekehrung der Ungarn zum Christentum trat überraschend schnell ein; aber nicht den Deutschen fiel die Frucht zu. — Viel weittragender und von nachhaltiger Wirkung war die Kirchenpolitik Ottos des Großen im Nordosten. Schon früh gedachte er dabei dem festen Magdeburg am Elbübergang eine große Aufgabe zuzuweisen; das Moritzstift, das sich der Gunst seiner ersten Gemahlin Editha († 946) besonders erfreut hatte, war dafür ausersehen. Vorerst wurden die Bistümer Brandenburg und Havelberg begründet (947/949); indes kirchliches Leben regte sich dort noch nicht. Otto verfolgte nun den Plan, ein eigenes Erzbistum für die Slawenlande zu stiften, in Magdeburg sollte sein Sitz sein. Indes erst nach dem Erwerb der Kaiserwürde (962) vermochte er der Ausführung näher-



zutreten. Noch mußte der Widerstand des Mainzer Erzbischofs und des Bischofs von Halberstadt gegen die Lösung Magdeburgs aus dem bisherigen kirchlichen Verband überwunden werden; und wirklich hat in der Folge die Absonderung der neuen Kirchengründung von den Diözesen des deutschen christlichen Mutterlandes ihre Nachteile gezeigt. Endlich im Herbst 968 wurde der neue Erzbischof ernannt: Adalbert, Mönch von St. Maximin in Trier, der bereits Erfahrung in der Slawenmission (bei den Russen) hatte. Die Bistümer Brandenburg und Havelberg wurden ihm unterstellt, ebenso die drei neugegründeten Bistümer in den deutschen Marken des Sorbenlands: Merseburg (in Erfüllung des Gelübdes vor der Lechfeldschlacht), Zeitz (nach Naumburg 1028 verlegt) und Meißen. All diese kirchlichen Sprengel umfaßten fast ausschließlich Gebiete, wo Slawen wohnten und deutsche Kriegsmannen auf Burgen ihren Reihedienst verrichteten oder auf umwehrten Höfen saßen. Zins und Zehnt pflichtiger Bevölkerung wurden als vorerst nur dürftige Einnahmen zugewiesen, selten Rechte der Immunität und eigener Gerichtsbarkeit: die Markenverfassung duldete keine Durchbrechung. So waren die Vorbedingungen für die kirchliche Wirksamkeit viel ungünstiger als im Südosten. Die Slawen wurden für Christen erklärt, aber sie standen der von Deutschen verkündeten Religion noch lange mit Mißtrauen gegenüber. Doch auch die Gefahr einer Zersetzung weltlicher Handhabung der staatlichen Gewalt durch die Hochkirchen und Klöster (noch entstand nicht ein einziges in den Marken) war geringer als im Ostalpenland. Kaiser Ottos kirchliche Pläne gingen weit über das Nächstliegende hinaus. Im gleichen Jahre 968 wurde ein Bistum in Bagrien, Oldenburg, gestiftet (unter dem Erzbischof von Bremen-Hamburg), ebenso in Posen (mit einem Deutschen, Unger, als Nachfolger des ersten Bischofs Jordan), das der Erzdiözese Magdeburg, und damit der deutschen Kirche unterstellt werden sollte. Auch die Gründung eines Bistums in Prag wurde vorbereitet; sie kam 976, unter Kaiser Otto II., zustande. Dies Bistum im Sudetenraum wurde der Erzdiözese Mainz, der größten und leistungsfähigsten deutschen Kirchenprovinz, die bis nach Thüringen und Ostfranken reichte, angegliedert. Der erste Bischof war ein Sachse, Deotmar; ihm folgte der dem sächsischen Königshaus verwandte, in Magdeburg vorgebildete Woitech-Adalbert, der Heilige, der auf einer Missionsfahrt nach dem Lande der heidnischen Preußen den Märtyrertod fand. Bemerket sei, daß vom Nabtal das Bistum Regensburg (zur Erzdiözese Salzburg gehörig) in schmalen Gebietsstreifen gegen das Elstergebirge (Bistum Naumburg-Zeitz) vorragte und sich zwischen Würzburg — später Bamberg — und Prag einschob.

Mit der Ausbreitung der Kirche verband sich offensichtlich deutscher Kultur- einfluß; der Klerus in deutsch beherrschtem Gebiet, im selbständigen Slawenland einzelne kirchliche Amtsträger, war deutschen Ursprungs. Die Span-

nung zwischen Deutschen und christlich gewordenen Slawen ließ nach; die Feindschaft zwischen Christen und Heiden war damals oft grimmiger als der Gegensatz der Völker. So erwies sich die Kirche der Erhaltung slawischer Bevölkerung geneigt, sobald sie der äußeren Kirchenordnung, den Diözesen und Burgbezirkkirchspielen mit ihren Zehntleistungen (dem festgesetzten Slawenzehnt) und der kirchlichen Baupflicht, eingefügt war. Es ist eine bemerkenswerte Tatsache, daß die deutsche Kolonisation später sich in jenen Räumen am vollständigsten rasch verbreitete, wo ein Kampf mit heidnischen Fremdvölkern unmittelbar vorausging.

Eine kraftvolle ostdeutsche Siedelbewegung kam in jener Zeit noch nicht in Gang. War es Schuld der Führenden und des Volkes? Gewiß, wertvolle Kräfte sind damals in innerem Streit, auch im Kampf um Italien aufgebraucht worden, die im Osten fruchtbarer hätten eingesetzt werden können; an manchen Versäumnissen hat es nicht gefehlt. Aber aufs Ganze gesehen wird zu urteilen sein, daß die Vorbedingungen für eine großzügige deutsche Ostsiedlung im 10. Jahrhundert noch nicht gegeben waren, weder in politischer Hinsicht im Osten, noch im Stande des Bevölkerungswesens und der Wirtschaft im deutschen Mutterland. Wo sich die Möglichkeit bot, vornehmlich im wiedergewonnenen Südosten, da begannen sich wirklich schon die siedlerischen Kräfte zu regen: Anfänge zu neuem Aufstieg. Auch im Norden fehlte es daran nicht ganz. Kriegsmannensiedlung setzte auf dem Boden der Marken ein; auch Rodung kam hier oder dort in Gang. Anzeichen einer deutsch-slawischen Siedlungsmischung sind im Grenzsaum kenntlich; es können auch Nemci genannte Orte auf das Wohnhaftwerden von Deutschen zurückgeführt werden. Indes noch galt es im Osten: wo steter Waffenlärm hallt, hat der Grenzlandbauer schweren Stand. Entscheidend aber war, daß in dem nordwestdeutschen Raum noch reichlich für den heimischen Landesausbau Arbeit zu leisten, noch viel dabei zu lernen und zu erproben war, als daß ein Ruf zur Ostsiedlung große Wirkung hätte auslösen können. Der Gedanke, durch eine großzügige Umsiedlung einen Bauernwall im Osten gegen die Feinde zu errichten, die Ausfüllung daheim aber dem Nachwachsen der Bevölkerung für die Zukunft zu überlassen, lag außerhalb des Bereichs damaligen politischen Planens und auch, so wird man urteilen müssen, tatsächlicher Ausführbarkeit.

In jener Zeit eines sichtbaren Aufschwungs deutscher Geltung unter den Völkern regte sich das Bewußtsein deutscher Volkszugehörigkeit, so gewiß das große Erleben mehr noch dem Stammesstolz, zumal der Sachsen, Kraft zur Erhebung gab. Die Volksbezeichnung „Deutsche“ erscheint im Osten, wenn auch vorerst nur in der gelehrten lateinischen Form Teutonici: In Salzburg wird schon zum Jahre 919 das „Reich der Deutschen“ genannt, in Urkunden der Ottonenzeit stehen Deutsche, gleichviel welchen Stammes, neben den



Slawen, von denen sie sich nach Sprache und Recht, nicht immer auch im Namen, unterschieden.

Es erhebt sich die Frage, ob die ottonische Kaiserpolitik der bestmöglichen Förderung des Deutschtums im Osten entsprochen oder wohl gar entgegen gewirkt hat. Sicher wurden durch die Unternehmungen in Italien deutsche Kräfte gebunden; und es konnte geschehen, daß auf dem Boden Italiens Männer verbluteten, deren Verlust im Osten verhängnisvoll war. Indes bestand auch ein förderlicher innerer Zusammenhang zwischen der ottonischen Ostpolitik und der Erneuerung des Kaisertums, die nicht nur darauf beruhte, daß in Italien deutsche Macht gezeigt, ein Königreich und eine Krone voll strahlenden Glanzes im Abendland erworben wurden, dem Papsttum aber wertvolle Zugeständnisse gemacht worden sind. In der Sprache päpstlicher Urkunden wie auch in der Geschichtschreibung jener Zeit klingt die Auffassung an, daß die Kaiserkrone dem gebührt, der die Ungarn zerschmettert hat und das Christentum unter den unzähligen getauften Slawen jenseits der Elbe ausbreiten läßt. „Laßt uns bitten“, so lautet die alte, feierliche Karfreitagsliturgie in Rom, „auch für unseren allerchristlichsten Kaiser, daß Gott der Allmächtige ihm alle Barbarenvölker untertan mache zu unserem ewigen Frieden.“ Betrachtet man die Auswirkung der Kaiserpolitik auf den Osten unter deutschem Gesichtspunkt, so war sie nicht durchaus ungünstig, wohl aber in mehrfacher Hinsicht zwiespältiger Art. Die Kaiserwürde des Oberhauptes in der abendländischen Christenheit erleichterte es slawischen Völkern und ihren Führern, eine Oberstellung des deutschen Herrschers, der damit bekleidet war, anzuerkennen. Einrichtungen des deutschen Hofes, deutscher Verfassung und Verwaltung, oft noch in Erinnerung an den großen Karl und die Franken, wurden nachgeahmt, Rittertum und Lehenswesen nach westlichem Vorbild fanden Eingang. Aber auch eine Lockerung des Pflichtverhältnisses konnte sich ergeben, indem, was man dem kaiserlichen Herrn zugestand, dem deutschen Könige verweigert wurde.

Schon unter Otto II., dem Roten, obschon er einiges unter seinem Vater Begonnene zu vollenden vermochte, traten in der deutschen Ostpolitik Rückschläge ein. Die Niederlage, die er im fernen Süditalien gegen die Sarazenen erlitt, ließ 983 einen Wendenaufstand losbrechen, nicht bei den Alpenflawen, auch nicht in der sächsischen Ostmark, aus der die meisten gefallenen Kämpfer stammten, vielmehr im äußersten Norden auf Anreiz der Dänen, wohin eine Nachricht gelangt war. Die deutsche Herrschaft zwischen Elbe und Oder ging verloren und wurde nur im nächsten Vorland wiederhergestellt. Auch die Kirchen sanken in Trümmer; nur dem Namen nach bestanden die Bistümer fort, hartnäckig hielten Luitizen und Ostfreeslawen am Heidentum fest. So blieb es während der vormundschaftlichen Regierung der kaiserlichen



Frauen Adelheid und Theophano und danach unter Otto III., dessen frühes Ende die Hinwendung von seiner übersteigerten Kompolitik zu einer nationaleren deutschen Politik nicht mehr zur Reife gelangen ließ († 1002). König Heinrich II., der zuvor Herzog von Bayern gewesen war, nun auch Herr Ostfrankens und oberster Gebieter über Sachsen und die Marken, griff mit härterem Wirklichkeitsinn auf eine straffere Ordnung im Reich und auf den Einsatz der Kräfte zu neuem Kampf im Osten zurück, mit wechselndem Glück und Geschick. Wichtig war die Gründung des Bistums Bamberg (1007), das mit reichem Besitz im östlichen Franken, dazu in Kärnten ausgestattet wurde. In der Folge ein Stift von ganz ungewöhnlicher zentraler Bedeutung im Reich, übernahm es Ostaufgaben, die zuvor Würzburg erfüllen sollte, und erwies sich als geeignet auch zur Pflege von Beziehungen zwischen dem mittleren und südlichen Osten.

Vor den Ostgrenzen des Reiches erhoben sich um jene Zeit zwei Staatsbildungen zu selbständiger Kraft, die in der Geschichte der deutschen Wanderungen nach dem Osten eine nicht geringe Rolle gespielt haben: Ungarn und Polen. Der Großherr der Ungarn, Geisa († 997), trat zum Christentum über und legte den ersten Grund zu einem geordneten Staatswesen; den Aufbau vollendete sein Sohn Matias-Stephan, der zu Gran als eine Gabe Papst Silvesters II. die Königskrone empfing (1001). Die von ihm erreichte Gründung des Erzbistums Gran war der Ausdruck dafür, daß ein von dem deutschen Südosten gelöstes Kirchenwesen in Ungarn entstand. Zwischen dem Westen und der byzantinischen Welt gelegen, erfuhr Ungarn ebenso westlichen „fränkischen“ Einfluß wie auch Einwirkungen vom fernerem Osten her; doch es beschritt seine eigene Bahn. — In Polen gilt Herzog Misaka (Miseco; mit germanischem Namen, wohl nordischer Abstammung, auch Dago genannt) als der eigentliche Gründer des Staats. Zu dem deutschen König und Kaiser trat er in das Verhältnis eines Lehmannes und Vasallen. Der Aufschwung seines Staats geschah in Zeiten, als ein freundlich nahes politisches Verhältnis zum Reiche bestand. Indes schon er tat Schritte, mit Hilfe Roms seinen Staat ganz auf sich selbst zu stellen: Er trug dem Papste sein Land gegen die Entrichtung eines „Peterspfennigs“ auf und begründete so ein Schutzverhältnis zum Heiligen Stuhl (990); Rom willigte ein, geneigt, wider ein allzu mächtig werdendes Deutsches Reich von Osten her sich auf ein willfähriges Polen stützen zu können. Boleslaw Chrobry, der Kühne, ein bedeutender Herrscher (992 — 1025), schritt darin weiter vor. Deutsche, wohl auch nordgermanische Einrichtungen (im Gefolgschaftswesen) nutzte er zur Festigung seines Staates aus und betrieb in langwierigen Kämpfen eine Politik der Ausdehnung im Norden über die Warthe hinaus zur Gewinnung Pommerns, im Westen bis über die Elbe; nur mit Mühe konnten die deutschen Hüter der Mark unter Kaiser Heinrich II., der sogar mit den heidnischen Lituzen

ein Bündnis wider die Polen einging, das äußerste abwehren. Wie in Ungarn, entstand auch in Polen ein eigenes Kirchenwesen. Förderlich war dafür schon jene angebahnte politische Verbindung mit Rom. Auch die Selbständigkeit in kirchlicher Hinsicht wurde gewährt. Der jugendliche Otto III. selbst, von der Erneuerung des kaiserlich-christlichen Romgedankens erfüllt, bot als Schirmherr der Kirche dazu die Hand. Auf seiner berühmten Wallfahrt zum Grabe des heiligen Abalbert, als die Gedanken um den Anbruch des tausendjährigen Reiches kreisten, wurde das Erzbistum Gnesen gestiftet (1000). Auch Posen wurde ihm, trotz des Widerstrebens der Magdeburger Kirche, zugeteilt, ebenso das damals schon bestehende Bistum Breslau, das von Böhmen aus begründet worden war. Der Ausweitung deutsch-kirchlichen Einflusses nach Osten zu waren vorerst Schranken gesetzt.

Unter den ersten Herrschern aus dem salisch-fränkischen Hause, dessen Kraftfeld in der Mitte deutschen Mutterlandes lag, stieg das Deutsche Reich wieder zu einer Höhe seiner Macht empor. In Burgund und Italien, dem Papsttum gegenüber, wurde sie zur Geltung gebracht. Die Könige und Kaiser betrieben aber auch eine kräftige und erfolgreiche Ostpolitik, wobei sie von den Trägern des höchsten Grenzamts im Osten, den Markgrafen, von tüchtigen Herrengeschlechtern und auch von den damals treu kaiserlich gesinnten Leitern der deutschen Kirche wirksam unterstützt wurden. Im Nordosten gelang es unter Konrad II., wichtige Grenzlandschaften, die Niederlausitz und das Land um Bausen und Görlitz, dem Reiche zurückzugewinnen (1031). Unter Kaiser Heinrich III. wurde eine schwere Gefahr beschworen, die drohende Vereinigung Böhmens mit Polen, die einen Einbruch inmitten der Ostfront hätte zur Folge haben können. Fortschritte wurden an der Donau getan; hier war Heinrich III. wirklich ein „Mehrer des Reichs“. Kämpfe mit Ungarn, wo innere Wirren ausbrachen, wurden glücklich geführt, die Grenzen des Reiches wurden über die March, zeitweilig über die Leitha hinausverlegt. Auch die kolonisationsartige Tätigkeit schritt zu neuem dauerhaftem Erfolg. In den Anfängen König Heinrichs IV. war das Bemühen darauf gerichtet, diese Politik fortzuführen. An der Donau gestaltete sich die Lage für die Grenzlanddeutschen nicht ungünstig. Freilich die staatliche Selbständigkeit Ungarns wurde anerkannt (1063); die deutsche Oberlehnsherrlichkeit war unwiederbringlich verloren. Vom Harz aus suchte der junge König nicht nur die ihrer alten Freiheit stolz bewussten Sachsen seinem Regiment zu beugen; der Blick war auch auf den Osten gerichtet, um dort die den Deutschen und dem Christentum freundlich Gesinnten zu fördern, den Feinden des Reiches aber entgegenzutreten. So schien das Wendenland östlich der Unterelbe bereits gewonnen, während Erzbischof Abalbert von Bremen seinem großen Plane eines nordischen Patriarchats nachging; aber ein jäher Rückschlag trat ein (1066). Der



Ausbruch des Sachsenaufstands 1073, als eben ein Aufgebot gegen die Polen ergangen war, das schwere Ringen zwischen Reichsgewalt und Papsttum im Investiturstreit und die nachfolgenden, alle deutschen Lande schwer erschütternden Wirren lähmten jedes kräftige Ausgreifen nach dem Osten. An der Donau ist die Reichsgrenze nie weiter hinausverlegt worden, als sie bereits erreicht war; und wenn in den ostelbischen Landen die Rückschläge nicht schlimmer ausfielen, so war es ein Glück für das Reich, daß damals in Polen kein zu großangelegtem Angriff bereiter Gegner das Feld beherrschte. Böhmen unter Herzog Bratislaw, der den Deutschen im Lande, zumal in Prag, Beweise seiner Gunst gab, blieb dem König Heinrich ergeben; als Dank wurde er von ihm mit dem Königsreif geschmückt (1086). Die innere Bewegtheit jener die Gemüter stark erregenden Zeit wirkte jedoch nicht nur erschwerend, sondern auch beflügelnd. Das deutsche Gemeinschaftsbewußtsein hob sich, wie in dem häufigeren Gebrauch der gemeinsprachlichen Wendungen für deutsche Lande und deutsches Volk zum Ausdruck kam. Ein Teil der Geistlichkeit wandte sich nach ihrem Einsatz für Politik wieder mehr der inneren Fürsorge zu; in den Klöstern kehrte straffere Zucht ein, Gemeinschaftspflege und werkrätige Arbeit wurden betont. Gedanken des Gottesfriedens breiteten sich aus, Ritterschaft und bürgerliche Gemeinden erstarkten, die Bauern wurden beweglicher. Schon bedeuteten die „Bauernkreuzzüge“ am Rhein (1086) eine Art Erhebung zur Ostwanderung. Im Südosten, wo die kolonisationsartige Tätigkeit schon begonnen war, schritt sie kräftiger fort. Auch im mittleren Osten (in Ostfranken, im Elsterland) setzte sie deutlich ein, um nicht wieder abzubrechen, und im Norden zeigten sich wenigstens im Bereiche des deutschen Mutterlandes die Vorläufer der großen Siedelbewegung, die von den Niederlanden und dem Niederrhein nach dem Osten ging: 1106 wurde der Vertrag Erzbischof Friedrichs von Bremen-Hamburg mit Holländern (aus dem Bistum Utrecht) über die Urbarmachung bruchigen Landes bei Bremen geschlossen, der ein Vorbild für die Akte vollkommenster Kolonisation während der nächsten Menschenalter bedeutet hat. Die Wiederkehr des Friedens zwischen Kirche und Reich (im Wormser Konkordat 1122) gab sodann Kräfte frei, und gleichzeitig lenkte der Kreuzzugsgedanke von neuem anfeuernd den Blick nach den unbezwungenen Ostlanden, wo in der Nähe Heidentum noch drängender zu bekämpfen war als im fernen Morgenland. In einem flammenden Aufruf, der auf eine Reichsversammlung in Merseburg (1108) Bezug nimmt, klingen die Grundgedanken an: Die heidnischen Greuel sollen ausgerottet werden, aber, wie es in biblischer Sprache heißt, „das Land ist trefflich, reich an Fleisch, Honig, Geflügel und Mehl. Darum kommt herbei, ihr Sachsen und Franken, Männer aus Lothringen und Flandern; denn beides vereint sich hier: Laten vollbringen zum Heil der Seele und Siedeln auf bestem Land“.



## Die Höhezeit mittelalterlicher Ostsiedlung

Eine neue Epoche ostdeutscher Siedelbewegung zog herauf, die entscheidungsvollste, wahrhaft große Zeit der Wiedergewinnung deutschen Volks- und Kulturbodens im Osten. Wieder verlief die Bewegung verschieden in ihren Hauptbahnen: anders im Süden als gegen Nordosten hin, gemäß den raumpolitischen Vorbedingungen und dem bereits zuvor erreichten Siedelstand.

Ausweitung des Reichsgebiets im Südosten trat nicht mehr ein; die Außengrenze lag hier fest. Die Landesverfassung im Grenzlandsbereich wurde in bedeutsamer Weise der mutterländischen angepasst. In dem Widerstreit der großen Fürstengeschlechter des Südens schuf Kaiser Friedrich der Rotbart einen Ausgleich: Österreich wurde von Bayern abgetrennt und zum Herzogtum erhoben (1156), Herzog Heinrich der Babenberger empfing es in feierlicher Belehnung zu erblichem Besitz mit ungewöhnlichen Vorrechten. Auch die Steiermark wurde Herzogtum (1180; unter Otakar IV.); im äußersten Südosten aber verließ Kaiser Friedrich die Küstenlandschaft (Kroatien und Dalmatien) an Bertold aus dem gräflichen Hause Andechs als Herzog von Meranien (1180). Unter-Krain fiel an das Patriarchat Aquileja; anderer Besitz in Krain wechselte unter Herren aus Mittel- und Westdeutschland. Noch wahrte Istrien (mit dem Karstboden) die Bezeichnung als Mark. Eine gewaltige Machtzusammenballung in deutscher landesfürstlicher Hand gelang an den Grenzen Ungarns, als Österreich mit Steiermark im Besitz der Babenberger vereint wurde (1198). Bis nahe an die Adria dehnten sie ihren Land-erwerb aus, erfolgreich für kurze Zeit auch gegen Ungarn (1241). Schon winkte die Erhebung des ganzen Ländergebiets zu einem Königreich. Da endete das Glück des babenbergischen Hauses jäh mit dem Tode des hochgemuten Herzogs Friedrich des Streitbaren im Kampfe mit Ungarn (1246). -- Auch der Herrscher über Böhmen erfuhr eine Standeserhöhung; Herzog Wladislaw wurde mit der königlichen Würde geschmückt (1158; seit 1198 erblich), während Mähren zur reichsunmittelbaren Markgrafschaft, freilich nicht mehr im Sinne der alten Markenverfassung erhoben ward (1182). Dank einer deutsche Kulturkräfte klug auswertenden Politik nahm das junge Königreich unter Ottokar I. und seinen Nachfolgern einen glänzenden Aufschwung und wurde Kern einer östlichen Machtbildung, die kraftvoll nach Norden und Süden ausgriff. Schon stellte Ottokar II. die Verbindung Böhmens mit dem Donauraum her und strebte nach der deutschen Krone (1273). Noch glückte dies nicht. Doch deutlich war es spürbar: Eine Zeit brach an, die die Länder des deutschen Südostens in ganz neue politische Zusammenhänge hineinstellte.

Im Norden gelang noch einmal eine beträchtliche Ausdehnung des Reichsgebiets, die Entstehung einer neuen vorgerückten Staffelung zonenweise

verschiedener Zugehörigkeit im staatsrechtlichen Sinn. Die Bahn wies Lothar von Supplinburg, wieder ein Sachse als König (1125). Eine neue Ordnung der Gewalten im östlichen Grenzgebiet wurde ihm verdankt. In der Mark Meissen und der Lausitz erlangte Konrad von Wettin, in der Altmark Albrecht der Bär aus dem Hause Askanien (1134) Würde und Amt eines Markgrafen. Im nordalbingischen Lande wurde Adolf von Schauenburg mit Ausübung der gräflichen Gewalt betraut (1130). In Ostholstein tat der Kaiser selbst den ersten vorwärtsführenden Schritt durch Errichtung der Feste Segeberg (1134); schon nahm Lothar in Pommern Rechte des deutschen Königs in Anspruch, die Oberhoheit über Polen wurde hergestellt. Lothars Nachfolger, Konrad III. von Hohenstaufen, war durch den Kampf mit den Welfen abgelenkt; doch auch er wandte sich dem Nordosten zu, durch eine fürstliche Heirat spannen sich die ersten Fäden nach Schlessen, die in der Folge den Anschluß an das Reich bewirkt haben. Ein wichtiges Ereignis war der Wendenkreuzzug 1147, zu dem Bernhard von Clairvaux, der Zisterzienserabt, mit zündender Predigt aufrief. Die Losung war: Bekehrung oder Vernichtung des Heidentums. Der Erfolg des Feldzugs, der vor Demmin an der pommerischen Grenze endete, war gering; in Wirklichkeit wurden die bekämpften Slawen weder Christen noch deutsche Untertanen. Weit bedeutsamer und erfolgreicher gestaltete sich die deutsche Ostpolitik in den Zeiten Friedrich Barbarossas, der, auf Gedanken seiner großen Vorgänger im Kaisertum, Karl und Otto, zurückgreifend, Deutschlands Ansehen hoch aufrichtete und ihm lange Jahre des inneren Friedens schuf. Es kennzeichnet Friedrichs Blick für den Osten, daß er seine auf Burgen, Reichsgut und Reichsdienstmannen gestützte Herrschaft von Schwaben über Franken nach dem Egerland und dem Lande östlich der Elster vorschob. Über eine einheitlich zusammengefaßte Macht an der Ostfront gebot er nicht; Heinrich der Löwe hielt ja die beiden Herzogtümer Sachsen und Bayern in seiner starken Hand, und nur solange die Freundschaft der beiden Mächtigen währte, war die Einheit gewahrt. Dennoch wurde Großes erreicht, freilich auf die Dauer mehr durch die Inhaber der Landesgewalt als durch das Reich. Noch einmal entstand eine weite, wachstumsfähige Mark im Osten, Brandenburg, die große Staatsgründung Albrechts des Bären. Heinrich der Löwe gliederte das westliche Mecklenburg an Sachsen an, das östliche beließ er heimischen Fürsten in einem lebensrechtlichen Verhältnis, ebenso das angrenzende Pommern. Die Herzöge in Schlessen suchten und fanden nach dem Eingreifen Kaiser Friedrichs zu ihren Gunsten (1157; 1163) politische Anlehnung an das Reich, mit der Wirkung allmählich eintretender Lösung von Polen. Der Sturz des großen Sachsenherzogs gefährdete nun freilich die deutsche Machtstellung zwischen Unterelbe und Oder bis weit in das Binnenland. Da erschien Friedrich selbst an der

Ostsee, brachte die Lehenshoheit des Reiches über Mecklenburg und Pommern zur Anerkennung (1181), griff auch ordnend um Lübeck ein. Doch brach schwer Errungenes nach seinem Tode zusammen, mehr noch infolge des leidigen Thronstreits zwischen Staufern und Welfen (1198). Friedrich II., dem Norden und Osten innerlich fremd, sah sich veranlaßt, Rechte des Reiches an Dänemark, die nordische Großmacht unter König Waldemar, preiszugeben. Indes so triebfähig war selbst in so dunkler Zeit die deutsche Volkskraft, daß in jenen Jahren die deutsche Niederlassung in den ostbaltischen Landen (Riga) mit Aufnahme der Mission unter Kämpfen der Schwertbrüder begründet wurde. Ein Glücksfall, die Gefangennahme des Dänenkönigs (1223), kam den Deutschen zugute; und nun leitete der Hochmeister des Deutschen Ordens, Hermann von Salza, klug und weitschauend eine großzügige Nordostpolitik ein (1223/24). Auf dem Reichstag zu Nordhausen fanden erste Besprechungen statt. Lübeck, mit Stadtfreiheit unmittelbar unter dem Reiche begabt (1226), stellte sich als seefahrende Macht in die ostwärts gerichteten Unternehmungen ein. Während die Markgrafen von Brandenburg, Johann und Otto, von neuem ausholend ihre Landerwerbungen über die Oder ausdehnten und in Schlessen die deutsche Kolonisation unter Herzog Heinrich dem Bärtigen einen ersten Höhepunkt erreichte, schickte sich der Deutsche Ritterorden an zum Kampfe wider die im Heidentum verharrenden Preußen, zum Erwerb des Kulmer Landes und der preussischen Wohngaue östlich der unteren Weichsel bis zur Memel. In langem, zähem Ringen (seit 1230) entstand der Ordensstaat, die eigenartigste deutsche Staatschöpfung des Mittelalters, selbständig und doch an das Reich und die abendländische Kirche angelehnt, erwachsen in einer Vereinigung straffster ritterlicher Zucht, geistlicher Askese und der durchgebildeten politischen Erfahrung westlicher Kultur. Dieser Staat ließ sich aber nicht an einer Besetzung des Landes genügen; von vornherein plante er die Kolonisation. Im Burgen- und Städtebau, in der Anlage von Gütern und Dörfern führte er sie, Gebiet für Gebiet, folgerecht weiter: überhaupt die Höchstleistung zielbewußter ostdeutscher Kolonisation in mittelalterlicher Zeit.

War bei solcher Gestaltung der politischen Räume der Osten bereit zur Aufnahme deutschen Siedlertums, so erwies sich nunmehr auch die Entwicklung des deutschen Mutterlandes reif, um die Kräfte zu großzügiger Ostsiedlung zu stellen. In langer, mühevoller Arbeit von Jahrhunderten war von den lockendsten, leicht besiedelbaren Böden her der Landesausbau gefördert worden, im Fortschreiten allmählich nach den östlicheren Gegenden zu. Die Waldrodungen in den heimischen gemeinen Marken und in großen Bannforsten hatten schon viel gelichtet; bereits tauchte der Gedanke auf, daß Schonung not sei. Schwieriges feuchtes Gelände nahm man in Angriff, nahe



der Küste nach Eindeichung, weiter binnenwärts durch Trockenlegung mooriger und bruchiger Landstrecken. So war der Nahrungsspielraum nicht leicht mehr erweiterungsfähig. Höchst wirksam wurden Wandlungen der Wirtschafts- und Gesellschaftsverfassung. Die Grundherrschaft neigte mancherorten zur Auflösung der Fronhofsbetriebe, zu Verpachtung der Höfe und bäuerlichen Nutzungslands, zur Gewährung größerer Freiheit an die Grundholden und Hinterlassen, und damit auch zur Ermöglichung freien Zugs; die Ausübung der Renten Grundherrschaft schritt vor. Freilich auch Druck von Seiten der Grundherren, der Gerichtsherren und Vögte, als unerträglich empfunden, reizte zur Abwanderung auf. Auch das Zusammenhalten des Landzubehörers bäuerlicher Stellen wirkte darauf ein, mochte es auf Erbfolge beruhen oder von Herrschaft wegen erzwungen sein; oder allzu weit getriebene Besitzsplitterung konnte zum Verlassen der väterlichen Scholle nötigen. So gab es mannigfache Anlässe dafür, daß ein ländlicher Bevölkerungsüberschuß entstand, ländliche Bevölkerung freigesetzt wurde. Inzwischen war die Zahl der Marktsiedlungen beträchtlich vermehrt worden; echte Stadtgründungen und Verleihungen städtisch-bürgerlichen Rechts nahmen in der Stauferzeit rasch überhand. Regelmäßiger Marktverkehr, Fernhandel, Gewerbebetrieb durchdrangen den Gesamtwirtschaftszustand des Volkes ganz anders als zuvor; Gütertausch und Warenverkehr waren nicht mehr nur eine seltenere Erscheinung im Haushalt, sie bestimmten weit hin den Lebenszuschnitt, geldwirtschaftliches Denken und Tun wurden zur Gepflogenheit des Alltags. Das Bürgertum, im Vergleich zur gesamten Landbevölkerung gewiß noch nicht groß an Zahl, gefördert durch die freiheitliche Verfassung der Stadtgemeinde, nahm in der Gesellschaft eine gewichtige Stellung ein. Nicht im Kramgeschäft des Markttorts erschöpfte sich sein Tun; die Unternehmenden unter ihnen zogen in die Ferne, in reißiger Schar (Hanse) zur Kauffahrt „auf Abenteuer“. Der Adel hohen und einfachen Rangs, von Berufs wegen geeint durch Waffendienst mit der Pflicht zur Heerfahrt, Verwaltungstätigkeit in staatlichem Auftrag und durch Erziehung und Vorbildung für solchen Dienst, hatte sich zur Ritterschaft zusammengeschlossen, gegliedert nach der Ordnung des Heerschildes. Seine wirtschaftliche Ausstattung beruhte auf der Grundherrschaft und dem Lehengüterwesen; eben darum war die Teilbarkeit erschwert oder unmöglich. Auch der Adel mußte, um sich bei Stande zu erhalten, nach Neuland spähen, nicht durch Landkauf oder Rodarbeit, sondern durch Ausübung wehrhaften Schutzes und Speergewinn. So war im deutschen Mutterland eine neue berufsständische Gesellschaft im Aufbau begriffen, die leistungsfähiger war als die ältere Agrargesellschaft der östlichen Randgebiete und lockend zur Nachbildung erschien.

Nach manchen Vorläufern kam die ostdeutsche Siedelbewegung um die

Mitte des 12. Jahrhunderts lebhafter in Schwung. Ihre Höhe erreichte sie von Landschaft zu Landschaft in nacheinanderfolgenden Zeiten; stoßweise nach Menschenaltern scheinen die Wanderungen besonders kräftig erfolgt zu sein, in Zeitabständen, die, wie ähnliche Klimaperioden, durch Missernten, Hungersnöte und auffallende Naturereignisse gekennzeichnet sind. Eine hochgehende Welle kam um das zweite Jahrzehnt des 13. Jahrhunderts, sodann noch einmal um die Wende dieses Jahrhunderts in das folgende hinein; danach flutete sie ab. Sogleich im Beginn strebten die Wanderungen weitesten Fernen zu. Sehr früh geschah es längs der großen Verkehrsstraße vom Mittel- und Niederrhein nach dem Donauraum bis in den äußersten Südosten Ungarns, nach Siebenbürgen; auch an der Ostsee entstanden Niederlassungen des deutschen Kaufmannes, früher auf Gotland und im Baltienland als an der mecklenburgischen Küste. Die breiträumige Volksiedlung freilich rückte allmählich nach staffelweise sich aneinanderfügenden Siedelzonen vor, zuerst in den grenznahen Landschaften des Markenbereichs, sodann weiter ostwärts in noch unbesezte Lande, von Flussabschnitt zu Flussabschnitt, nach Tal- und Terrassenlandschaften im Elbe-Oberraum bis zum Baltischen Meer, südostwärts aber über die ungarischen Pustten bis zu den Transilvanischen Alpen.

Alle Stämme des deutschen Volkes nahmen an der großen Ostbewegung teil. Voran gingen die Niederländer aus Flandern, Holland und vom Niederrhein bis nach Friesland, aus einem Gebiet hochentwickelter Verkehrswirtschaft und anwachsender Bevölkerungsdichte an der Mündung der Rheinstrafe in den Ozean, wo überdies Meereseinbrüche das anbaufähige Land geschmälerert hatten. Auf beiden Hauptsiedelbahnen zogen sie dem Osten zu: nach dem Süden auf dem Donauwege über Wien nach Ungarn, durch das niederdeutsche Tiefland in die Elbgegenden von der Altmark bis zum Mittelgebirgsrand, ostelbisch aber weiter nach Holstein und in die Niederlausitz und gelangten bis Schlesien. Doch währten diese Wanderungen nur einige Menschenalter, kaum über das Ende des 13. Jahrhunderts hinaus. Die Baiern, die einst vor anderen Wegbereiter der Ostausbreitung gewesen waren, zogen jetzt minder stark auf die Wanderschaft; doch sehr wohl gelangten Trupps aus bairischen Gauen sowie aus Schwaben, ebenso aus Hessen und Thüringen in die neuen Bereiche der Ostkolonisation. Besonders mächtig ergriff die Siedelbewegung die rhein- und mainfränkischen Lande; war der von Franken voll-eingenommene Siedelraum im Osten auch nicht breit ausladend, so wirkte sich das fränkische Brauchtum um so weiter und tiefer aus. Kraftvoll und zahlreicher als je zuvor nahmen die Sachsen an Wanderungen zur Ansiedelung im Neuland teil, das sich von der niedersächsischen Heimat längs der Küstenlandschaften an der Ostsee in unendliche Fernen dehnte. Sehr bald trat auch die Bevölkerung der frühbesiedelten Neulande, namentlich im mitteldeutschen



Osten, in die Bewegung nach den östlicheren Landschaften, Schlesien und Preußen, ein; Nachkommenschaft der Generationen frühesten Pfadfinders der Ostsiedlung, die sich schon an Raum und Luft des Ostens gewöhnt hatte, war besonders geeignet zu fruchtbarer Weiterpflanzung.

Die Bahnbrecher leitender kolonialisatorischer Tätigkeit im Osten waren überall die Inhaber der Landesgewalt. Bekannt sind die Erzählungen Helmolds, wie Adolf von Schauenburg und Albrecht der Bär Boten nach den Niederlanden aussandten, um Siedler nach Ostholstein und den Elbmarken zu berufen; ähnliches geschah auch sonst. So ging die Ansiedlung in ausgedehntestem Umfang auf Boden vor sich, über den unmittelbar die Landesherren geboten, zumal da vielfach der Grenzhag erschlossen oder „Niemandes-Land“ in die Nutzung gezogen ward. Auch die Bischöfe betrieben Kolonisation, besonders in Bereichen, wo ihnen die Ausübung staatlicher Hoheitsrechte zustand. Förderer des Siedelwerks waren in reichem Maße die Klöster, wenn man ihnen auch nicht das Verdienst des Pfadfindens zuschreiben kann; an ihrer Gründungsgeschichte läßt sich das Fortschreiten der Ostkolonisation in großen Zügen ermessen. Die Niederlassungen der Mönche waren selbst gütenteils deutsche Siedlungen; mit ihren Mutterklöstern pflegten sie Beziehungen, ergänzten auch vielfach ihren Bestand aus dem Mutterland. So brachten sie trotz ihrer lateinischen Gesänge beim Gottesdienst Elemente deutscher Kultur nach dem Osten. Sehr bald lehrte die Erfahrung, daß Klosterleben am besten in deutschwerdender Umgebung gedieh. Benediktiner und Augustiner Chorherren taten, wo sie in ländlicher Umgebung ihre Wirkungsstätte hatten, selbstredend und Dörfer gründend das ihre zur Ausbreitung deutscher Siedlung. Die Zisterzienser waren nach ihrer Ordensregel streng gehalten, in eigener Arbeit mit Beihilfe der Laienbrüder (Tertiärer) die wirtschaftliche Bedarfsdeckung zu leisten. Ihre großen Höfe (sog. Grangien) wurden Vorbilder eines vervollkommenen Landwirtschaftsbetriebs, der planmäßig Ackerbau und Viehzucht, Gartenbau mit Obstveredelung und Gemüsepflanzung, Fischzucht in Weihern, auch Bienenzucht pflegte, sogar Entwässerungsanlagen schuf. Anlegung von Bauerndörfern nahmen sie anfänglich nicht vor. Erst als die Nutzung von Grund und Boden durch Austun gegen Zins nach Beschluß der Generalkonvente (1208, 1215) zugelassen war, wurde kräftige Förderung der Bauernsiedlung möglich. In der Tat hat solche, zumal im ferneren Osten, stattgefunden, obschon Auskaufen von Bauern zum Zweck der Einrichtung von Gutswirtschaft auf großräumigen Ländereien nicht selten vorkam. Im Norden haben die Prämonstratenser eine besondere Wirksamkeit entfaltet, erklärlich, da der Ordensgründer Norbert aus Xanten am Niederrhein Erzbischof von Magdeburg wurde und dort das Stift Unserer Lieben Frauen schuf, von dem alle Ordensniederlassungen im Osten ausgingen. Die Bettelorden,



die nach den Städten zu gehen pflegten, waren auf Beförderung ländlicher Siedlung an sich nicht eingestellt. Im Osten jedoch haben sie, namentlich die Franziskaner, auch dafür manches geleistet. Etwas ganz Neues war das Auftreten der geistlichen Ritterorden, die, während der Kreuzzüge im Morgenland gestiftet, einen reichen Besitz an Landgütern und Schätzen, ausgedehnte Ländereien auch östlich der Elbe und Oder erwarben. Dies glückte den Templern, daneben den Johannitern, strichweise; weit übertroffen wurden sie vom Deutschen Ritterorden, dem das großartigste Kolonisationswerk von höchster politischer Bedeutung gelang. — Auch der rein weltliche Adel trat in die kolonisatorische Tätigkeit erfolgreich ein. Adlige von höherem Rang in Herrenstellung unternahmen es, durch Bauernsiedlung rings um die Burgsitze ihre Macht zu erhöhen: Herrschaft entstand und mehrte sich durch Kolonisation. Die Ansetzung einfacher, zu ritterlichem Dienst pflichtiger Mannen auf wehrhaften Höfen (Siedel- oder Sattelhöfen) war an sich schon ein Siedlungsakt. Wo dies in altbestedeltem Lande geschah, wurde altansässige, nicht deutsche Bevölkerung mit Dienst- und Abgabepflicht übernommen; dort war Flurausbau und darüber hinaus Neusiedlung mit Hilfe deutscher Bauern möglich und wurde geübt. Von besonderer Bedeutung war die Anlegung ritterlicher Sitze im Grenzwalde zum Landesschutz; naturgemäß mußte sie auf solchem Neuland mit Bauernsiedlung verbunden sein. Immerhin ist es in manchen Gebieten bemerkenswert, daß die Zahl ritterlicher Güter im Rodungsbereich vergleichsweise gering blieb. Waren die Siedelbauern auf landesherrlichem Boden da, wo nicht steter Grenzkampf tobte, zur Landwehr selbst noch stark genug?

Befördert wurde die deutsche Kolonisation im Osten durch ein höchst zweckmäßiges Ansiedlungsverfahren. Dies gilt vor allem für die bäuerliche Siedlung, die ja den festen Grund für das neue Deutschtum schuf. Die Landbeschaffung war nicht schwer; ungenutztes Land stand in Fülle zur Verfügung und harrte der arbeitswilligen Anbauer. Geldkapital zum Landerwerb spielte nicht die entscheidende Rolle; doch kam es zur Anwendung, häufiger im Besitz eines Unternehmertums, seltener und nur in geringem Maße bei den Siedlern selbst. In den Anfängen der Bewegung geschah es, daß der Grundeigentümer (Grundherr) mit den Landsuchenden, ihrem Führer oder einer Gruppe verhandelte und den Vertrag schloß. Später wurde es üblich, sich eines Mittelmannes zu bedienen; dies war der Lokator („Besetzer“), „Siedelmeister“, wie man ihn nennen kann. Seine Aufgabe war es, die Siedelwilligen zu werben, die Landzuweisung an die einzelnen vorzunehmen, die Anlage des neuen Siedelorts zu leiten und zu überwachen. Er selbst pflegte darin mit einem größeren Gut (4–6 Hufen) ausgestattet zu werden, erhielt oft einen Anteil am Hufenzins der bäuerlichen Stellen, dazu die Befugnis, eine

Schenke (den Kretscham) zu halten, auch das Recht des Mühlenbaus; sehr gewöhnlich war die Übertragung der niederen Gerichtsbarkeit nebst Einnahmen an Gerichtsgefällen. Mit dem Gedeihen des neuen Dorfes war solch ein „Unternehmer“ aufs engste verbunden, oft nicht nur für sich, sondern auch für seine Nachkommen. Dieses Verfahren der Lokation, anscheinend um Magdeburg bei den Kolonisationen Erzbischof Wichmanns zuerst angewandt, hat im ganzen Osten Verbreitung gefunden und sich aufs trefflichste bewährt; die Vorteile des Grundherrn, des Unternehmers und der Siedler waren dabei gleichmäßig gewahrt. Auch war es vorzüglich geeignet, die Unternehmungslust anzuspornen, so gewiß Fehlgründungen dabei nicht ausgeblieben sind.

Die Überlegenheit des deutschen Dorfes beruhte auf der Planmäßigkeit der Anlage, auf Ordnung (Organisation) und Aufbau einer neuen dörflichen Gesellschaft, die dem fortgeschrittensten Entwicklungsstand des Mutterlandes entsprach. Deutlich prägt sich dies in den beliebtesten Siedelformen aus. Ansiedlung in Einzelhöfen oder Höfegruppen (Weilern) kam vor, wo Brauch der Heimat und Geländebeschaffenheit Anlaß dazu gaben. In der Regel jedoch wurden große städtische Dörfer angelegt, die in sich die beste Bürgerschaft des Bestehens boten. Hauptformen waren in den ebeneren Gegenden die mit zwei einander gegenüberstehenden Gehöftzeilen erbauten Dörfer um einen länglichen, bisweilen leicht gerundeten oder ganz rechteckigen Anger sowie die regelrechten, lang sich streckenden Straßendörfer. In den Tälern der Mittelgebirge reihten sich locker nebeneinander die Gehöfte auf und fügten sich zu einer minder festen Dorfeinheit zusammen, ähnlich an der Seeküste hinter Deichen und bei der Moorcolonisation. Planmäßig war die Gliederung der Flur, eingestellt auf Nutzung durch die Einzelwirtschaft und doch dem Zusammenhalt der bäuerlichen Genossenschaft angepaßt. Bei geschlossenem Dorfbau wurden Gewanne in mäßiger Zahl gebildet und streifig aufgeteilt, oder man wies der einzelnen Stelle wenige Gelänge, darunter je eines mit Hofanschluß zu, auf denen Feld, Wiese und Gehölz hintereinander lagen. Bei den Reihendörfern auf Waldboden reihten sich wie in langen Bändern die Waldhufen nebeneinander an, vorn mit den Gehöften auf ihrem Grund, ähnlich die Hagenhufen in den Waldungen an der Ostseeküste sowie die Marschhufen bei der Urbarmachung von Bruchland. Hier wie da waren die Feldstücke zur Bearbeitung durch den vollkommenen deutschen Pflug mit eiserner Schar, Sohle, Pflugmesser, Streichbrett und Rädergestell angelegt. Der Betriebsplan richtete sich in der Regel nach der Dreifelderwirtschaft. Zum Feldbau gesellte sich die Pflege feinerer Kulturen (Obst-, auch Weinbau). Vermessungseinheit war die Hufe, die eine gewisse Gleichmäßigkeit in der Landzuteilung ermöglichte. Die Königshufe der früheren Zeit war praktisch nicht mehr im Brauch; aber es standen Markhufen zu ihr in einem bestimmten



Verhältnis. Oft erscheint die Hufe als Maß nach Acker- oder Morgenzahl (30, 24, 36 u. a.); doch verbreiteten sich auch Hufen nach Flächenmaß mit geringen Schwankungen: holländische Hufen, flämische (16,8 ha), fränkische (oft 24 – 25 ha), im Nordosten kulmische (gleich den flämischen), auch Marschhufen, oder es wurden einfach große, mittlere und kleine unterschieden, von geringerem Umfang auf „schönem Land“, reichlicher bemessen bei Rodung „aus wilder Wurzel“. Kennlich war die Kultur des ostdeutschen Dorfes auch durch die Art seines Haus- und Gehöftbaues, wobei trotz Angleichung an koloniale Norm manche Verschiedenheit durch Stammesbrauch und Bodenbeschaffenheit bedingt war. Wohnhaus und Wirtschaftsgebäude wurden gern über regelmäßigem Grundriß errichtet; Fachwerk, Steilgiebel und Sparrendach zeigten die Baukunst, das Innere war wohlgegliedert im Haus (mit dem Herd), in Scheune und Stall. Nach außen war die Hofstatt wohlumwehrt.

Von größter Bedeutung für das Gedeihen ostdeutschen Bauerntums war das Siedelrecht. Vor allem gewährte und beließ es den deutschen Siedlern die persönliche Freiheit. Das Besitzrecht war günstig. Es konnte Grundeigentum sein, zumal nach Kaufrecht, wobei anfänglich der Betrag nur ein Zeichen des Kaufs, später freilich ein Preis als Gegenwert (bisweilen als kapitalisierte Grundrente erkennbar) war. In der Regel jedoch war die Bauernstelle Erbzinsgut (zu Erbzinsleihe, Erbpacht) mit dem Rechte der Vererbung und beschränkter Befugnis zur Veräußerung; der Siedler wurde „Erbhofbauer“. Die bäuerlichen Güter waren so ausgetan, daß sie dem Betrieb einer Familienwirtschaft entsprachen; die Familie war Zelle der dörflichen Gesellschaft. Eine gewisse Mischung größerer Bauerngehöfte mit kleineren Stellen bestand wohl von der Gründung an; auch das Landhandwerk war in manchen Dörfern schon früh vertreten. Zusammengehalten waren alle durch das Band der Dorfgemeinschaft. Es war ja ein wichtiges Merkmal dörflicher Gründungen ostdeutscher Kolonisation, wenigstens in fortgeschrittener Zeit, daß sogleich ein „Ortsrecht“ (im Sinne der Lokation) geschaffen wurde: es gab eine Ortsobrigkeit, eine Dorfgemeinde trat ins Leben. An der Spitze des Dorfes stand der Schulze oder Richter; da er Befugnisse der Gerichtsbarkeit, zumeist der niederen, sowie der dörflichen Verwaltung ausübte, nahm er eine gehobene Stellung ein, war jedoch nicht Herr der Bauern, sondern vorerst gleichfalls Nachbar. Das Amt konnte im Reihedienst verrichtet werden. Häufiger war es mit einem Gut größeren Ausmaßes (Erbrihtergut, Erbschenke, Erbkretscham) verbunden, zumal wenn sich der „Besitzer“ des Dorfes ein solches vorbehielt; möglich war auch Einsetzung nach Wahl des Grundherrn. Die Dorfgemeinde selbst trat an bestimmten Tagen im Jahr zusammen, wie jüngerer Brauch zeigt, rügte, was nicht Rechtens war, und entschied über gemeindliche Belange. Auch in geistlicher Hinsicht bildete die



Gemeinde des Siedlerdorfes eine Einheit; sie hatte ihre eigene Taufkirche mit Friedhof, auch mit einem Pfarrgut in Dorf und Flur, und stand unter Leitung ihres Pfarrers, der sie als Seelsorger betreute und in weltlichen Dingen mit Hilfe und Rat versah.

Noch neuartiger im Staat und Gesellschaftsaufbau des Ostens war die deutsche Stadt, das städtisch-bürgerliche Gemeinwesen. Auch bei der Stadtgründung betätigte sich das Unternehmertum, oft nach Übereinkunft mit einer Einzelperson, aber auch im Auftreten einer Unternehmerrgruppe. Ein Bebauungsplan wurde entworfen: in westlicheren Gegenden öfters in der Form einer Straßenmarktanlage, später nach dem vollkommeneren Plan mit zentralem Marktplatz, nach den Toren laufenden Hauptstraßen und einer Zerlegung des ganzen Baugrunds in meist rechteckige Häuserblocks mit sich kreuzenden Gassen. Nach Osten zu treten immer regelmäßiger werdende Formen bis zur vollen Durchbildung des „Normalschemas“ auf. Abgeschlossen wurde die Stadt durch eine feste Umwehrung, am sichersten durch einen Mauerring. Da eine Stadtanlage nur selten aus wilder Wurzel, zumeist neben schon bestehender Siedlung, einer Burg mit Burgvorort (Kiek, Wiek), einer älteren Marktstätte oder ländlichem Wohnort, geschaffen wurde, so entstanden Gesamtsiedlungen zusammengesetzter Art, sei es aus Siedlungsteilen verschiedenen Ursprungs in rechtlicher und wirtschaftlicher Hinsicht, sei es mit wiederholter Anwendung des städtischen Anlageplans. Wo eine Flur schon vorhanden war, wurde sie erweitert, durch Gehölz und Viehweide, Fischerei, auch Jagdrecht ergänzt. Im Osten war es jedoch sehr gewöhnlich, daß eine neue Stadt mit einer Flur (100, auch 300 Hufen nebst zugehörigen Gerechtfamen) bewidmet wurde, um die Ernährungsgrundlage zu sichern. Die bürgerliche Gesellschaft wies bei überall vorhandener Mannigfaltigkeit der wirtschaftlich-sozialen Gliederung gewisse Unterschiede nach Stadttypen auf. In den großen Städten von weitem Ruf spielte die Kaufmannschaft, die Fernhandel, dazu den Gewandschnitt trieb, die führende Rolle; ihr gehörten vornehmlich auch die bevorzugten Inhaber von Grundbesitz an. Die breite Menge der Bürgerschaft lag dem Handwerk ob; schon früh bildeten sich einige Innungen, zumal im Lebensmittelgewerbe, auch bei der Lederverarbeitung und Weberei. Eine Sonderstellung nahmen die Bergstädte ein, die an begünstigten Stellen rasch aufblühten, dank der Wichtigkeit ihrer Gütererzeugung, dem schnellen Bevölkerungswachstum und der Ansammlung von Schätzen und Geldkapital. Nicht beträchtlich aber war und blieb die Zahl der Ackerbürgerstädte, da in dem eben erst neu zu erschließenden Osten die Agrargesellschaft, die einiger Kleinstädte recht wohl bedurfte, nicht so rasch zu überwinden war. Gleichviel, der geldwirtschaftliche Verkehr trotz noch vorwiegender naturalwirtschaftlicher Bedarfsdeckung erwies sich als eine Triebkraft zur Beflügelung ostdeutscher Kolonisation. — Uneingeschränkte

persönliche Freiheit und Wehrhaftigkeit war den Bürgerschaften eigen. Ein günstiges Besitzrecht galt mit besonderer Sicherung und Erleichterung des Verkehrs in Grundstücken und beim Gütertausch. Vorteile gegen Gefährdung bei dem älteren Gerichtsverfahren, Milderungen in strafrechtlicher Hinsicht (Herabsetzung der Bußen), Sicherstellung von Frau und Kind gegen Zugriff auf Besitz und Erbe u. a. wurden gewährt. Das Wesentlichste, worauf sich die Stadtverfassung gründete, aber war die Verbundenheit der Bürger miteinander: die Stadt umschloß eine Gemeinde, die vom einzelnen Einfügung verlangte, alle aber in ihren kräftigen Schutz nahm. An der Spitze stand der Stadtrichter oder Schultheiß, mancherorten der Erbvogt. In größeren Städten ist schon früh, wohl noch im Zusammenhang mit dem Unternehmertum der Gründungszeit, ein bei der Verwaltung tätiger Rat anzutreffen, wenig später, als im Mutterland die Ratsverfassung bezeugt ist; ihm stand eine Verordnungsgewalt (Sagung, Willkür) zu, kraft deren seine Bedeutung im Stadtre Regiment, bald auch durch den Erwerb der Gerichtsbarkeit erhöht, je länger, je mehr anstieg. Eines ist bei all dem klar: Die Stadt des Ostens, wie sie jetzt typisch nach Siedlungsplan, Verfassung und Kultur emporkam, war inmitten neu aufwachsender Bevölkerung deutschen Geblüts wie in volksfremder Umgebung durchaus ein Gebilde von deutscher Art.

Die Vorzüge deutscher Siedlung in Stadt und Land, wie sie soeben knapp umschrieben worden sind, waren in dem verlichenen Recht beschlossen. Während des Siedelzeitalters ist es erst voll zur Entwicklung gediehen. In den Anfängen der Bewegung, in den westlicheren, der alten Reichsgrenze nahen Gegenden, waren dafür Bezeichnungen nach Stamm und Herkunft bräuchlich: fränkisches, flämisches, holländisches Recht, wie dies auch später noch weiter im Osten, namentlich in Schlessen, begegnet. Bemerkenswert ist die Benennung des Rechtes nach Städten im östlichen kolonialen Raum, nicht nur bei Stadtrechtsverlethung an Städte, vielmehr auch bei der Landsiedlung, ein Anzeichen, daß im Siedelrecht — nicht etwa völlig in der Ortsverfassung — der Unterschied zwischen Stadt und Land ausgeglichener war (Magdeburg, Neumarkt i. Schl., Breslau, Kulm). Allgemeinste Geltung erlangte das deutsche Recht (ius Teutonicum) nach der Frühzeit der Kolonisation etwa seit dem zweiten Jahrzehnt des 13. Jahrhunderts in den Gegenden des jüngeren kolonialen Bereichs von Mecklenburg bis Schlessen und Mähren. Am einfachsten und vollkommensten brachte es die Errungenschaft der neuen Rechtsordnung zum Ausdruck, zum ersten Male, daß in der deutschen Geschichte von deutschem Recht die Rede war. Persönliche Freiheit, gutes Besitzrecht, eine Gemeindeverfassung mit Befugnissen der Selbständigkeit in der Ordnung der eigenen Angelegenheiten waren darin enthalten, dazu manche



Vergünstigung in bezug auf die Ableistung staatlicher Pflicht; in den Gebieten unter fremder Herrschaft aber, wo allein der Rechtsausdruck begegnet, wird damit Befreiung von allerlei Lieferungen und Fronen, die auf der fremden Bevölkerung lasten, gewährt. Die Stellung der Siedler nach deutschem Recht ist gegenüber der Staatsgewalt gehobener und freier, während ihre Leistungsfähigkeit für den Staat nicht gemindert, ihr Wert vielmehr höher und der neuen Staatsform angemessener erscheint.

Aber waren es nur die bewegenden Kräfte eines wirtschaftlich-sozialen Umbruchs, die den Deutschen die Bahn nach Osten wiesen? Stand dahinter nicht auch seelischer Schwung, ein Glaube, die Kraft eines frohgemuten deutschen Volksbewußtseins? In den Anfängen des großen Zeitalters der Ostsiedlung wirkte noch stark der stürmische Antrieb zum Kampf der Christgläubigen wider die gehaßten Ungläubigen unter Slawen und Preußen; und wirklich waren die Erfolge deutscher Kolonisation dort am größten, wo der Heidenkampf unmittelbar vorausgegangen war. Doch der Ingrimme wider die verworfenen heidnischen Völker verlor an Bedeutung; wo christliche Slawen wohnten, konnte er überhaupt kein Ansporn sein. Unmittelbarer trat nun der Gegensatz von Volk zu Volk hervor, lebhaft, oft scharf, wo sich ständisches Denken damit verband, aber auf deutscher Seite nicht in haßerfüllter Leidenschaft. Während der glanzvollen Stauferzeit war wirklich im deutschen Mutterland ein gehobenes Bewußtsein von deutscher Art lebendig. Walter von der Vogelweide ist uns des neben anderen Zeuge, der Spruchdichter, der so recht den Herzton deutschen Volkes in weitesten Kreisen traf. Gewiß, wenn er hochgemut ausrief: „tiuschiu zuht gât vor in allen!“, so war an die edle Sitte deutscher Ritterschaft und Frauen gedacht. Nicht eigentlich nationalpolitisch war sein Bekenntnis; es war erfüllt von dem Bewußtsein des hohen Wertes und der Überlegenheit „deutscher Art“: „Zwischen Elbe und Rhein und bis ans Ungarland findet ihr das Beste, was es in der Welt gibt“. In einem Ausspruch zum Recht der Deutschen in Prag tritt ein anderer Zug nationalen Hochgefühls hervor. Mit Stolz heißt es: „Ihr sollt wissen, daß die Deutschen freie Menschen sind.“ Und noch eines bringt überraschend trefflicher eine Aufzeichnung auf mutterländischem Boden zum Ausdruck, obschon sie nicht eigentlich auf die Ostbewegung Bezug nimmt: die erste „Beschreibung Deutschlands“, die im Elsaß um die Mitte des 13. Jahrhunderts niedergeschrieben worden ist. Der Name „Germanen“ wird auf die Reinkraft, die überquellende Volksvermehrung gedeutet; die Deutschen aber sind „Männer der Arbeit“. Damit werden die Eigenschaften des deutschen Volkes hervorgehoben, aus denen wirklich sich die Fähigkeit zur Wiedergewinnung des Ostens durch Landnahme und Siedlung erklärt und zugleich der tiefste sittliche Grund offenbar wird: Heimatrecht durch Arbeit an der Scholle.



In all dem war der überwältigende Erfolg ostdeutscher Kolonisation in mittelalterlicher Zeit begründet: in deutscher Volkskraft, in ihrer Eignung für den Aufbau einer neuen politisch-sozialen Ordnung, in der reicheren, anziehenden deutschen Gestattung, in einem Deutschbewusstsein, das selbstsicher war und doch nicht anderen Völkern feindlich sich verschloß. Wahrlich, die Deutschen durften im Ostland willkommen sein!

### 3. Der Entwicklungsgang in den einzelnen Landschaften

Der Erfolg einer großen Siedelbewegung wird durch natürliche und geschichtliche Bedingungen der Räume, die von ihr erfaßt werden, bestimmt. So bedarf es eines Ganges durch die einzelnen Landschaften, um die Ausbreitung ostdeutscher Siedlung, ihre vollkliche Eigenart und die besonderen wirtschaftlich-sozialen Zustände, die sie hervorgerufen hat, zu verstehen.

#### Osterreich und das Ostalpenland

Das Land, in dem ostdeutsche Kolonisation am frühesten zur Durchführung kam, war Osterreich, Bayerns Ostmark an der Donau: Ostarrichi, wie es zuerst 996 heißt, mit einem Namen, in dem schon eine große überragende Bedeutung zum Ausdruck kommt.

Bereits in karolingischer Zeit tritt uns ein lebensvolles deutsches Kulturbild jener Lande entgegen. Schon seit Ausgang der bairischen Landnahmezeit, gefördert von dem Herzogshaus (in Regensburg) und der jungen, missionsfreundigen Kirche, war deutsche Siedlung donauabwärts und in die Alpentäler nach Osten zu vorgedrungen, unmittelbar in Ausweitung des altbajuwarischen Stammesbereichs, an den sich die Mark, mit bayrischen Gaugrafschaften eng verbunden, anlehnte. Die Errungenschaften solcher Kolonisation waren je nach dem Gelände und dem Bestehen von Vorbevölkerung in den Großräumen der südöstlichen Marken ungleich. Nur günstige Lagen wurden besiedelt, schwierige Böden noch nicht aufgesucht. Bei der Anlage der Siedlung wurde, wie dies bairischem Brauche zusagte, gern die Hofgruppe gewählt, wo das Gelände dazu lockte. Auch Dörfer entstanden, zumal wo Herrenhöfe (Meierhöfe) mit zugehörigen Stellen minderfreier Kleinbauern oder Höriger eingerichtet wurden. Feinere Kulturen fanden Eingang; die Zeidlerei bot Honig und Wachs. Die Salzbrunnen zogen Siedler an sich und ermöglichten die Gewinnung des auch für den Handelsvertrieb geschätzten Salzes. Das Hausgewerbe entfaltete sich in gewisser Mannigfaltigkeit; es gab Markttorte und Zollstätten (Linz, Mautern). Aus der vielgenannten

Zollordnung von Kaffelstetten (bei Enns; 905) erhält man ein Bild der wirtschaftlichen Zustände.

Einer ungestörten Entfaltung vermochte sich dies deutsche Siedlertum noch nicht zu erfreuen. Schwere Gefahren zogen herauf, als die Magyarenstürme aus der Donau-Theiß-Ebene losbrachen. Wieder und wieder überrannten die wilden Reitercharen das Land, legten Wohnorte wüst und schleppten Bevölkerung in die Gefangenschaft. Dennoch wurde die deutsche Siedlung nicht völlig vernichtet; manche Gründungen jener frühesten ostdeutschen Kolonisation überdauerten die furchtbare Notzeit, selbst auf dem Boden Westungarns, und retteten sich in eine glücklichere Zukunft.

Die neue Landnahme und Besiedlung nach der Lechfeldschlacht 955, zunächst östlich der Enns bis zur Traisen, sodann darüber hinaus bis zum Wiener Wald, konnte auf das zurückgreifen, was schon in karolingischer Zeit geleistet und auch unter den Ungarneinfällen nicht völlig verlorengegangen war. Sogleich gingen Männer an die harte Arbeit des Wiederaufbaus, wenn auch die geschichtliche Überlieferung uns wenig davon erzählt. Die gräfliche Verwaltung in der Mark lag in der Hand Burkharbs, der auch Burggraf von Regensburg genannt wird; noch waltete bairischer Einfluß in jener Frühzeit vor. Die Hochkirchen erneuerten ihre Ansprüche auf Grundbesitz; Sendlinge aus bairischen Klöstern (Zegernsee, Niederaltaich) suchten schon die östlichsten, unsicheren Grenzgegenden auf. Wichtig war die Übergabe der Mark an den Markgrafen Liutpold (976) aus dem Geschlecht der Grafen im Nordgau. Damit kam das „Haus der Babenberger“ zur Herrschaft, unter denen Österreich kräftig aufblühte. Eine ungewöhnlich bedeutende Persönlichkeit jener Frühzeit mit zukunftsicherem Blick für die Aufgaben im Osten war Bischof Pilgrim von Passau (971–991), der nicht nur für die Größe seiner Kirche voll Eifer, sondern auch Kulturfördernd tätig war; sein Andenken lebt in der Geschichte deutscher Dichtung fort, weil er Heldenlieder sammeln ließ: Das „Lied von der Nibelunge Not“ in ursprünglich lateinischer Fassung ist ihm zugeschrieben worden.

Eine neue Epoche in der Geschichte der Gebietsentwicklung und Besiedlung Österreichs brach mit Beginn des 11. Jahrhunderts an, schon unter Kaiser Heinrich II., mehr noch unter den Herrschern aus salisch-fränkischem Hause, Heinrich III. und IV. Nachdem nördlich der Donau die Niedmark mit dem Machland angegliedert war, wurde das Land (die Viertel) ob und unter dem Manhartsberg hinzugewonnen, weiter das Marchfeld und das Gebiet bis zur Thaya; dort bestand zeitweilig eine besondere „böhmische Mark“, doch fiel sie an die Babenberger zurück (1063). Nach Südosten zu wurde die Leitha überschritten; der Besitz von Wieselburg (südl. Pressburg; 1074) konnte nicht festgehalten werden. Diese Gebietserweiterungen waren nun jeweils mit großen

Landvergaben auf Königs Geheiß verbunden, wobei die Zuweisung nach Vermessung in Königshufen geschah. Das Fortschreiten der Kolonisation wird damit bezeichnet. Sehr lebhaft betätigten sich dafür die Markgrafen, unter ihnen Markgraf Adalbert († 1055), der unter den namhaften ostdeutschen Kolonisatoren zu nennen ist; und da sie sich mit ritterlichen Dienstmännern aus ihrer fränkischen Heimat umgaben, so stellte sich in dieser Siedelzeit, zumal auf dem Boden Niederösterreichs, ein wohl nicht geringer mitteldeutscher Einfluß auf Siedelung, Wirtschaftsweise und Volksart ein. Die bestgeschichtliche Forschung erweist auch Beziehungen, die nach Thüringen, Sachsen und an den Rhein führen. Dabei kam der bairische Zustrom aus dem westlicheren Stammland und von Oberösterreich (Traungau) her nach wie vor kräftig zur Geltung. Nach der Besetzung der offenen Landstriche und besten Böden schritt man schon im 11. Jahrhundert zum Landesausbau vor; im nachfolgenden erreichte er, von der Ebene und den Hängen in höhere Gebirgslagen ansteigend, einen gewissen Abschluß. Die wenigen Reste slawischer oder sonst fremdstämmischer Siedlung sind rasch aufgesogen worden. Das neue Siedlertum war völlig deutsch, mit vornehmlich bairisch-fränkischer Stammesmischung. Da der Grund und Boden an Grundherrschaften gefallen war (die Kirche, die Markgrafen, Herrengeschlechter, wie die Grafen von Bogen, von Formbach, von Raabs u. a., mittelbar an die Inhaber ritterlicher Lehngüter), so herrschten die grundherrlich-bäuerlichen Verhältnisse vor. Die oberste bäuerliche Schicht bildeten die Hubner persönlich freien Standes, die ihre Hube (Hofstatt mit Bauland nach dem Maß einer bäuerlichen Nutzhufe) gegen einen geringen jährlichen Zins innehatten. Das günstigste Besitzrecht gewährte Erbliebeit (Erbliche; Kaufrecht, später auch Burgrecht); ungünstiger war das „Freistift“, das nur ein Recht auf Zeit verlieh und leichte „Abstiftung“ zuließ. Es gab auch Hörige, behausete Knechte und Eigenleute. Ortschaftsbildung mit unregelmäßiger Lagerung der Gehöfte sowie der Stücke des Flurzubehörs begegnet in Österreich noch in der Frühzeit der Neugründungen sowie beim jüngeren Landesausbau (in Kotten). Aber für die Höhezeit der Kolonisation im weiten Flachland ist die Anlage regelmäßiger Dörfer mit planvoll aufgeteilten Ortsfluren charakteristisch. Damit gewann das neusiedelnde Bauerntum eine innere Stärke trotz Abhängigkeit von der Grundherrschaft. Die dörfliche Genossenschaft unter einem Dorfmeister oder Dorfrichter handhabte ihre gemeindliche Ordnung. Befugnisse der Gerichtsbarkeit konnten einer Grundobrigkeit zustehen, aber auch unter mehrere verteilt sein (Dachtraufengerichtsbarkeit innerhalb der Hofstätten, Dorfgerichtsbarkeit auf der Straße; niedere und hohe Gerichtsbarkeit). Es gab Höfe (Ansedel) ritterlichen Dienst tuender Mannen, auch Herrenhöfe mit eigener stattlicher Gutswirtschaft; aber die großen Fronhofsverbände (Willkationen) des Westens



fanden sich hier kaum, und so war das Verhältnis grundherrlicher Gebundenheit bei den Bauern der Ostmark minder drückend, die wirtschaftliche Selbständigkeit größer als nach dem strengeren Hofrecht der westlichen Grundherrschaft.

Auch die zunehmende Verkehrswirtschaft wirkte fördernd auf die Kolonisation. Österreich lag an einer Hauptstraße damaligen Weltverkehrs: vom Rhein (Köln; von Worms auf der „Nibelungenstraße“) nach den Donauländern, Ungarn und Byzanz; dabei spielte am Alpenrand der Salzhandel eine besondere Rolle. Von Regensburg, wo der Hansesgraf seinen Sitz hatte, beherrschte die dortige Kaufmannschaft den Handel stromabwärts, zugleich mit dem Regensburger Denar (Silberpfennig), der weitesten Umlauf gewann. In Österreich traten neue Markorte zu den älteren, zumal an den Flussmündungen: Enns, das als Ort des Eisengewerbes Ruf erlangte, Pöbbs, Melk, wo der Sitz des Markgrafen war, u. a. Wien (Vindobona) erhielt eine planmäßige städtebauliche Anlage, wohl schon durch Markgraf Adalbert oder um die Wende des 11./12. Jahrhunderts unter Zutun kaufmännischer Unternehmer, deren Nachfahren in Wiens Erbbürgererschaft aufgegangen sind. — Hinzuzuweisen ist auf die Stifts- und Klostergründungen. Als wichtigere seien genannt: St. Pölten (vor 976), Ardagger (1049), Garsten (um 1060), Göttweig (1072), Melk (1089), Klosterneuburg (1114); es waren Kulturmittelpunkte von Bedeutung auch in der Geschichte der Kolonisation.

Das Jahrhundert nach Adalberts Tod (1055) brachte weitere Fortschritte. Die Wogen des Investiturstreits schlugen auch nach Österreich herein; Salzburg (unter Erzbischof Gebhard) und Passau (Bischof Altmann) waren Hauptstühle der päpstlich-gregorianischen Partei, während die Mark mehr zum König hielt. Das Land wurde jedoch nicht so schwer davon betroffen, da es im Außenbereich lag. Deutsche Kultur faßte festeren Fuß und breitete sich zusehends aus. Der Landesausbau schritt über die besten Ackerböden in schwierigeres Gelände vor; die Epoche der Rodungsiedlung setzte ein. Innerhalb der grundherrlich-bäuerlichen Kreise, unter den „Grundholden“, glichen sich Unterschiede des Geburtsstands, wenn auch keineswegs völlig, aus. Die grundherrschaftliche Verfassung erfuhr eine Auflockerung; Meierhöfe wurden zu Halb- und Drittelpacht ausgetan, auch bei bäuerlichem Gut verbreiteten sich freiere Pachtformen. Unter den geistlichen Orden hielten die Zisterzienser ihren Einzug (1135 Heiligenkreuz, 1157 Zwettl im Nordwald) und schufen auf ihren Grangien Musterhöfe eines vervollkommenen Landwirtschaftsbetriebs. Der Verkehr längs der Donau dem Morgenlande zu steigerte sich im Zeitalter der Kreuzzüge beträchtlich. Wien war nun eine Stadt im Rechtsinn; ein Wiener Stadtrecht war in Ausbildung begriffen (bezeugt erst 1221 unter Herzog Leopold VI.), das danach anderen Städten zukam, die in Wien ihren Ober-

hof suchten. Auch die Handelsbedeutung nahm zu an dieser durch die Landesnatur begünstigten Stelle am Donautor, wo die Donaustraße mit der von Venedig kommenden Straße über den Semmeringpaß zusammenstieß und nahe der Reichsgrenze ein Warenumschlag und Stapel notwendig war, überdies der nahe Weinbau Verkehr und Lebenshaltung befruchtete.

War das am Nordfuß der Alpen sich lang hinstretchende, nach dem panonischen Tiefland geöffnete Österreich des Hochmittelalters eine Torlandschaft am belebenden Hauptstrom Südostmitteleuropas, so bilden die südöstlichen Alpenländer mit ihrem Vorland einen geschlossenen Landschaftsblock, trugiger mit ihren Hauptkämmen und den hoch bis zur Region des ewigen Schnees und Eises aufragenden Gipfeln, zwischen denen die tiefeingerissenen, breiteren oder nur schmalen Talfurchen hingedeht sind. Die deutsche Kolonisation entfaltete sich hier der ostmärkischen vergleichbar, und doch mit bezeichnender Verschiedenheit. Groß war der Raum, aber durch Naturgebilde wie auch in staatlicher Hinsicht mannigfach gegliedert. Seit dem Ende des 10. Jahrhunderts war das Herzogtum Kärnten dauernd von Bayern abgetrennt; damals unterstand es einem Herzog Otto, der lothringischer Abstammung (Graf im Wormsfeld) und mit Liutgard sächsischen Geblüts, einer Tochter Ottos des Großen, vermählt war. Im Osten übernahm ein Graf Markwart die Verwaltung; dort erscheint in der Folge die Kärntner Mark (um Graz). Als kleinere Marken werden genannt: eine Mark „jenseit der Alpen“, die Mark hinter dem Drauwald (auf dem Pettauer Feld), eine Mark an der Sann (um Eilli); von Italien her waren im Süden die Mark Verona, Friaul, Krain, auch Istrien angegliedert. Große Herrengeschlechter, mit reichem Grundbesitz ausgestattet, wechselten miteinander im Regiment: die Grafen von Wels-Lambach (aus dem Traungau Oberösterreichs), die im Enns- und Mürztal, um Judenburg und Leoben Besitz und Grafschaftsrechte innehatten, die Herren von Sempt-Ebersberg (aus Bayern), die reich begüterten Eppensteiner, aus deren Hause Adalbero, Herzog von Kärnten, hervorging († 1036). In der Mark selbst, mit der 1058 das Gebiet um Pitten (westlich von Odenburg) vereinigt wurde, kam damals ein Geschlecht hoch, das ursprünglich wohl aus dem Traungau stammte, im Chiemgau begütert war und mit Otakar († 1056) die Verwaltung in der Mark übernahm; da von ihnen die Styraburg an der Enns erbaut war, wurden sie nach Steier genannt (in der Geschichtsschreibung oft einfach „die Otakare“). Als die Eppensteiner ausstarben (1122), folgten im Herzogtum Herren aus dem rheinländischen Geschlecht von Spanheim. Indes ein großer Teil des Besitzes fiel an die Herren von Steier, deren Herrschaft so ausgedehnt und festgegründet wurde, daß diese Zeit geradezu „die Geburtsstunde der Steiermark“ genannt worden ist. Neben den weltlichen Herren erhielten die Bistümer beträchtlichen

Besitz und Hoheitsrechte, nach den älteren im Mutterland gelegenen auch die neugestifteten Gurk (1043), Lavant (1225), Seckau (1215), dazu die großen Klöster: Stift Maria-Saal (auf dem Zollfeld, Kärnten, 10. Jahrhundert), Admont (1074) und St. Lambrecht (1096, in Steiermark), Millstatt (vor 1088, in Kärnten), St. Paul (vor 1091, im Lavanttal), in jüngerer Zeit das Augustiner Chorherrenstift Seckau (1140), Wörs in Steiermark (1163), das Zisterzienserkloster Viktring in Kärnten (1142) u. a. All diese kirchlichen Anstalten haben vornehmlich kulturfördernd gewirkt.

Die Kolonisation, die schon in karolingischer Zeit in Gang gekommen war, wurde nach der Zeit der Ungarneinfälle rasch wieder aufgenommen, zumal da, wo offen daliegendes Land wie im Becken an der mittleren Mur weithin wüßt geworden war. Aber unverkennbar blieb im südöstlichsten Alpenbereich slowenische (windische) Bevölkerung sesshaft, ja sie ist bei der Ansiedlung mit beteiligt gewesen unter deutscher Herrschaft auf werdendem deutschem Kulturboden. Unter den Königen aus sächsischem Hause und noch länger danach sind Ortsgründungen in kolonialer Form vorgenommen worden (so auf dem Pettaufer Felde, an der Drau), Dörfer in enger, geschlossener Gassenform oder in Anlage um einen Platz mit gewöhnlicher Aufteilung der Flur für Zwecke der Dreifelderwirtschaft, wie dies auch im Norden in einer Frühzeit kolonisationsmäßiger Maßnahmen, bzw. bei Eindeutschung slawischer Bevölkerung auftritt. Sind doch in der Steiermark in mittelalterlicher Zeit „Supane“ als Dorfrichter und Einsammler von Abgaben in ähnlicher Stellung wie östlich der Saale unter deutscher Herrschaft tätig gewesen. So trat im südöstlichen Alpenraum eine Oberschichtung der Bevölkerung in wirtschaftlich-sozialer Hinsicht ein. Windische Leute, freilich wohl nicht zahlreich, lebten unter einer deutschen Oberschicht, die ihr die deutsche Kultur vermittelte, fort in grund- und gerichtsherrlicher Abhängigkeit, unter ihnen solche gehobenen Standes, wie die kärntnischen „Edlinger“ (Kazaken), die persönlich frei waren und Waffenrecht hatten.

Die deutschen Herren erbauten Höhenburgen, von denen aus sie den Schutz des Landes handhabten; zu Füßen lag der Herrenhof mit dem Wirtschaftsbetrieb. Aus dem Mutterlande zogen sie ritterliche Dienstmannen nach oder gewannen sie aus den schon heimisch gewordenen Familien; auch deren Sise waren Kernpunkte wachsenden deutschen Einflusses. Als Pflicht galten Burghut und Heeresfolge; eine besondere Einrichtung zu deutscher Grenzlandversicherung waren die sogenannten Schützenlehen in der Nähe von Radkersburg (an der unteren Mur). Dazu breitete sich reindeutsche Bauernsiedlung aus, wie dies aus einer Fülle deutscher Ortsnamen, an Personen-, später auch an Familiennamen kenntlich ist. Den älteren weilerartigen Siedelformen gesellten sich planvollere, öfter in langen Zeilen, aber auch haufenmäßig; un-



mittelbar an der Ostgrenze tritt aus Sicherheitsgründen die geschlossene Siedlung auf. Bei aller Mannigfaltigkeit der äußeren Form war der Kern der Anlagen der gleiche: als Grundelement die bäuerliche Familienwirtschaft, die mit den eigenen familienhaft gebundenen Arbeitskräften nicht selten in einer Hausgemeinschaft, nur etwa noch unterstützt von wenigem Gesinde, den auf Feldbau und Viehweide, Wiesen und Gartenbau eingestellten Betrieb aufrecht erhält, mit dem Familiensinn für das Ganze — eine tragfähige Grundlage gesunden Volksdaseins. Die Anfänge eines Städtewesens stellten sich erst spät ein. Einige Städte kamen an Stellen auf, wo einst schon eine Römerstadt gelegen hatte: Peztau (Poetovio), Eilli im Sanntal. In der Regel jedoch ging die Entstehung eines Marktores unter schützender Burg voraus. Ein deutliches Beispiel bietet Graz an der Mur. An einer Stätte, wo zuvor eine slawische Befestigung (grad) vorhanden gewesen war, entstand eine deutsche Herrschaftsburg mit wehrhaften Dienstmännern (1128); eine Marktgründung unter Dtakar III. (vor 1172) ermöglichte den nachfolgenden Aufstieg zur Stadt mit deutschen Erbbürgern und Handwerkern, die Ummauerung schloß den Ring. Als wichtige Plätze, die zu Städten erwachsen, seien genannt: Judenburg und Leoben im Murtal, Marburg an der Drau (im Unterland; die Markburg vor 1147), Klagenfurt in Kärnten (nahe dem Wörther See, nach Verlegung von Völkermarkt). Begünstigt wurden Handel und Verkehr durch die Straße, die von Venedig heraufführte und das Land an den Weltverkehr angeschlossen.

Eine besondere Würdigung gebührt der Rodungs-siedlung im Ostalpenraum. Dank der Rodungsarbeit gewann deutsches Volkstum seine größte Verbreitung über weite Flächen hin. Es drang auf Böden vor, die noch nie in Kultur genommen waren, und schlug dort Wurzel in wirklicher Ursiedlung in hartem Kampf mit der alpinen Landesnatur. Die Hauptzeit dieses Vorgehens war das 12. und 13. Jahrhundert in Osterreich wie in den südlich angrenzenden Landschaften. Vorerst geschah es nach Art der Rodesiedlung im „Forst“. Es gab große Forstbannbezirke, über die herrschaftlichen Gewalten die Verfügung zustand, weithin noch mit Urwald bedeckt, doch auch von Lichtungen durchbrochen. Darin nahm man nun Einhegungen vor; das Land wurde gegen ein mäßiges Entgelt ausgetan, neue wohlliche Anwesen entstanden, der düstere Wald wandelte sich unter der Hand des arbeitenden Menschen in Wiese und Fruchtfeld. Anfänglich wurde wohl öfter Brandwirtschaft getrieben, geschwendet. Echt alpin war die Egartenwirtschaft in einem nach Jahren laufenden Wechsel der Feld- und Grasnutzung. Ortsform war oft der Ausbaweiler mit einem Gemenge an zugehörigen Flurstücken; auch Einzelhöfe (Eindöden) wurden angelegt, aus denen wiederum durch Hofteilung weilerartige Siedlungen hervorgehen konnten. Vereichte Formen der Ortschafts- und

Flurbildung kamen in Brauch, wo das Gelände dafür günstig war. Eine Siedelweise besonderer Art war die der Schwaighöfe, die im bayrischen Alpenraum verbreitet sind. Von diesen Höfen aus, die mit einigem Vieh ausgestattet wurden, trieben die Inhaber Milchwirtschaft, besonders Käseerei; die Lieferung von Käsezins an Grundherrschaften war üblich. So konnten die Hochweiden genutzt werden. Diese Siedlung in Schwaigen war die in höchsten Lagen der Alpen mögliche Daueriedlung. Jünger als all diese Siedlungen waren die „Neurisse“ seit dem späten Mittelalter; sie füllten Lücken, ergänzten bestehende Ortschaften und Klommen wohl auch in noch unerreichte Lagen des Hochgebirges empor. Nach den Anfängen deutscher Kolonisation auf den leichter erreichbaren Gefilden hat die Rodungsiedlung ganz wesentlich dazu geholfen, daß in den Ostalpen Bereiche geschlossener deutscher Volksiedlung sich bildeten. — Deutsche Siedlungen mit einem Volkselement ganz eigener Art entstanden an den Stätten, wo Bergbau betrieben wurde. Im steirischen Lande kamen besonders der Eisenbergbau und die Eisenverarbeitung auf; die Schwerter von Enns erlangten Berühmtheit.

So hatte die deutsche Kolonisation im Südosten ihre Früchte gezeitigt. Osterreich war im vollen Sinne ein deutsches Land, als es durch Kaiser Friedrich Barbarossa 1156 unter der Verleihung ungewöhnlicher Vorrechte an den Babenberger Heinrich (Jasomirgott) zum Herzogtum erhoben wurde. Der Landesausbau war nach dem damaligen Können nahezu zum Abschluß gebracht; nur eine Nachkolonisation folgte. Das Volk schloß sich zur Gemeinschaft eines deutschen, in sich ständisch gegliederten Neustammes zusammen. Eine Gemeinsprache bildete sich durch, die der gesamtdeutschen mundartlichen und hochsprachlichen Entwicklung Laut- und Wortprägungen zuführte. Wunderbar brach eine Blüte der Dichtung und des Sanges auf, die aufs schönste zeigte, daß Osterreich deutscher Kulturboden war, dem sie entsproß. — Im Jahre 1180 wurde auch Steiermark, wie zuvor Osterreich, zum Herzogtum erhoben und den alten Stammesgebieten reichsrechtlich gleichgestellt; auch dies deutsches Land nicht nur im staatlichen Sinne, sondern deutscher Kulturraum und gleichwie Kärnten weithin volksdeutsch besiedelt; und diese steirischen und kärntnischen deutschen Ritter und Alpler, an rauhes Leben gewöhnt und doch sangesfroh und gemütsstief, brachten einen eigenen Ton in den Gesamtklang deutscher Volksart. Es ist bezeichnend, daß hier die Gestalt des Markgrafen Rüdiger im Nibelungenlied, die Necken Biterolf und Dietleib gern gefeiert wurden. — Als das Geschlecht der Otakare ausstarb (1192), kam die Steiermark an das Haus der Babenberger (an Herzog Leopold V., der 1194 Wiener Neustadt am Steinfeld gründete) und wurde mit den österreichischen Landen vereinigt (1198). Jetzt gebot eine starke politische Macht an der Südostfront bis nach Krein. Unter dem Druck der Mongolen-

not (1241) entschloß sich sogar König Bela von Ungarn, drei Grenzkomitate abzutreten: Altenburg, Wieselburg und Dödenburg. Aber im Kampfe darum fiel Herzog Friedrich 1246 bei Wiener Neustadt. Das Zeitalter der Kolonisation neigte sich seinem Ende zu.

In weitem Umkreis vor dem Bereich geschlossener oder wenigstens stark verdichteter südoßtdösterreichischer Volksiedlung lag ein breiter Saum Grenzlandes, wo Deutschtum nur aufgelockert oder verstreut zur Ansiedlung gekommen war: Ablige und das Bürgertum in den wenigen Städten, aber auch Bauern, später Bergleute. In Friaul, zumal im östlichen Teil, begünstigten die Grafen von Görz, die dort die Landeshoheit erwarben (am Fonzio, nahe dem Karst), die Ansiedlung von Deutschen bis nach Istrien. Hervorgehoben sei die Niederlassung von Deutschen im Kanaltal an vielbegangener Passstraße von Italien (Pontafel) über Tarvis nach dem Villacher Becken (Besitz von Bamberg). In Krain, das seit Otto dem Großen zum Reiche gehörte, gewann die Grundherrschaft von Deutschen die Oberhand (Hochstift Freising um Weiskensfels). Unterkärnten (an den Karawanen) und das steirische Unterland (Draufeld, am Bacher-Gebirge, Sanntal) blieben Gebiete deutscher und windischer Volksmischung, wobei die deutsche Kultur bestimmend wurde, obschon sich slowenisches Brauchtum im einzelnen erhielt und es sogar nicht daran gefehlt hat, daß Nachkommen deutscher Zuwanderer den Gebrauch slowenischer Sprache annahmen. Bemerkenswert ist in jener Gegend das Unternehmen, den Deutschen Ritterorden zum Landesschutz heranzuziehen (Kommende Groß-Sonntag ö. Pettau). — Eine andere Gestalt in völkischer Hinsicht erlangte der deutsch-ungarische Grenzraum. Zwischen deutscher und ungarischer Siedlung blieb ein breites Übergangsgebiet liegen, das westlich der Raab schon um seiner natürlichen Beschaffenheit willen als Ödland gemieden und weithin dichter Grenzwald war. Seit karolingischer Zeit hatten einzelne Siedlungen mit deutscher Bewohnerschaft selbst in so vorgeschobener Lage die stürmischen Zeiten der ungarischen Verheerung überdauert. Danach wurde die deutsche Kolonisation wieder aufgenommen unter dem Schutze deutscher und markgräflicher Gewalt, aber auch auf ungarischem Staatsgebiet. Die deutsche Volksiedlung erreichte etwa eine Linie von Pressburg bis nahe an Radkersburg: östlich des Leithagebirges, am Neusiedler See, an den Hängen des Rosalien- und des Günsergebirgs am oberen Laufe der in die Raab strömenden Flüsse (Rabnitz, Güns, Pinka) bis zur Lafnitz. Ein Hauptort wurde Dödenburg südwestlich vom Neusiedler See. Besonders kräftig entfaltete sich die deutsche Landsiedlung unter den Grafen von Güssing (nördlich der Lafnitzmündung). In diesen Landstrichen wurzelten die deutschen Bauern ein, die als die „Hienzen“ (Heanzerei) benannt worden sind; deutsches Volkstum und gesunde deutsche Bauernart haben sie kernhaft ausgebildet und zäh



bewahrt: „der älteste, festeste und geschlossenste deutsche Boden im ganzen Südosten.“ Deutsche Siedlung drang noch weiter ostwärts vor: nach dem Heideboden östlich des Neusiedler Sees und den Donauinseln Schütt (Wieselburg), ja verstreut bis in die Gegend des Plattensees; doch darauf ist bei der Betrachtung deutscher Kolonisation in Ungarn einzugehen.

## Der Sudetenraum

Eine eigenartige Stellung in der Geschichte ostdeutscher Siedlung nehmen die Länder zwischen dem Böhmer Wald und dem Sudetenzug ein. Es ist von der „böhmischen Festung“ gesprochen worden; darin prägt sich ein Moment des Behauptens und Beharrems, der gehemmten Zugänglichkeit, aus. Aber Gebirge, selbst ursprünglich stark bewaldete, sind nicht schlechthin Scheiden; sie leiten auch Verkehr hinüber. Böhmen hat seine Pässe auf allen Seiten, freilich nur einen starken Flußdurchbruch, den der Elbe, in schwierigem Gelände. Von Mähren scheidet es sich nur durch minder bedeutende Erhebungen; Mähren aber öffnet sich im Marchtal nach Süden gegen das Donautiefland hin, dicht an ungarische Steppenweite heran; und nach Schlessen und dem Lande an der oberen Weichsel hat es um das Mährische Gesenke nicht allzu erschwertem Zugang durch die Pforte am Nordwestabbruch der Beskiden. All diese natürlichen Gegebenheiten wirkten auf die sudetendeutsche Siedlungsgeschichte ein.

In einer Folge von Jahrhunderten waren einst Böhmen und Mähren germanisch besiedelt gewesen; die Landesnamen selbst halten die Erinnerung daran fest. In den nördlicheren Landstrichen wohnten Markomannen, im Süden die Quaden suebischen Stammes; und als Scharen während der Völkerwanderung das Land verließen, nahmen Langobarden, ganz im Süden Rugier zeitweilig darin Aufenthalt, von Norden her griffen Thüringer und thüringische Kultur herein. Ein Zurückbleiben germanischer Bevölkerung nach der großen Wanderzeit, die auch die Slawen ins Land führte, erweist sich aus mancherlei Anzeichen. Germanische Namen für Bergwälder (Etschengebirge [Jeseniky], Gesenke) und Flüsse (Moldau, Angel, March, Sglawa, Schwarzawa) sind erhalten, teilweise von Slawen übernommen und später wieder deutschen Lauten angepaßt worden; auch einzelne Ortsnamen sind aus germanischer Wurzel zu erklären (Brünn). In einigen Landstrichen, an den umrandenden Waldgebirgen und in den Grenzgegenden zwischen Böhmen und Mähren ist ein längeres Zusammenwohnen germanischer und slawischer Bevölkerung wahrscheinlich. Indes in den altbesiedelten offenen Landschaften, über die verheerend die Awarenhorden dahingefegt waren, an der mittleren Moldau, im Saazer Becken an der Eger, um Leitmeritz an der Elbe und weiter stromaufwärts

(Staditz; Berg Rip, deutsch Reif, mit der Georgskapelle b. Raubnitz) breiteten sich slawische Kleinstämme aus. Im Norden war sorbische Bevölkerung zuzeiten sesshaft, deren Sprache noch später nachweisbar ist. In der Landesmitte saßen die Tschechen, von denen die Gründung eines einheitlichen Staatswesens ausging, das gegen Ende des 9. Jahrhunderts gefestigt dastand, wenn auch noch nicht mit Geltung für ganz Böhmen: Mittelpunkt wurde Prag mit Wyschehrad, bald ein bedeutender Platz damaligen Welthandels.

Den Franken in karolingischer Zeit erschien Böhmen, das tributpflichtig gemacht wurde, wie auch Mähren als ein von Slawen (Wenden) bewohntes Land in bald feindlicher, bald friedlicher Nachbarschaft mit ihrem Reich. Es ist bemerkenswert, daß einmal unter den Fürsten in Böhmen einer, Hermann, mit deutschem Namen genannt wird (872). Entstammte er einem deutschen Geschlecht, einer deutschen Mutter? Oder bedeutet dies gar einen deutsch besiedelten Wohngau, von dem uns sonst jede Kunde fehlt? Auch als Herzog Wenzel zur Zeit König Heinrichs I. das Christentum begünstigte (erschlagen 929), als Böhmen seit Boleslavs Unterwerfung unter Otto den Großen (950) auf die Dauer dem Deutschen Reiche eingegliedert war, wird in geschichtlichen Nachrichten ein namhaftes Deutschtum im Lande noch nicht bezeugt. Wenn bei der Einführung des ersten Bischofs in Prag (976), des Sachsen Deotmar, in der Liturgie deutsche Worte eines geistlichen Leis (Christus keinado) gesungen und verstanden worden sind, wenn auf Münzen got zu lesen war, so erweist dies nicht das Dasein einer deutschen Volksmenge. Deutscher Kultureinfluß, auch die Anwesenheit von Deutschen, die ihn ausüben, erhellt allerdings aus solchen Anzeichen. Die Geschichte des Sudeten-deutschtums — nach den vorgegeschichtlichen Zeiten germanischer Besiedlung, die ihr uraltes Heimatrecht vor jeder slawischen Landnahme bekräftigen — beginnt im 10., wohl schon im 9. Jahrhundert. Deutsche auf Handelsfahrt, deutsche Priester kamen ins Land, zuzeiten deutsche Fürstentöchter mit ihrem Hofstaat, dazu ritterliche Mannen deutscher Abstammung, die den Brauch deutscher Waffenführung mitbrachten; Hof und Verwaltung erhielten in vielem ein deutsches Gepräge. In einer Zeit, die im Reiche den Handel mit dem Aufkommen von Marktsiedlungen sesshafter werden sah, wird sich ein gleiches auch an böhmisch-mährischen Plätzen kaufmännischen Verkehrs angebahnt haben. Für das Jahr 1055 liegt nun eine Nachricht vor, daß Herzog Spitigniew alle Deutschen aus dem Lande vertrieben habe. Wenn auch eine solche Maßnahme nur eine beschränkte Wirkung gehabt haben kann, so ergibt sich daraus das Dasein eines Deutschtums von Belang in Böhmen, auch ein stark empfundener völkischer Gegensatz, obschon er nicht allgemein gewesen zu sein braucht. Wenig später wurden den Deutschen unter der Burg von Prag durch Herzog Bratislaw (1085 König) Vorrechte gewährt, deren Bestätigung durch

Herzog Sobieslaw (1174—1178) urkundlich vorliegt. Deutlich tritt uns darin das Bestehen einer deutschen Siedlung auf dem städtischen Boden Prags bei einer Kirche St. Peters mit Gassen, Hausbesitz, Kaufgelegenheit und Schenken entgegen. Deutsche und Böhmen (Tschechen) unterscheiden sich, wie in vollkommener Hinsicht, so nach ihrem Recht. Die Deutschen bildeten eine Gemeinschaft unter ihrem Richter, erhielten auch besonderen strafrechtlichen Schutz und Sicherung ihres Eigentums; zuwandernde Fremde, die bei ihnen wohnen wollten, sollten nach ihrem Rechte leben. An der Verteidigung Prags hatten sie mitzuwirken, während sie zur Teilnahme an auswärtigen Feldzügen des Fürsten nicht verpflichtet waren. Auch an anderen Verkehrsmittelpunkten Böhmens und Mährens (Brünn, Olmütz, Znaim) wird es Niederlassungen von Deutschen, die der Kaufmannschaft und dem Handwerke oblagen, damals gegeben haben. Deutsche waren unter der Geistlichkeit angesehen; ja schon regte sich der Unwille der „Böhmen“ gegen ihre Wahl bei der Besetzung wichtiger Stellen, wie dies Äußerungen des Prager Domherrn Cosmas mit einem Anflug von Leidenschaftlichkeit verraten.

Es war die Zeit, in der die große deutsche Siedelbewegung in den westlicheren grenznahen Gegenden des Ostens voll in Gang kam. Wie hat sie auf den inneren Sudetenraum, Böhmen und Mähren, gewirkt? Die Vorbedingungen dafür waren nicht ungünstig. Das alte Fürstengeschlecht der Přemysliden behielt das Regiment; aber durch verwandtschaftliche Bande vielfach mit deutschen Fürstenhäusern in freundlichem Verkehr, neigte es offensichtlich der deutschen Kultur zu: schon Wladislaw, dem Friedrich Barbarossa die Königskrone verlieh (1158), Přemysl-Ottokar I. (1197—1230), mehr noch Wenzel I., unter dem durch deutschen Fleiß die Bergwerke reichen Ertrag spendeten, neben ihnen voll Eifers Markgraf Wladislaw-Heinrich in Mähren, am kräftigsten der hochstrebende Ottokar II. (1253—1278), der, vom Sudetenraum über die Donau zu den Ostalpen politisch ausgreifend, weit hin südöstliches Deutschtum zusammenfaßte und selbst den deutschen Königsthron zu besteigen geheßt hat. Unter dem Adel nahmen Deutsche von Geburt eine angesehene Stellung ein; ja die Fürsten schenkten ihnen ihre Gunst, da sie in ihnen eine Stütze wider übermächtige alte Herrengeschlechter fanden. Auch in der Welt- und Klostergeistlichkeit nahm das Deutschtum zu. Die Bischöfe von Prag und Olmütz führten meist deutsche oder altchristliche Namen, nur ausnahmsweise einmal einen slawischen. Weniger offen für Deutsche waren wohl die älteren Kanonikerstifte (Byschehrad-Prag, Alt-Bunzlau, Leitmeritz, Dpatowitz bei Königgrätz, Melník), eher Raigern bei Brünn (Benediktiner). Gern gewährten die neuen Orden den Deutschen Eingang. Im Nordwesten förderte dies das Zisterzienserkloster Waldsassen (1133); von hier aus wurde Sedlitz (1143) gegründet, danach Münchengrätz (1177),



Ofegg (1193). Im Süden wirkte das Stift Zwettl herein, auch Heiligenkreuz, in Mähren Welehrad bei Olmütz (1202). Für die Niederlassungen der Prämonstratenser gilt das gleiche (Seelau 1148, Tepl 1197; Hradisch 1151). Dazu traten die geistlichen Ritterorden im Lande auf: die Johanniter und der Deutsche Ritterorden in engster Verbindung mit den Ordensniederlassungen in der deutschen Heimat.

Der Entwicklungsstand der ländlichen Wirtschaft und Siedlung in den Sudetenländern war so geartet, daß eine Zeit des Landesausbaus anbrechen mußte. Mit Sorgfalt waren die großen Grenzwälder ringsum lange gehütet worden, in der Nähe der Landestore durch eine Art der Grenzsiedlung, die der Choden, erbgeessener Krieger im Dienste des Landesherrn. Auch im Inland gab es noch weite Strecken unberührten Waldes und Unlandes. Mit wachsender Bevölkerung trat Ortschaftsverdichtung ein. Auch ein gewisser Ausbau fand mit slawischen Kräften statt; längs der Pashstraßen stieß man vor (auf Tachau, Taus, Budweis u. a.). Eine eigene Rechtsform (im Umgang oder Umrirt, *ujazd*, vielleicht auch *lhota*, das ist Freigut, später *Frift*), kam dabei zur Anwendung, wie auch eine Form der Ortsanlage von rundlingsartigem Charakter solchem Ausbau zugeschrieben wird. Aber bei weitem gewann die deutschbäuerliche Kolonisation die Oberhand, die sich durch ein günstigeres Siedelrecht, durch das kräftige und doch nicht zu eng bindende Gemeindeleben und die Ertragssteigerung in wirtschaftlicher Hinsicht empfahl. Die Landesherrn förderten dies; so entstanden auf Königsboden die Ansiedlungen der „künischen Bauern“ am Oßer (w. Taus). Auch die Inhaber grundherrlicher Rechte betrieben die Siedlung und stärkten damit ihre herrschaftliche Stellung. Bisweilen nahmen die Grundherren selbst die Besetzung vor; im nordöstlichen Grenzgebiet gegen Schlessien bedienten sie sich gern eines Mittelsmanns, der, nach Art der Lokatoren mit Gut und Gerechtsamen ausgestattet, das Amt eines Richters oder Schulzen im Dorf übernahm. Die Siedelform war mannigfaltig. Im Grenzwald gegen Bayern herrschten der Weiler und der Einödhof vor; in dem Flachland an der March gegen Niederösterreich hin entstanden regelmäßige Straßendörfer, an den Hängen des Erzgebirges und namentlich in den Tälern der Sudeten und ihrem Vorland legte man gern Waldhusendörfer an, bei jüngerem Landesausbau auch in Südböhmen.

Die geschichtlichen Nachrichten über die Ansiedlung deutscher Bauern sind selten und vergleichsweise meist spät, vom Ausgang des 12. Jahrhunderts an, namentlich im 13. bis in das 14. hinein. Indes danach ist das Ausmaß des siedlungsgeschichtlichen Vorgangs nicht zu bemessen; offenbar war er viel größer. An zwei geschichtlich klar faßbaren Einzelvorgängen sei die Art und Leistung der deutschen Kolonisation beispielhaft gezeigt. Im Nordwesten vor

der staatlichen Grenze Böhmens, im äußersten bayrischen Nordgau in räumlichem Zusammenhang mit Ostfranken, am Fichtelgebirge nach dem Oberpfälzer Walde zu war die Siedeltätigkeit im 11. Jahrhundert lebhaft aufgenommen worden, besonders in der Form kleiner Ausbaueiler. Um die gleiche Zeit wird Eger zuerst genannt (1061), eine feste Burg mit ringsum wohnenden waffendienstpflichtigen Männern. In jener Gegend trat nun der Markgraf auf dem Nordgau, Dietpold aus dem schwäbisch-bayrischen Hause Siengen-Bohburg († 1146) als ein großer Kolonisateur auf. Kloster Waldsassen im Tale der Wondreb, an einer Straße von der Nab zur Eger, wurde von ihm gegründet; es erwarb reichen Besitz nicht nur an großen Höfen zu eigenwirtschaftlichem Betrieb, sondern auch an Dörfern und weiten Strecken Wald- und Sumpflandes und entfaltete eine rührige, ausgedehnte und fruchtbare kolonisatorische Tätigkeit. Die Aufsicht führten Laienbrüder; auf den bäuerlichen Stellen wurden meist Eigenleute des Klosters angesetzt. Daß deutsche Siedler dabei bevorzugt wurden, erweist die spätere Verbreitung deutschen Volkstums. Dabei wirkte Waldsassen auch nach Böhmen hinein. Schon bald übergab ihm König Wladislaw eine Einhegung östlich des Elstergebirges, das Schönbacher Ländchen, zu Rodungszwecken, in einer Gegend, wo auch auf staufischem Besitz Güter angelegt wurden. Vor Ausgang des 12. Jahrhunderts besaß das Kloster 50 größtenteils neugegründete Ortschaften und setzte das begonnene Werk weiter fort. Auch die Tochterklöster (Sedlitz, Ossegg) nahmen die Arbeit auf; dem Egerlauf folgend, drang die deutsche Siedlung ostwärts am Gebirgsrand gegen die Elbe hin vor. — Ein lebendiges und klares Bild kolonisatorischen Vorgehens bietet uns Nordostmähren zur Zeit des Bischofs Brun von Olmütz (1245 — 1281) aus dem in der deutschen Siedlungsgeschichte vielgenannten Hause der Grafen von Schauenburg. Unter seiner tätigen Fürsorge schritt die Gründung deutscher Dörfer gedeihlich fort; deutlich erhellet die Art deutsch-rechtlicher Dorffiedlung, deutsche Namen von Männern, die die Befestigung vornehmen und das Richteramt innehaben, werden genannt, auch die Ortsnamengebung ist größtenteils deutsch. Lehrreich ist der hier einmal geglückte Nachweis, daß sich zeitweilig ein Großunternehmer betätigt hat, Dietrich Stange aus osterländischer Familie, ritterlichen Standes, der danach große Landkäufe in Ostpreußen machte und dort nach der gewonnenen Erfahrung die ländliche Siedlung gefördert hat.

Von größter Bedeutung war die Entstehung eines deutschen Städtewesens im Sudetenraum. Marktorde mit zeitweiligem oder auch dauerndem Handelsverkehr hatte es schon zuvor gegeben. Aber die Stadt im Rechtsinn, mit bürgerlicher Verfassung und Verwaltung, mit städtischem Grundbesitz, Mauerschutz der Bürgerfiedlung und städtischen Freiheiten war eine Schöpfung deutscher Kultur und deutscher Rechtsauffassung. Die Städte-

gründung wurde von den böhmischen Königen, auch von den Markgrafen Mährens, eifrig gefördert (Troppau, Mährisch-Neustadt); denn die deutschen Städte waren ihnen eine Stütze um ihrer wirtschaftlichen Leistungen willen ebenso wie wegen ihrer kriegerischen Kraft. Auch geistliche und weltliche Große folgten dem gegebenen Vorbild. Nicht alle Städte waren Gründungen aus wilder Wurzel. Viele entstanden neben schon bestehender Siedlung, einer Burg, einem Dorf oder älterem Markort: die zahlreichen Alt-Orte erinnern daran durch die festgehaltene Bezeichnung (Altstadt). Entscheidend war dann die Bewidmung mit Stadtrecht, womit sich ein neuer Siedelakt verbinden konnte. Ein Übersiedeln aus Ortschaften, wo schon Kaufverkehr und einiges Handwerk üblich war, hat gewiß stattgefunden, auch aus deutschen Dörfern der näheren oder weiteren Umgebung, zumal in jüngeren Zeiten. Bei der Gründung jedoch bot Zuzug aus Kreisen des Fernhandels wesentliche Hilfe; wagemutige und erfahrene kaufmännische Unternehmer mit einigem Vermögen werden dabei eine Rolle gespielt haben wie anderwärts. Hervorgehoben sei, daß im östlichen Grenzgebiet Städtegründung ganz planmäßig erfolgte, als der Angriff der Tataren erwartet wurde (1241); deutlich erhellet hierbei die Wehrbedeutung des Städtebaus. — Den deutschen Charakter der Stadtanlagen zeigt auch der Grundriß; vor allem das vollentwickelte Planschema mit Marktplatz (Ring) und Häuserblock steht in Übereinstimmung mit Formen des Mutterlandes und des deutschen Nordostens. Mehr noch erweist die Zugehörigkeit zu Stadtrechtsfamilien den deutschen Zusammenhang. Das verbreitete Recht der Altstadt Prag ist von Eger beeinflusst; dieses wieder stand mit Nürnberg in Verbindung. Ausgedehnteste Geltung hat das Magdeburger Recht erlangt. In Mähren bildete sich ein Stadtrechtskreis um Brünn, in näheren Beziehungen zu Wien, ein anderer um Iglau.

Siedlungen von besonderer Art waren die der Bergleute. Schon früh sind aus ihnen Bergstädte hervorgegangen. Vornehmlich seien Iglau, Deutschbrod und Kuttenberg genannt; ein lehrreiches Beispiel bietet auch der Goldbergort Zuckmantel an der mährisch-schlesischen Grenze. Ihre Entstehung verdanken sie der deutschen bergmännischen Zuwanderung; denn die gehobene Kunst des Bergwerkbetriebs war deutsche Leistung und wurde von Deutschen, die zur Siedlung in die Ferne zum Auffinden von Bergglück zogen, verbreitet. Auch im Bergrecht prägte sich dies klar aus: Iglauer Bergrecht steht in engem Zusammenhang mit dem von Freiberg.

Leistungen und Erfolge der deutschen Kolonisation erweisen sich offensichtlich in der Ausbreitung des deutschen Siedlertums im Subetenraum. Im Inneren, in den von alters waldfreien Landschaften, die ohne schwere Mühe des Rodens einzunehmen waren, ist das Deutschtum weniger verbreitet; und wenn auch deutscher Volksbestand in den Stürmen der Hussitenzeit zugrunde



gegangen ist, so hat es schon zuvor jene Wohnflächen zwar gewiß durchdrungen und mit deutschem Kultureinfluß durchsetzt, aber schwerlich in breiter Siedlung erfüllt. Bezeichnend ist neben einigen geschlosseneren Verbreitungsgebieten (um Tglau, im Schönhengst) die ausgeprägte Randlage der volksdeutschen Siedlung in Böhmen und Mähren. Ein Vorrücken aus dem Inneren gegen die Grenzen hin war möglich und ist gewiß geschehen. Aber entscheidend wurde das Vordringen von außen her in die großen Wälder der umrandenden Gebirge. Dies erhellt aus den offenkundigen Zusammenhängen des böhmisch-mährischen Grenzlanddeutschtums mit den deutschen Alt- und Neustämmen in den benachbarten Landstrichen ringsum. Klar zeigen dies namentlich die mundartlichen Verhältnisse, entsprechend auch Besonderheiten der Ortsnamengebung (im Südwesten genitivische Formen, Namen auf —schlag; im Nordwesten auf —reut und —grün; im Norden und Osten, doch auch gegen Niederösterreich beliebt die auf —dorf). Ähnliches läßt sich beobachten im Blick auf die Siedelformen in Ortsanlage und Flurbildung, die freilich stark geländebedingt sind, einzelne Merkmale des Hausbaues, überhaupt Brauchtum und dörfliches Recht. Im südböhmisch-mährischen Grenzbereich schließt sich die deutsche Siedlung je nach der Grenzlage unterschiedlich an Ober- und Niederösterreich an. Von Bayern drang sie in den Böhmerwald über die Kammhöhen, so daß diesseit und jenseit der Landesgrenze der deutsche Siedlungscharakter gleich ist. Ein breiter Siedlungszusammenhang besteht im Nordwesten, vom Egerland nach dem Nordgau; hier, wo Böhmens Landesgrenze während der Kolonisationszeit noch ostwärts weiter zurücklag, hat sich das deutsche Siedlertum in besonderer Stärke und Breite entfaltet. Auch südlich des Gebirgszugs vom Erzgebirge über das Elbsandsteingebirge bis zur Südlautz bestehen enge Verbindungen siedlungsgeschichtlicher Art zwischen dem nördlichen Böhmen und den meißnisch-sächsischen Landen nebst der Oberlausitz, wobei das Vordringen auf den Siedlungsbahnen von Ostfranken und dem Nabtal her Wirkung getan hat; die Siedlung wurde hier am Gebirgswall entlang gegen Osten gelenkt. Sehr deutlich sind an dem langen Zuge der Sudeten die Zusammenhänge mit der deutschen Siedlung in Schlessen. Dabei läßt sich hier eine zielbewußte Siedlungspolitik (am „Hohen Gesenke“) verfolgen, die von beiden Seiten her im Kampf um Grenzbildung, Herrschaft und Wirtschaftsgewinn die Kolonisation, auch von Böhmen und Mähren her schon mit deutschen Kräften, immer höher in das Gebirge vorschob. So war der deutschen Siedelbewegung jener mittelalterlichen Jahrhunderte, die im großen Zuge der ostdeutschen Kolonisation erfolgt ist, eine stattliche, ringförmig geschlossene Ausbreitung sudetendeutschen Volkstums zu danken, die nicht ein Volk des Gastrechts entstehen ließ, sondern einem Volke in urtümlicher Siedlung auf selbsterrungenem Boden ein unverlierbares Heimatrecht schuf.

## Die mittelelbischen Lande

Das norddeutsche Tiefland zwischen den Kammhöhen der Mittelgebirge und den Gestaden der Ostsee, in sich durch Urstromtäler und Landrücken mannigfach gegliedert, stellt einen Gürtel einander ähnlicher Landschaften dar, im Westen durch die Elbe-Saale-Linie scharfer abgegrenzt, nach Osten zu in breit sich ausdehnender Öffnung gegen Ostmitteleuropa. So waren diese Lande nach ihrer natürlichen Beschaffenheit unschwer zugänglich, lagen für eine große Siedelbewegung aufgeschlossen da und führten sie leicht in weite Fernen.

Den südwestlichen Eckraum dieses Wirkungsbereichs deutscher Kolonisation nehmen die Lande ein, die, angelehnt an den Gebirgswall vom Elster- zum Isergebirge, das Gebiet der mittleren Elbe umfassen. Kernstück im Süden bildete die Mark Meißen mit ihren Nebenlanden. Die deutsche Herrschaft war hier seit ihrer Aufrichtung unter König Heinrich und seinem Sohne Otto I. nie wieder erschüttert worden, nicht durch Versuche von Böhmen her (984), nicht durch den hartnäckigen Ansturm der Polen (Kampf um die Feste Meißen 1015). Die Wirren während des Sachsenaufstandes und des Investiturstreits gingen ohne dauernden Schaden vorüber. Grund zu dem neuen meißnisch-sächsischen Landesstaat legte Markgraf Konrad aus dem Hause Wettin (1123 – 1156); er gebot auch über das Land um Bauen und die Mark Lausitz, die bald danach als die „Ostmark“ benannt wird. Der Besitz wurde wieder aufgeteilt, eine Maßnahme, die einer großen Machtbildung nach außen nachteilig war, um so mehr aber auf eine innere Politik zur Kulturpflege und Hebung der Landeskräfte hinlenkte, wie sie Markgraf Otto (+ 1190) vorbildlich betrieb. In den westlicheren Gegenden war inzwischen die Einheit der Marken um Zeitz und vor Merseburg zur Auflösung gekommen. Reichsunmittelbare Herrschaften bildeten sich: das Burggrafstum Altenburg, ebenso Leisnig und Meißen-Hartenstein, die Herrschaften im Lande der Bögte (bis Hof), die der Herren von Schönburg, Colditz und anderer im großen Grenzwald. Kaiser Friedrich Barbarossa selbst schuf noch einmal Reichsgut, das Land Pleißen. Auch diese Landstriche wurden freilich je länger, je mehr unter die Landesherrschaft der Markgrafen von Meißen gezogen. Das Land um Bauen fiel an die Könige von Böhmen (1158) und verblieb unter ihrer Herrschaft, während die deutsche Kolonisation Eingang fand. Im Norden des Mittelelbgelbiets übernahm das Haus Askanien-Anhalt den Vorkampf gegen Osten, den schon Graf Otto, der Vater Albrechts des Bären, mit einem Sieg bei Köthen (1115) aussichtsreich eröffnet hatte. Die Besitzungen wurden über die Saale, die Mulde (Dessau) und die Elbe (nördlich davon Zerbst) vorgeschoben. Ein Zweig des Geschlechts erwarb seit Herzog Bernhard (1180) jenes Gebiet am ostwestlichen Stromlauf der Elbe um Wittenberg,

an dem die klangvolle Würde des Herzogtums Sachsen haften blieb. Am nördlichen Eingangstor in den mittelelbischen Raum lag das Erzstift Magdeburg, dessen nach dem Recht eines werdenden Landesstaats zugehöriges Gebiet neben dem wichtigen Halle und seiner Umgebung „über Elbe“ im Lande Jüterbog und nordostwärts gegen die Havelmündung hin (Jerichow) lag. Die Niederlausitz, die im 13. Jahrhundert als Ostmark benannt war, stand während der Kolonisationszeit unter dauernder Herrschaft des Hauses Wettin, seit Markgraf Dietrich „dem Bedrängten“ († 1221), dem Städtebauer, und noch unter Markgraf Heinrich dem Erlauchten († 1288) in unmittelbarer Verbindung mit dem Hauptland Meissen, damals gleichsam die Brücke zu den an der Ober angelegten Vorposten Fürstenberg und Schiedlo. In den Wirren nach Heinrichs Tod ging diese ausichtsreiche Oststellung verloren; Markgraf Diezmann überließ die Niederlausitz an Brandenburg (1303/4).

Während des Hochkommens all dieser staatlichen Gebilde, womit sich eine Angleichung an mutterländische Zustände vollzog, breitete sich die deutsche Siedelbewegung in den mittelelbischen Landen schwungvoll aus. Um den Beginn des 12. Jahrhunderts hielt sie ihren Einzug. Die Höhezeit währte etwa von der Mitte dieses Jahrhunderts bis in das folgende hinein. In den östlicheren Landstrichen trat sie jeweils stoffweise um einige Menschenalter später auf. Mit dem späten 13. Jahrhundert, anderwärts im 14. war der Höhepunkt überschritten; eine Nachkolonisation blieb nicht aus. Die Bahn brachen die Inhaber der Landesgewalt, weltliche wie geistliche Fürsten: Wiprecht von Groitzsch im Elsterland, Albrecht der Bär, der große Askanier, Markgraf Otto von Meissen, Erzbischof Wichmann von Magdeburg sind als hervorragende Kolonisatoren bekannt. Auch die kirchlichen Grundherren förderten die Ansiedlung: Bischöfe, Stiftsgeistlichkeit, Klöster. Sehr früh taten dies die wenigen Benediktinerklöster, die es hierzulande gab: Pegau (1096), Chemnitz (vor 1137), die Abtei Nienburg an der Saale (975). Die Augustinerchorherren folgten darin nach: Zschillen-Wechselburg (1168), das Stift St. Peters auf dem Lautersberge bei Halle (1124). Die Zisterzienser betrieben vorerst ihre Eigenwirtschaft auf großen Höfen (Schul-Pforta vor 1140), erhielten jedoch schon früh auch Dörfer zinsender Bauern (Alt-Zelle 1162, Buch bei Leisnig vor 1192) und haben stellenweise die Rodungskolonisation erheblich gefördert (Geringswalde, Grünhain, Dobrilugk). Auch die Herren vom Adel begünstigten das Siedelwerk und zogen ihren Vorteil daraus: „Herrschaftsbildung durch Kolonisation“. Auf drei Hauptbahnen bewegte sich die Siedlung ostwärts in die Lande hinein. Aus Thüringen und Ostsachsen waren einst die wehrhaften Kriegsmannen gekommen; gewiß folgte von dort auch Bauernvolk nach, doch in minderer Stärke. Deutlicher fassbar



ist der Zuzug auf den beiden Flügeln. Im Südwesten war die Siedelbahn von Mainfranken her viel begangen, mit einem Nebenstrom aus dem Nabal. Das früheste Zeugnis dafür (um 1105) ist die Berufung von Siedlern aus Franken durch Wiprecht von Groitzsch nach den Waldungen westlich der Mulde um Lausitz, wo die Kilianskirche an die Herkunft der Siedler erinnert. Fränkische Siedlung, zumal auf gerentetem Urwaldboden, ist im Vogelland anzutreffen und zog sich durch die Erzgebirgslandschaft und ihren nördlichen Vorraum zur Elbe hin und darüber hinaus. Vom Nordwesten her aber drang die niederdeutsch-, „niederländische“ Siedlung kräftig in die Lande herein. Ein frühes Beispiel bietet Flemmingen bei Naumburg, dessen erste Anlage durch Holländer geschah (vor 1140). Lebhaftere Förderung erfuhr diese Siedlung durch Albrecht den Bären, der Holländer, Seeländer und Flandrer sowie Siedler vom Niederrhein nach der Altmark (um Salzwedel und Stendal) berief und auch in den askanischen Stammländern nordöstlich vom Harz sowie jenseits der Saale ansiedelte. In den Niederungen an der Elbe gewährte man diesen tüchtigen Siedlern gern Land, damit sie ihre Kunst der Urbarmachung bruchigen Auenbodens bewährten. So geschah es um Magdeburg (Krakau und Pechau, 1159) und weiter elbaufwärts, um Wittenberg, auch am Fläming bei Jüterbog. Ein gutes Beispiel der günstigen Bedingungen, nach denen diese Siedler angeführt worden sind, bietet der Vertrag, den Bischof Gerung von Meissen mit zuwandernden Flandrern zur Besetzung des fast unbewohnten Ortes Kühren bei Wurzen abschloß (1154): Zuweisung von Land an Freie zu bestem Besitzrecht nach Hufenmaß gegen Zehntabgabe ohne Fronen, mit der Befugnis zum Lebensmittelverkauf untereinander, Ausübung der niederen Gerichtsbarkeit durch ihren Schulzen und Bau einer eigenen Pfarrkirche. Mit gutem Grund besagt eine Nachricht Helmolds (in der Slawenchronik I 89), daß die Holländer sich bis zum „Böhmischem Walde“ verbreitet haben, der damals von den Höhen des Erzgebirges bis über die Vereinigung beider Mulden ausgehnt war. Diesen siedlungsgeschichtlichen Vorgängen entsprechen die Orts- und Flurformen. Während im altbesiedelten Gefilde und am Auenrand der dörfliche Weiler oder Gutsweiler und die Kleingasse vorherrschen, finden sich als Neusiedlungen in den flacheren Gegenden, „auf grünem Rasen“, regelrechte Straßen- und Straßenangerdörfer mit planmäßiger Gliederung der Flur nach Gewannen oder in gewannähnlichen Streifen. Übergangsformen entstanden bei Zuteilung von Haus- und Hofgeländen nebst anderen Besitzstücken nach Gelängeart in der Dorfflur. Bei der Waldrodung aus wilder Wurzel wurden die meist in den Talmulden sich hinziehenden Reihendörfer mit Waldhufen angelegt. Diese Siedelformen, erprobt in den dem deutschen Mutterlande noch nahen Elbgegenden, wurden vorbildlich für den ferneren Osten bis zu den Karpathen und in das untere Weichselland.

Zu der ländlichen Kolonisation, die ein festgegründetes deutsches Bauerntum schuf, gesellte sich das Aufkommen des Städtewesens und Bürgertums. Die Stadtgründung schloß sich meist an eine schon bestehende Siedlung an, neben einer Burg mit Burgvorort und einigem Kaufverkehr. Heimische Deutsche wirkten dabei mit, wie sich klar für Angehörige ritterlicher dienstmännischer Familien ergibt. Indes die Altsiedlung verblieb in rechtlicher Absonderung; Trägerin der bürgerlichen Rechte und Pflichten wurde die Bewohnererschaft der neuen Stadtanlage, die allmählich mit benachbarten Siedlungsteilen zu einer Gesamtsiedlung zusammenwuchs. Die Bürgerschaft der „Stadt im Rechtsinn“ bildete sich nicht ohne Zuzug von außen, gewiß schon bei der Gründung, die ein wirtschaftskräftiges Unternehmertum benötigte, später aus Kleinstädten im weiteren Umkreis und auch aus deutsch besiedelten Dörfern. Als erste Stadt am Ostufer der Saale kam Halle empor, eine Doppelsiedlung: neben dem alten Ort bei den Salzbrunnen „im Tale“ die „Bergstadt“ mit dem Hauptmarkt, an dem der Roland steht. Hallisches Recht, zuerst für Leipzig bezeugt, hat später im Osten, für Schlesien, nicht geringe Bedeutung gehabt. In den meißnischen Landen waren, nächst der stadähnlichen Ortschaft unter der Hauptfeste Meissen, Leipzig (um 1160) und Freiberg, aus einer bergmännischen Siedlung (um 1180) erwachsen, als die ältesten Städte, Gründungen des Markgrafen Otto, jenes durch seinen Handel, Freiberg durch sein weithin vorbildliches Bergrecht wirksam in der Geschichte des deutschen Ostens. Eine Zeit lebhafter Städtegründung folgte im 13. Jahrhundert von den Landen an der Elster (Plauen i. Vogil.) und Mulde (Zwickau) bis zur Elbe (Dresden vor 1216), zur Spree (Bauhen-Stadt, Cottbus) und Görlitzer Meiß. Die bäuerliche Kolonisation war also zumeist vorangegangen; aber noch pflegte sie in Entfaltung begriffen zu sein, als das Städtewesen hochkam, und konnte von der Stadt aus befruchtet werden, die ein Mittelpunkt des wirtschaftlichen Verkehrs war und deutsches geistiges Leben ausstrahlte, wo etwa in der Nähe noch wendisch sprechende Bevölkerung saß.

Eine Sonderstellung von hervorragendem Rang nahm Magdeburg ein am altberühmten, weit westwärts nach dem deutschen Mutterland zurückliegenden Elbübergang. In karolingischer Zeit stand dort eine Burg, von der aus das Vorfeld und der Handelsverkehr überwacht wurde; ein Königshof lag daneben, Kaufleute siedelten sich am alten Markte an. Seit Otto dem Großen begann Magdeburgs glänzender Aufstieg. Das Erzstift wurde begründet mit einer weltweiten Aufgabe nach Osten zu; die Altstadt mit dem Gerichtshann fiel ihm zu, der Erzbischof wurde Stadtherr. Die Gerichtsbarkeit übte in seinem Namen der Burggraf als Vogt der Kirche, der über ein stattliches Aufgebot beschildeter Mannen den Befehl führte. Seit der

ostdeutschen Kolonisation begann Magdeburgs größte Zeit. Mit Burg am östlichen Elbufer stand es in Verbindung, wo niederländische Tuchhändler ihr Gewerbe betrieben; die niederländische Ansiedlung in der Elbaue half den Wirtschaftsertrag steigern. Nach Stendal und Jüterbog liefen Beziehungen; an der Havel (Groß-Wusterwitz) wurde ein Versuch gemacht, eine Siedlung mit Bauernstellen und Marktverkehr ins Leben zu rufen (1159). Eine erste Aufzeichnung des Magdeburger Rechts, noch nicht in umfassender Art, liegt aus jener Zeit vor (1188). Die Schöffen des Hochgerichts, angesehene Bürger, nahmen sich auch der städtischen Belange an. Aber die Bürgerschaft strebte zu größerer Selbständigkeit auf; sie erreichte ihr Ziel, indem die Ratsverfassung ins Leben trat (1241). Damit gelangte die Stadtrechtsbildung zu einem gewissen Abschluß. Um die gleiche Zeit setzten die großen Aufzeichnungen des Magdeburger Rechts ein: die Rechtsmitteilungen nach Schlesien, die Niederschrift „von der Gerichtsverfassung“, das Schöffenrecht, das sächsische Weichbild. Magdeburger Recht trat seinen großen Siegeszug an. Es gewann Geltung in meißnischen Städten, in Brandenburg und Schlesien, in Preußen (Kulm), in Polen bis nach Neußen, auch in Städten Böhmens und Ungarns und darüber hinaus, eine der großartigsten Erscheinungen in der Ausbreitung ostdeutscher Kultur, die sich in deutschen Rechtsgedanken offenbart.

## Brandenburg und seine Marken

Die zum Erstarren am meisten berufene deutsche Macht im ostelbischen Binnenland war die Mark Brandenburg. Von der Altmark aus wurde sie begründet; Albrecht der Bär war ihr Schöpfer. Ein Angriff der Slawen auf das Bistum Havelberg gab ihm Anlaß zum Kampf; nun wurde die Priegnitz gewonnen, im Süden die Zauche. Entscheidend war der Erwerb der Feste Brandenburg mit dem umliegenden Havelland. Friedlich war sie nach dem Tode des christlich gewordenen Fürsten Pribislaw-Heinrich als Erbe an Albrecht gefallen (1150), aber von neuem mußte sie 1157 im Kampfe mit Jaczo von Köpenick errungen werden. Dem Landerwerb folgte sodann der Beginn der Kolonisation. Keifige Mannen wurden zusammen mit Bauern angesetzt, die sich in hartem Grenzlandserleben eine neue Heimstätte schufen und sicherten. Im Osten der Zauche, im gefährdeten Grenzbereich wurde dafür Raum durch Umsiedlung von Slawen freigelegt. Bis zur Flußlinie der Nuthe rückte das Gebiet der Mark hinaus. Albrechts Nachfolger gewannen in Landschaften Teltow und Barnim hinzu; bald erstand die Burg Oderberg (nördlich des Oderbruchs) als ein vorgeschobener Vorposten (1215), an einer Stätte, bis zu der die Ostseeschiffe stromaufwärts gelangen konnten. Erneutes kraftvolles Vorgehen leiteten die tüchtigen Markgrafen Johann und Otto III.



(seit 1233) ein, beide gleichberechtigt in brüderlicher Eintracht. Der Westbalt wurde gesichert und erweitert. Die Uckermark kam hinzu, die danach die Grenze gegen Pommern gebildet hat, worauf die Markgrafen schon Ansprüche der Lehensherrlichkeit erhoben. Das Land Lebus an der mittleren Oder geriet nach langwieriger Auseinandersetzung mit Schlessien und Magdeburg unter die Herrschaft der Markgrafen (1252); wenige Jahre später wurde Küstrin und Landsberg a. d. Warthe erworben (1257), die „neue Mark“, die stets ein heiß umstrittenes Land gewesen ist. Auch die Lande Bauen und Görlitz fielen auf Zeit an die Askanier (um 1253). So hoch angesehen stand Otto da, daß seine Wahl zum deutschen König und Reichsoberhaupt in Betracht kam (1256), zum ersten Male bei einem Fürsten auf ostdeutschem Boden. Die vorgenommene Teilung der Lande (1268) bedeutete eine gewisse Schwächung; aber da der Älteste der älteren Johanneischen Linie stets als Oberhaupt des fürstlichen Gesamthauses galt, auch an der Belehnung zu gesamtter Hand festgehalten wurde, blieb der Zusammenhalt hinreichend gewahrt. Bis zum Aussterben bald nach dem Tode des Kampferproben, ritterlich glänzenden Markgrafen Waldemar (1319) stand das Haus auf einer bedeutenden Machthöhe.

Die deutsche Kolonisation wurde in den „Marken“ mit ungewöhnlicher Kraft und Entschiedenheit in die Wege geleitet; schon im Brandenburgischen, in der Mittelmark, je weiter ostwärts um so mehr, ist ein planvolles, ja in kleineren Bezirken geradezu gleichmäßiges Vorgehen zu beobachten. Möglich war dies nur, weil die Landesherrn die Führung in der Hand behielten. Es ist ein Merkmal der Zeit, daß sie ihre Ansprüche auf Zehnten vom Neuland gegenüber dem Bischof von Brandenburg durchzusetzen vermochten, weil geltend gemacht werden konnte, daß ihr Ertrag für den Heidenkampf erforderlich sei. Auch der im Lande sesshaft werdende Adel nahm Anteil, die großen Herren wie auch die zu gerüstetem Reiterdienst pflichtigen Mannen. Bedeutend war die Mitwirkung der Kirche. Christliche Mission und Landnahme mit nachfolgendem Siedelwerk verbanden sich miteinander, Slawentum und Heidentum waren vereint zu überwinden, wenn auch der Kampf hier nicht so erbittert währte wie in Mecklenburg oder Preußen. Die einst von Kaiser Otto gestifteten Bistümer mußten erneuert werden, um zu wirklichem Leben zu gedeihen. Bischof Anselm, ein Mann von Bedeutung im geistlichen Leben seiner Zeit, nahm seinen Sitz in Havelberg (1149); das slawische Heiligtum auf dem Harlungerberg zu Brandenburg, der Triglastempel, räumte seine Stätte für eine christliche Kirche, Bischof Wilmar errichtete ein Domkapitel (1161) und siedelte selbst dorthin über. Die Stiftsgeistlichkeit wurde auf märkischem Boden vermehrt und betätigte sich bei der kolonisationsartigen Arbeit. Hier waren es die Prämonstratenser, die besonderen Anteil nahmen: Leitzkau (vor 1139) und Jerichow (1144), beide nahe der Elbe, wirkten schon früh

erfolgreich. Die Zisterzienser — Lehnin (1180), später Chorin-Mariensee bei Eberswalde — betrieben nach ihrer Ordensregel ihre Eigenwirtschaft, wandelten Wildnis in Fruchtgefilde um und haben auch der bäuerlichen Ansiedlung Förderung zuteil werden lassen, obgleich sie zur Ausdehnung der Güter gelegentlich Bauern auskauften. Da die Kolonisation in jenen Gegenden während der Kreuzzugszeit vor sich ging, nahmen die damals gestifteten geistlichen Ritterorden daran mit Erfolg teil, die Johanniter (Sonnenburg) und namentlich die Templer (Tempelhof, Templin), im Osten (Sternberg) sogar in ganz ausgebehntem Maße, während der Deutsche Ritterorden sich ein östlicheres Feld für sein Kolonisationswerk auser sah.

Bei der Durchführung der kolonisationsrischen Aufgaben standen reiche siedlerische Kräfte zur Verfügung, vorerst aus der Altmark, die ein Vorfeld der Kolonisation geworden war, und aus den askanischen Stammlanden. Sachsen (aus Elbostfalen) kamen herüber, wie der sprachliche Einfluß erweist. Besonders wirksam breitete sich die niederländische Siedlung aus, die nicht nur an einzelnen urkundlichen Erwähnungen, mehr noch an mundartlichen Merkmalen und Flurnamen kenntlich ist. Auch fränkischer Einschlag fehlt nicht; Zuzug vom Südwesten aus nahen oder ferneren Gebieten hat sich auch bei der brandenburgischen Kolonisation in gewissem Maße eingestellt. Weite Landflächen standen für Siedlungszwecke zur Verfügung. Die slawische Besiedlung war nur ganz dünn gewesen (wenige Menschen auf dem Quadratkilometer); sie hielt sich eng an die Seen und Flüsse, kaum dehnte sie sich auf die höheren Flächen mit ungünstigen Böden und Urwald aus. Ein Teil slawischer Bevölkerung ging in den Kämpfen zugrunde; mancherorten wurde sie, weil sie noch heidnisch war, verdrängt. So war Raum für deutsche Neusiedlung vorhanden. Diese Siedelbewegung folgte den Straßen, den Hauptbahnen wie den Querverbindungen, die maßgebend auf die Siedelweise einwirkten. Die Dörfer, die man anlegte, waren von stattlicher Größe; 30 bis 40 Hufen, auch 60, 80 und mehr wurden zugewiesen, wobei sich oft bei benachbarten Dörfern innerhalb eines Kleinbezirks eine auffallende Übereinstimmung der Hufenzahl zeigt. Die Ortsform kennzeichnet sich durch wehrhafte Geschlossenheit nach außen, das länglich-runde Angerdorf herrscht vor, auch begegnet die rein straßenförmige Anlage. Die Fluren weisen Gewanngliederung auf. Im Dorf wurden oft größere Güter ausgelegt, bisweilen mehrere an einem Orte; sie waren für rohdienstpflichtige Mannen von Rittersart bestimmt, in rein bäuerlichen Dörfern für den Schulzen, der neben anderen Obliegenheiten zur Stellung eines Lehnperdes und zum Reiterdienst verpflichtet war. Ansehnlich und in benachbarten Kirchspielen recht gleichmäßig war die Ausstattung der Pfarrkirchen (mit 2, 4, 6 und mehr Hufen), so daß auch darin der Charakter planvoller Kolonisation zum Ausdruck kommt. Symbolhaft

wirken die schlichten, festgefügtten Kirchen aus Feldsteinen (Granitfindlingen) in ihrem erdfarbenen Grau. — Ein klares Merkmal der planenden brandenburgischen Kolonisation ist endlich die Art der Städtegründungen. Stendals Einrichtung als Markort und Bewidmung mit Magdeburger Recht durch Albrecht den Bären (vor 1170) war vorausgegangen. In der Mark begnügte man sich zur Sicherung lange mit einfachen Burganlagen, sog. Hackelwerken. Aber seit 1230 folgten sich die Städtegründungen rasch, von 1240 ab fast in jedem Jahr eine bis 1257. Die erste in der Mark bezugte Stadt ist Spandau (1232), dessen von Stendal übertragenes Recht eine weitere Bedeutung gewonnen hat. Um jene Zeit entstand Berlin (urkundlich 1244) als Brückenkopf an der Spree bei einer wichtigen Straßengabelung nach dem Osten; Cölln wird 1237 genannt. Mit Stadtrecht bewidmet (1234) war Prenzlau, der Hauptort der Uckermark, als es an Brandenburg fiel. Eine überragende Stellung gewann Frankfurt, in geschützter Lage an dem wichtigsten Oderübergang (1253). Sobald über Brandenburgs Landesherrschaft entschieden war, wurde hier neben dem schon bestehenden kleinen Markort sogleich eine regelrechte neue Stadtanlage geschaffen; der Name deutet auf die Franken, vielleicht auf die Mainstadt selbst. Diese Städte hoben sich nicht nur durch ihre wirtschaftliche Kraft hervor; sie dienten auch der Beherrschung und Sicherung des Landes. Mit fortschreitender Kolonisation in den östlicheren Landschaften gingen Stadtgründung und Dorfbau zusammen, so daß Stadt- und Landsiedlung ein in sich verbundenes Ganzes bildeten. — Dank all dieser Maßnahmen erwuchs in den Marken ein Deutschtum von besonderer Kraft und Geschlossenheit: Dorf neben Dorf, Kirchspiel neben Kirchspiel auf weite Räume hin, inmitten an geeigneten Plätzen Burg und Stadt, die großartige Schöpfung zielbewußter und tatkundiger Landesplanung.

## Ostholstein und Mecklenburg

Eine eigenartige Stellung nimmt das „Wendenland“ an der Ostsee, das östliche Holstein und Mecklenburg, in der Geschichte ostdeutscher Siedlung ein, bestimmt durch die Lage zum Meere und die Nähe einer nordgermanischen, zum Ausgreifen gegen Wenden und Deutsche gleichbereiten Macht, Dänemarks. Wechselvoll, von wilden Kämpfen durchschüttert, waren die Geschicke des Landes, ehe die deutsche Siedlung darin durchdrang. Die schon einmal aufgerichtete Herrschaft der Sachsen in der Billunger Mark wurde früh gebrochen, als nach Ottos II. Niederlage in Süditalien unter Zutun der Dänen der Wendenaufstand, von Rethra aus geleitet, um sich griff (983). Es gelang entschlossener deutscher Gegenwehr, den Angriff in der Nordmark aufzufangen. Aber nur langsam drang der deutsche Einfluß im Obotritenland wieder vor,



verbunden mit den Wirkungen christlicher Mission. Ein Höhepunkt war erreicht, als der hochstrebende Bremer Erzbischof Adalbert dem Plan einer nordischen Vorherrschaft seiner Kirche nachging: Fürst Gottschalk unternahm den Versuch, einen Wendenstaat auf christlichem Grunde zu errichten. Indes eine Erhebung des wendischen Heidentums (1066) machte dem friedlichen Fortschritt ein blutiges Ende; grausam wurden deutsche Priester dem Radegast geopfert. Eruto, der Deutschenfeind, war nun Herr im Lande; auch er wurde beseitigt, und Gottschalks Sohn Heinrich gewann die Herrschaft zurück, der sich König nannte und den Grundsatz vertrat, mehr durch den Pflug als mit dem Schwert Land und Volk stark zu machen († 1127). Noch stand, als Niklot Fürst der Obotriten war, die Wendenherrschaft ungebrochen.

Die Fortschritte des Deutschtums und Christentums gingen vom Lande Wagrien, östlich von Holstein, aus, wo Bicelin, von Bremen entsendet, die Missionspredigt aufgenommen hatte. Kaiser Lothar erbaute auf den Rat Bicelins zu Segeberg eine Burg (1134), die wie eine Trutzfeste ins slawische Land hinauschaute. Ein Augustiner Chorherrenstift wurde zu ihren Füßen gegründet, die Mission von neuem aufgenommen. Mehr noch: der Gedanke der deutschen Kolonisation brach sich in verheißungsvollem Anlauf die Bahn. Adolf aus dem Hause Schauenburg, mit der Ausübung gräßlicher Gewalt betraut, sandte Boten nach Flandern und Holland, Utrecht, Friesland und Westfalen und berief Siedler ins Land; die zögernden Holsten und Männer aus Stormarn wies er an, daß sie, deren Väter und Brüder das Land aus der Hand der Feinde mit ihrem Blute gerettet hatten, nun es auch in Besitz nehmen und genießen sollten. Wirklich wurde um Eutin und Plön eine Ansiedlung verschiedenerlei Volks durchgeführt. Die Siedlung in Wagrien gedieh. Noch mußte sie freilich den Sturm eines hereinbrechenden Wendenangriffs, der viel wüstlegte, bestehen. Aber auf die Dauer wahrte sie ihren Stand. In der That lassen sich die Kleinkulturlandschaften nach Siedelart und Wirtschaftsweise unterscheiden, wie sie aus dem Besiedlungsvorgang entstanden sind, mit Übertragung von Bräuchen und Formen, die die Ansiedler von der Heimat her gewohnt waren. Legten die Holsten längs der Wege Dörfer wie auf der heimischen Geest mit gewannstreifiger Flurgliederung an, so erbauten Holländer und Friesen eine Art Wurtrunddörfer, die sich von slawischen Rundanlagen sehr wohl unterscheiden; bei den Westfalen fügten sich die Gehöfte haufenähnlich aneinander, der Rundlagerung angenähert, mit Feldzubehör nach Art der altniederländischen Eschflur. Auf jungem Rodeland entstanden Einzelhöfe mit Kämpfen. Dauerfeldwirtschaft mit Dauerweide und Wechselwirtschaft mit Feld-Grasnutzung waren dem Gelände angepaßt.

Inzwischen war ein Größerer im Nordostkampf des Deutschtums gegen die Slawen auf den Plan getreten, der gewaltige Sachsenherzog Heinrich der

Löwe (1139), dessen gebietende Macht sich wie die eines Monarchen erhob. Als der Wendenkreuzzug (1147), an dem der Herzog nur mit zwiespältiger Meinung teilnahm, vor Demmin sein unrühmliches Ende gefunden hatte, wurden neue Wege eingeschlagen. Die Bistümer Oldenburg in Holstein und Ratzeburg wurden erneuert. Das Recht der Investitur behauptete der Herzog im Streit mit Erzbischof Hartwig von Bremen für sich; aber er gewährte eine reiche Ausstattung (300 Hufen, Zehnten). Evermod, bisher Propst zu Magdeburg, erhielt Ratzeburg, Dicelin das ostholsteinische Bistum, das nach Lübeck verlegt wurde (1163). An diesem für den Handel so günstig gelegenen Platz setzte der Herzog seinen Willen gegenüber dem Grafen Adolf durch. Den Versuch, den Handel nach Bardowiek zu ziehen oder die „Löwenstadt“ durch Überfiedlung der lübschen Kaufleute ins Leben zu rufen, gab Heinrich auf, bestimmte aber den Grafen, ihm Lübeck zu überlassen und ließ die Neugründung durchführen (1158). Auf nordelbingsischem Boden, im Lande der Polaben zu Ratzeburg, war Heinrich von Badewide (1143) eingesetzt worden und waltete dort als Graf. Im Osten dauerte der Kampf fort; Niklot, seinem Volkstum getreu, fand tapfer fechtend dabei seinen Tod. Herzog Heinrich wurde nun weithin Herr im Wendenland; er ließ Burgen bauen und setzte Befehlshaber ein: Gunzelin von Hagen in Schwerin mit gräflicher Gewalt, Ludolf aus Braunschweig in Kessin, Ludolf von Peine in Malchow; Bern wurde Bischof von Mecklenburg, sodann mit dem Sitz in Schwerin (1167). Doch entschloß sich der Herzog nach schweren Kämpfen, die ihn bis Vorponnern führten, mit Pribislaw, dem Werle überlassen worden war, einen Vertrag zu schließen (1167); das alteingesessene Fürstengeschlecht blieb im Besitz der Herrschaft über die Obotriten, erkannte die deutsche Oberhoheit an und erwies sich in der Folge dem Christentum und der deutschen Kulturarbeit freundlich (Gründung des Zisterzienserklosters Doberan [1171]; danach Dargun).

Sobald friedlichere Zustände eingetreten waren, faßte die deutsche Kolonisation festen Fuß, denn weithin galt es, wüstgewordenes Land wieder nutzbar zu machen und aufzusteblen. Nach dem Lande um Ratzeburg wurden Westfalen berufen, weiter östlich um Mecklenburg Flandrer; dazu gesellte sich der Zuzug aus altfächsischen Landen. Allgemein wird von Zuwanderung der „Deutschen“ nach dem geräumigen und fruchtbaren Lande gesprochen. Mit erhobenem Bewußtsein ruft Helmold, der Pfarrer auf der Insel Wosau im Plöner See am Schluß seiner Chronik (1171) aus, daß alles Land zwischen Elbe und Meer, von der Eider bis Schwerin gleichsam zu einer „Kolonie der Sachsen“ geworden sei, Städte und Dörfer gegründet werden und die Kirchen vervielfacht worden sind — ein Stimmungszeugnis, dessen Wert nicht unterschätzt werden soll.

Der Sturz Heinrichs des Löwen (1180), durch seine Gegner unter den Fürsten wesentlich gefördert, hatte eine schwere Erschütterung des deutschen



politischen Ansehens im Osten zur Folge; Dänemark erhob sich zur Selbstständigkeit und Überlegenheit als Ostseemacht. Indes die deutsche Kolonisation wurde dadurch auf längere Dauer nicht aufgehalten. Der Kaiser selbst zeigte sehr bald seine Macht in Lübeck (1181). Als Waldemar, der Dänenkönig, seine Herrschaft im einstigen Wendenland ausgebreitet hatte (1201), boten die geordneten Zustände der Ausbreitung deutscher Siedlung eher günstige Vorbedingungen. Seine Gefangennahme bei Schwerin (1225), sodann entscheidend der deutsche Sieg auf dem Blachfeld von Bornhöved (westlich des Plöner Sees) am 22. Juli 1227 half die Vormachtstellung der Deutschen wieder aufzurichten. Im östlicheren Mecklenburg war es förderlich, daß Fürst Heinrich Burmy, Gemahl einer Tochter des großen Sachsenherzogs, der Kolonisation sein Land erschloß. Deutsche Siedler auf der Insel Poel vor Wismar (1210), eine Schenkung deutscher Dörfer bei Grevesmühlen (1219) an Kloster Sonnenkamp, ein Vergleich mit dem Bischof von Raseburg über die Zehnten von urbargemachtem Waldland (1222) u. a. bezeugen den glücklichen Fortgang der Siedeltätigkeit. Das berühmte Raseburger Zehnverzeichnis von 1230 gewährt einen Einblick in den Stand und die Verbreitung deutscher Dorfanlagen. Dem Landesherrn, der auch hier die Führung in seiner Hand hielt, lag ebenso am Kriegsdienst wie an bäuerlichen Leistungen. Lehngüter wurden an Mannen von Rittersart, in Mecklenburg nicht an solche dienstmännischen Standes, ausgetan, besonders nahe den Grenzen, in den des Schutzes am meisten bedürftenden Gegenden. Bäuerliche Siedlung ließen die Landesherrn durch Unternehmer (Schulzen) in die Wege leiten; als solche traten wohl bald auch ritterliche Grundherren selbst auf. Bei der Zuweisung der Hufen auf der Flur erhielten sie „Hof- oder Settingshufen“ zur Eigenwirtschaft oder Verpachtung, die für sich oder in Gemenge mit den bäuerlichen lagen. Die Dörfer waren in der Regel nur klein; 12 war eine nicht ungewöhnliche Hufenzahl. Das Besitzrecht der persönlich freien deutschen Bauern, ein Erbzinsverhältnis, wird in Mecklenburg später als Erbpacht oder Erbzeitpacht bezeichnet. Bei Waldrodung war es üblich, nach „Hägerrecht“ Dörfer mit langgestreckten Hagenhufen anzulegen, deren Namen oft auf —hagen gebildet sind. Die deutschen Siedler wanderten aus dem Westen zu, aus Gegenden Niederdeutschlands. Auch an Versuchen, mit Slawen Kolonisation zu treiben, hat es nicht ganz gefehlt; aber ihre Fähigkeit dazu wurde nicht hoch bewertet. Sicher blieben wendische Bevölkerungsreste in manchen Landstrichen (an der Zabelheide um Weningen bei Ludwigslust und Darzing) zurück; die Deutschen gingen ja keineswegs darauf aus, das Wendentum auszurotten. — Deutsch nach Abstammung und Recht waren Städtewesen und Bürgerthum. In Schwerin wurde der Grund zu einer Stadt wohl schon zur Zeit des Löwen gelegt; das dortige Stadtrecht, dem lübischen verwandt, wurde auch anderen



Städten im Umkreis verliehen (Güstrow 1228). Ein eigenes Recht erhielt Parchim (1225). Den größten Aufschwung nahmen zwei Städte in Seelage: Wismar (bald nach 1200, neben dem wendischen Rerik) und Rostock, das, neben alter Volksburg gegründet, Zuzug lübischer Kaufleute erhielt und aus drei städtischen Gemeinwesen, die in der Stadtanlage deutlich hervortreten, vereint worden ist (1262; lübisches Stadtrecht 1218).

Wie im mittelelbischen Gebiet, so erwuchs nordöstlich der Unterelbe eine Stadt zu ganz ungewöhnlicher Bedeutung: Lübeck. In überaus günstiger Lage, nahe der Ostseebucht, zwischen mecklenburgischer und holsteinischer Küste, konnte es auf der Trave mit Seeschiffen damaliger Größe erreicht werden und erfreute sich des natürlichen Schutzes auf einer Erhebung zwischen diesem Flusse und der Wakenitz. Neben einem alten Wall aus wendischer Zeit, Bucu, hatte schon Graf Adolf die Gründung einer Stadt unternommen (1143), die er nach einem älteren Burg- und Hafenort Lübeck nannte; doch zwang ihn Herzog Heinrich zur Abtretung des günstigen Platzes. Ein Neubau wurde nun ausgeführt, die Stadt mit großen Vorrechten sowohl für die Verfassung und Verwaltung wie für den Außenhandel bewidmet. Eine Gruppe unternehmerischer, auf den Fern- und Großhandel bedachter Kaufleute wirkte dabei mit (ein „Unternehmerkonsortium“, wie mit ansprechendem Wort gesagt worden ist), unter denen Niedersachsen, besonders Westfalen (Soest) vertreten waren. Eigentum an Grundstücken um den Markt fiel ihnen zu. Auf diesem spielte sich der Verkehr in Marktbuden, an Verkaufstischen und Bänken ab. Ringsum siedelten sich Handwerker nach dem Recht der Grundstücksleihe an. Wohl stand die Stadt anfangs unter einem stadtherrlichen Richter; doch erhielten die Bürger Befugnisse der Selbstverwaltung in zunehmendem Maße. Schon früh zeigte sich dies darin, daß Ratmänner (consules) an der Spitze der Bürgerschaft nachweisbar sind (um 1200). Das Ordnungsrecht (köre) in der Stadt übten sie aus, an der Münzverwaltung waren sie beteiligt; schon seit Herzog Heinrichs Zeit war den Bürgern das Recht der eigenen Pfarrwahl zugestanden worden. So prägte sich in Lübeck das Vorbild einer freiheitlichen ostdeutschen Stadtverfassung von großer Klarheit und Folgerichtigkeit aus. Die Stadt blühte rasch auf. Kaiser Friedrich Barbarossa bestätigte die verliehenen Vorrechte (1188); Friedrich II. erkannte sie bei seinem Aufenthalt in Lübeck (1226) in erweiterter Fassung an und nahm die Stadt unter seinen Schutz. Lübeck wurde freie Reichsstadt. Große Geltung erlangte es in der Reichspolitik, zugleich auch im Schiffsverkehr auf der Ostsee; und nicht nur Waren und Kapital wurden vermöge neuartig ausgreifender Handelsunternehmungen befördert, auch die Kreuzfahrer und ritterliche Kämpfer, unternehmende Landsucher segelten auf lübischen Schiffen über das baltische Meer nach den fernen Küsten. Bald schloß das wehrtüchtige Lübeck einen

Vertrag mit Hamburg zur Sicherung der über Land nach der Nordsee führenden Straße (1241); und wiederum wenig später trat es das Erbe der großen Stellung des „deutschen Kaufmanns“ zu Wisby auf Gotland als Vormacht im Ostseehandel an: Lübeck wurde Oberhaupt der niederdeutschen Hanse, deren Aufstieg mit den Erfolgen ostdeutscher Kolonisation in inniger Verbindung und gegenseitiger Wechselwirkung stand. Wie die Elbstadt Magdeburg, so erlangte Lübeck über den Erfolg seiner unmittelbaren Verkehrsbeziehungen hinaus eine weittragende Wirksamkeit durch das von ihm ausgehende vorbildliche Stadtrecht, durch die Entstehung einer weitverzweigten Stadtrechtsfamilie, deren Tochterstädte Rechtsverkehr mit ihrem Oberhof Lübeck pflegten und von dort Rechtsbelehrung und Weisung empfingen (erste deutsche Ausfertigung für Elbing gegen 1263; 1295 Oberhof für Nowgorod). Lübeck erfüllte eine weltgeschichtliche Aufgabe ostdeutscher Art.

### Der Odra-raum: Schlesien

Ostwärts vom Elbgebiet zieht sich ein Gürtel von Landschaften hin, die in einem ähnlich der Elbe geschwungenen Laufe die Oder mit ihren Nebenflüssen durchströmt, im Süden angelehnt an die hohen Rücken und Gebirgsstöcke der Sudeten und ihre Vorhöhen, doch ohne Querriegel eines abschließenden Gebirgszugs, nach Norden hin in breiter Erstreckung bis zum Oberhaff ein flaches Land mit leichten Bodenschwellen und Niederungen, die den ganzen Raum nicht scharf, doch merklich genug in sich gliedern und nach Osten zu nur schwach säumen, ohne klare Landmarke.

Den jüdischen, weit nach Südosten vorstoßenden Abschnitt des Odra-raums bildet die Großlandschaft Schlesien. Dieser Name, der erst im Verlaufe der Geschichte seine Ausdehnung gewonnen hat, weist zurück auf die Silingen, einen Stamm der Wandalen, von dem Scharen während der Völkerwanderung in ihren heimatlichen Sizen zurückgeblieben sind; die sprachliche Form ist sodann in lautgerechter Weise in slawischem Munde umgewandelt worden. Im Kerngebiet des Landes erhebt sich ein weithin schauender Berg, der einst die Stätte eines heidnischen Kults trug, im frühen Mittelalter Silensi genannt, was sprachlich jenem germanischen Stammesnamen entspricht. Am Bergfuß fließt die Lobe, die gleichfalls germanisch benannt ist. Es fällt auf, daß in der Nähe Nimptsch liegt: eine Feste Nemzi — so nennen Slawen die Deutschen —, von der Thietmar berichtet (VII 59; zum Jahre 1017), daß sie einst von den „Unstrigen“ (den Deutschen) gegründet worden sei. Sind hier Zusammenhänge von germanischer Besiedlung her fassbar?

In der Zeit Ottos des Großen und seiner Nachfolger trat Schlesien zuerst in den Gesichtskreis der Deutschen; auf Feldzügen wurde es berührt, auch

bestand der Plan, das Bistum Meissen bis zur Oder zu erstrecken. Böhmen und Polen stritten um den Besitz. Es gelang den polnischen Piasten, die schlesischen Lande ihrem Reiche anzugliedern; da sie diesseit der Warthe liegen, so war im Grunde damit schon die Oberlehns Herrlichkeit des deutschen Königs anerkannt. Ein näherer Anschluß bereitete sich seit der Stauferzeit vor. Nach Ausbruch inneren Streits suchte Herzog Wladislaw von Polen bei König Konrad III. Zuflucht, mit dem er durch seine Gemahlin Agnes aus dem Hause Babenberg nahe verwandt war; seine Söhne wuchsen am deutschen Königshofe auf. Friedrich Barbarossa trat für die Rechte der jungen Fürsten ein; von Halle aus unternahm er einen Zug nach Polen (1157). Wirklich gelang es (1163), Boleslaw als Herzog in Schlessen, Mescow in Ratibor zur Anerkennung zu bringen. Seitdem nahmen diese Lande eine selbständige politische Stellung ein. Noch blieben sie unter der Herrschaft von Mitgliedern des Hauses der Piasten; aber sie begannen, sich von Polen zu lösen. Von Einfluß auf die weitere Entwicklung war der im piastischen Hause geltende Brauch, daß jeweils dem Ältesten als Großfürsten ein Recht auf Oberherrschaft zukam, die Jüngeren aber mit Einzelgebieten auszustatten waren. In der Folge bildeten sich mehrere Teil-Herzogtümer mit wechselndem Fürstenthum (Breslau, Ratibor, Glogau u. a.) in dem Gesamttraum, auf den der Name Schlessen, ursprünglich nur für das Kerngebiet, nunmehr bezogen worden ist. Diese Herzöge, deutsch erzogen, mit deutschen fürstlichen Familien verwandtschaftlich verbunden, neigten zu deutscher Sitte und erschlossen die Lande gern dem Einzug deutscher Kultur. Schon unter Herzog Boleslaw dem Langen († 1201) wurde ein Anfang damit gemacht. Der bedeutendste Bahnbrecher war Herzog Heinrich I., der Bärtige (1202–1238), eine ungewöhnliche Herrscherpersönlichkeit, voll Tatkraft und mit dem Blick für das Wohl des Landes begabt. Vermählt war er mit Hedwig, einer Verwandten der heiligen Elisabeth, der sie ähnelte, streng in Vorfübungen und unermüdetlich in christlicher Liebestätigkeit; sie erfreute sich großer Verehrung und wurde selbst heilig gesprochen. Heinrich erweiterte seinen Besitz, nannte sich Herzog von Polen, aber zuerst auch Herzog Schlessens. Er schuf hier ein Staatswesen von neuer Art, in kraftvoll monarchischem Aufbau mit Elementen deutschen Rechtes durchsetzt; diesem Zweck diente auch die deutsche Kolonisation, die von ihm in großzügiger Weise gefördert worden ist. Seinem Nachfolger Heinrich II. war nur ein kurzes Regiment beschieden. Von deutscher Ritterschaft umgeben, zog er den hereinstürmenden Mongolen entgegen und fiel im Kampfe bei Liegnitz (1241), Sieger im Tod; denn nie wieder sind asiatische Horden nach Schlessen eingebrochen. Mit zäher Kraft wurde die Kolonisation aufgenommen; galt es doch nun auch, wüsthewordenes Land aufzusiedeln. Unter den nachfolgenden Herzögen ragte Heinrich III. (von Breslau) hervor, auch Heinrich IV.



(† 1290). Die Aufteilung der Lande, nicht in lehenstaatlicher Weise, sondern nach dem fürstlichen Familienrecht führte zu wachsender Kleinstaaterei unter viel innerem Streit. Aber um den Beginn des 14. Jahrhunderts trat, angebahnt durch eine fürstliche Familienverbindung, eine entgegengesetzte Entwicklung ein. Die schlesischen Herzogtümer wurden an König Johann von Böhmen als Lehen aufgetragen (1327 in Oberschlesien, 1329 zumeist auch in Niederschlesien). Karl IV. vollendete dies, indem er die Lehenfürstentümer als der Krone (nicht dem Lande Böhmen) einverleibt erklärte (1348), noch Schweidnitz und Jauer hinzu erwarb und auch das von Mähren gelöste Troppau dem Verband einfügte. So war die staatliche Einheit Schlesiens hergestellt; nur das Breslauer Bistumsland (Meiße) bestand daneben fort. Inzwischen hatte der König von Polen auf die Oberhoheit verzichtet (1335). Schlesien war in staatsrechtlichem Sinne gleich Böhmen Gebiet des Deutschen Reiches.

Die Zeit des Werdens deutscher Staatlichkeit in Schlesien war zugleich die Höhezeit der Ausbreitung deutscher Volksiedlung. Die Landesherren gingen dabei bahnweisend voran. Verfügt sie doch über den ausgedehntesten Großgrundbesitz; vor allem aber war ihre Einwilligung nötig, sobald in den Grenzhag hineingerodet werden sollte, der ganz Schlesien rings im breiten Urwaldsaum umgab. Mit Eifer hat Herzog Heinrich I. die Waldrodung gefördert; er beanspruchte Zehnten vom Neuland und geriet darüber in einen langwierigen Streit mit dem Bischof von Breslau, bis durch Eingreifen von Rom aus eine Vermittlung erzielt wurde. Auch weltliche Große erkannten den Wert der deutschen Siedlung; so zeigte sich ein von deutschem Vater stammender mächtiger „Graf“ Albert als ihr Freund bei Landnahme im Grenzwald. Selbst einfache Landgutsinhaber slawischen Geblüts bewiesen Entgegenkommen. Eine reiche kolonisatorische Tätigkeit entfaltete die Kirche. Im Breslauer Bistumsland begünstigten die Bischöfe, obwohl polnischer Abstammung, die deutsche Siedlung; Bischof Lorenz (1207–1232) und seine Nachfolger Thomas I. und II. († 1292) haben kolonisierend bewundernswerte Leistungen vollbracht. Die Zisterzienserklöster mußten sich zunächst ihren Ordensvorschriften gemäß auf eigene Bewirtschaftung ihrer Höfe (Grangien) einstellen; indes später haben auch sie die Bauernsiedlung gefördert: ganz beträchtliche Landvergaben sind ihnen für Siedelzwecke zuteil geworden. Genannt seien Leubus (1163; 1175) und Heinrichau, nahe Münsterberg (1221); mit besonderer Anschaulichkeit wird ihr Vorgehen bei der Siedlung aus Urkunden und Erzählungen faßbar. Auch das Augustiner Chorherrenstift in Breslau, das Vincenzkloster, das Frauenstift in Trebnitz u. a. haben sich Verdienste erworben. Freilich fehlten auch die Gegenwirkungen nicht; es war nötig, das deutsche Siedelwerk gegen polnische Widerstände zu verteidigen.

Als Siedler wanderten Deutsche ins Land, die sich auf noch nicht urbaren Boden niederließen. Von polnischer Bevölkerung unterschieden sie sich durch die Art ihrer Zehntentrichtung, durch den Fastenbrauch, auch dadurch, daß sie den alteingeführten, ihnen aber ungewohnten Peterspfennig nicht zahlen wollten. Einzelne Stämme und Heimatlandschaften der Deutschen werden kaum genannt; doch sind nach Namen, Mundart und Brauchtum hinreichende Schlüsse möglich. Aus dem ferneren Westen schlugen die Wellen der niederländischen Wanderbewegung bis nach Schlessen hinein, freilich wohl nur in frühester Zeit. Bedeutend war der stammfränkische Anteil, sei es, daß unmittelbar aus den Frankenlanden Zuzug stattfand, sei es, daß junges Kolonistenvolk aus fränkisch besiedeltem Ostland Siedler abgab. Besonders stark waren offensichtlich die meißnischen Lande sowie im Wechselverkehr Böhmen und Mähren am Bevölkerungsaufbau in Schlessen beteiligt. Auch Einsprengung süddeutschen Volkstums aus Oberdeutschland und Osterreich ist kenntlich. So trat auch hier eine die mutterländischen Elemente mischende Bildung eines Neustammes in Erscheinung, dem ein ostmitteldeutscher Charakter nach Blutmischung wie Sprache eigen ist. Das bei der Landzuweisung verliehene Recht wird als das „deutsche“ insgemein bezeichnet; es findet sich in Schlessen schon besonders früh erwähnt (1214). Als fränkisch und flämisch werden in der Regel nur einzelne Merkmale benannt (Hufen); auch die Gewohnheit bei der Erbregelung (Dritteilsrecht; Halbteilung zwischen einem Elternteil und den Kindern) richtet sich ursprünglich nach solchem Unterschied. Das deutsche Recht gewährte unter Wahrung persönlicher Freiheit des Siedlers und Auferlegung von Zins und Zehnt vom Siedelgut bei erblichem Besitz Befreiung von allerlei Lasten, zumal Fronden, wie sie der altpolnischen Bevölkerung als naturalwirtschaftliche Leistungen für ihren Staat auferlegt waren, dazu Vorrechte in bezug auf die Handhabung der Gerichtsbarkeit am Siedelort, Verwaltung und Heerespflicht, die auf die Landwehr eingeschränkt zu werden pflegte.

Bei der Durchführung der Kolonisation war, zumal in der Frühzeit, die Gründung rein bäuerlicher Siedlungen möglich. Aber es wurde in Schlessen üblich, die Anlage eines Marktors (Wjest, nordöstlich Kosel, 1223), später einer Stadt (Meiße) sogleich mit der Anlage von Dörfern zu verbinden (Stadt-Landsiedlung) und ein solches Gebiet verwaltungsmäßig zusammenzuschließen. Die ländlichen Siedelformen, die zur Anwendung kamen, scheiden sich nach zwei Hauptgruppen. Auf der mittelschlessischen Akebene wurden in der Regel große Dörfer um einen länglichen, oft oval ausgeweiteten Ager oder entlang einer durchlaufenden Straße mit planmäßigen Gewannfluren, auch mit Gelängen gebildet. Bei Rodungen im Gebirgswald wurden Reihendörfer mit den langen, geschlossenen Waldhufen angelegt, ähnlich auch auf Waldboden im Flachland (Niederschlessen), bisweilen in engerem Gehöftbau an einer

Straße mit waldstreifenartigem Flurzubehör. Die Siedlungen waren teils rein bäuerlich, teils mit einem größeren Gut (Herrengut in ritterlichem Besitz oder Vorwerk, auch Schulzengut) ausgestattet.

Die Anfänge eines Städtewesens in Schlessen liegen noch vor gesicherter Überlieferung. Burgen und dichtbebaute Burgvororte gab es schon zuvor mit draußen liegenden Plätzen für Marktverkehr an bestimmten Tagen im Jahre; die Ausgrabung in Oppeln hat jüngst ein Beispiel mit überraschender Klarheit ans Licht gebracht. Die Stadt mit bürgerlicher Verfassung aber war deutschen Ursprungs. Schon früh werden die Bergstädte Goldberg und Löwenberg (1217) genannt; für jene empfing Herzog Heinrich I. eine Mitteilung des Magdeburger Rechts. Seine Gründung war Neumarkt, unweit von Liegnitz (ursprünglich Schroda; als Markttort 1214); ihm erwirkte der Herzog eine Rechtsmitteilung der Schöffen von Halle (1235). In der Landesmitte entstand die bedeutendste Stadt: Breslau; neben der Siedlung um den Dom wurde auf dem anderen Odufer eine deutsche Stadtanlage geschaffen. Die Verfassung kam durch eine Rechtsmitteilung aus Magdeburg 1261 zu einem Abschluß: der Rat trat an die Spitze der Bürgerschaft. Andere wichtige Städte wurden Glogau, Brieg (am hohen Ufer, 1250), Oppeln, im Bistumsland Neiße und Ottmachau; als eine kleinere Gründung sei unter vielen „Städtelein Leubus“ genannt. — Die Gründung der Städte vollzog sich ähnlich der Dorfgründung, wie auch das verliehene Recht bei ländlicher Siedlung nicht selten nach städtischen Plätzen (Neumarkt) benannt war. Der Stadtgrundriß zeigt meist einen regelrechten Plan im Kern der Bürgerfiedlung; bemerkenswert ist, daß in Schlessen der Hauptmarkt als „Ring“ bezeichnet zu werden pflegte. An der Spitze der Bürgerschaft stand der Stadtrichter, anfänglich Schultheiß, dessen Amt sich zu dem eines Erbvogtes erhöhte.

Waren die Städte Schlessens, deren Zahl rasch anwuchs, rein deutsch, so wurde Dorfbaunach deutschem Recht in altbesiedelter Gegend später auch so vorgenommen, daß polnisch sprechende, nicht deutsch gebürtige Bevölkerung kraft Umsiedlung zur Steigerung des Wirtschaftsvertrags angezogen worden ist. Solche Flurumlegung in deutscher Weise mit neuem Ortschaftsaufbau kam zumal in der Ebene vor, kaum im Bereich der Waldhufenfiedlung. So erklärt es sich, daß in Schlessen wohl eine umfassende Ausbreitung deutschen Volkstums, aber nicht ein völliges Durchbringen glückte. Am geschlossensten deutsch besiedelt waren die sude-tischen Waldgebirge und ihr Vorland, dazu weite, einst bewaldete Landstriche der flacheren Böden westlich und in geringerem Maße auch östlich des Stroms, im Bereich altbesiedelter Wohngaue aber namentlich frühgewonnene Siedelbezirke um aufblühende städtische Mittelpunkte, von denen ein Zusammenhalt und eine Belebung des Deutschtums ringsum ausging: ein breitfiedelndes, festgefügtcs, schon in die Nachbarlande überquellendes deutsches Schlessertum.



## Pommern

Vom Oberhaff ostwärts in weiter Erstreckung gegen die Weichselmündung dehnen sich die pommernschen Lande hin, hinter dem Küstenfaum mit ausgedehnten Heidewäldern, die an den Küstenflüssen und um die Seen von grüner Niederung durchbrochen sind. Im frühen Mittelalter wohnten hier die „Pomoränen“, die Meeresanwohner, die eine slawische, aber von dem Polnischen unterschiedene Sprache — erhalten im Kaschubischen — sprachen. Von der See her waren sie nordgermanischen, wikingischen Einflüssen und Angriffen ausgesetzt. Im Westen saß liutizische Bevölkerung, im Osten die Preußen. Die Südgrenze gegen Polen zog sich in weitem Odland an der Warthe — Neße-Linie hin; sie war heftig umkämpft, wie die angelegten Befestigungen uns zeigen, am anschaulichsten die große Burg bei Zantoch am Zusammenfluß von Neße und Warthe, deren jüngste Aufdeckung so lehrreiche Ergebnisse gebracht hat. Schon zur Zeit Ottos des Großen suchten die Pommern Anlehnung an das Deutsche Reich. In der Folge nahm Boleslaw der Kühne wider sie den Kampf auf, um Polen nach dem Meere auszudehnen. Pommerns Unabhängigkeit blieb unbestritten, aber das heimische Fürstengeschlecht hielt die Herrschaft fest. Um den Beginn des 12. Jahrhunderts spaltete es sich in mehrere Linien. Das Herzogtum Slawien (zwischen Peene und Persante, mit Kolberg, sodann Stettin als Hauptburg), das auch auf liutizisches Gebiet westwärts übergriff, schied sich von dem östlichen Pommern (später Pommerellen genannt, zwischen Persante und Weichsel, mit Danzig). Die Entscheidung des politischen Anschlusses fiel zugunsten des abendländischen, deutschen Westens. Die Beziehungen zum Reiche wurden enger. Schon Kaiser Lothar handelte als Oberlehensherr über Pommern; vor Friedrich Barbarossa aber erkannte Herzog Bogislaw das westliche Pommern als Lehen des Reiches an (1181). Inzwischen war das Christentum mit Hilfe deutscher Priester in das Land gedrungen; Otto von Bamberg hatte es, von Polen aus unterstützt, auf großer Missionsfahrt verkündet (1124—1128). Ein Bistum wurde gegründet, anfangs mit dem Sitze auf Wollin, danach in Kammin (vor 1180); es wurde unmittelbar unter den Papst gestellt. Auch Klöster waren entstanden: Grobe auf der Insel Uedom (Prämonstratenser, vor 1155, davon abgezweigt Gramzow in der Uckermark, um 1185), Kolbatz (mit Zisterziensern aus dem dänischen Kloster Esrom besetzt, 1173; nordöstlich Greifenhagen, nahe dem Madü-See), dazu das Zisterzienserkloster Eldena bei Greifswald (1199). Betrieben diese Mönche auch nicht geflüchtlich Einympfung des Deutschtums, so waren sie doch in der Tat Vertreter deutscher Kultur in dem noch unwirklichen Ostland.

Handelsbeziehungen nach Deutschland waren schon früh von Wollin aus unter-

halten worden; dort wird ja das sagenberühmte Vineta gesucht. Sodann kam Stettin empor, wo sich handeltreibende Deutsche einfanden; bald nach der Mitte des 12. Jahrhunderts bestand hier eine Niederlassung von Deutschen, so daß ein vermögender deutscher Laie für sie eine Kirchengründung ins Werk setzte (1187). Allmählich schob sich die Bewegung deutscher Kolonisation näher an Pommern heran: von Mecklenburg her, aus dem Südwesten von Brandenburg, sogar aus Polen. Die einheimischen Fürsten selbst lenkten nun Zuzug ins Land. An der westlichen Grenze gegen Mecklenburg, im Lande Triebsees (nordwestlich Demmin), saßen 1221 deutsch-bäuerliche Siedler, über deren Zehntzahlung von neuem Lande Fürst Wizlaw auf Rügen mit dem Bischof von Schwerin eine Vereinbarung traf; Wiederkehr der Slawen nach Vertreibung der Deutschen erschien als ein Schaden, der verhütet werden möchte: dann drohte Minderung der kirchlichen Einkünfte, aber auch Verfall der Landeskultur. Unter den pommerschen Fürsten brach Herzog Barnim (1226 bis 1278), neben ihm sein Bruder Wartislaw († 1264) von Vorpommern bis Kolberg der deutschen Siedlung Bahn. Eine erste Maßnahme in solchem Sinn war eine große Landschenkung an den Templerorden um Pyritz (1223), wobei die Absicht zugleich darauf gerichtet war, die Wehrkraft zu erhöhen. Bald folgte die Gründung der Stadt Prenzlau an der Ucker (1235), wobei der Herzog ausdrücklich sagte, daß er „den Rechtsgewohnheiten anderer Länder entsprechend, beschlossen habe, in seinem Lande freie Städte einzurichten.“ Einer Gruppe von acht Deutschen (einem aus Stendal) unter ihrem Führer Walter, der als künftiger Richter bestimmt war, wurde die Ausführung übertragen, mit Zuweisung von 300 Hufen, von denen sie selbst 80 erhalten sollten; gelten sollte das Magdeburger Recht. Um die gleiche Zeit wurde Stettin nach dem Rechte der Deutschen umgesetzt (1237), 1243 mit Magdeburger Recht bewidmet; Greifswald, seit 1241 Marktort, erhielt lübisches Recht (1250). Immer mehr zogen nun Deutsche ins Land. Besonders waren ritterliche Mannen willkommen, deren Stellung im Lande eine freie und ungewöhnlich günstige war. Erst danach kam die bäuerliche deutsche Siedlung lebhafter in Gang, zumeist auf un bebauten Ländereien, in den Hagendörfern, mit erblichem Besitzrecht bei festen Leistungen vom Grund und Boden. Nach etwa zwei Menschenaltern hatten die Lande ein vorwiegend deutsches Gepräge, ob schon slawische Bevölkerung noch fortbestand, ja an dem günstigeren Recht und Wirtschaftsbetrieb nach deutscher Art Anteil gewann.

In den östlicheren pommerschen Landen folgte die deutsche Kolonisation langsamer nach. Dort herrschte das Fürstenhaus, das von Sambor (um 1180) abstammte. Ein Förderer des Deutschtums war Swantopolk, der sich 1234 Herzog nannte, um seine Unabhängigkeit auch Polen gegenüber zu bekunden. Als Pflegstätten deutscher Kultur bewährten sich auch hier die Zisterzienser-

Klöster: Oliva bei Danzig (um 1170) und Pelyplin bei Dirschau (1258), das Prämonstratenserstift Zuckau an der Naddaune (1209), dazu das Nonnenkloster Zarnowitz bei Puckig (um 1235). Deutsche Herrengüter (Vorwerke) stellten Musterwirtschaften dar; auch deutsche Bauerndörfer wurden mancherorten gegründet und mit deutschem Recht bewidmet. Als Stadt mit bedeutendem Verkehr schwang sich Danzig auf. Neben der Burg siedelten sich Handeltreibende an, noch vor Ausgang des 11. Jahrhunderts auch aus dem Westen; 1178 bestand dort eine deutsche Kaufmannsiedlung. Eine eigene Pfarrkirche St. Katharinen wurde gebaut (1227); 1235 erscheint Danzig klar als Stadt, nachdem deutsches Stadtrecht wohl schon zuvor (um 1224) verliehen war. Tiefer binnenwärts an der Weichsel lag Dirschau, von Herzog Sambor nach lübischem Recht als Stadt gegründet (1260).

Eine schwere Zeit kam für das Land, als das Herzoghaus ausstarb (1294). Verschiedene Bewerber traten auf: die Markgrafen von Brandenburg, sogar Böhmen, dazu Herzog Wladislaw Lokietek von Kujawien, der die polnische Krone erwarb. Den Erfolg erzielte der deutsche Ritterorden, der von den Polen selbst zur Verteidigung Danzigs herbeigerufen wurde: 1308 besetzte er Danzig, im Jahre danach entschied es sich, daß das Land in seinem Besitz blieb. Endlich im Frieden von Kalisch 1343 leistete Polen Verzicht auf Pommern. Der Ritterorden nahm planmäßig das Kolonisationswerk auf wie in Preußen und schuf weithin eine blühende deutsche Kulturlandschaft mit deutschen Gütern, zahlreichen Bauerndörfern und Kleinstädten, überragt von der schirmenden festen Ordensburg (Schlochau, Tuchel; Amt Mewe).

## Preußen

Zwischen Weichsel und Memel, vom Frischen Haff und der Steilküste Samlands bis zu den Grenzwäldern der Wildnis gegen Masowien und Litauen saß das Volk der Preußen längs des Küstenfaums und im Seenhügelland auf den siedelbaren Wohnflächen zwischen Wasser und Bruch und ausgedehnten Heidewäldern der Sandeböden. In Kleinstämme nach den Landschaften gegliedert, verharrten sie bei der Sitte der Väter in einfachem Kulturstand und hielten am überkommenen Glauben fest. Von handeltreibenden Seefahrern germanischen Geblüts, Angelsachsen (Wulfstan, zur Zeit König Alfreds) und Wikingern waren die Lande vor Jahrhunderten aufgesucht worden. In den Gesichtskreis der Deutschen traten sie erst spät; zugleich wurden sie Ziel der kaiserlichen wie der päpstlichen Politik. Pfadfinder war der große Hochmeister des Deutschen Ritterordens, Hermann von Salza, Thüringer von Geburt, der den Deutschen die Bahn in das Land der Preußen wies.



In deutsch-polnischer Gemeinschaft war die Heidenmission bei den Preußen bald nach dem Beginn des 13. Jahrhunderts aufgenommen worden. Bischof Christian, ein Deutscher von Geburt, hervorgegangen aus dem Zisterzienserkloster Lekno (in Großpolen), hatte sich darum bemüht; piastische Fürsten, vornehmlich Herzog Konrad von Masowien, auch Herzog Heinrich von Schlessen, unterstützten ihn, doch der Erfolg war gering. Da trat Preußen in das Blickfeld der ritterlichen „Herren vom Deutschen Hause“ im Waffenrock mit weißem Mantel und schwarzem Kreuz nebst ihren Priesterbrüdern, deren Ordenskommende St. Kunigunde in Halle dem Osten zugewandt war. Eine Dorfschenkung aus Herzog Heinrichs Hand lenkte in jene Richtung. Hermann von Salza, der Hochmeister, gestaltete den Plan großzügig und in sorgfamer Vorbereitung aus. Der Ruf Herzog Konrads (1225) zum Eintritt in den Preußenkampf wurde angenommen; das Kulmer Land sollte dem Orden zufallen. Kaiser Friedrich II. bestätigte die Rechte des Ordens in jenem Gebiet und in dem zu erobernden Lande der Preußen (März 1226); eine Fülle von Rechten, wie sie die Landeshoheit bedingt, sollte ihm zustehen, der Hochmeister „wie ein Reichsfürst“ sein. Die Verhandlungen mit Herzog Konrad gediehen langsam zum Abschluß (1228; 1230), nachdem ein Versuch mit deutschen Rittern aus Mecklenburg (Orden von Dobrin), wobei schon deutsche Kolonisation vorgesehen war, nicht vorwärts geführt hatte. Auch eine Verleihung durch den Papst wurde nachgeholt (1234): in jeder Hinsicht sollte der neue Staat, an dessen Gründung Hermann Flug und zäh heranging, gesichert sein. Im Frühjahr 1231 tat Hermann Balk, Meister Preußens, den entscheidenden Schritt. Von dem westlichen Ufer der Weichsel, wo die Burg Vogelssang angelegt worden war, ging er hinüber auf das östliche und erbaute mit sieben Ordensbrüdern auf einer Höhe eine Burg um einen ragenden Eichenbaum mit Ausschau; eine kleine Flotte wurde auf dem Strom bereitgehalten, der Grund zur Stadt Thorn gelegt. Mit lebhaftem Rufe erging nun in Deutschland die Kreuzzugspredigt, in Scharen zogen Kreuzfahrer herbei: Kulm wurde als Stadt erbaut und mit einem ihren Namen tragenden Rechte bewidmet.

Die „Kulmer Handfeste“ vom 28. Dezember 1233 war kein einfaches Stadtrecht; sie enthielt ein Landesgesetz, Kulm sollte den Vorrang vor anderen Städten haben, kulmisches Recht im Lande gelten. Eine Landesplanung war darin ausgedrückt, wobei Wehrhaftigkeit, ländliche Siedlungsförderung, städtisch-bürgerliche Wirtschaft und Verfassung aufeinander abgestimmt, zu einer Einheit zusammengefaßt sein sollten. Klar waren die Ansiedlungsbedingungen geregelt. Das Obereigentum am Grund und Boden verbleibt dem Orden als Landesherrn. Nicht vollfreies Grundeigentum wird den Siedlern gewährt, nur ein Besitzrecht, wofür Leistungen gefordert werden: Dienst

und Zins, beides als Meallast. Ablige und Nichtablige können in der Stadt wie auf ländlichen Gütern (allodia) Besitz erhalten. Güter auf dem Lande werden mit 40 Hufen für schweren Reiterdienst (mit Panzerrüstung und Streithengst), mit 10 Hufen für leichten Reiterdienst (mit der Plate) gebildet; für die Hufenbemessung soll das slämische Maß gelten. Der kirchliche Zehnt wird vom Pflug, höher vom deutschen als vom polnischen Haken, entrichtet. Bei der Kriegsdienstpflicht wird Heeresauszug von der Landwehr geschieden. Oberster Gerichtshof ist der Landesherr, nur ihm unterstehen die Inhaber der Güter; ihnen selbst wird Gerichtsbarkeit über die Hintersassen gewährt. In der Stadt gelten Bestimmungen des Magdeburger Rechts. Die Staatsverfassung besteht; städtischer Grund und Boden wird nach Erbbaurecht ausgetan. Beim Erbgang gilt slämischer Rechtsbrauch. Die Marktfreiheit wird nicht eingeschränkt; die Silbermünze, in bestimmtem Verhältnis zum Kölner Denar, soll im ganzen Lande gleich sein. Bei Abbau von Gold und Silber gilt das Recht in Schlesiens bzw. Freiburger Recht. Die Pfarrkirchen staltet der Orden reichlich aus, behält sich dafür das Patronatsrecht vor. Vorbildliches Recht mannigfaltigen Ursprungs in deutschen Landen schließt das kulmische Recht ein und fügt es zu neuer Freiheit und Ordnung zusammen.

Schwere, langwierige Kämpfe folgten in den nächsten Jahrzehnten. Einsatzbereit und kühn drang der Orden in die Gauen des Preußenlandes (Pomesanien, Nehen) vor, längs des Frischen Haffs und tiefer in das Innere. Ordensburg mit danebenliegender Stadt wurden gegründet: Marienwerder, Elbing (1237) mit Hilfe des Markgrafen Heinrich von Meissen, der zwei Kriegsschiffe auf der Weichsel, Friedland und Pilgrim, bauen ließ. Vier Bistümer wurden errichtet (1243): Kulm, Pomesanien, Ernland und Samland. Eine Erhebung der Preußen nötigte zu neuem Kampf; doch um die Mitte des 13. Jahrhunderts konnte die Besiedlung wieder aufgenommen werden. Braunsberg ist 1254 als Stadt bezeugt; in demselben Jahr erhielt Memel (ursprünglich „Neu-Dortmund“, 1252 gegründet) Mitteilung lübischen Rechts. Im Jahre danach wurde die Burg Königsberg erbaut auf einem Zuge, an dem König Ottokar II. von Böhmen teilnahm. Nach der Eroberung des Samlands behandelte der Orden die Eingefessenen milder; seinen Anhängern beließ er den Grundbesitz und verließ ihnen Rechte, so daß sich altpreussischer Adel in nicht geringer Zahl erhielt. Noch dauerte freilich das erbitterte Ringen fort, in Warmien, Sassen, zumal in den östlicheren Landschaften: in Sudauen, wider die Schalauer, in Nadrauen und Galindien an den Grenzen Litauens. Etwa um 1280 war der Orden Herr der Lage; wer an aufständischem Kampfe teilgenommen hatte, dessen Freiheit war verwirkt, Umsiedlung ganzer Scharen der Einheimischen wurde vorgenommen. Nun erst kam das friedliche Werk deutscher Kolonisation in Stadt und Land voll zur Durchführung.

Die Leitung des Siedelwesens behielt der Orden in seinem Staatsgebiet völlig in der Hand; eine ganz planvolle Siedelpolitik wurde betrieben. Der Landesverwaltung dienten die Komtureien, die mit fortschreitender Landnahme militärgrenzartig vorgeschoben wurden; sie zerfielen in Kammerämter oder Waldämter, doch deckten sich diese nicht einfach mit den Siedelbezirken. Waren in der kampferfüllten Frühzeit Städte und Burgen angelegt worden, so schritt man nun zur Gründung von Zinsdörfern. Einzelne Kerngebiete wurden dazu ausgewählt, unter Berücksichtigung der natürlichen Gegebenheiten in der Landschaft; ein jedes griff man als Einheit an, eine Stadtanlage wurde mit der dorfmäßigen Siedlung verbunden, nicht selten im räumlichen Mittelpunkt des Ganzen. Erst später legten sich verstreute dörfliche Siedlungen im Ausbau darum, so daß die Kerngebiete zusammenwuchsen. Die Besetzung der neuen Dörfer nahmen Schulzen im Ordensauftrag vor. Doch auch Landvergaben an Großunternehmer geschahen: als solche werden uns die Ritterbürtigen Dietrich von Tiefenau (aus Niedersachsen), Dietrich Stange, Peter von Heselicht, auch kapitalkräftige Bürger wie Albert und Johannes Flemming aus Lübeck bekannt. Um den Beginn des 14. Jahrhunderts stand solche Siedeltätigkeit auf ihrer Höhe. Wenig später drang man über die gesicherten inneren Gebiete weiter vor, die Besiedlung der „Wildnis“ wurde in die Wege geleitet. Wieder begann man mit der Errichtung von Burgen. In ihrer Nähe wurden hierbei kleine preussische Dienstgüter (für den Späherdienst) ausgesetzt; dann folgte die Begründung anderer kriegsdienstpflichtiger Güter, sogenannter Freigüter kulmischen Rechts, dazu auch großer Lehengüter mit Gerichtsbarkeit, auf denen die Grundherren selbst kolonisierten. Landesherrliche Zinsdörfer entstanden hier spät, die Städte entwickelten sich aus Hafelwerken (sogenannte Lischken: altpreussisch liscis, Lager) und empfingen erst gegen Ende des 14. Jahrhunderts Stadtrecht. Die Besiedlung der Wildnis gelangte nicht zu ihrem Ziel; in der Gegend von Gilgenburg, Neidenburg und Ortelsburg erreichte sie ihre vorerst äußersten Erfolge. Erwähnt sei, daß die Zahl der im Ordensland gegründeten deutschen Zinsdörfer auf 1400 mit etwa 60 000 Bauernhufen geschätzt worden ist. — Auf bischöflichem Gebiet, in Ermiland mit Frauenburg als Hauptort und Stadt, wurde gleichfalls die Siedlung mit Eifer gefördert, langsamer als im Ordensstaat, doch mit ausgebreitetem Erfolg. Die Leitung stand dem Bischof und dem Domkapitel zu; das Verfahren war ähnlich wie im Ordensgebiet, nur daß hier die wehrpolitischen Gedanken minder maßgebend blieben, auf Wirtschaftsertrag und Anbau bäuerlicher Zinsdörfer um so mehr Wert gelegt worden ist.

Die Regelmäßigkeit des Siedelverfahrens prägte sich auch in den Siedelformen des Preußenlandes aus. Bevorzugt wurden rechteckige Anger- und Straßendörfer mit gleichförmigen Gewannfluren nach der Dreifelderwirtschaft,



wobei die langen, nebeneinander laufenden Hufenanteile, feldmäßig angebaut, auch Wiesen- und Gehölzstücke enthalten konnten. In der Weichselniederung — im Danziger Werder — wurden hinter Deichen Marschhufen mit gereiht liegenden Gehöften nach niederländischer Weise gebildet; Waldhufendörfer, wie in den Mittelgebirgen und in manchen Gegenden Pommerns, fehlen in Ostpreußen. Die Gehöfte sind in der Regel nach „mitteldeutscher Art“ angelegt; andere Formen sind seltener, wurden wohl auch, wie das nieder-sächsishe Einhaus, zurückgedrängt. Regelrechte Bauart war ebenso den Städten eigen, die in ihrer nach außen hervortretenden Rechteckform gleichsam den Abschluß der Entwicklung des ostdeutschen Stadtgrundrisses aufweisen.

Bei der Bevölkerung trat eine bezeichnende stammesmäßige Mischung ein. Unter den Rittern des Deutschen Ordens waren Söhne edler Geschlechter aus allen deutschen Landschaften vertreten; auch auf einen dementsprechenden bäuerlichen und bürgerlichen Zustrom darf geschlossen werden. So bestand schon seit der frühesten Niederlassung eine enge Verbindung zwischen dem thüringisch-obersächsischen Mitteldeutschland und Preußen; bei der Kulmer Handfeste werden zumeist Zeugen aus Magdeburg und den mittelelbfischen Gegenden genannt. Diese Beziehungen sind in den nachfolgenden Menschenaltern stetig erhalten geblieben, im Wanderverkehr wie in geistigem Austausch. Bedeutend war der Anteil aus Niederdeutschland zu Lande und über See. Niederachsen und Ostfalen nebst Braunschweig, Westfalen und das benachbarte Rheinland entsandten tatbereite Männer. Mit weitschauendem Blick traten die Lübecker in diese Unternehmungen ein, ließen ihre Schiffe nach der preussischen Küste fahren, versuchten selbst eigene Städtegründung und wirkten durch ihr lübisches Recht auf Stadtverfassung und bürgerliche Kultur ein. Auch der neugewonnene deutsche Osten, Brandenburg und namentlich Schlessen, füllte die Reihen. So wurde das Volkstum, das in der deutschen Siedelbewegung aus allen Ständen nach Preußen kam, im höchsten Sinne deutsch in einer über den Stammesverschiedenheiten stehenden Gemeinschaft. Zeugnis dafür ist die volkstümliche Sprache mit ihrem mundartlichen Gepräge, das in den Grundzügen niederdeutsch ist, aber in Lautgebung und Wortschatz auch mitteldeutsche Merkmale aufweist. Diese starke Siedeltätigkeit hat Preußen vor dem Schicksal bewahrt, daß das Land nach Heidenkampf und Eroberung nur ein Gebiet deutscher Herrschaft ohne die feste unerschütterliche Grundlage deutschen Volkstums blieb.

Den stolzesten Ausdruck fand der Ordensstaat und damit dies Deutschtum des Ostens in der Marienburg, die wehrhaft und stark, wohlgegliedert und doch von gedrungenener Geschlossenheit des Aufbaus, reich und prächtig über der stillströmenden Nogat aufragt. Im Jahre 1280 war zuerst eine Burg an jener

Stätte errichtet worden; 1309 verlegte der Hochmeister des Ordens seinen Sitz dorthin, und nun entstand der stattliche Schloßbau: Vorburg, Mittelschloß und Hochmeisterpalast, darüber auf terrassenartigem Unterbau das Hochschloß, alles mit einer Fülle von Räumen, von denen aus die mannigfaltige, trefflich geordnete Verwaltung dieses einzigartigen deutschen Staates in ihr schönes und weites Land und in die Welt hinaus wirkte, am Chor der Schloßkirche nach außen in farbiger Mosaik das Bild der Himmelkönigin Maria, der die waffenfreudige ritterliche Gemeinschaft in geistlichem Dienst ergeben war. Wie in dem stolzen Bau der Ordenschlösser, den wuchtig emporgeführten Kirchen und den Wehrtürmen der Städte, so prägte sich der Kunstwille dieses preussischen Ordenslandes auch in der Dichtung aus, die nicht Liebesleben und Heldenfang, nur Stoffe der christlichen Heilsgeschichte (Väterbuch) und der Ordensgeschichte in großer Form gestaltet hat: all dies eine Leistung eigenartig herber ostdeutscher Kultur, die aus wehrhaftem Sinn, Tatbereitschaft und unbeirrbarer Gläubigkeit hervorwächst.

### Die baltischen Lande

Ein Bereich ostdeutscher Siedlung von ganz eigener Art dehnte sich längs der Ostseeküste nordwärts von der litauischen Grenzwildnis über Livland nach Estland hin: die weiten, wald- und wasserreichen Lande um den Rigaer Busen des baltischen Meers, ein Gebiet, in dem die deutsche Siedlung noch Erfolge ständisch beschränkter Art zeitigte, aber unter den harten Bedingungen einer fremdartigen Landesnatur bei dem zu recht andersgearteter Lebenshaltung und Wirtschaft nötigen nördlichen Klima nicht mehr voll durchzudringen vermocht hat.

Entdeckt für die Deutschen und früh erschlossen wurde dies heidnische Land durch Handel und christliche Mission. Von Bedeutung dabei war die Niederlassung der Deutschen auf Gotland. Und die Mitte des 12. Jahrhunderts wird das dortige Bestehen einer deutschen Siedlung deutlich. An der Gotlandsfahrt nahmen besonders Fernhändler aus westlichen Städten (Soest, Dortmund, Medebach, Köln), später Lübecker teil, was für die Geschichte des ostbaltischen Deutschtums richtunggebend geblieben ist. Eine Genossenschaft der „Geeinigten Gotlandfahrer des römischen Reiches“ mit eigenem Siegel wurde gebildet. Die Stadtgemeinde Wisby erwuchs aus einer gotländischen (schwedischen) und einer Gemeinde der festangesiedelten Deutschen, die im 13. Jahrhundert überlegen waren. Der Rat setzte sich aus „Leuten von beiden Zungen“ zusammen; neben dem gotischen gebot ein deutscher Vogt. Gewöhnt, nach dem Festland hinüberzufegeln, waren die Deutschen mit Naugard (Nowgorod) am Ilmensee in Handelsverbindung getreten; ein Vertrag mit russischen Fürsten

regelte den Verkehr (1229). Damals bestand schon die deutsche Faktorei zu St. Peter. Nach Lübecks Aufstieg sank Wisbys Bedeutung.

Die Aufregelung Livlands wurde von Lübeck aus befördert. Ein Augustiner aus dem holsteinischen Stift Segeberg, Meinhard, hatte dort mit der Mission begonnen; zu Urküll an der Düna entstand eine Niederlassung mit befestigter Kirche (1184), ein danach benanntes Bistum, das unter Bremen stehen sollte, wurde anerkannt. Indes noch gelang die Bekehrung der Liven nicht. Erst Albert, Domherr zu Bremen, 1199 zum Bischof Livlands geweiht, der das Werk in umsichtiger und großzügiger Weise vorbereitete, hatte dauernden Erfolg. Er sicherte sich die Unterstützung des Papstes Innocenz III. wie auch des deutschen Königs Philipp, überdies das Einverständnis Dänemarks. Eine stattliche Kreuzfahrt mit starker Flotte leitete das Unternehmen ein. Nach den ersten Kämpfen mit raschem Entschluß wurde im Jahre 1201 an günstigem Platze am Dünaufer die Stadt Riga erbaut, der Bischofsitz dort errichtet, auch das Domkapitel dahin verlegt; aus Bremen und Hamburg fanden sich bürgerliche Ansiedler ein. Unweit davon ließen sich Zisterzienser nieder im Kloster Dünamünde (1205). Im Jahre 1202 wurde der ritterliche Schwertbrüderorden (die „Ritterschaft Christi in Livland“) für den Kampf wider die Heiden gestiftet. Es folgte eine Zeit harten Ringens. Rasch wurden Fortschritte bis zum Finnischen Meerbusen getan, Estland und danach Semgallen gewonnen; die Kuren unterwarfen sich durch Vertrag und nahmen das Christentum an (1230/31). Diesen Erfolg erlebte Albert, „der letzte große Missionsbischof Deutschlands“, nicht mehr († 1229). Ein Menschenalter folgte, in dem große Schwierigkeiten überwunden werden mußten, um die innere Ordnung zu gestalten. Rom selbst erhob Anspruch auf die höchste Gewalt; ein Kirchenstaat sollte geschaffen werden. Aber der Orden, die Wehrkraft des Landes, stand dem entgegen. Es trat eine Teilung der Landesgewalt ein. Albert (aus der kölnischen Familie Suerbeer), 1245 zum Erzbischof in Preußen ernannt, wurde Erzbischof von Riga (1255); die Bistümer Dorpat, Reval, auch Kurland wurden dem neuen Erzbistum unterstellt, in geistlicher Hinsicht auch die preussischen Bischöfe. Ein Drittel des ganzen Gebiets der „Livländer“ blieb dem Orden als bischöfliches Lehen überlassen. Nach der verlustreichen Schlacht bei Saule (1236) hatte sich der Schwertorden mit dem Deutschen Ritterorden vereinigt. Livland galt somit als zum Reiche gehöriges Gebiet; aber von Preußen durch Samaiten räumlich getrennt, wurde es unter seinem Ordensmeister als ein Außenland angesehen und erlebte seine eigene Geschichte.

Das Deutschtum im Ordensgebiet wie auch in den bischöflichen Territorien war durch die Welt- und Klostergeistlichkeit, die Ritterschaft und das Bürgertum weniger Städte (Riga, Dorpat 1225; Reval 1219 u. a.) vertreten. Seiner



Herkunft nach war es wesentlich niederdeutschen Ursprungs, aus Westfalen und Niedersachsen. In der Tat stellte es nur eine Oberschicht dar; räumlich geschlossenes deutsches Volksiedlungsgebiet entstand hier kaum. An deutsche Kolonisation ist in Livland sehr wohl gedacht worden, sogar mit besonders klarer Einsicht in ihre Bedeutung. Der Orden wandte sich 1261 an Lübeck, um Deutsche zur Stärkung seiner Kampfkraft heranzuziehen; auf wüst gewordener Länderei gefallener oder flüchtiger Kuren sollten sie angesetzt werden: Ritter mit 60 sächsischen Hufen, Knappen mit 40, dazu Bauern mit Anbauland nach Belieben. Aber der Zuzug deutscher Siedelbereiter Bauern blieb damals sowie später gering, so daß der Landesausbau mit einheimischer Bevölkerung, in Estland zeitweilig auch mit schwedischer, gefördert wurde. Erklärlich ist dies bei der weiten Abgelegenheit dieser Lande. Nicht als ob der deutsche Bauer Scheu vor der Seefahrt gehabt hätte; indes die Möglichkeiten und Aufgaben der Ansiedlung in näher gelegenem Lande, auch im Osten selbst, waren noch so groß, daß die Niederlassung fernab, dicht an den stets gefährdeten Grenzen unheimlicher Völker, ein rechtes Gedeihen deutscher Bauernwirtschaft nicht versprach. Die zahlreichen gutherrlichen Höfe der Deutschen, meist auf wüsten Dorfstätten angelegt — nach Verleihung als Mannlehen oder zu einfachem Lehenrecht, ohne ausschließende Bevorzugung des Adels vor dem Bürgertum —, stellten sich auf einen Wirtschaftsbetrieb ein, der mit nichtdeutscher Bevölkerung unterhalten wurde, teils mit Unfreien, teils mit Hilfe der sogenannten „Gesinde“; dies waren alteingesessene oder auch neu angesiedelte Familien innerhalb einer dörflichen Gemeinschaft, die als gemeindefrei galten, aber leistungspflichtig waren.

Es ist erstaunlich, mit welcher Fähigkeit und Lebenskraft sich dies Deutschtum der ostbaltischen Lande durch die Jahrhunderte behauptet hat, obwohl es nicht durch Zahl überlegen war und des Nährbodens deutschen Bauerntums ringsum entbehrte, sozial allzusehr abgehoben von der Menge landsässiger Bevölkerung, nur im städtischen Handwerk mit einem gesunden Mittelstand. Die politische Führung hielt es in seiner Hand; es schuf einen deutschen Kulturraum, in dem deutsches Geistesleben zu fruchtbarster Entfaltung kam — eine wahrhaft bewundernswerte Leistung schöpferischer deutscher Art.

Es ist ein untrügliches Kennzeichen für die Werbekraft der deutschen Kolonisation und ihre Fähigkeit zu fruchtbarer Aufbauarbeit, daß ihr auch bei den fremden Nachbarvölkern, vor den erweiterten Grenzen des Deutschen Reiches, die Tore weit aufgetan wurden. Über den deutschen Staatsraum hinaus in große Fernen stieß volksdeutsche Siedlung vor, und noch viel großräumiger breitete sich deutscher Kultureinfluß aus, wenn auch unverkennbar mit Erscheinungen westöstlicher Kultur Mischung.

## Ungarn

Als die Ungarn nach der Epoche ihrer weitschweifenden Kriegszüge, im Westen zurückgeworfen, zugleich von Südosten bedrängt, in der Donau-Theiß-Tiefenebene, im Alföld, zur festen Niederlassung übergingen und ihren Staat gründeten, entschieden sie sich für den Anschluß an die abendländische Christenheit und Kultur. Geisa, der Großfürst († 997), Nachkomme Arpads, der die Macht der Geschlechtsverbände und ihrer Häuptlinge niederhielt, vermählte seinen Sohn Wais-Stephan mit Gisela, einer Schwester des Bayernherzogs Heinrich, der später Kaiser ward (II.), und ließ ihn taufen. In neu ausbrechenden inneren Kämpfen fiel ihm der Sieg am Plattensee zu unter den Fahnen St. Georgs und St. Martins; deutsche Ritter halfen bei dieser „Schlacht zwischen Teutonen und Ungarn“. Papst Silvester II. aber überfandte die „Stephanskrone“, mit der Stephan, der apostolische König, im Jahre 1000 zu Gran gekrönt worden ist. Fränkisch-deutsche Staatseinrichtungen wurden nun eingeführt; bayrische Münzen waren im Umlauf. Stephan mahnte seinen Sohn Emmerich, die Gäste in Ehren zu halten; „sie sind eine Zierde und Stütze des Thrones, denn ein Reich von einer Sprache ist schwach und gebrechlich“ († 1038). So erwies sich Ungarn dem Deutschtum zugänglich, ob schon es an manch kriegerischer Auseinandersetzung nicht gefehlt hat, zumal in den Zeiten von Kaiser Konrad II. bis Heinrich IV., als die Grenzen zwischen dem Reich und Ungarn fester gezogen wurden.

Der ungarische Staat wurde regiert wie eine karolingische Monarchie, doch mit Einpassung in Verfassungszustände Ostmitteleuropas. Gegliedert war er in Komitate (Grafschaften) als Verwaltungsbezirke unter einem Gespan (ispán). Beherrschende Mittelpunkte waren Burgen (vár) mit einer Anspannung der Leistungspflichten, die von „Burghörigkeit“ umwohnender Bevölkerung sprechen läßt. Das Königtum verfügte über reichen Großgrundbesitz, darunter Großgüter (Domänen) mit bewirtschaftetem Land, Forsten und Jagdgebieten. Zahlreich waren in Ungarn die freien, zu Ross wehrhaften Magyaren, in wirtschaftlicher Hinsicht ähnlich gestellt die berittenen Königsdienstpflchtigen; einem Kleinadel sind sie vergleichbar. Erst spät und allmählich wurde die einheitliche Staatsgewalt durch die aufsteigende Macht eines Feudaladels durchbrochen. Wichtig war das der Grenzsicherung dienende „gyepü-System“: das Staatsgebiet war von einem Grenzgürtel undurchdringlichen Waldesdickichts und sumpfigen Überflutungsbereichs an Flüssen umgeben, durchbrochen von Durchgangsstellen (Klausen), die durch Hemmnisse gesperrt und von Grenzwächtern in den Siedlungen des Hinterlands geschützt wurden. In all dem waren die Vorbedingungen für die Art der Aufnahme deutscher Siedlung gegeben.

Deutsche Bevölkerung war im westlichsten Ungarn seit karolingischer Zeit festhaft geblieben. In nicht geringer Zahl waren sodann Deutsche aus ihrer Heimat als Kriegsgefangene nach Ungarn fortgeführt worden, dazu genutzt, um dort Feldbau oder Handwerk zu treiben. Zu christlicher Verkündigung kam St. Wolfgang (vom Aibersee), auch Brun von Quersfurt nach Ungarn, noch wirksamer Adalbert von Prag. Von größter Bedeutung war, daß sich bei Hofe und in der Ritterschaft ein Kern des Deutschtums bildete; das Bedürfnis der rittermäßig Lebenden, ihrer Lebenshaltung eine wirtschaftliche Grundlage zu schaffen, hat später der deutschen Siedelbewegung nicht wenig Vorschub getan. Obwohl die Lehensverbindung Ungarns mit dem Reiche (unter Heinrich IV.) gelöst ward, kam die Zuwanderung von Deutschen lebhafter in Gang, vergleichsweise sehr früh im Verlauf der gesamtdeutschen Ostwanderung. Als Freie und Gäste (*liberi et hospites*) wurden sie angesiedelt, wie dies in den Gesetzen König Kolomans (1096—1114) zum Ausdruck kam. Bereits unter Ladislaus dem Heiligen (1077—1095), der den Kampf mit den wilden Grenzvölkern, Kumanen und Petschenegen, aufnahm, gingen sie weit nach dem Südosten. Von der Gegend des alten Weissenburg im Vorland des Gebirgs, wo Ladislaus ein Bistum stiftete, nahm die Besiedlung ihren Ausgang, das Maroschtal aufwärts. Auch die Bergwerksansiedlung in Szatmár-Németi (Németi: deutsch) soll früh (im 11. Jahrhundert) entstanden sein.

Die große Zeit deutscher Siedelgründung setzte im Bereich Ungarns wie anderwärts um die Mitte des 12. Jahrhunderts ein. Otto von Freising, der Geschichtsschreiber Kaiser Friedrichs I., hat in seinem Werk (I, 39) das Ungarland und seine Verfassung beschrieben: die weite Ebene schön anzusehen, reich an Wald und Wasser und fruchtbarem Ackerboden, aber wenig von der Pflugschar aufgelockert, arm an Bauten und Siedlung. Die Königsgewalt schildert er als stark, die Wehrpflicht fest geordnet, die Gerichtsbarkeit streng, Münze und Zollerhebung ganz einheitlich; in der Schar, die den König umgibt, dienen viele Fremden, Söldner, die waffengeübt nach Rittersart sind. Vor allem war jetzt im Zeitalter der Kreuzzüge und ihrer westöstlichen Verkehrsbelebung der Anlaß gegeben, die Wirtschaftskraft zu steigern und in die Grenzwälder, das gyepü-Land, durch Siedlung Bresche zu legen.

Als Herrscher Ungarns, unter dem die Staatskolonisation zuerst namhafte Förderung erfahren hat, wird Geisa II. (1142—1161) genannt, der in Beziehung zu Heinrich dem Löwen, dem Bayernherzog, stand. Kraftvolle Förderung ließ der deutschen Siedlung König Bela (1177—1195), mehr noch Andreas II. (1205—1235), der mit Gertrud aus dem Hause Andechs-Meran, einer Schwester der Gemahlin Herzog Heinrichs I. von Schlesien, vermählt war, zuteil werden.



Am erfolgreichsten gedieh die deutsche Ansiedlung in den Gebirgslandschaften des Südostens, in dem Hochland von Siebenbürgen, das von den Transsylvanischen Alpen im Süden, gegen Osten vom Zuge der Karpathen, im Norden vom Siebenbürgischen Erzgebirge und im Westen vom Bihargebirge umschlossen wird, im Innern aber durch die Täler seiner großen Flüsse, Marosch (Maros), Samosch und Alt gegliedert ist. Vom Donautiefland die Flußtäler aufwärts führten die Wanderwege hinein, die von den deutschen Siedlern beschritten wurden. Sehr früh war von den Niederlanden und vom Rheine her der Blick nach Ungarn gerichtet. Wie es in Wien „Flandrer“ gab, so auch an Plätzen Ungarns, wo sich eine städtische Entwicklung vollzog, wie in Stuhlweissenburg und Gran (Johann von Gent, von Maastricht oder Utrecht). Von hier gelangten lockende, wohl sogar werbende Nachrichten nach dem fernen Westen. Bekannt ist, daß einmal Hof und Landbesitz bei Aachen verkauft wurden, um die Mittel zur Fahrt nach Ungarn zu beschaffen, wo der Ausgewanderte verblieb (Hezelo 1148).

Die deutschen Siedler „jenseits des Waldes“ (in Transsylvanien), deren Ansetzung auf unbewohntem Lande Geisa bewirkt hat, werden „Flandrer“ genannt (1192). Wirklich haben flandrische Unternehmungen dabei eine bedeutsame Rolle gespielt, doch das Herkunftsgebiet war umfassender: mittelh rheinisches Land (Luxemburg) gehörte dazu, wie Mundart und Brauchtum erweisen. Dazu stellte sich ein Volkselement anderer Art ein. Im Norden des siebenbürgischen Hochlands entstand die Bergbausiedlung Dees (am Samosch) mit ergiebigem Salzbergwerk. Wenig später werden im Bereich Transsylvaniens „Sachsen“ genannt (1206); die Herkunft von Bergleuten — ursprünglich aus alt-sächsischem Bergbaurevier — mag bei dem Aufkommen dieses Namens eine Rolle gespielt haben. — Ein besonderes Unternehmen wurde versucht, als König Andreas den Deutschen Ritterorden in das Burzenland (um Kronstadt) zum Kampfe wider die Kumanen herbeirief, unter Verleihung mannigfacher Vorrechte, zumal in bezug auf Bergbau und Marktverkehr. Rasch wurden Erfolge erzielt. Durch Burgenbau schützte man das gefährdete Grenzland; schon wurde die Siedlung in die Wege geleitet. Aber der Orden strebte danach, ein eigenes Staatswesen aufzurichten. Als er das Land dem Papste übertragen wollte, schritt der Ungarnkönig ein; die Ritter verließen das Burzenland (1225) und wandten sich einem anderen Ziel im hohen Norden, Preußen, zu. Den „deutschen“ Gastfiedlern aber von Broos bis Draas (in Siebenbürgen) bestätigte er im goldenen Freiheitsbrief 1224 (Andreanum) ihre bedrohten freiheitlichen Rechte: Stellung nur unter dem Grafen des Gaues Hermannstadt (dem Sachsengrafen), freie Richterwahl, beschränkte Heerespflicht (im Reiche mit 500 Mann), Münzsicherheit, freie Wahl der Pfarrer, gemeine Nutzungen in bezeichneten Wäl-

bern, auch Befreiung von Zoll und Marktabgaben, vor allem aber, daß sie „ein Volk“ sein sollen und ein Siegel führen.

Die Niederlassung der Deutschen in Siebenbürgen war größtenteils Ursiedlung. In „Desertumsgebieten“ geschah sie: im Vorgelände (gyepü) der Grenzbürgen, nur selten innerhalb eines Burgbezirks. Meist war das zugewiesene Land Königsboden (um Hermannstadt, im Burzenland, auch um Bistritz); doch kam Ansiedlung im Bereich eines Komitats vor (so zwischen den beiden Kokelflüssen). Freie Gemeinden wurden gebildet, aber auch solche unter Grundherrschaft. In kirchenrechtlicher Hinsicht wurden sie zu Kapiteln mit Zehntrecht unter Präpösten oder „Stühlen“ zusammengeschlossen (die „Sieben Stühle“ um Hermannstadt, die „Zwei Stühle“, Mediasch und Schell, Bistritz im Nösner Gau u. a.); alle vereinten sich zu einem deutschen Kirchenverband. Die Dörfer Siebenbürgens zeigen eine im Kern straßenartige Anlage, doch nicht von der geschlossenen regelrechten Form wie im nordostdeutschen Kolonisationsbereich. Der „Hattert“, d. h. die gesamte Ortsflur, (Gemarkung) war gewannartig gegliedert in später zahlreiche „Niede“ von nicht ganz regelmäßiger Gestalt nebst umfangreicher Gemeindeländerei. Die Dörfer standen unter einem „Hann“ (den niederrheinischen Honnen vergleichbar). Davon geschieden gab es Landgüter, deren Inhaber sich nach Besitz und Rang von den Bauern abhoben. Die höhere Gerichtsbarkeit stand „Grevén“ zu, später nach erblichem Recht (Erbgrafen), denen adliger Stand zugeschrieben worden ist. Ein Städtewesen war schon von frühester Zeit deutscher Siedlung in Siebenbürgen im Entstehen begriffen; Männer bürgerlichen Gewerbes und Bergbauunternehmer sind Pfadfinder gewesen. Als rasch aufblühende Städte seien Hermannstadt und Kronstadt sowie Schäßburg, auch Klausenburg genannt. So war es schon in den Anfängen deutscher Siedlungsgeschichte im südöstlichsten Ungarn begründet, daß geschlossener deutscher Volksboden erwuchs. Immer mehr wurden räumlich und rechtlich voreerst für sich bestehende Siedlungsgruppen nach gleichem Rechte einander angegliedert. Eine festgefügte volksdeutsche Gemeinschaft kam zur Entfaltung (universitas Saxonum): die Gesamtheit der Siebenbürger Sachsen.

Deutsche Niederlassungen entstanden auch in anderen Gegenden Ungarns, doch nicht unter gleich günstigen Bedingungen völkischer Entwicklung. Noch vor Ausgang des 12. Jahrhunderts wurden Bodenschätze im oberungarischen Erzgebirge von Bergleuten deutscher (sächsischer) Herkunft abgebaut; die Bergstädte Schemnitz und Kremnitz wurden wichtige Mittelpunkte einer großen Anzahl darum sich lagernder deutscher Siedelorte, Schemnitz auch darum von Bedeutung, weil von hier das älteste ungarische Bergrecht ausging. Ein lebenskräftiges deutsches Siedlungsgebiet von ansehnlichem Um-

fang entstand in der Zips, südwärts vom Tatragebirge, in dem Komitat, der nach der Burg, dem „Haus Zips“ (Scepus), seinen Namen erhalten hat. Die Ansiedlung begann etwa zu gleicher Zeit (Martinspropstei um 1180/90) wie in Siebenbürgen. Ein bemerkenswerter Ort war Käsma, wo Weidewirtschaft für die Vereitung des abfaßfähigen „Brinsenkäses“ nutzbar gemacht werden konnte. Von den westlicher gelegenen Bergorten her wurden die „Gründe“ für bergmännische Siedlung erschlossen. Im Jahre 1271 gewährte König Stephan V. den „sächsischen Gästen in der Zips“ einen Freibrief, in dem Leutschau als Hauptort genannt wird, die Stadt, deren Namen die Sage im Blick auf die reiche Tracht deutscher Ratsherren erklärt: „Leute schaut.“ Wichtig waren diese Städte auch darum, weil über sie der Weg von Böhmen und Schlesien nach Siebenbürgen führt; die unverkennbaren ostmitteldeutschen Einschläge im südostungarländischen Deutschtum erklären sich aus solcher Vermittlung. — Im Westen, an den lange strittigen Grenzen Ungarns gegen das Reich, kam viel herrenloses Land durch königliche Verleihung an Magnaten (Grafen von Güssing, Grafen von Mattersdorf-Forchtenstein u. a.); der ungarische Kleinadel fehlte hier, und als jene Herren ihr noch unangebautes Land der Kolonisation zugänglich machten, geschah es mit Hilfe deutscher Bauern und Bürger. Daher wurde das Burgenland, das Land der „Hienzen“, deutscher Volksboden, im unmittelbaren Anschluß an das Deutschtum Österreichs. — Neben diesen Kernsiedlungsgebieten, meist von ihnen aus bildete sich im ungarischen Raum eine Fülle deutscher Siedlungen ländlicher oder bürgerlicher Art in mehr oder minder verdichteter Streulage. All dies stellte eine beachtliche Kraft im Staate Ungarns dar; mehr noch wirkte es zur Durchdringung ungarischen Lebens mit triebkräftigen Elementen deutscher Kultur.

Noch weiter süd- und ostwärts, über die hohen Gebirgskämme in die unwirklichen Lande kulturarmer Völker, der Szekler, Walachen und Rumänen, sind Deutsche vornehmlich aus Siebenbürgen und Galizien in mittelalterlicher Zeit gekommen. Von Rodna, der durch ihre Silbergruben einst wichtigen Bergstadt hoch im Norden Siebenbürgens am Samosch, gelangte man über den nahen Paß, einen alten Völkerweg, in das Quellgebiet von Sereth und Pruth nach dem Fürstentum Moldau, das um die Mitte des 14. Jahrhunderts als ungarischer Vasallenstaat begründet worden ist. Von den Fürsten nicht ungerne gesehen, entstanden hier deutsche Niederlassungen meist bürgerlicher Art (in Sereth, Neamt, Suczawa, Jasmarck); auch in der Walachei stellten sich einzelne (südlich des Törzburgpasses) ein. Bei der unsicheren Lage und der Fremdartigkeit des Landes konnte sich dies deutsche Siedlertum nicht kräftig und zahlreich entwickeln; doch deutscher Wirtschaftsfleiß, deutsches



Recht und deutsche Gemeindeverfassung haben bis in jene fernöstlichen Gegenden Verbreitung und Einfluß erlangt und sich unter schwierigsten Verhältnissen behauptet.

## Polen und seine östlichen Randgebiete

Die weiten Räume an Warthe und Weichsel mit ihren östlichen Zuflüssen sind ein breit sich hindehnendes, an fruchtbaren Böden reiches Flachland von Flußniederungen und Landrücken durchbrochen, nur im Süden vom Bergücken Lysa Gora im polnischen Mittelgebirge überhöht; nach Osten zu öffnet es sich weit, doch inmitten legt sich die große, einer Waldwildnis gleichende Rokitno-Sumpflandschaft am Pripet vor. Im Südosten schließt das Karpathenvorland am San und oberen Dnjestr an; über Wolhynien und Podolien dehnen sich die Weiten nach dem Lande der Schwarzerde, bis zur Ukraine, dicht an die südrussische Steppenlandschaft. Von Nordosten her nähert sich die westrussische Landhöhe dem Weichselraum; nördlich davon reicht das flache, vom Njemen umflossene Litauen bis zur Küste des Baltischen Meeres.

Das Kerngebiet des polnischen Staates, so wie er von den ersten Piasten geschaffen worden ist, liegt um Weichsel und Warthe, nach Westen zu vorspringend gegen die Oder hin, ostwärts in Annäherung an den Bug. Es ist Großpolen mit seinen Randlandschaften: Schlesien, das einer Grenzmark gleich, im Norden Kujawien und Masowien, im Südosten Kleinpolen bis etwa zum Flusse San (Westgalizien). Schon in der Gründungszeit dieses Staates entschied es sich, daß der Anschluß an das Abendland und seine Kultur erfolgte, obgleich die innere Verfassung Merkmale osteuropäischer Zustände nach wie vor behielt. Die Oberlehensherrlichkeit des Deutschen Reiches fand Anerkennung, freilich mit immer wiederkehrender Abschwächung, bis jene sich um den Beginn des 13. Jahrhunderts tatsächlich verlor. Zu zwingender Stärke gelangte in Polen die Fürstengewalt, voll entwickelt zur Zeit Boleslaw Chrobry's (992 — 1025). Dieser machtvolle Herrscher stützte sich auf ein Gefolgschaftswesen, wobei nordgermanisches, wikingisches Vorbild wirkte. Eigentümlich aber war es, daß seine zahlreichen gepanzerten Krieger und Schildbewehrten in großen Burglagern zusammengehalten wurden; Gnesen und Posen werden als solche Burgsiedlungen genannt. Die Landesverwaltung gliederte sich nach Kastellaneien, Burgbezirken, bei deren Einrichtung die ostdeutsche Graf- und Burggrafschaftsverfassung in ihren Grundzügen Nachbildung erfuhr. Ein über Großbesitz verfügender Adel saß auf Geschlechtsburgen im Lande; daneben gab es einen Kleinadel, der auf Höfen mit eigenem Grund und Boden, wenn auch nach schmalem Ausmaß, wohnhaft war. Die

ländliche Bevölkerung, im standesrechtlichen Sinne teils frei, größtenteils hörig oder unfrei, lebte in gedrückten Verhältnissen. Schwer lasteten auf ihr die nach dem Fürstenrecht geforderten Leistungen, neben Lieferungen zum Unterhalt der Burgbesatzung namentlich die Fronen, die der Staat nach der noch herrschenden Naturalwirtschaft auferlegte: Hofdienste, Bau an den Burgen und Zufahrtswegen, Straßenwacht, Geleit der Wagen und Vorspann, Herbergspflicht, Arbeit an den Verhauen im Grenzwald, Hilfe bei der Jagd u. a. Der Wirtschaftsertrag blieb dürftig. Zwischen ausgedehnten Waldwildnissen und morastigen Niederungen lagen die siedelbaren Flächen mit meist noch kleinen Wohnplätzen; ja diese waren nicht einmal völlig fest. Eine nur lockere Gemeinschaft zwischen Wald, Weide und Wasser (opole) hielt sie zusammen; festgeschlossene Dorfverfassung bestand nicht. Feldbau wurde betrieben, doch nur mit dem „Haken“, der nicht tief zu pflügen vermochte; Waldbeute und Fischfang ergänzten den Ertrag. Der Viehstand war gering, der Schlag nur klein. Ein Maß von Arbeitsteilung, auch handwerklicher Art, war, zumal innerhalb des Großgrundbesitzes, erreicht. In der Nähe der Burgen gab es Plätze zum Abhalten großer Märkte mit Buden und Schenken, um so die erwünschten Fremdwaren und Kostbarkeiten für Fürsten, Adel und Kriegsmänner zu erlangen; doch fanden sie nur zu bestimmter Zeit im Laufe des Jahres statt; eine Rolle spielten dabei jüdische Händler. Allmählich stellte sich ein Bedürfnis nach Ausweitung des Wirtschaftsraumes ein; das Roden im Wald war nicht unbekannt, freilich noch kaum in fest geregelter Form.

In diese Kulturzustände wirkte der deutsche Einfluß herein. Am polnischen Fürstenhofe förderte ihn manche Heirat mit Frauen deutschen Geblüts: genannt seien Oda, eine sächsische Markgrafentochter als Gemahlin Mieskos und Mutter Boleslavs, sowie die „Königin“ Richeza (1034), Tochter des Pfalzgrafen Ezzo von Lothringen. Ihr Enkel Wladislaw-Hermann († 1103) führte einen deutschen Beinamen. Auch in den Adel Polens drang deutsche Art ein: Ansetzung und Ausstattung mit Lehngütern nach Ritterrecht zumal seit der Auflösung der großen Burglager und der Aus siedelung der kriegerischen Dienst zu Ross leistenden Gefolgschaftsleute; und nicht nur in Waffenführung und Sitte machte sich solcher Einfluß geltend, auch Ritterliche von deutscher Abkunft zogen herbei. Bedeutend war die Einwirkung der deutschen Kirche. Aus der Abhängigkeit von Magdeburg löste sich freilich Polen bald, und der vom Erzbischof Norbert unternommene Versuch, den einstigen Umfang der Magdeburger Kirchenprovinz wiederherzustellen (1130), mißlang. Gern zog man in Polen Italiener zu kirchlichen Aufgaben heran. Aber die deutsche Geistlichkeit war nicht zu entbehren; besonders bediente man sich ihrer für Zwecke der Heidenmission (Otto von Bamberg). Geringer war der deutsche Einfluß an den Bischofskirchen. Auch das klösterliche Leben wurde durch

Deutsche wesentlich gefördert, was besonders für die Zisterzienser gilt. Kloster Ląd an der Warthe wurde durch Mönche aus Altenberg bei Köln gegründet (1146); deutsch besetzt war Lekno, das nach Wngrowitz (1143) verlegt worden ist, beide in der Diözese Gnesen, dazu Kloster Paradise (1234, von Lehnin aus) mit seiner schönen gotischen Kirche, Odra (1237, Diöz. Posen) und Fehlen-Priment (Kr. Bomst). Es ist deutlich, daß diese Konvente lange daran festhielten, aus Deutschland (vom Rheine), auch aus Schlessen ihren Bestand zu ergänzen. Auch die neuen Orden, Franziskaner (Minoriten) und Dominikaner, breiteten sich trotz ihres romanischen Ursprungs von Deutschland her nach Polen aus; jene wurden der Ordensprovinz Sachsen angegliedert. — Ein neues Element westlichen Ursprungs, das wesentlich auf die Verfassungszustände schon vor der deutschen Kolonisation zu wirken begann, war die „Immunität“, namentlich in Verleihung an kirchliche Anstalten, aber auch an den Adel. Indes die damit ausgesprochene Befreiung von Abgaben und Leistungen für den Staat kam nicht der Bevölkerung selbst zugute, sondern denen, die nunmehr die Berechtigung zum Empfang erhielten; und ähnlich war es bei der gewährten Sonderstellung in bezug auf Handhabung der Gerichtsbarkeit und den damit verbundenen Schutz.

So war in der That mancherlei am Werke, um in Polen eine Entwicklung herbeizuführen, die eine Annäherung an die Art und den Stand abendländischer Kultur bedeutete. Indes der entscheidende Fortschritt geschah erst durch die Kolonisation nach deutschem Recht mit deutschen Siedelkräften. Damit bot sich eine Vermehrung der in wirrvollen Zeiten herabgeminderten Bevölkerung, mit ihr eine gesteigerte Arbeitsfähigkeit, zugleich die Verbreitung höherer Wirtschaftsformen in Landbau, Handel und Gewerbe, besonders auch die Zunahme geldwirtschaftlichen Verkehrs, mit all dem aber die erwünschte Stärkung und Festigung des Staates. Die politische Lage war damals so, daß nach dem Ausgang der kraftvollen Regierung Boleslavs III. Schiefmund († 1138) eine Auflockerung des Gesamtreiches infolge inneren Zwistes eintrat, um so mehr aber die Aufgaben einer Hebung des Kräftestandes in den Einzelfürstentümern wichtig wurden. Wie Schlessen sich zu lösen begann, so auch Masowien unter dem tatenlustigen, weitblickenden Herzog Konrad († 1247), der sich in verstärktem Maße der deutschen Kultur zuwandte und in den Hilfsmitteln, welche die Kolonisation bot, eine Kräftigung seines Herzogtums erstrebte. In Großpolen gedachte Herzog Wladislaw Dbonicz von Kalisz die Kolonisation in größtem Stile zu fördern. Umfassende Landvergaben an die Tempelritter im Neße — Wartheland (1224), sodann bei der Burg Diakel an die schlesschen Klöster Leubus und Heinrichau (die eine zu 3000 Hufen) befunden dies, obschon nicht sogleich mit dem erhofften Erfolg; in Polen selbst erhielt Lekno Land zu deutscher Dorfgründung (1233/34). Um die gleiche



Zeit ließ Heinrich I., der auch Herzog von Krakau war, Deutsche in Galizien auf Waldboden an den von den Beskiden herabströmenden Flüssen ansetzen (1234). Zahlreiche Dorfgründungen deutscher Art folgten in den nächsten Menschenaltern; auch Adel und Klerus nahmen daran teil. Diese Besiedlung erfolgte in Wellen, die hinlänglich erkennbar sind: seit Mitte des 13. Jahrhunderts im Gebiet um Posen, seit 1270 in Westgalizien, im 14. Jahrhundert im mittleren Galizien sowie im Lande von Lublin. Dorfanlage und Dorfrecht waren von ostdeutscher Art, ähnlich wie in Schlesien. Das Dorf haftete jetzt fest an seinem Standort innerhalb bestimmter Flurgrenzen. In der Ebene herrschte die Form des regelrechten Straßendorfs vor; an den Hängen der Karpathen ist die Anlage in gereihten Waldhufen kenntlich. Der Besitz an der Bauernstelle war erblich von Rechts wegen; so verwuchs der Bauer mit seinem Hof, nicht als ein Schollenpflichtiger, sondern weil ihm und den Seinen ein fester Rechtsanspruch zustand. Die Landzuteilung regelte sich nach Hufenmaß; mit besonderer Genauigkeit liegen aus Polen Beschreibungen der Hufenvermessung (fränkische Hufe zu 25 bis 26 ha) vor. Fest eingefügt war der einzelne in die dörfliche Genossenschaft. Ihre Mitglieder hatten einen Anteil an der Rechtspflege (Ausübung des Schöffenamts) und der Ordnung der Gemeindeangelegenheiten; auch der Schulze war im Dorfe nur der Erste, später freilich stiegen manche zu adliger Herrenstellung auf. Solche deutschrechtliche Siedlung bewirkte also nicht strengere Bindung als nach altpolnischem Recht; sie gewährte vielmehr bessere Freiheit, doch unter Einordnung in eine Gemeinschaft, die das Leben regelnd umschloß.

Die hervorragendsten Mittelpunkte deutschen Wesens wurden die Anlagen städtisch-bürgerlicher Siedlung. Am Fürsten- und Bischofssitz Masowiens, in Plozk, rief Herzog Konrad 1237, bald nach der Gründung Kulms, mit Hilfe eines Siedlungsunternehmers durch Verleihung an „Gäste“ eine deutsche Siedlergemeinde städtischer Art ins Leben, die sich schon der wesentlichen Vorzüge deutschen Stadtrechts erfreute. Im Jahre 1253 wurde die deutsche Stadt Posen gegründet, nach regelrechtem Grundplan neben der Burg unweit der auf dem anderen Wartheufer liegenden Siedlung um den Dom und Bischofssitz. Ein Unternehmer führte die Anlage durch, dem die Stellung eines Erbvogts zusiel; 17 Dörfer im Umkreis, dazu Ackerland, Weide, Wasser- und Mühlen-, auch Jagdgerechtigkeit wurden zugewiesen, in der Stadt selbst alle Einrichtungen geschaffen, wie sie zu einer vollkommenen Bürgeriedlung gehören, mit Markt, Rathaus, Kaufkammern, Münze, Jahrmaktsrecht, auch eigener Pfarrkirche, dazu mit besonderem Wehrschutz und besten Vorrechten zur Pflege der Gerichtsbarkeit, auch im Verkehr zwischen Deutschen und Polen. Wenig später erscheint Jung-Leslau (Inowracław = Hohensalza) mit deutschem Stadtrecht begabt. 1257 wurde die Stadt Krakau nach Magde-

burger Recht, wie es in Breslau gilt, mit Hilfe deutscher Siedelunternehmer (darunter Jakob, bisher Richter in Neisse) angelegt und mit allem Bedarf an Baulichkeiten, Grundbesitz, Fürsorge für Gewerbe und Verkehr ausgestattet und mit Bürgerfreiheit bewidmet. Eine Stadtgründung eigener Art war die am großen Salzwerk: Wieliczka (1290). In Warschau, das neben einem Weichseldorf entstand, sind deutsche Bürgernamen im 14. Jahrhundert nachweisbar.

Zahlreiche Dorfgründungen, weit über 80 Städte und Marktorde nach deutschem Recht sind in polnischen Landen während des 13./14. Jahrhunderts gezählt worden, wobei dies Recht bisweilen als fränkisches oder nach einer Stadt (Magdeburg; Neumarkt i. Schl., Posen) bezeichnet worden ist. Was bedeutet solche deutschrechtliche Siedlung auf polnischem Staatsgebiet in wirtschaftlich-sozialer und politischer Hinsicht? Eine breite Schicht persönlich freier Bevölkerung mit gesichertem Besitz war entstanden, deren Arbeitsgeschicklichkeit einen steigenden, mannigfaltigen Wirtschaftsertrag abwarf. Von älteren Lasten nach polnischem Recht war sie befreit; aber sie bot dem Staate andere höher zu schätzende Leistungen, die einer neuen Wirtschafts- und Gesellschaftsform gemäß waren. Durch ihre Vorrechte war sie ihm nicht ferner gerückt; allergrößtenteils saß sie selbst auf Boden unmittelbar unter dem Fürsten, und wo sie unter der Grundherrschaft wohnte, war ihr Verhältnis zum Staate nicht gelockerter als allgemein bei Grunduntertänigkeit. Nicht Auflockerung des Staates in Polen war Folge der deutschrechtlichen Kolonisation; sie festigte vielmehr an ihrem Teil seinen Bestand. Wie aber verhielt sie sich zur volksdeutschen Siedlung? Es ist unverkennbar, daß polnische Bevölkerung, auch wohl volllich gemischte, gemäß deutschem Rechte angefaßt worden ist, sei es nach Umlegung älterer Siedlungen, sei es bei völlig neuer Dorfgründung. Aber die Einführung und Bewährung der neuen Rechtsform und Siedelweise war nur durch den Zuzug von Rechtsträgern deutscher Herkunft und Abstammung möglich. Erhellte dies aus mancher einzelnen Nachricht, so erweisen jüngere urkundliche Quellen das Auftreten deutscher Sprache vor Gericht und bei der Verwaltung, die Namensgebung bei Ortschaften, Personen und Familien, auch das Brauchtum ganz klar eine beträchtliche Verbreitung echt volksdeutscher Siedlung in spätmittelalterlichen Jahrhunderten mit Lebenskraft bis in frühneuzeitliche hinein.

Diese Bewegung deutschen Ursprungs machte an den Grenzen des polnischen Staates nicht halt. Schon vor der Vereinigung mit Polen, die unter nicht unwesentlicher Mitwirkung eines Deutschen, Henneke (Hanulo) von Riga, zustande kam, sind in Litauen einzelne deutsche Niederlassungen entstanden: an der Memel in Kowno und Grodno (Rauen, Garten), auch in Wilna selbst. -- Deutsche Siedlung und deutsches Recht stießen auch bis in das benachbarte Reich der Rußen (Ruthenen) vor. Einst in den Zeiten vor den großen



Wanderungen waren die Lande unter germanischer Botmäßigkeit gewesen; Germanen hatten dort Siedlungen angelegt, eine Art des Hausbaus (das Vorhallenhaus) war bei ihnen in Brauch, der bei später dort siedelnden Völkern nachgewirkt hat. Warägern nordgermanischer Abkunft gelang die Aufrichtung einer Herrschaft mit dem festen, handelsberühmten Kiew als Mittelpunkt, die der Kern der russischen Reichsbildung geworden ist. Schon früh stellten sich von Deutschland aus Beziehungen nach dem Lande der Reußen ein. Der Missionsgedanke wies den Weg: Brun von Querfurt weilte am Hofe Wladimirs des Großen (1007), Reinbern von Kolberg mühte sich darum. Deutsche Herrscher knüpften Verbindungen an: Heinrich IV. versuchte dies; Friedrich Barbarossa erreichte, daß Jaroslaw von Halitsch seine Oberhoheit anerkannte, Wladimir Jaroslawitsch Tributzahlung versprach (1189). Deutsche reisige Kaufleute trieben im 12. Jahrhundert Handel nach Kiew von Enns und Regensburg aus; von Erfurt kamen sie bis nach Wolhynien, wo deutsche Zuwanderung bereits vor dem Mongoleneinfall nachweislich ist (in Wladimir; in Kiew 1180 „Hartwic“). Im 13. Jahrhundert geschah sodann Städtegründungen mit Deutschen (unter Daniel von Halitsch 1235 – 1265): Cholm 1237, Lemberg (Löwenberg, poln. Lwow) um 1270 (mit Magdeburger Recht 1352 bewidmet), Wladimir (hier 1324 Bertram, Kaufmann und Ratsherr). Dem katholischen Kirchentum boten die Deutschen einen kräftigen Halt; von Lebus aus wurde Reußen kirchlich betreut. Eine erhöhte Wichtigkeit erlangte das Deutschtum, als Polen schon unter Wladislaw Lokietek (1320), mehr noch unter Kasimir dem Großen (1340) eine Wendung seiner Politik nach dem Osten zu vornahm. Dazu konnten nun so recht die Kräfte eingesetzt werden, die das östliche Deutschtum bot: ritterliche Streitkräfte auf den Feldzügen (sogar mit Beihilfe der Ordensritter), andere bei der Verwaltung, und auch Bürger der reußischen Städte waren zur Hilfe bereit. In den eroberten Grenzgebieten (Rotrußland bis zur Ukraine) begann nun die große Ausbreitung des deutschen Siedelwerkes unter dem sehr tätigen Statthalter Ladislaus von Oppeln (mütterlicherseits aus piastischem Geschlecht, während der ungarischen Verwaltung (1379 – 1385) und unter Wladislaw Jagiello, in den Städten und den dicht um sie sich gruppierenden Bauernsiedlungen, ein Vorgang, der bis in das nächste Jahrhundert anhielt. Die Zahl und Ausbreitung der Siedlungen, in denen Deutsche eine Wohnstatt gefunden haben, erweist sich in diesen fernöstlichen Gegenden als überraschend groß. Mancharbiges Bild solch deutscher Gemeinden in Stadt und Land ist zu entwerfen (Krzemienica bei Laskut, d. i. Landshut); bis in späte Zeiten hat deutsches Stadtrecht hier Geltung gehabt. All dies ist ein helles Zeugnis für die Strahlungskraft deutscher Kultur.



## Ergebnisse

Die ostdeutsche Siedelbewegung mittelalterlicher Zeiten hat, wie eine Uberschau über die von ihr ergriffenen Landschaften zeigt, Wirkungen von größter Tragweite in der deutschen Volksgeschichte gehabt. Es ist gesagt worden, daß das von Deutschen besiedelte Gebiet dank der Ostkolonisation schätzungsweise um die Hälfte seines bisherigen Bestands erweitert worden sei; man wird den Raumgewinn auf etwa 300 000 qkm schätzen dürfen. Über den damals erreichten Grenzsaum hinaus ist die geschlossene deutsche Volksiedlung nicht mehr wesentlich vorgetragen worden. Indes nicht nur die Größe des gewonnenen Siedelraumes war bedeutsam, ebenso auch seine Gestalt und Gliederung. Der Verlauf der Ostgrenzen deutschen Volksgebiets zeigt einen Wechsel umfassender Aus- und Einbuchtungen. An drei Stellen ladet das räumlich geschlossene, mindestens schon sehr verdichtete deutsche Siedelgebiet weit aus: nach Südosten zu im Ostalpenbereich nahe zur Adria, im oberen Oberraum (Schlesien) bis zu den Nordhängen der Karpathen, an der Ostseeküste bis zum Kurischen Haff. So waren drei starke Außenpfeiler errichtet; die Landbrücke von dem mittleren zum südöstlichen war bereits recht fest gefügt, nach Nordosten breit angelegt. Im Innern waren diese Ost Räume mit deutscher Siedlung noch nicht ausgefüllt. Weite Wald- und Heidestrecken und schwer zu bearbeitende Bruchländereien waren von der Siedlung noch unberührt. Auch fehlte es nicht an Bevölkerungsresten slawischer oder altpreussischer Abstammung, die an ihrer Haus- und Umgangssprache, auch an Siedel- und Wirtschaftsgewohnheiten festhielten. Aber deutsche Niederlassungen waren auch über jenen Grenzgürtel vollgewonnenen deutschen Siedelraums hinausgelangt; und überallhin war der Einfluß deutscher Kultur gedrungen, in den Elbe-Oberraum, tief nach Ungarn und in die benachbarten Slawenlande hinein. In dem westöstlichen Kulturgefälle war die Grenzzone zwischen Abendland und Osteuropa in „Zwischeneuropa“ dank dem Deutschtum ostwärts um ein gutes Stück hinausverlegt. Die Stellung des Deutschtums nach Ostmitteleuropa zu war wesentlich verstärkt. Doch auch die Ostvölker hatten dank den Wirkungen, die von der deutschen Ostsiedlung ausgingen, an Kraft zugenommen. Unvermeidlich stand eine Auseinandersetzung bevor. Der Ausgang des ersten Zeitalters deutscher Ostkolonisation bedeutete nicht den Abschluß, sondern nur einen Abschnitt in dem geschichtlichen Werden des Ostdeutschtums.

## 4. Vom Mittelalter zur Neuzeit: Stillstand, Ausbau und Gegenwehr

In den Jahrhunderten nach der Höhezeit ostdeutscher Kolonisation, als sich die Nachwirkungen der großen Siedelbewegung geltend machten, trat eine merkliche Verlagerung der politischen Machtbildung auf deutschem Staatsboden ein. Während sich die staatlichen Kräfte im mutterländischen Deutschland in engräumiger Aufspaltung um eine Fülle mehr oder minder bedeutender Machtmittelpunkte, Sitze landesfürstlicher Verwaltung, Reichsstädte und Herrensitze der Reichsritterschaft, gruppierten, entstanden im deutschen Osten großräumige Staatsgebilde, deren in kräftigem Aufbau geordnete Machtzusammenballung ihnen die Führung der deutschen Geschichte zuwies. Wohl wurde in den nachfolgenden Jahrhunderten die Geschichte des deutschen Volkes noch immer schicksalhaft vom Rheine her bestimmt. Aber die entscheidungsvollsten Vorgänge spielten sich im Osten ab, oft in schweren Kämpfen und im politischen Kräftespiel weit über die Grenzen des Deutschen Reiches hinaus. Nicht zu übersehen ist dabei, daß die Männer und Geschlechter, die jene Machtgebilde im Osten gestalteten, aus dem Westen übersiedelten, ganz in der Zugrichtung, die der großen Siedelbewegung eigen war.

Die Dreigliederung ostdeutscher Siedlungsgeschichte wirkte sich auch in diesen Ballungen politischer Kräfte im deutschen Ostraum aus. Am frühesten gelangte eine Machtbildung der Mitte zur Vorherrschaft. Nach König Ottokars glückhaftem Aufstieg und jähem Ende (1278) folgte bald nach Wenzels, des letzten Přemysliden Tod (1306) die Begründung der stolzen Macht des Hauses Luxemburg, das die Länder der böhmischen Krone gewann, dazu die deutsche Königswürde und sich mit dem noch nicht verblichenen Glanz des römischen Kaisertums schmückte. Unter Kaiser Karl IV. (1346 – 1378), der klug und weitschauend mit dem Blick nach dem Osten seine politischen Pläne spann, erreichte es die Höhe seiner Weltgeltung. Um das Kerngebiet des inneren Sudetenraums legten sich die Gebietserwerbungen: von der Altmark (Zangermünde) über die Lausitzen nach den schlesischen Landen; mit den Ostseestädten, auch mit dem Deutschen Ritterorden wurde politische Verbindung gepflegt, die Angliederung Ungarns, möglichst auch Polens vorbereitet. Eine höchst angesehene Zwischenstellung zwischen den volldeutschen Reichslanden und der deutsch-slawischen Mischzone im östlicheren Mitteleuropa nahm diese luxemburgische Hausmacht mit dem „goldenen Prag“ ein, ausgerüstet zu deutscher Kulturvermittlung nach dem Osten. Indes seit Karls unfähigem Nachfolger stürzte sie sehr rasch zusammen. Unter Sigmund, der zugleich die Krone Ungarns trug, brachen die Stürme der hussitischen Erhebung in Böhmen

los (1419), die sich nicht nur in Erbitterung gegen den weltlichen Herrn und die katholischen Priester, sondern auch mit aufzüngelnder Volksleidenschaft gegen das Deutschtum im Lande richtete. — Inzwischen waren im Süden und Norden Anfänge bedeutsamer, in die Zukunft weisender Machtzusammenfassung geglückt. In Österreich und den Ostalpenländern wurde eine solche aus Babenbergischem Erbe durch das Haus Habsburg erneuert, dem König Rudolf (1282) die Bahn in den Ostraum seines politischen Wirkens wies. Schon sein Sohn König Albrecht, hart, aber weitblickend, strebte eine Vereinigung mit Böhmen an; allmählich gelang es, die Hausmacht zu erweitern (1335: Erwerb von Kärnten und Krain) und auch innerlich zu festigen (Herzog Albrecht II.; Rudolf IV. 1358 — 1365). Bereits richtete sich die Ausschau auf Ungarn. Ein Anschluß glückte freilich erst um zwei Menschenalter später und nur für eine kurze Zeitspanne: Herzog Albrecht (V., seit 1406) gewann Ungarn und Böhmen und vereinte beide Königskronen mit der des Deutschen Reiches (1438; als II. seines Namens). Indes als er sich gegen einen neuen, von Südosten vordringenden Feind, die Türken, wandte, ereilte ihn ein früher Tod (1439); Österreichs Vormachtstellung im Donauraum ging nach Kämpfen um das Recht seines nachgeborenen Sohnes Ladislaus († 1457) verloren, wenn auch König Friedrich (Kaiser Friedrich III.) Habsburgs Anspruch in den westungarischen Gebieten (zumal im Burgenland) zeitweilig mit Erfolg geltend gemacht hat. — Im deutschen Nordosten gestaltete sich die Bildung der politischen Räume nicht gleich einheitlich. Von der Mark Brandenburg aus hatte das Haus Askanien eine weitgebietende Macht geschaffen bis nahe an die Grenzen Preußens. Doch sie zerfiel nach dem allzu frühen Hinscheiden Markgraf Waldemars des „Großen“ (1319). Ein wirrvolles Jahrhundert verging, ehe der Anfang zu einer neuen staatlichen Ordnung von dauernder Kraft gelegt wurde. Mit der Belehnung des Burggrafen Friedrich von Nürnberg als Kurfürsten von Brandenburg (1415) trat das Haus Hohenzollern das Regiment in den Marken an, kurz bevor an der mittleren Elbe durch die Vereinigung des Herzogtums Sachsen-Wittenberg mit der Mark Meissen in der Hand des Wettiners Friedrichs des Streitbaren (1423) ein Bollwerk gegen die Hussiten geschaffen wurde. Im äußersten Nordosten erlebte der Staat des Deutschen Ritterordens die Zeit seiner höchsten Blüte, der in sich gefestigten politischen Kraft und des äußeren Glanzes seiner eigenartigen Kultur (unter dem Hochmeister Winrich von Kniprode, 1351 — 1382). Mit dem Erwerb Samaitens und der Neumark (1402), ja Gotlands erreichte er seine größte räumliche Ausdehnung. Doch schon zogen schwere Gefahren herauf, die diesem Außenpfeiler deutscher Siedlung und Reichsgeltung drohten.

Vor den Grenzen des Reichs, in den breiten Räumen gegen Osteuropa



erhoben sich seit Ausgang des 14. Jahrhunderts zwei große staatliche Machtbildungen, Polen-Litauen und Ungarn, zu gesteigerter Geltung, nachdem im Innern die Machtmittel dank der deutschrechtlichen Siedlung ein starkes Wachstum erfahren hatten. Beide standen zeitweilig durch ein dynastisches Band in nahem Verhältnis zueinander (zuerst unter König Ludwig aus dem Hause Anjou, 1370—1382), freilich auch in manchem Gegensatz und Wettbewerb bei ihren westwärts ausgreifenden Unternehmungen. Das bedeutendste Ereignis war nach dem Aussterben der polnischen Piasten die Vereinigung Polens mit dem Großfürstentum Litauen, als sich Hedwig, Erbin der Piastenkronen, mit Wladislaw Jagiello (Jagail) vermählte (1386). Der politische Druck des neuen Doppelreichs richtete sich wechsellabwärts dem Meere zu gegen den Staat des Deutschen Ordens. Der Kampf entschied gegen ihn; doch erst nach längerem Siechtum vollendete sich sein Geschick (1466). Nach diesem Erfolg an der unteren Weichsel griff Polen, aus der Zange zwischen Böhmen und dem Orden befreit, nach dem Sudetenraum aus. Als der hussitische Böhmenkönig Georg Podiebrad starb, wurde Wladislaw, ein Jagiellone, zu seinem Nachfolger erwählt (1471). Ihm trat der hochstrebende Matthias Corvinus, König von Ungarn, entgegen; es kam zu einer Teilung: Wladislaw behauptete nur Böhmen, dem Ungar fielen Mähren und Schlessen, auch die Oberlausitz zu. Ein Vorstoß nach Österreich führte ihn bis an die Enns, Wien selbst wurde genommen (1485) und in der Zeit seiner größten Macht im Donauraum sein Herrscherthum († 1490). Ihre Höhe erreichte die slawische Vorherrschaft in Ostmitteleuropa zur Zeit der Vereinigung Böhmens und Ungarns in der Hand König Wladislaw's II., polnischen Geblüts, danach seines Sohnes Ludwig († 1526). Erst als seit der Klugen, vom Glück beschwingten Politik Maximilians das Haus Habsburg sich seine Weltstellung schuf, brach ein neues Zeitalter an, das auch an den Ostgrenzen des Reiches einen Wandel der Machtverteilung herbeiführte.

Diese politische Lage im Ostraum während der spätmittelalterlichen Jahrhunderte war dem Gedeihen ostdeutscher Siedlung nicht günstig. In der That kam die Siedelbewegung allmählich ins Stocken. Noch immer folgten Wandernde auf den einst beschrifteten Bahnen; doch die Schwungkraft der Höhezeit war dahin. Die Ursachen zu solchem Nachlassen waren mannigfaltiger Art, ebenso in den Zuständen auf dem mütterländischen Boden begründet wie in denen der Ostlande selbst.

Eine allgemeine Erscheinung europäischer Bevölkerungsgeschichte im 14. Jahrhundert war die Ausbreitung rasch einander folgender, aus dem Orient eingeschleppter pestartiger Seuchen; am verheerendsten wütete der „Schwarze Tod“ (1348). Nach den großen Verlusten an Menschenleben minderte sich der zur Abwanderung nach dem Osten fähige und gewillte Bevölkerungsnach-

wuchs, der zur Auffüllung daheim nötig war. Überdies wirkte die wirtschaftlich-soziale Entwicklung im Mutterland dem Abwandern entgegen. Sehr groß war in den letzten mittelalterlichen Jahrhunderten die Zahl der Städtegründungen in Deutschland; von Landschaft zu Landschaft ostwärts fortschreitend, wuchs sie auf Hunderte in den Zeiten erstarkender, ja übermächtig werdender Stadtwirtschaft an. Die größere Sicherheit der Stadt, die mannigfache Möglichkeit zu gewinnbringendem Handel und Gewerbe, auch Annehmlichkeiten des städtischen Lebens wirkten lockend; so zogen die Städte ländliche Bevölkerung an sich, die „Großstädte“ mittelalterlichen Ausmaßes auch wiederum solche aus den kleineren Städten, und brauchten sie gleichsam auf, um so mehr, als die Stadt einen ausreichenden eigenen Bevölkerungsnachwuchs nicht hervorzubringen pflegte. Es ist Tatsache, daß damals ländliche Orte in beträchtlicher, bisweilen ganz erstaunlicher Zahl eingegangen, „wüst“ geworden sind; und wenn auch die bestehende Agrarkrise nicht danach gemessen werden darf, wenn gewiß nicht allgemein von Landflucht zu reden ist, so ergab sich, daß das Bauerntum nicht mehr die eigenen Lücken ausreichend aufzufüllen vermochte. Dazu machten sich hemmend die neuen Bindungen fühlbar, die namentlich im deutschen Südwesten die Bewegungsfreiheit der „armen Leute“ auf dem Lande einschränkten. Der Grundsatz „Landluft macht unfrei“ breitete sich aus; Ortsobrigkeiten, Grund- und Markherrschaften beseitigten den „freien Zug“ oder unterbanden ihn durch erschwerende Maßnahmen; das gleiche strebten die Inhaber der landesherrlichen Gewalt an, bäuerlichen wie bürgerlichen Untertanen gegenüber. Gewiß drangen die Herren damit nicht durch; indes weithin wurde das Volk in Fesseln geschlagen. Die abligen Geschlechter des Mutterlands entsandten noch immer Männer in die Ritterschaften und Orden des Ostens. Doch Anzeichen eines Niedergangs waren unverkennbar. Ein Teil des Adels entartete, stürzte sich in Fehden und verfiel dem Raubrittertum; nicht wenige wurden in die Geldwirtschaft verstrickt und verarmten, manche altfreiherrliche Sippe endete, weil ihre Sprossen das geruhsame Leben in vornehmen Stiftern vorzogen. Bestenfalls bot die Ausübung einer Kleinherrschaft oder der Verwaltungsdienst beim Landesfürstentum Aufgabe und Unterhalt. Die Kraft zu kolonialisatorischer Führertätigkeit schwand dahin.

Waren somit die Antriebe und Möglichkeiten zur Abwanderung aus dem Mutterland geringer, so mochte auch das Ostland minder aussichtsvoll erscheinen als einst zur Höhezeit der Kolonisation. Der Landesausbau hatte dort schon mancherorten die Siedelgrenze, die nach der natürlichen Fassungskraft geboten war, überschritten, hatte sich auf allzu ungünstige Böden vorgewagt. Freilich standen im fernerem Osten noch ungeheuerer Räume Waldbodens oder Bruchlandes zur Verfügung; indes den größten Aufgaben der

Urbarmachung war das damalige Können noch kaum gewachsen, wie auch im Mutterland Odlandstrecken ungenutzt liegenblieben. Wichtiger ist die Entwicklung der wirtschaftlich-sozialen Zustände im Osten. Es ist nicht zu verkennen, daß sich die Lebensbedingungen der Siedler und ihrer Nachkommenschaft mannigfach verschlechterten. Die Freijahre gingen vorüber; Befreiung von öffentlichen Leistungen galt oft nur auf Zeit, danach wurden Steuern und Heeresdienst auferlegt. Das gute Besitzrecht wirkte nach; weithin ist es nicht aufgehoben worden. Aber es fehlte nicht an einer gewissen Angleichung an ungünstigere Rechtsformen; Lehenware und Handänderungsgebühren wurden eingeführt, die dem Grundherrn und Obereigentümer am Bauerngut zustehenden Befugnisse sind vermehrt, die des Bauern dementsprechend vermindert worden, bis zur Annäherung an ein befristetes Recht eingeschränkter Nutzung. Auch die Einbeziehung in die Fronverfassung eines Herrenguts ist bei Bauernstellen nicht ausgeblieben, wobei die Übernahme fronpflichtigen Ackers eine Rolle gespielt haben kann. Überdies erfuhr die Stellung eines nicht geringen Teils der Bauernschaft im Staate dadurch eine Minderung, daß den Grundherren, vornehmlich dem ritterlichen Adel, die Gerichtsbarkeit, wenigstens die niedere, bisweilen mit Einschränkung auf das Gehöft, oder mindestens eine niederste über Schuld geringen Betrags überlassen wurde. Bewahrten im Süden und im nahen mitteldeutschen Osten die agrarischen Zustände das Gepräge grundherrschaftlicher Verfassung, so bereitete sich in den östlicheren Landschaften jene Entwicklung vor, die zur Ausbildung der ostdeutschen Gutsherrschaft mit ihrer die bäuerlichen Erbuntertanen an den Gutsbetrieb streng bindenden Arbeitsverfassung führte, dabei Bauernland in Gutsländ wandelte und statt erbgeessener Bauern Gärtner und Kossäten den Vorzug gab. Das Verbleiben benachbarter slawischer Bevölkerung, die schon zuvor unter härterem herrschaftlichen Druck gestanden hatte, trug dazu bei, daß sich die gehobene Lage des deutschen Siedlertums in rechtlicher und wirtschaftlicher Hinsicht bei ihrer Nachkommenschaft senkte, während bei slawischen und preussischen Bevölkerungsresten eher ein gewisser Aufstieg unter deutschem Einfluß möglich war. Gesicherter als die Deutschen bäuerlichen Standes war das deutsche Bürgertum der Städte, umwehrt und zusammengehalten vom Mauerring, geschützt durch die stattlichere Volkszahl, die wirtschaftliche Stärke, die freiheitliche und doch straffe Ordnung des Gemeinwesens, durch seine Bedeutung für den Staat und das Ansehen der von ihm ausgehenden Kulturleistungen. Dabei war das Deutschtum des Ostens in Stadt und Land schon so zahlreich und weitflächig verbreitet, daß die Städte für den Zuwachs, dessen sie an bestehenden Plätzen sowie bei den vielen Neugründungen bedurften, ebenso wie auch neue dörfliche Siedlungsanlagen nicht mehr auf mutterländischen Zuzug angewiesen waren.



All diese Umstände lassen es begreiflich erscheinen, daß die nach Osten gerichtete Siedelbewegung stille hielt. Indes wäre es unzutreffend, für jene Zeitspanne vom Mittelalter zur Neuzeit nur über Versagen und Versickern, über Verluste des Deutschtums im Osten zu sprechen. Auch von tapferem Standhalten ist zu berichten; und es fehlte an neuen förderlichen Leistungen nicht. Eine Überschau möge von Raum zu Raum den Stillstand oder Fortschritt, auch erzwungenen Rückgang und ihre Ursachen zeigen.

Im Südosten des geschlossenen Volksgebiets war der Wandel vergleichsweise gering. In Osterreich und den umrandenden Gebieten blieb das Deutschtum ungefährdet. Fester schloß es sich zusammen. Verschiedenheiten nach der Stammesherkunft glichen sich aus; ist doch die Verbreitung bairischer Mundart in dem ganzen Sprachgebiet recht einheitlich geworden. Veränderungen des Siedlungsbildes aber traten mit Unterschieden nach dem Landschaftscharakter auf. In den trockenwarmen, ebenen Landstrichen Niederösterreichs gegen das steppenhafte ungarische Tiefland hin fällt die beträchtliche Zahl der damals wüst gewordenen Ortschaften auf. Lang andauernde agrarische Notstände wirkten darauf ein, zumal wo die Ernte durch ungünstige Witterung oft ungewiß war. Unverkennbar ist die Abwanderung ländlicher Bevölkerung nach Wien und anderen Städten, auch nach den Weinbauorten, wo lockendere Lebensbedingungen winkten. Indes da der Ortschaftsverlust vornehmlich im Bereich der großen planmäßigen Dorf- und Flurformen festzustellen ist, so dürfte darauf auch die Zusammenlegung von kleineren Siedelanlagen ohne Schwächung des bäuerlichen Deutschtums eingewirkt haben, wie freilich auch die Umwandlung in einen adligen Wirtschaftshof. An den Hängen des Berges hielt sich bei zünftiger Bewässerung der Siedlungsbestand in seiner dichteren Lagerung minder großer Formen. Im Hochgebirge schritt der Landesausbau noch immer vor, so daß sich Lücken in dem überhaupt siedelbaren Gelände schlossen.

Die bedeutsamste Erweiterung deutscher Siedlung über die erreichten Volksgrenzen hinaus geschah in der Gottschee, in Krain, südlich von Laibach, am äußersten Grenzsaum des Reichsgebiets. Dies unwirkliche Hochland mit dürrer Karstboden blieb bis in das hohe Mittelalter hinein waldbedeckt und unerschlossen. Erst als es als Lehen der Patriarchen von Aquileja (Agleh) an das kärntnische Geschlecht der Grafen von Ortenburg kam, wurde es der Besiedlung durch Deutsche gewonnen. In „Mooswald“ unter dem Friedrichstein setzte sie ein (um 1330). Um die Mitte des 14. Jahrhunderts mehrten sich die Siedlungen; das Tal der Kulpa wurde eingenommen, Gottschee selbst entstand als Markort (1377) inmitten einer Beckenlandschaft. Der Besiedlungsvorgang griff weiter um sich (Götnitz, Reifnitz, Pölland), währte auch bis in das späte Mittelalter mit verstärkendem Zuzug. Anfänglich herrschte

Niederlassung zu bäuerlichem Anbau vor; in jüngeren Zeiten bot die Holzarbeit eine künftige Daseinsmöglichkeit. Ihrer Herkunft nach entstammten die Siedler aus Kärnten und Krain, aus Tirol (so in Deutsch-Ruth), auch aus den lombardischen deutschbesiedelten Gegenden zwischen Eisack, Eisch und Sonzo (mit den später sogenannten „cimbrischen“ Gemeinden). Die im Lande Gottschee gesprochene Mundart hat wesentlich bairisches Gepräge, aber auch schwäbischen und fränkischen Einschlag; reich ist das Liebergut altvolkstümlicher Art. So entstand und erhielt sich diese größte, nach dem äußersten Südosten vorgeschobene Insel des Deutschtums unweit der Adria.

In Ungarn geriet das Deutschtum seit dem Stillstand der großen Kolonisationsbewegung weithin in wachsende Bedrängnis, obschon die Verbindung mit dem Mutterland nicht verloren ging. Die Krongewalt blieb zu Schutz und Förderung geneigt, da die Deutschen in Stadt und Land, werktätig und wirtschaftlich leistungsfähig, ihr als wertvoll galten. Doch der Adel, der im ungarischen Staat nach seiner ständischen Verfassung von ausschlaggebender Bedeutung war, stand dem deutschen Bürgertum mißgünstig gegenüber. In die Städte drängte er sich hinein, suchte Grundbesitz darin zu erwerben und an den städtischen Vorrechten teilzunehmen, dabei aber die Adelsfreiheit geltend zu machen und so sich dem Mittragen städtischer Leistungspflicht zu entziehen. Am drückendsten wurde die Lage für die Deutschen, die auf Komitatsboden unter ungarischen „Gespanen“ saßen und der Willkür des Adelsregiments preisgegeben waren. Schwer beeinträchtigt sah sich das Deutschtum in der Zips, als ein Teil der Städte pfandweise an Polen kam (1412) und das Band der Gemeinschaft unter den Zipser Städten zerrissen wurde. Bistritz im Nöfner Gau erlebte schlimme Jahre der Gewalt (1452—1458), rettete aber seine Bürgerfreiheit. Günstiger war das Geschick der Deutschen Westungarns in den Komitaten Odenburg und Eisenburg, also im Burgenland, wo mächtige Adelsgeschlechter in Verbindung mit Osterreich traten (die Grafen von Büßing, die von Mattersdorf-Forchstein), ja die Ausübung der Herrschaftsrechte zeitweilig an Fürsten und Große in Osterreich fiel. Am glücklichsten gestaltete sich die Lage bei den Siebenbürger Sachsen. Über das früher erreichte Maß wurde ihr Zusammenschluß gefördert; als eine „Nation“ verhandelte sie seit 1437 mit den beiden anderen der Magyaren und der Szekler. Das „Andreanum“, das die Grundzüge der Freiheit sächsischer Gemeinwesen enthielt, fand neue Bestätigung unter Matthias Corvinus (1486); Rechtsgleichheit für alle Ansiedlungen wurde hergestellt, man sprach seitdem von der „Universität der Sachsen in Siebenbürgen“. Solcher Einigung entsprach der kirchliche Zusammenschluß unter dem Dekanaten von Mediasch. Sogar in wirtschaftlicher Hinsicht gelang später eine ungewöhnliche Zusammenfassung. Klar offenbart es sich hier: Einigkeit macht stark. Der Wohlstand

gebied. Eindrucksvoll und sinnfällig zeigt sich dies in Werken der Baukunst, in den stattlichen Rathhäusern und Toren siebenbürgischer Städte und am eigenartigsten in den hochgetürmten Kirchenkastellen, in denen sich trutziger Wehrbau und starkgläubige Gottesverehrung wundervoll vereint, in ihrem wuchtigen Aufbau so recht Verkörperung der Aufgaben und Leistungen des Grenzlands, dessen Bedeutung in den Zeiten hereinbrechender Türkengefahr wieder aufs höchste gesteigert war.

Am schwersten wurde das Deutschtum des Sudetenraums in den Ländern der böhmischen Krone von der rückläufigen Bewegung im Spätmittelalter betroffen. Schon unter Kaiser Karl IV., so glänzend die Kulturpflege dank deutscher Meister damals war, kündigte sich die bevorstehende Wendung an. Unter dem willensschwachen Wenzel, der sich dem Einfluß des feurigen und geschmeidigen Johann Hus fügte, zeigten die deutschfeindlichen Maßnahmen, die Anlaß zur Abwanderung deutscher Lehrer und Studierender von der Prager Hochschule gaben, die Lage in grellem Licht. Die nationaltschechische Revolution, verschärft durch soziale Gärung und den Haß wider entartetes Priestertum, erhob sich in fanatischem Aufbegehren. Mit dem Sturm auf das Prager Rathhaus (Juli 1419) brach sie vor; Deutsche wichen aus der Stadt, kein Zuzug bot Ersatz. Die wilden Kämpfe der Hussitenzeit legten Dörfer wüste, Städte sanken in Brand und Schutt. Auf das furchtbarste wurde das Deutschtum in Böhmen heimgesucht, seine zahlenmäßige Stärke herabgedrückt, die Wirtschaftskraft zerstört. Auf dem platten Lande hob sich die Stellung des adligen Grundherrentums; die Freizügigkeit deutscher Bauern wurde beseitigt, Leibeigenschaft nahm wieder überhand. Den Städten wurde die Selbstverwaltung genommen, der Rechtszug nach deutschen Oberhöfen (Magdeburg, Nürnberg) gehemmt. Auch der Friedensschluß mit den Hussiten gab den Deutschen ihre Rechte nicht zurück. In Böhmen sollte nur ein „Böhme“ ein Amt bekleiden dürfen; das Tschechische war allein als Amtssprache bei Eintragung in öffentliche Bücher zugelassen (Landesordnung von 1500). Die deutsche Siedlung erlitt beträchtliche Verluste, namentlich da, wo sie nur locker gewesen war. Die eigentümliche Randlagerung des Deutschtums bildete sich schärfer heraus; aber es ist doch nicht erst in der Hussitenzeit aus breit und geschlossen deutsch besiedelten Gauen der Landesmitte dahin abgedrängt worden. Sprachinseln hielten sich als Überbleibsel einst großräumigeren Bestands. Indes vernichtet wurde das Deutschtum in den böhmischen Ländern keineswegs; es bewährte in sich Beharrungskraft, fand auch Rückhalt an dem geschlosseneren deutschen Volkstum der umgebenden Nachbarlande. Besonders gilt dies vom Egerland, das noch immer staatsrechtlich nicht zu Böhmen einverleibt war. Auch an dem neuen Kulturschaffen in der Übergangszeit vom Mittelalter in das 16. Jahrhundert hat das Sudetendeutsch-



tum hervorragenden Anteil gehabt: am Schrifttum der neuen Hochsprache (der „Ackermann aus Böhmen“), an tüchtigen Leistungen der Baukunst, der Bildnerei und Malerei (künstlerische Gestaltung des Flügelaltars).

In den deutschen Herrschaftsgebieten des Nordostens, so gewiß sie von mißgünstigen Erscheinungen der wirtschaftlich-sozialen Entwicklung im Spätmittelalter nicht verschont blieben, erhielt sich nicht nur die gewonnene Ausbreitung des Deutschtums, vielmehr vermochte sie noch gewisse Fortschritte zu tun. Neben dem auch hier nicht fehlenden Ortschaftsverlust im Altiedlungsbereich fand eine förderliche Nachkolonisation statt, die auf abgelegene und minder ergiebige Böden des Gebirgs und der großen Heiden in der Ebene vordrang, oft nur in kümmerlichen Formen, aber doch in Mehrung des Siedlungsbestands, ein besonderes Merkmal der Zähigkeit und Ausdauer des deutschen Siedlertums. Die Bildung großer geschlossener Räume siedelnden Deutschtums erfuhr auch dadurch manche Ausfüllung, daß fremde Bevölkerungsreste im kulturkräftigeren Deutschtum aufgingen. Es war durchaus nicht Grundsatz der Deutschen, friedliebende Wenden oder Preußen ausrotten zu wollen. Wo wirklich an einzelnen Orten Slawen verdrängt worden sind, geschah es, indem man nur über ihre Äcker verfügte, die ihnen ohnehin nicht als eigen gehörten. Verfolgen läßt sich dieser Vorgang des Deutschtums an Merkmalen der Wirtschaft (Maß nach deutschen Hufen statt der wendischen und preussischen „Haken“), mehr noch am Aufhören des Gebrauchs der wendischen Sprache vor Gericht. Wie nach Staffeln läßt sich dies im Vorschreiten nach Osten zu beobachten: gegen Ausgang des 13. Jahrhunderts in den Elbgegenden unter der Herrschaft des Hauses Anhalt, wenig später in der Mark Brandenburg, im Osterland (beim Landgericht Leipzig 1329) und an der Mulde, nach einem Jahrhundert auch im Meißnischen (1428). In Mecklenburg, wo gründliche Ermittlungen nach urkundlichen Nachrichten, Personen- und Familiennamen angestellt worden sind, hielt sich die wendische Sprache bis gegen 1400, dichter in einigen Gegenden (an der Jabelheide, im Lande Weningen), aber auch hier wohl kaum weit über den Anfang des 16. Jahrhunderts hinaus. In westlicheren Landstrichen, an der Lüneburger Heide (im Hannoverschen Wendland) und im Altenburgischen, wo seit Jahrhunderten die deutsche Herrschaft unangefochten war, vermochte die wendische Hausprache sich noch länger zu behaupten. Am zähesten beharrte das Gebiet, in dem die ober- und niedersorbische Mundart gesprochen wurde, in der Ober- und Niederlausitz, unter wechselnden Herrschaftsverhältnissen mit vorwaltender Angliederung an Böhmen. Eingriffe von Obrigkeit wegen sind kaum vorgekommen; die Kirche traf geistliche Fürsorge für ihre wendischsprechenden Kirchspieleingesessenen. Von den städtischen Mittelpunkten ging ganz natürlich ein deutscher Kultureinfluß aus, obschon

wendische Abkunft nicht etwa vom Erwerb des Bürgerrechts ausschloß. Eine den Deutschen abgünstige völkische Haltung trat in keiner Weise hervor, auch nicht zur Zeit der Hussiten, deren arge Feindschaft man in einer furchtbaren Notzeit erlitt.

In Schlesien waren schon, während die deutsche Kolonisation im vollen Gange war, Gegenbestrebungen hervorgetreten. Von kirchlichen Kreisen gingen sie aus, nicht ohne Einflüsse von Großpolen her. Eigene Einbuße wurde befürchtet, auch glaubte man altpolnischen kirchlichen Brauch, die Fastensitte und Art der Zehntenentrichtung, durch die anders gewöhnten Deutschen gefährdet (Klagen auf der Breslauer Synode 1248). Indes die Bischöfe von Breslau, noch mehr die weltlichen Großen, setzten das Siedelwerk fort. Im späten Mittelalter waren auch in Mittel- und Niederschlesien die Schranken seines Fortschreitens erreicht. In den höheren Sudeten und in waldreichen Strichen des Niederlands fehlte eine Nachkolonisation nicht. Aber es gab auch wüste Dörfer, mißlungene Siedelanlagen oder Folgewirkungen des Hussitenkriegs. Um den Beginn des 16. Jahrhunderts erscheint auf dem Kartenbild die Ober von der Mündung der Gläser Neiße ab etwa als deutsch-slawische Sprachgrenze, doch nicht ohne sprachlich gemischte Landstrecken auf beiden Stromseiten. Das Tschechische, das in den ober-schlesischen Fürstentümern während der Hussitenzeit in die Amtssprache eindrang, erlangte keinen Einfluß auf die ansässige Bevölkerung. Wie Schlesien in politischer Hinsicht zum Reiche gehörte, so waren seine dichtest bewohnten, wirtschaftlich wichtigsten Lande um den Beginn der Neuzeit volksdeutscher Boden.

Dramatisch bewegt und ereignisreich verlief die Geschichte des Volkstums vom Mittelalter zur Neuzeit im Gebiet des Ordensstaats, in den preussischen Landen. Bis zur Wende des 14./15. Jahrhunderts wurde die Siedeltätigkeit fortgesetzt. Wo deutsche Siedler zu haben waren, griff man auf sie; doch es zeigte sich, daß sie nicht mehr zur Genüge verfügbar waren. In den Waldwüsten der Grenzgegenden unterblieb die Ansiedlung, oder man ließ auch Bauern und Deutner (Nutzer der Waldbienenweide) preussischer und masurischer Abkunft, auch Polen, zur Niederlassung zu. Inzwischen schlossen sich die deutschen Siedelbezirke durch Siedlungsverdichtung enger zusammen. Auch in Gegenden, wo noch Reste stammesfremder Bevölkerung, Kaschuben oder Preußen, wohnhaft waren, machte das Deutschtum Fortschritte durch Angleich an deutsche Wirtschaft, entscheidender noch an manchen Orten durch Einführung deutscher Gerichtsverfassung unter einem Schulzen, der die Leitung der dörflichen Gemeinde übernahm. Immerhin, noch nahm die deutsche Siedlung nicht völlig und uneingeschränkt die Ordenslande ein, da entlud sich die schwere Krisis im Ringen mit dem soeben geeinten Polen und Litauen. Als der Zusammenstoß geschah, erlag das Heer der Ordensritter auf dem

Schlachtfeld bei Tannenberg (1410) trotz tapferstem Vorstürmen gegen die feindliche Übermacht. Noch gelang es der Umsicht und Entschlossenheit Heinrichs Keuß von Plauen, die Marienburg zu retten und dem Orden einen glimpflichen Frieden zu erwirken (Thorn, 1411); doch Samaiten ging verloren, die Verbindung mit Livland zerriß. Und nun erlahmte die innere Kraft des Ordensstaats. Die hohen Schwung weckende Sendung zum Kampfe wider die Ungläubigen war seit der Bekehrung der Litauer zu Ende. Der ritterschaftliche Landadel und die Städte, oft in Widerstreit untereinander, einten sich in ständischem Streben nach Freiheiten (im „Preussischen Bund“ 1454) gegen die Ordensherrschaft. Auf einen Hilferuf griff Polen, die auswärtige Macht, ein. Im Frieden von Thorn (1466) wurde das Ordensgebiet aufgeteilt, mit einer Grenzziehung, die weder auf wirtschaftliche noch völlliche Zusammenhänge Bedacht nahm. Der polnische König erlangte die Schutzherrschaft über das westliche Gebiet mit der Marienburg nebst Pommerellen und dem Kulmer Land; nur das östlichere Preußen verblieb dem Orden, auch dies nicht als räumlich geschlossener Besitz, sondern vom Ermland durchbrochen, dessen bischöflicher Landesherr die Oberhoheit des Königs von Polen anerkannte. Der Orden suchte nun Anlehnung an das Reich und mächtige reichsfürstliche Familien, nicht ohne einigen Rückhalt zu finden, freilich nicht genug zu kraftvollem Wiedererstarken. Die deutsche Siedlung in West- und Ostpreußen war fest genug, um in diesen Zeiten des politischen Niedergangs standzuhalten. In dem beim Orden verbleibenden Gebiet war sie nicht gefährdet; noch immer bot er ihr ausreichenden Schutz. Anders da, wo sich die Krone Polen in den Besitz der Macht gesetzt hatte. Nicht sogleich, doch je länger, je mehr waren Deutschtum und deutsche Kultur durch das Vorgehen der Polen bedroht, zumal da die ländliche Bevölkerung unter dem Druck der wirtschaftlich-sozialen Entwicklung litt. Einen Gewinn vermochte Danzig zu ziehen, dessen Bürgerschaft mit nur ganz geringer polnischer Beimischung deutsch blieb. Die reiche Stadt wußte die neue Lage geschickt für sich auszunützen. Wertvolle Vorrechte wurden ihr zugestanden, so daß sie eine höchst selbständige Stellung einnahm. Die Beifügung einer goldenen Krone zu den beiden silbernen Kreuzen im roten Feld brachte dies sinnfällig zum Ausdruck. Danzig erlebte eine Zeit der Handelsblüte mit erstaunlich regem Verkehr. Den Wohlstand des Bürgertums zeigten die stattlichen Neubauten des Rathauses und des Artushofes mit seiner hohen festlichen Halle; der hochragende, gedrungene Bau der Marienkirche wurde zum Abschluß gebracht. Auch im Großverkehr der staatlichen Mächte Europas stand Danzig in voller Geltung da (Bürgermeister Eberhard Ferber; 1510).

In Polen und seinen hinzugewonnenen Gebieten ging das dort festhaft gewordene Deutschtum Zeiten schwerer Anfeindung und Bedrängnis entgegen. Der Widerstand ging von dem höheren Klerus aus, der eine Benachteiligung



durch den Eintritt Deutscher in geistliche Ämter und Pfründen, auch in die reichen Klöster, und damit eine Schmälerung seines Ansehens und seiner Einkünfte befürchtete. Auf kirchlichen Synoden (in Leczyca 1285) wurden heftige Klagen laut; hatte schon Bischof Bogufal von Posen vor den Erfolgen deutscher Tüchtigkeit gewarnt, so wandte sich nun der Erzbischof von Gnesen, Jacob, mit dringender Bitte um Abhilfe nach Rom. Den sich noch verschärfenden Gegenbestrebungen in kirchlichen Kreisen wider die Deutschen schloß sich ein Teil des Adels an, gegen die unter der strengeren Gutsheerrschaft wohnenden Bauern, indem der Druck auch auf sie lastender ward, vornehmlich jedoch gegen das deutsche Bürgertum der Städte, dessen Wirtschaftskraft und auf freiheitliche Vorrechte gegründete Geltung mit Mißgunst angesehen wurde. Das Königtum bewahrte dem Deutschtum länger eine wohlwollende Würdigung, zumal während der langen friedlichen Regierung König Kasimirs (1333–1370), der ein Schützer des Bauernstandes war, Rechtssicherheit schuf und Besserung des Gerichtswesens erstrebte. Aber schon kündigte sich die bevorstehende Wendung an. Wenn in Krakau ein oberstes deutsches Gericht eingesetzt wurde, so kam dies den Deutschen im Staatsgebiet zugute; aber es löste zugleich den Zusammenhang mit dem Mutterland, wohin der Rechtszug unterbunden werden sollte. Seit der Vereinigung Polens mit Litauen (1386; 1401) gestaltete sich die Lage des Deutschtums bedrohlicher. Die Könige aus dem Hause der Jagiellonen gewährten nicht mehr den Schutz wie zuvor. Überhaupt wurde der Adel, der sich aus den Reihen der Deutschen selbst verstärkte, mächtiger im Staat. Er drängte in die Städte, erwarb dort Machtstellung und Grundbesitz, wozu Heirat mit reichen Bürgerstöchtern half, und begann die Freiheiten der Bürger zu beschränken: das Polentum hielt in deutschen Städten Einzug. Tapfer setzte man sich zur Wehr, jedoch vereinzelt, nicht in stärkendem Zusammenschluß und wirksamer gegenseitiger Hilfe. Deutscher Nachwuchs ging seiner Volksart verloren. Indes würde es nicht richtig sein, das Bild des Deutschtums in Polen-Litauen im Spätmittelalter und um den Beginn der Neuzeit nur düster zu zeichnen. Erstaunlich groß war die Zahl deutscher Siedlungen, der Städte und der rings um diese Brennpunkte geschart liegenden Dörfer. Bürgerverzeichnisse, Ratslisten, Schöffensbücher, Aufzeichnungen deutschen Rechts, Urkunden zeugen von der Verbreitung und dem regen Leben des Deutschtums in polnischen Landen, das sich besonders kraftvoll in den Ostmarken Polens, in Rußen, hielt. Der Zuzug von Deutschen war im 15./16. Jahrhundert schwächer; doch er hatte noch nicht aufgehört. Aus Nürnberg, aus der Pfalz, auch aus dem Elsaß und der Schweiz, mehr noch aus ostmitteldeutschen Landen ist Zuwanderung festzustellen (in Krakau und Lemberg). Beziehungen zu Familien in der Heimat wurden gepflegt. Die Universität in Krakau, eine Schöpfung Kasimirs (1364), wurde

viel, ja vorzugsweise von Deutschen bezogen. Bedeutende Männer suchten den Osten auf: Konrad Celtis sammelte in Krakau einen Kreis von Freunden der neuen humanistischen Studien; Veit Stof, aus deutscher Familie (Nürnberg), schuf dort Werke seiner ausdrucksreichen, bildnerischen Kunst: den Flügelaltar in der Marienkirche, die Grabplatte König Kasimirs im Krakauer Dom. Als überragender Vertreter des Ostdeutchtums jener Zeit sei hier sogleich Thorns berühmter Sohn genannt, Nicolaus Copernicus (geb. 1473), dessen deutschbürtige Familie (Koppernick) von Krakau nach Thorn gezogen war; in Frauenburg, wo er als Domherr lebte, schuf er in scharfsinniger Himmelsbeobachtung die neue, seither als richtig bewährte Weltansicht († 1543).

Die Geschichte der ostdeutschen Siedlung im Spätmittelalter steht in engem Zusammenhang mit den Leistungen der Hanse in jener Zeit. Von der See-Flanke her deckte sie die binnenländische deutsche Siedlung und gewährte ihr Rückhalt. Im 14. Jahrhundert stellten „Städte von der deutschen Hanse“, wie sie sich (1358) mit ausgeprägtem Deutschbewußtsein nannten, eine eigenartige Großmacht im Nordosten dar; der Frieden von Stralsund (1370) nach dem Sieg über den Dänenkönig Waldemar Atterdag bedeutete einen Höhepunkt erreichter Macht. Die Ostsee wurde ein deutsches Meer. Die Hanse herrschte darauf durch ihre Flotte mit den schnellfahrenden, wohlgerüsteten Koggen und zog den Verkehr der Personen und Güter mit Mitteln neuartiger Kaufmannschaft an sich, wobei der Austausch östlicher Rohstoffe aus Feld, Wald und Wasser gegen die Erzeugnisse westlichen Gewerbefleißes und Feinwaren bestimmend war. Auch in der Siedlung prägte sich die Stellung der deutschen Hanse aus. Ein Kranz von Hansestädten und deutschen, zur Hanse gehörenden Niederlassungen lag rings an den Ostseeküsten und tiefer hinein in das Binnenland. Lübeck war der Hauptort am südwestlichen Eingang in den Ostseeraum. Die wendischen Städte, die preussischen (im Gebiet des Deutschen Ordens), dazu die Iwischen reiheten sich unter deutscher Herrschaft an den südlichen Küsten bis zum Finnischen Meerbusen auf. In Dänemark und auf Schonen, in Kopenhagen und Malmö sowie in kleineren Handelsplätzen am Sund bestanden deutsche Kaufmannsniederlassungen; manche Städte Schwedens, wo auch der Bergbau Möglichkeiten bot — Kalmar, Stockholm und Lööse (Gotenburg) — wiesen eine starke, ja überwiegende Zahl an deutschen Bewohnern auf, sahen solche in ihrem Rat und formten ihr Stadtrecht nach deutschem Vorbild. Abseits nach Norden zu in Norwegen lagen Oslo und Tunsberg mit deutschen Ansiedlungen, am berühmtesten das hanfische Kontor in Bergen, die „Deutsche Brücke“. Im ferneren Osten hatte Kauen (Kowno) am Njemen eine Faktorei mit hanfischem Verkehr, weiter Dünaburg und Pleskau. Hochangesehen stand das hanfische Kontor in Naugarb da (Nowgorod)

mit dem Petershof und dem Dlafshof, wo die Deutschen einen weit ausgreifenden Verkehr in nord- und osteuropäischem Umkreis pflegten. Dieser hanssischen Siedlung war eine gewisse Dauerhaftigkeit eigen in der Weise, daß in stetigem Wechsel die Naugardfahrer, Handelsherren mit ihren Kaufmannsgehilfen und Handwerksleuten, als Sommer- oder Winterfiker dort Aufenthalt nahmen, um sodann mit dem Ertrag ihres Handelsunternehmens nach der Heimatstadt zurückzukehren. Durch eigene Gerichtsbarkeit unter ihren Älterleuten waren sie geschützt; wertvolle Vorrechte standen ihnen zu, bis 1494 das Kontor von den Russen geschlossen ward. — Im 15. Jahrhundert, als das Ostdeutschtum in Preußen und Polen in die Gegenwehr gedrängt wurde, überschritt auch die Macht der Hanse ihren Höhestand. Das Eindringen der Holländer in die Ostsee brachte gefährlichen Wettbewerb, den die Könige von Dänemark und Schweden begünstigten; Lübecks Versuch, unter Wullenwever die Vorherrschaft zu behaupten, schlug fehl (1535). Ihre wirtschaftliche Bedeutung vermochte die Hanse noch zu halten, doch stieg sie nicht mehr in dem Maße, wie dies anderwärts in Europa im Zeitalter der Entdeckungen gelang.

## 5. Ostdeutsche Kolonisation in neuzeitlichen Jahrhunderten

### Kirchliche Reformation und Türkennot; Anfänge neu-ostdeutscher Siedlung

Eine neue Lage an den Ostgrenzen volksdeutscher Siedlung bahnte sich durch zwei Vorgänge von weltgeschichtlicher Tragweite an: die Begründung der Weltmacht des Hauses Habsburg und die kirchliche Reformation auf dem Grunde des neuen evangelischen Glaubens. Beides, in einem steten Verhältnis wechselseitiger Auseinandersetzung, war von größter Bedeutung für die deutsche Ostsiedlung, dem Ideengehalt nach wie auch in den Folgen für das völkische Verhalten.

Im Zeitalter der Reformation stand das deutsche Volk auf einer Höhe seiner weltgeschichtlichen Auswirkung. Indes in dieser Zeit stärkster innerer Erregung und sprühender Lebensbetätigung war der Ertrag an Leistungen für die deutsche Siedlung und die Ausbreitung deutschen Volkstums vergleichsweise gering, westwärts auf den neuen Pfaden über das Weltmeer wie nach dem kontinentalen Osten. Die Ursachen dafür sind in der Anspannung aller heimischen Kräfte sowie in den Schwierigkeiten damaligen Grenz- und Auslandsdeutschtums gegeben. Ansehnlich war damals die Volkszahl Deutschlands, in Zunahme begriffen in den größeren Städten, namentlich des Südens und Westens und in gewerbereichen Gegenden wie in den Niederlanden, in



Franken und Obersachsen. Deutschland war das Land der wichtigsten technischen Erfindungen, des ergiebigsten Bergbaus in Europa, der höchstgesteigerten Kapitalansammlung und ihrer Auswertung in weitgespannten Unternehmungen, dazu eines vervollkommenen, vielseitigen und auch künstlerisch gut arbeitenden Handwerks. Um die landwirtschaftstreibende Bevölkerung freilich stand es meist schlecht; nach dem furchtbaren Bauernkrieg (1524/25) war die Lage des Bauerntums im Westen ärmlich und gedrückt, im Osten aber bedroht durch die erstarkende, um sich greifende Guts herrschaft. Immerhin, einige Fortschritte des ländlichen Wirtschaftsbetriebs wurden getan; die Zeit des Wüstwerdens von Ortschaften ging zu Ende. Deutscher Wanderung hinweg von der heimischen Scholle waren diese Wirtschaftszustände nicht eben förderlich. Bauern schickten sich kaum dazu an; leichter gingen Handwerker, ohnehin an Wanderjahre gewöhnt, in die Fremde, dazu Unternehmende im großen Kaufgeschäft, auch Bergleute, aber sie waren nicht fähig zu breit am Boden haftender Siedlung.

Die geistigen Strömungen jener denkwürdigen Zeit kamen einer Hebung des deutschen Volksbewusstseins zustatten. Schon im 15. Jahrhundert war der Begriff einer „Deutschen Nation“ schärfer als zuvor geprägt worden. Nun festigte sich die Vorstellung, daß „Deutschland“ so weit reicht, wie die deutsche Zunge spricht; vom Reiche wird es unterschieden: schon ist der Begriff „deutscher Volksraum“ im Grunde da, obwohl der Ausdruck nicht gebraucht wird. Im Schrifttum des Humanismus klang trotz der von ihm angestrebten Wiederbelebung der Antike in Literatur und gelehrter Bildung das nationale Bewußtsein stärker an. Mit Stolz wurde der Väter, der Germanen, gedacht, das Reich deutscher Nation vom Romgedanken innerlich gelöst.

Die lutherische Bewegung, nach ihrem Ursprung und ihrer sittlich-religiösen Grundhaltung aus geläutertem evangelischen Glauben hervorgegangen, verband sich in echter Volkstümlichkeit mit wachem Bewußtsein von heimisch-deutscher Art. Leitgedanken für eine Siedlungspolitik konnte sie nicht darbieten; doch ihre Wertschätzung der Familie (des Hausstands) und der Gemeinde, der weltlichen Berufsarbeit, ganz besonders des die Frucht aus dem Boden ziehenden Anbaus, dazu des selbsttätigen Handwerkers wie auch des arbeitstüchtigen Kaufmanns vermochte dem Siedlertum Ansporn und sittlichen Halt zu geben. „Es ist noch viel Landes, das nicht umgetrieben ist“, sagt Luther und mahnt, das Ackerwerk zu mehren; dies zeigt seinen Blick für die Aufgaben der inneren Kolonisation, die einbeschlossen in die Fürsorge der Obrigkeit für den gemeinen Nutzen erschien. Mit erstaunlicher Kraft breitete sich die lutherische Reformation aus, in Ostdeutschland und unter den Völkern Ostmitteleuropas von der Ostsee bis zum Ostalpenvorland, eine geistige Macht, wie einst die Mission, die vorwärts wies und, aus deutscher Wurzel erwachsen.

in großer Reichweite dem Deutschtum Schwungkraft verlieh. Aber dawider erhob sich die Gegenreformation, auch sie voll Glaubensglut, aus Strebungen der alten römisch-katholischen Kirchlichkeit. So kam es zur Glaubensspaltung. Seitdem war es von Einfluß auf das Gedeihen deutscher Siedlung im Osten, daß die Reformation wie auch die Gegenreformation die Glaubensgenossen zusammenschloß, von andern aber je länger je mehr schied, ja sie gegen jene entflamte. Die Andersgläubigkeit konnte nun ein Anlaß zur Abwanderung, ja zur Vertreibung von der heimischen Scholle werden; ebenso aber wurde das gleiche Bekenntnis Beweggrund zu freundlicher Aufnahme von Glaubensverwandten. Wie sich im Verlauf der reformatorischen Bewegung der Bekenntnisstand eines Landes nach dem Inhaber der Landesgewalt richtete, so geschahen die Siedlungsmaßnahmen der Herrschenden mit Rücksicht auf das kirchliche Bekenntnis der Siedler. Daher hat die Reformation in ihren verschiedenen Glaubensausprägungen in der Tat recht bedeutsam auf die deutsche Siedlungsgeschichte, namentlich die des Ostens, eingewirkt. Äußere Mittel freilich, wie sie einst die landesherrliche Gewalt der Bischöfe sowie der Grundbesitz der Hochkirchen und Klöster bot, fehlten den Kirchen der Reformation, und damit der Antrieb zu eigenem kolonisationsartigen Vorgehen. Nur religiöse Gemeinschaften von besonderer Art, mit einer der Mission vergleichbaren Kraft, haben eine namhafte siedlerische Tätigkeit entfaltet: vor anderen die mährischen Brüder, mehr noch die von den Niederlanden ausgehenden Mennoniten. Gering an Zahl und durch ihre religiösen Grundsätze (aus dem Täuferium) besonders stark von den anderen abgehoben, hielten sie sich eng zusammen und bildeten strenge Gemeinschaftsformen aus. Dies bewährte sich auch bei ihren Wanderungen und Niederlassungen im Osten. Da nun ihre Siedlungen dank ihrer planvollen Anlage und großen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit auffallend glücklich gediehen, so wurden sie gern gesehen und trotz ihrer Glaubensbesonderheit geduldet; sie fanden weite Verbreitung und wirkten vielfach vorbildlich auf die neue Siedlung im Ostraum ein.

Die Entwicklung in den beiden Hauptbahnen der Siedlungsgeschichte, im Südosten und Nordosten, ging mehr als je zuvor auseinander. Im Südraum entstand die imperialistische Machtbildung des Hauses Habsburg; das altgläubige Kaisertum herrschte und mit ihm die „katholische Reformation“ und Gegenreformation. In Südosteuropa war ein neuer, gefährlicher Feind vorgebrochen, jenen fremdrassigen Völkern verwandt, mit denen schon vor Jahrhunderten gerungen worden war. Von Kleinasien waren die osmanischen Türken herübergekommen; auf der Balkanhalbinsel hatten sie ihre Herrschaft aufgerichtet, Konstantinopel 1453 eingenommen, das großserbische Reich zersprengt und drangen nach Ungarn in den Donauraum ein. Eine „türkische Front“ war hergestellt; der Stoß richtete sich gegen die abendländische Christen-

heit, gegen das Heilige Römische Reich Deutscher Nation. Der Veruf des christlichen Königs, des Kaisers zum Heidentkampf, lebte auf. Diese große Aufgabe aber fiel dem Hause Habsburg zu, das sich eben anschickte, seine Machtstellung im Donauraum zu gründen. Wirklich waren solche Gedanken den Habsburgern nicht fremd; Kaiser Karl V. war davon erfüllt, freilich ganz im römisch-universalen Sinn, ohne deutsches Denken. Aber recht weltliche Absichten mischten sich ein: der Plan, die Königreiche des nahen Südostens für das eigene Fürstenhaus zu gewinnen. Dem politischen Geschick Maximilians gelang der erste entscheidende Wurf, die Wiener Eheverbindung des Jahres 1515: Erzherzog Ferdinand wurde mit Anna, der Schwester Ludwigs, des letzten jagiellonischen Königs von Ungarn und Böhmen, vermählt, der selbst eine Enkelin Maximilians, Maria, heiratete. Im Kampfe mit den Türken (bei Mohacs) verlor der junge Ludwig Sieg und Leben (1526); Osterreichs Schicksalsstunde schlug. Rasch glückte es Ferdinand, sich die Krone der böhmischen Länder zu sichern. In Ungarn jedoch trat ihm die Adelspartei unter Führung Johann Zápolyas, des Erbgrafen der Zips und Woivoden in Siebenbürgen, entgegen. Der Thronkrieg brach aus, mit wechselndem Erfolg. Ferdinand fand Anhang in West- und Nordungarn, besonders in den deutschen Städten, auch bei den Siebenbürger Sachsen. Die Gegner aber riefen die Türken herbei; große Teile Ungarns gerieten unter deren Herrschaft (Ofen-Pest 1541), wenn auch ihr Angriff auf Wien (1529) zurückgeschlagen war. Erst 1606 wurde ein Waffenstillstand geschlossen, in dem der Kaiser und der Sultan ihren Besitzstand anerkannten. Siebenbürgen war ein Staat für sich geworden (1541); seit 1593 galt es als Fürstentum. Anerkennung der türkischen Oberhoheit und Einfluß Osterreichs wechselten. Unter den drei berechtigten Nationen hatten die Sachsen, neben magyarischem Adel und Szeklern, nach der Landesverfassung eine begünstigte Stellung über die Stärke ihrer Volkszahl hinaus.

Ein neuer Anfang der Siedlung wurde infolge der Türkenkriege nahe den Reichsgrenzen auf österreichischem Boden, besonders im Burgenland, gemacht, jedoch merkwürdig genug: nicht Anbau durch deutsche Bauern, sondern Ansiedlung von Kroaten, auch Serben, die seit 1524 zahlreich, vor den Türken flüchtend, zuwanderten (sog. Uskoken) und in zerstörten Dörfern, wo sie sich niederließen, den wenigen Deutschen gegenüber die Vorhand erlangten, aber auch Land zu neuer Rodung empfingen, mit Eigentümlichkeiten der Siedelform und Sozialverfassung. Die Deutschen rafften sich zum Widerstand auf; österreichische Stände wandten sich dagegen, die Regierung ließ den Befehl an die Herrschaften ergehen, nur Deutsche anzusiedeln (1572). Aber dies erwies sich als undurchführbar; die Kraft zu ostdeutscher Siedlung war hier noch nicht wieder erwacht. — Das Deutschtum in Ungarn wurde von all dem



Unheil schwer betroffen. Die Siedlungen litten furchtbar unter den grausam verheerenden Kämpfen; und wenn nun Hand an neuen Aufbau gelegt ward, so zeigte sich oft, daß es an deutschen Siedlern dafür fehlte, Magyaren, auch Rumänen siedelten sich in Siebenbürgen auf wüsten Plätzen in Gemeinden des deutschen Rechtsbodens ein; allerdings kam es auch vor, daß sich Deutsche in magyarischen Ortschaften niederließen. Nach Südbungarn kamen Serben herüber; weite Striche des Landes wurden siedlungsleer. Die Glaubenskämpfe vermehrten noch die Schwierigkeiten. Rasch gelangte das Luthertum nach Ungarn; als „deutscher Glaube“ ist es dort bezeichnet worden. Besonders verbreitete es sich in den ober- und niederungarischen Bergstädten, in der Zips und Siebenbürgen. Geschlossener deutsch-evangelischer Siedlung gewährte es neuen Halt; am wirksamsten in Siebenbürgen, wo der bedeutende Joh. Honter (aus Kronstadt), Luthers Schüler, der Reformation die Bahn brach (1543): Gemeinsam nahm die „Nationsuniversität“ der Siebenbürger Sachsen die evangelische Reformation an (1583). Bei katholischen Gegenbestrebungen aber häufte sich die Bedrängnis, zumal da neben dem Luthertum auch andere reformierte Lehren unter den Magyaren Anhang fanden und sich politische Gegensätze mit den religiösen vermischten. Es war eine lange, trübe Zeit voll schmerzlicher Verluste.

In Böhmen und seinen Nebenlanden kam die Angliederung an den um Österreich gebildeten Machtbereich Habsburgs, die zugleich die Verbundenheit mit dem Reich wieder stärkte, den Sudetendeutschen in gewissem Maße zugute. Die staatliche Ordnung festigte sich; die einseitige Bevorzugung des Tschechentums hörte auf, obschon die sprachenrechtlichen Bestimmungen zugunsten des Tschechischen (bei Zulassung zu öffentlichen Ämtern, bei der Aufnahme als Landeseinwohner, sogar beim Erbgang) bis in das 17. Jahrhundert wiederholt wurden. Die Schärfe des Gegensatzes wider die Hussiten minderte sich in dem allgemeinen Ringen um kirchliche Reform; damit ließen auch die nationalen Spannungen nach, wiewohl an Gärungstoff und Leidenschaftlichkeit noch genug zurückblieb. Eine neue Belebung der Wirtschaft stellte sich ein unter befruchtenden Anregungen des oberdeutschen Kapitals. In den Randgebirgen, besonders im sächsisch-nordböhmischem Grenzraum, blühte der Bergbau (Silber, Zinn) neu auf, Hammer- und Hüttenwerke entstanden; die Bevölkerung verdichtete sich, noch einmal glückte eine Periode der Städtegründungen (Joachimsthal, St. Katharinenberg u. a.), auch die ländliche Besiedlung nahm zu. So spielte sich eine zweite Einwanderungsbewegung von Deutschen — Ablade, Bergleute, Handwerker, danach auch protestantische Geistliche — im Sudetenraum ab, freilich ohne an Bedeutung für Volkszahl und Schollenfestigkeit die Ausmaße jenes mittelalterlichen Siedelwerks zu erreichen.

Anders im Nordosten. Die lutherische Reformation war und blieb hier siegreich; ein protestantisches Gemeinbewußtsein entstand, das auch die nordgermanischen Nachbarreiche und das Deutschtum der baltischen Lande einschloß und nicht nur geistige Wirkungen ausstrahlen ließ, sondern auch Anlaß zu Wanderungen und Niederlassung deutscher Menschen (Prediger, Lehrer) gab. Auf Reichsboden verlor sich das Bewußtsein von der Überordnung des Reiches nicht; aber unverkennbar erstarkten die landesfürstlichen Staaten zu wachsender Eigenständigkeit. Die Entwicklung deutscher Siedlung nahm vom Spätmittelalter her in den weiten Landstrichen des Elbe – Oder-Raums langsam ihren Fortgang. An einer Stelle, bezeichnenderweise außerhalb des unmittelbaren Reichsgebiets, wurde ein Anfang zu neuer östlicher Siedlungspolitik gemacht. Ein Ereignis trat hier ein, das in der politischen Geschichte Ostdeutschlands die Bahn zu kommender Größe brach und auch einen neuen Auftakt ostdeutscher Siedlungserfolge bedeutete. Albrecht von Hohenzollern (Ansbach) war 1511 Hochmeister des Deutschen Ordens geworden. Bewegt hatte er vor dem Deutschen Reichstag zu Trier auf die drohende Gefahr hingewiesen, „daß die teutsche Nation der Lande Preußen, die der Orden in unsere teutsche Zunge gebracht und die darum eine Nova Germania genannt werde, ganz ausgerutet und vertilgt werde, worauf Polen schon lange getrachtet“. Als er es schmerzlich erleben mußte, wie seine Mühen um Reichshilfe zu neuem Erstarken des Ordens vergeblich waren, entschloß er sich mit dem Räte M. Luthers, den morsch gewordenen geistlichen Staat in ein weltliches Herzogtum Preußen umzuwandeln (1525), wobei die Anerkennung einer Lehensherrlichkeit des Königs von Polen unabwendbar, aber auch dank der erblichen Sicherung der herzoglichen Herrschaft minder gefährlich war. Sitz des Herzogs und seiner Regierung wurde Königsberg. Eines der wirksamsten Mittel zur inneren Kräftigung des neuen Staates war die Kolonisation. Absichten der Bevölkerungs- und Wirtschaftspolitik waren dafür maßgebend. Das Land war durch den „Neuerkrieg“ (1519 – 1521) verwüstet, in den Randgebieten aber galt es weite Strecken der Wildnis nutzbar zu machen. Es ist bezeichnend, daß bei diesen Anfängen eines neuen Siedelwerks wiederum die Niederländer Pionier waren. Vom Westen ging auf dem Seewege nach den preussischen Städten ein schwungvoller Handel, bei dem Holländer als Frachtschiffer vermittelten; manche hatten sich in einer preussischen Stadt niedergelassen. Als nun nach dem Beginn der Glaubensverfolgungen (1521) und wilden Kämpfe in den habsburgischen Niederlanden eine Massenauswanderung einsetzte, wurde ein Teil nach Ostpreußen gelenkt. Der Herzog ließ Aufforderungen ergehen; ganz planmäßig wurde geworben. Sobald eine größere Anzahl von Bereitwilligen beisammen war, siedelten sie über. In dem Amt „Preussisch-Holland“ wies man ihnen einen größeren Bezirk zu, ein Ansiedlungsvertrag wurde mit

einem Unterhändler (Hauptmann) abgeschlossen. In rechtlicher Hinsicht waren die Bedingungen günstig. Doch war es ein Fehler, daß man den Holländern, die an Viehwirtschaft gewöhnt waren, nicht dafür geeignetes Land in den Niederungen gab. So gedieh diese ländliche Holländerbesiedlung nicht recht; sie litt unter Unbeständigkeit der Siedler. Als die Niederländer sich wegen ihrer täuferischen Gesinnung verdächtig machten, entzog man ihnen die anfänglich bewiesene Gunst. Besser hielten sich die kleinen Niederlassungen auf städtischem Grund, in den „Freiheiten“, wo Handwerk und Schiffsgewerbe zu betreiben war. Das Kolonisationsunternehmen zog auch Deutsche anderer Herkunft heran; so war die Siedeltätigkeit auf ödem Lande um Insterburg sehr rege, wo Westdeutsche in zahlreichen Dörfern zur Ansiedlung kamen. In südlichen Ämtern ließ man auch Ansiedlungswillige aus Böhmen und Polen zu, sogar Schotten. Noch war das Ergebnis ungleich, doch ein dankenswerter Versuch zur Wiederaufnahme des großen Siedelwerks im deutschen Osten war gemacht, und zwar um so wichtiger, weil inzwischen die litauische Westwanderung in Gang gekommen war. Albrechts Nachfolger im Herzogtum setzten das Begonnene fort, zugleich eine Vorfrucht und Aufgabe für die große norddeutsche Staatsbildung, zu der damals dank der Vereinigung Preußens und Kurbrandenburgs in Hohenzollernischem Besitz der Grund gelegt wurde, zuerst unter der vormundschaftlichen Regierung Kurfürst Joachim Friedrichs (1605), sodann mit Verwirklichung des Erbanspruchs unter Johann Sigismund (1618) und seinem Sohne Georg Wilhelm.

Das Deutschtum in Westpreußen unterhielt trotz seiner staatsrechtlichen Absonderung stetige Beziehungen zu Ostpreußen wie auch zu dem einstigen Mutterland. Rasch fanden die geistigen Strömungen aus dem „Reich“ Eingang, Humanismus und Reformation. Aber nun erfolgte nicht ohne Einfluß der Gegenreformation (Bischof Hosius in Ermland) ein heftiger Schlag: In widerrechtlicher Weise wurde auf dem polnischen Reichstag zu Lublin (1569) die Einverleibung in Polen (Union) erklärt. Die deutschen Stände Westpreußens erkannten dies nicht an; nur mit dem König als ihrem erwählten Herzog wollten sie zu tun haben. Doch kamen für das Deutschtum Zeiten schwerster Bedrückung. In den südlichen, an Polen angrenzenden Gegenden waren die Verluste groß (im Kulmer Land, auch um Thorn, während in der Stadt eine deutsche Minderheit verblieb). Auch in der Kaschubei ging viel an deutschen Siedlungen zugrunde; leider vermischten sich hier die Begriffe katholisch und polskji (bei den Kaschuben soviel wie katholisch), was zu irrtümlicher Beurteilung der Stärke deutscher Nationalität Anlaß gegeben hat. Im Nordosten war die Lage günstiger; die großen Städte Danzig und Elbing mit ihren kräftigen Bürgerschaften boten einen Rückhalt auch für die ländliche Umgebung. Im Danziger Werder wie auch um Marienburg



fand sogar eine Vermehrung des Anbaus durch Zuzug niederländischer Kolonisten statt, hier auf ihnen zusagendem Gelände. In der Form sehr regelmäßiger Reihensiedlungen auf dem eingepolderten Marschen-Lande hinter den Uferdeichen kam eine junge Art der Orts- und Fluranlagen zur Anwendung, die vom Weichselmündungsgebiet weit nach Osten zu tief nach Polen hinein auf die Siedelweise bei neuzeitlicher Kolonisation gewirkt hat.

In den baltischen Landen bestand die Ordensherrschaft, von Ostpreußen gelöst, zunächst fort; der livländische Heermeister hatte sich unmittelbar dem Deutschmeister in Mergentheim unterstellt. Das Deutschtum wahrte seinen Siedlungsstand, ja es erlebte eine Höhezeit unter Walter von Plettenberg (1502 Abwehrsieg über die Russen). Auch blieb es in regem geistigen Verkehr mit den Deutschen des Mutterlands; rasch fand das evangelisch-lutherische Bekenntnis Verbreitung, zugleich mit der neuen Bildung, der die Reformation im deutschen Nordosten zugewandt war. Aber ein schweres äußeres Geschick brach herein, als die Macht Moskaus erobernd um sich griff. Seit dem verheerenden Einfall der Russen unter Zar Iwan dem Schrecklichen (1558) wurde der Niedergang unabwendbar. Im Inneren wirkten Spaltungen schwächend und auflösend; der Orden, die katholischen Bischöfe, Adel und Städte standen gegeneinander. Hilfesuche ergingen an die Mächte ringsum, auch an das Reich, das eine Gesandtschaft entbot, Geldmittel schickte, auch sich mit Sendschreiben bemühte, aber nichts Entschiedenes tat. Nach einer neuen Niederlage des Ordens unterwarf sich der livländische Adel dem König von Polen, bedang sich jedoch in den abgeschlossenen Verträgen (1561, 1566) wichtige Vorrechte aus (das Privileg Sigismund Augusts gestand die Augsburgische Konfession, deutsches Recht, deutsche Behörden und deutsche Amtssprache zu). In Kurland wurde ein ähnlicher Schritt getan wie einst in Ostpreußen: Gotthard Kettler, der letzte livische Landmeister, trat an die Spitze eines weltlichen Herzogtums (mit Mitau als Residenz), in Lebensabhängigkeit vom König von Polen, der die Landesverfassung zu schützen versprach. Estland mit Reval geriet unter schwedische Oberherrschaft. Die inneren Zustände erfuhren damit keinen grundstürzenden Wandel. In wirtschaftlicher Hinsicht gelang es mit zäher Tatkraft sich wieder emporzuarbeiten (Beispiel: H. von Tiefenhausen um 1600). Der adlige Gutshof bestimmte noch mehr als zuvor das Siedlungsbild. Die alten Familien erhielten sich aufrecht; freilich eine Erleichterung für den Bauernstand trat nicht ein, die soziale Kluft wurde nicht überbrückt, die Landbevölkerung fremden Stammes blieb feindlich gesinnt. An Plänen zu einer Rückführung des Deutschen Ordens in sein einstiges Herrschaftsgebiet hat es im Reiche nicht gefehlt; auch tauchte der Gedanke auf, ihn seiner ritterlichen Bestimmung gemäß in den Kämpfen an der Südostfront einzusetzen (1576). Indes obschon das Kaiserhaus und die ihm entstammenden

Deutschmeister dafür Neigung bekundeten, gelang die Verwirklichung nicht; die Ordensherrschaft im Osten war unwiederbringlich dahin.

Deutschland trieb inzwischen einer unheilvollen Katastrophe entgegen, in die der Osten mit hineingerissen ward. Die kirchenpolitischen Gegensätze verschärften sich; in politischen Bündnissen traten die Religionsparteien einander kampfbereit gegenüber. Unheimlich drohend bereitete sich eine allgemeine Wirtschaftskrise vor; das kapitalistische Kreditssystem mit seinen hochgetürmten, in sich verschlungenen Verschuldungen stand vor dem Zusammenbruch. Eine Revolte in Prag wider die Herrschaft Habsburgs (1618) gab den Anstoß zur Entfesselung des furchtbarsten Krieges, der dreißig Jahre lang die deutschen Lande durchtobte. Weite Landstriche litten unfählich unter der verheerenden Art der Kriegführung. Zahllose Ortschaften wurden zerstört, die Haus- und Hofgrundstücke lagen wüste, die Fluren brach; erschreckend groß waren die Bevölkerungsverluste durch Schlachtentod, Gemetzel, Seuchen und das allgemeine wirtschaftliche Elend. Schlimm betroffen wurden Böhmen und Mähren, an der Ostsee Pommern und Mecklenburg, danach Brandenburg, Sachsen und Schlessien; Preußen lag von den Kriegsschauplätzen abseits. Die österreichischen Alpenländer waren von zwei Seiten bedroht, da sich auch die Fürsten Siebenbürgens (Gabriel Bethlen, Georg Rákoczy) gegen Habsburg erhoben und den Böhmen die Hand zu reichen suchten.

So hoch nun die Not der Zeit stieg, weckte sie auch Lebenswillen. Weltpolitische Gedanken tauchten auf, die dem Osten eine neue Gestalt hätten geben können: Wallensteins gigantischer Plan eines starken, auf Kräfte des Reiches gestützten Kaisertums mit einer Ostfront vom Baltischen Meer zur Adria wider die Feinde des Abendlandes und Gustav Adolfs Idee eines Ostseereichs, einer nordischen Großmacht mit Schweden und Brandenburg als Kerngebieten. Die Aussichten, die sich damit dem Ostdeutschtum hätten öffnen können, verwirklichten sich nicht. Indes es fehlte nicht an Bewegungen kleineren Ausmaßes, die der deutschen Siedlung im Osten Zustrom brachten. Im Südosten nötigten dazu die Aufgaben der Grenzlandsficherung; die Söldner, die dort in eigenartigen Formen der „Militärgrenze“ angesetzt wurden, entstammten größtenteils den deutschen Reichsländern. Die stärkste Wanderbewegung ging aus den Ländern der böhmischen Krone hervor, als der böhmische Aufstand durch die Schlacht am Weißen Berge bei Prag (1620) niedergeworfen war und seit der Wiederaufrichtung der Habsburgischen Herrschaft die Gegenreformation mit grausamer Härte vorging. Massen evangelisch Gesinnter wanderten aus, größtenteils Deutsche. Viele dieser „Exulanten“ wandten sich nach dem benachbarten Sachsen, wo sie sich zerstreut niederließen oder neue Siedlungen gründeten (Waldweiler; Johannegeorgenstadt 1654); doch gingen sie auch nach Schlessien, Preußen und anderen östlichen Ländern. Ein Gewinn jedoch fiel

dem Sudetendeutschtum zu: Die Vorherrschaft des tschechischen Adels wurde beseitigt, die Entrechtung deutscher Sprache hörte auf. In Schlesien, wo die Reformation rasch die Oberhand gewonnen hatte, trafen die Verheerungen des Dreißigjährigen Krieges die deutsche Bevölkerung mehr als die noch festhafte polnische; ebenso geschah dies auch bei der katholischen Gegenreformation. Glücklichere Tage erlebte das Herzogtum Preußen, wo damals der erste Herzog-Kurfürst aus brandenburgischem Hause (Georg Wilhelm 1619 – 1640) regierte und die schon begonnenen Kolonisationsbestrebungen fortgesetzt wurden. Die Zahl der deutschen Siedlungen nahm auch in Polen zu, wo man Gewinn aus der Lage im deutschen Westen zog. So gingen aus dem Druck und Elend der deutschen Heimat neue Antriebe zur Mehrung deutscher Siedler im Osten hervor; für eine planvolle, großzügige Ostkolonisation war die Zeit noch nicht reif.

## Kolonisation im Staatsgebiet der ostdeutschen Großmächte

In einer neuen politischen Lage des mitteleuropäischen Ostraums, nach dem Ausgang der Glaubenskämpfe und dem Aufsteigen neuer Zielsetzung im Hinblick auf Staatsmacht und Bevölkerungspflege, begann noch einmal eine Epoche, die einen lebhaften Ausschwing der deutschen Siedeltätigkeit im Osten gebracht hat. Es ist davor gewarnt worden, diese Kolonisation jener großen mittelalterlichen Wiederbesiedlung des Ostens zu vergleichen, und gewiß sind die Verschiedenheiten in bezug auf den Antrieb der Bewegung, das befolgte Siedelverfahren und die räumlichen sowie volkspolitischen Ergebnisse offenbar; eine bewusste Wiederaufnahme des einst unvollendet gebliebener Siedelwerks fand nicht statt. Indes die Ähnlichkeiten sind größer, als es den Anschein haben mag. Einen Gegensatz festzustellen, indem der mittelalterlichen deutschen Volksbewegung nach dem Osten die Staatskolonisation der neueren Zeiten gegenübergestellt wird, wäre unzutreffend; Kolonisation von Staats wegen wurde auch in der mittelalterlichen Siedelzeit im Osten betrieben; aus dem Volke hervorgehender Ausbruch zu Wanderungen deutscher Scharen nach dem Osten kam auch in den neuzeitlichen Jahrhunderten vor und offenkundig mit dem Erfolg, daß neuer Raum für volksdeutsche Siedlung gewonnen worden ist. So darf von einem zweiten Zeitalter der deutschen Siedlung in den Ostlanden gesprochen werden, wobei die Einsicht in das wirklich Vergleichbare neben dem Unterschiedlichen zu geschärfter Auffassung führt.

In dem Zeitalter europäischer Geschichte, in dem die „großen Mächte“ ihr System des Gleichgewichts ausbildeten, wurde die politische Lage im Ostraum durch den Aufstieg der beiden ostdeutschen Großstaaten beherrscht,



die seitdem die Geschichte Ostmitteleuropas maßgebend bestimmten, beide einander ähnlich und doch mit bezeichnenden Unterschieden in ihrem Aufbau und ihrer außenpolitischen Stellung. Den Vorrang gewann zunächst die Habsburgische Monarchie als Vormacht im Donauraum. Erreicht wurde dies durch den siegreichen Kampf an der Südostfront, nach der mit gemeindeutschen Kräften errungenen Befreiung Wiens 1683, deren Bedeutung in der Geschichte des deutschen Südostens der Lechfeldschlacht verglichen werden kann. Ungarn wurde wiedergewonnen und fest an Österreich angeschlossen; eine Großmacht überevölkerlichen Gepräges entstand, die stark im Deutschen Reiche wurzelte, dazu jedoch über ein weites ostmitteleuropäisches Vorkfeld gebot. Um die gleiche Zeit erhob sich die Hohenzollernmonarchie kraftvoll zu höherer Geltung. Seit dem Westfälischen Frieden war der Zugang zur Ostsee (Gebiet in Hinterpommern) erreicht, die Brücke über die Elbe nach dem westlichen Territorialbesitz geschlagen (1680 Erwerb Magdeburgs). Im Vertrag von Wehlau (1657) und im Frieden zu Oliwa (1660) aber erlangte der Große Kurfürst die Unabhängigkeit des Herzogtums Preußen; Friedrich I. setzte sich in Königsberg (1701) die preussische Krone als souveräner Herrscher auf. Der brandenburgisch-preussische Staat begann zur europäischen Großmacht aufzusteigen, mit dem bei weitem größten Teile seines Bestands im Reiche gelegen, außerhalb jedoch mit einem vollselbstständigen Gebiet im Osten, das gleichfalls in seinem Kern deutschbesiedeltes Land war. Beide Mächte hielten die Ostfront, gerieten freilich miteinander in Wettbewerb und Gegensatz. Sachsens dynastische Verbindung mit Polen unter August dem Starken und seinem Nachfolger griff weit in die östliche Welt aus; ein dauerhaftes Zusammenwachsen zu einer einheitlichen Großmacht war nicht möglich. Die folgenschwerste politische Krisis im nahen Ostraum brach mit dem Tode Kaiser Karls VI. (1740) und dem Aussterben des Habsburgischen Mannesstammes herein. Maria Theresia, jugendlich feurig, verteidigte ihr österreichisch-ungarisches Erbe mit Entschlossenheit und unverkennbarem politischen Geschick; ihr gelang es, den Bestand größtenteils zu wahren. Im Norden aber griff der preussische König, der junge Friedrich II., auf Rechtsansprüche gestützt, rasch zu und gewann nach klug und tapfer geführtem Kriege Schlessen im Breslauer Frieden 1742. Das zähe, zwischen ebenbürtigen Gegnern geführte Ringen um das Schicksalland Schlessen endete 1763 damit, daß Friedrich der Große nach helbischem Kampfe dies wirtschaftlich wertvolle, vergleichsweise gut besiedelte Land behauptete; Preußens Geltung als europäische Großmacht blieb unerschüttert. Die Folgen für die Gestaltung der deutschen Ostfront waren wichtig. Die ganze Nordostgrenze von der preussischen Ostseeküste bis zum Nordfuß des Karpathengebirges war nun unter dem starken Schutze des preussischen Staats einheitlich zusammengefaßt; die beiden aus-

ladenden Pfeiler nord- und mitteloſtdeuſcher Siedlung, Oſtpreußen und Oberſchleſien, Grenzlande mit ähnlich zuſammengeſetzter Bevölkerung, waren jetzt Glieder eines mächtigen, tragfähigen Staatsbaus. Aber alte Zuſammenhänge des ſchleſiſchen Sudetendeuſchtums waren gelöſt; die Grenzziehung entſprach nicht durchaus den natürlichen Gegebenheiten und den Belangen des Volkſtums. Das Südöſtdeuſchtum ſonderte ſich ſeither ſchärfer ab, ſeitdem das Haus Öſterreich aus ſeinem Anteil an der Beherrſchung des mitteldeuſchen Oſtens ausgeſchieden war; Ungarn, vom Karpathenwall umringt, übernahm excluſiv die Grenzdeckung des Habsburgiſchen Großreichs gegen Nordoſten. Die Schwäche der Adelsrepublik Polen, vom Schein der königlichen Krone nur ſpärlich überglänzt, mehr noch der drohende Druck und Eroberungsdrang des moſkowitziſchen Zarenreichs bot Anlaß zu einem grundſtürzenden Wandel: Polen-Litauen wurde in drei einanderfolgenden Teilungsverträgen (1772; nach dem Konföderationskrieg und inneren Aufständen 1793 und 1795) unter die drei benachbarten Großmächte aufgeteilt, wobei bei weitem der Löwenanteil an Rußland fiel. Preußen erlangte 1772 noch in der Zeit Friedrichs des Großen Weſtpreußen ohne Danzig und Thorn nebst dem Ermiland — alſo nicht altpolniſches Land —, dazu den Nekeidiſtrikt; in den beiden ſpäteren Teilungen kamen jene beiden Städte und Großpolen, nun Südpreußen genannt (1793), endlich 1795 Maſowien und das Land zwiſchen Weiße, Bug und Njemen (Neu-Oſtpreußen), ſowie ein Gebietsſtück bei Krakau (Neu-Schleſien) hinzu. Öſterreich erhielt bei der erſten Teilung Oſtgalizien nebst Lodomerien, bei der zweiten ging es leer aus, zuletzt empfing es Weſtgalizien bis zum Bug; inzwiſchen war (1775) die Bukowina, zuvor unter türkiſcher Hoheit, von Öſterreich beſetzt worden. Große Ausſichten im Oſtraum ſchienen ſich für das Deuſchtum zu öffnen. Indes die hereinbrechenden Kriege wider Napoleon machten der Feſtigung einer neuen Ordnung unter Preußens und Öſterreichs Schirmherrſchaft ein Ende. Bemerkenswert ſei, daß das neugebildete Großherzogtum Waſchau (1806—1813) unter ſächſiſcher Verwaltung ſtand.

Die innere Politik der Großmächte, auch der beiden öſtdeuſchen, war im Zeitalter des Abſolutismus auf eine höchſt mögliche Steigerung der Macht des Staates gerichtet. Nach den Grundſätzen des Merkantilſystems galt es, die Wiſtſchaftskräfte, den „Reichtum“ an Geld und Gütern, vornehmlich aber die Bevölkerungsmenge im Staatsgebiet mit allen Mitteln einer einheitlichen, rational verfahrenenden Staatsleitung zu vermehren; darauf ließ ſich die Stärke der ſtaatlichen Machtmittel, einer zahlreichen, ſchlagfertigen Armee und wohlbeſtellter Finanzen gründen. Dieſem großen Geſamtziel diente in hervorragendem Maße eine zweckvolle Siedlungspolitik, eine planmäßig betriebene innere Koloniſation.

Der Erfolg jeder Ostkolonisation in deutschem Sinne ist vorbedingt im alten Mutterland. In den westlicheren deutschen Landen boten die herrschenden Volkszustände anfänglich nicht einen lebhafteren Antrieb zur Ostwanderung in freiwilligem Ausbruch. Nach den Verheerungen des Dreißigjährigen Krieges mußte daheim Aufbauarbeit geleistet werden; die Bevölkerungslücken waren zu schließen, die wüsten Plätze und Äcker wieder anzubauen. Doch oft überraschend schnell wurde darin das Nötigste geschafft, die einstige Bewohnerzahl erreicht, ja überholt; es ist eine allgemeinere Erfahrung, daß nach einer Kriegszeit die Bevölkerungszunahme durch Geburtenvermehrung wieder in Schwung kommt. Wirtschaftlich-soziale Vorgänge verursachten sodann mancherorten ein schnelleres Wachstum, als zuträglich war. Die Art der Schuldentilgung nach dem großen Kriege war in Gegenden, wo Klein- und Zwergbesitz herrschte, leicht die Ursache zu weitgehender Besitzsplitterung oder zum Ergreifen eines Nebengewerbes, so daß die in Lohnarbeit stehende Volksgruppe, zumal in der Hausindustrie, anwuchs und einen nur kümmerlich ernährbaren Bevölkerungsüberschuß erzeugte. Dazu gesellte sich politischer Druck, zumal im „Reich“ in dem damals geläufigen engeren Sinne außerhalb der größeren Einzelstaaten; es ist unverkennbar, daß in den herrschaftlich am meisten zersplitterten Gebieten des Südwestens das „Auslaufen“ am häufigsten war, obschon der Abzug durch allerhand Mittel erschwert wurde. Auch besondere Anlässe wirkten in manchen Gegenden auf die Neigung zum Abwandern ein. In den Rheinlanden, am schlimmsten in der Pfalz, ließen die furchtbaren Zerstörungen durch französische Truppen während der Raubkriege Ludwigs XIV. weit und breit Ortschaften in Trümmer sinken, deutsche Bevölkerung wurde obdachlos. Glaubensverfolgung gab noch hier und da den Anstoß zum Verlassen der Heimat. So gingen, anders als im Mittelalter, die Wanderungen jener Zeit zum Aufsuchen neuen Nährbodens oft genug nicht aus überschießender Volkskraft, sondern aus Not und Elend hervor. Ein Symptom dafür ist das Aufbrechen ganzer Scharen zu westwärts gerichteter Fahrt über See nach Amerika.

Doch schon zeigten sich neue Fortschritte ländlicher Kultur in einer Zeit, die viel über Haushaltung nachdachte und bald sogar „ökonomische“ Gesellschaften entstehen sah. Von Südwesten her verbreitete sich der Kartoffelbau und bot ein allmählich anerkanntes neues Volksernährungsmittel, der Anbau von Futterkräutern (Klee, Lupinen), auch von Handelspflanzen (Tabak) nahm zu. Erneut wagte man sich an die Kultivierung von Moorflächen und unergiebigen Forsten; besonders im Nordwesten von Holland her kam Anlage von Siedkolonien auf. All dies versprach auch Erfolge für den Osten; denn bei aufsteigender landwirtschaftlicher Entwicklung dringt das im Kulturstand höhere Volkstum vor, während bei sinkendem Bodenertrag leicht die bedürfnis-



losere Bevölkerung sich breitmacht. Überdies schuf eine neue Städtebaukunst im Barockstil Vorbilder von anerkanntem Reiz.

So setzte der Zug nach dem Osten wieder ein, vorerst nicht in volksfremdes Land, sondern in Gebiete unter dem Regiment deutscher Herrscher, und wiederum brachten die aus westlichen Gegenden Zuziehenden dem Osten frisches Blut, Arbeitswillen und Leistungsfähigkeit, verfeinerte Kenntnis und Bildung, wohl auch einiges Vermögen mit. Doch auch die einst dem Deutschtum wiedergewonnenen Ostlande selbst vermochten Siedler zu dem neuen Werke der Kolonisation zu stellen, zumal Deutsch-Osterreich und die Elbgegenden; ja es fanden sich schon deutsche Rückwanderer aus dem fernerem Osten ein, um auf deutschem, gut verwaltetem Staatsgebiet ein besseres, gesicherteres Heim zu haben, dank ihrer Erfahrung und Gewöhnung an die östliche Landesnatur ein brauchbarer Bestand an Siedlern, obschon damit Verluste des östlicher siedelnden Deutschtums verbunden waren. Auf das Ganze gesehen vollzog sich die neue Wanderbewegung im Ostraum mannigfaltiger, minder einheitlich auf verschlungeneren Siedelbahnen als einst in der ersten großen Siedelzeit.

Die Leitung des Siedelwerks im neuen Zeitalter der Ostkolonisation lag durchaus bei der Staatsführung. Staatskolonisation hat das meiste gewirkt, was überhaupt geschaffen worden ist; dies gilt sowohl für Preußen wie für Osterreich-Ungarn. Doch nahm auch der Adel einigen Anteil an den Siedelbestrebungen, der altangesessene sowie der mit Großgrundbesitz als Entgelt für geleisteten Dienst ausgestattete Neuadel, freilich nicht wie einst die zahlreich dem Osten zuziehende, mit Dienstlehen ausgestattete Ritterschaft. Die kolonisatorische Tätigkeit der Kirche war gering. In katholischen Gegenden, wo es ja noch Klöster mit ihrer Grundherrschaft, sogar neugestiftete, gab, fehlte es daran nicht. Auf evangelischer Grundlage stand die von Zinzendorf gegründete Brüdergemeinde (1724) in Herrnhut (Oberlausitz), von wo eine weltweite Ausendung zur Gründung von Zweigniederlassungen in ihrer Gemeinschaftsform vor sich ging. Das einst so bahnbrechende Unternehmertum der Mittelsmänner, der „Lokatoren“, hat bei der neuzeitlichen Kolonisation nicht wieder eine gewichtige Rolle gespielt. Bei der stark ausgeprägten Staatlichkeit der Besiedlungsakte nahmen Behörden und Amtsstellen in ausgedehntem Maße jene Aufgaben in die Hand. Immerhin traten Männer, Scharführer der Siedler, auf, deren Tätigkeit nach Zweck und Form jener älteren siedelmeisterlichen vergleichbar ist.

Die Landbeschaffung und Siedelgründung war noch immer größtenteils eine gleichsam naturalwirtschaftliche. Weite Strecken nie angebauten Odlands und wenig genutzten Bodens standen zur Verfügung; fruchtbares, anbaufähiges Gelände war in vorausgegangener Kriegszeit wüstgelegt. Aber es kam auch vor, daß Gutsländ zur Aufteilung an Siedler vergeben wurde, wennschon

Ankauf für Zwecke der inneren Kolonisation nur selten stattfand. Gleichviel, mehr als zuvor war Kapital in Geldesform benötigt, bei den leitenden Mächten der Siedelplanung wie auch in bescheidenem Maße bei den Ansiedlern selbst; erst bei dieser neuzeitlichen Kolonisation im Ostland war geldwirtschaftliche Veranschlagung möglich und ist rechnerische Einschätzung des Ertrags der „Rentabilität“ ausführbar. Die Werbung geschah, offen oder geheim, oft in staatlichem Auftrag; den Grundsätzen damaliger Bevölkerungspolitik gemäß kam es darauf an, möglichst „Ausländer“ — aus anderen deutschen Landesstaaten — als Kolonisten zu gewinnen. Dabei gerieten die kolonisierenden Staaten miteinander in Wettbewerb, andere aber sperrten, um drohenden Verlust an Untertanen zu meiden, den Abzug der Landeskinder. Das Siedelverfahren war dem mittelalterlichen in vielem ähnlich, obwohl jenes ein Vorbild sicher nicht abgab. Bei einem jeden Siedlungsunternehmen großen Stils müssen ja lockende Bedingungen geboten werden, die naturgemäß immer wieder einander in gewissen Grundzügen gleichen. Den Ansiedlern im Zeitalter der neu-ostdeutschen Kolonisation blieb das Recht persönlicher Freiheit gewahrt, auch wenn sie in eine Umgebung kamen, wo Verhältnisse der neueren Leibeigenschaft des Ostens vorherrschten. Freijahre wurden gewährt, auch Befreiung von öffentlichen Leistungen (Militärdienst) in Aussicht gestellt. Ein günstiges Besizrecht wurde zugestanden: Eigentum am Grund und Boden mit darauffliegender Reallast, meist Erbpacht, langfristige Pacht oder ein verwandtes Recht; von Leihe, wie im Mittelalter, wurde nicht mehr gesprochen. In Abhängigkeit von einer Gutsherrschaft führte die Besizzuweisung bei den besser gestellten Siedlern nicht hinein. Die soziale Zusammensetzung des Siedlertums war mannigfaltiger als in mittelalterlicher Zeit, am einzelnen Siedelplatz sowie im Gesamtbereich der Siedelplanung. Noch immer bot die einer Familienwirtschaft dienende Bauernstelle den Rückhalt gedeihender ländlicher Siedlung; doch zahlreicher als zuvor waren die Inhaber bäuerlicher Kleinstellen (Büdner, Gärtner, Handwerker, Landarbeiter) eingemischt: die fortschreitende gewerbliche Durchdringung des ländlichen Siedlungswesens machte sich geltend. Die angewandten Siedelformen waren im Grunde dieselben wie schon früher, nur plangerechter bis zu äußerster Regelmäßigkeit. Verstreute Einzelhoffiedlung wurde nur bei geeignetem Gelände gewählt (so bei Bruchlandfiedlung mit weidewirtschaftlichem Betrieb oder bei Forstrodung zu Verwertung der Walderzeugnisse). In der Regel legte man Dörfer an: vorzugsweise in länglicher Straßenform, auch in gelockerter, kettenförmiger Aufreihung der Gehöfte; die Besizstücke wurden möglichst in wenigen Parzellen zugemessen, jedoch bisweilen in gewannähnlicher Lagerung. Das Waldhufendorf war nicht mehr eine beliebte Siedelform; die verwandte Fluranlage mit Zuweisung von kürzeren, aber breiten Waldstreifen, schon zuvor nicht

unbekannt, blieb in Brauch. Sehr üblich war, namentlich bei Gründung von Kleinstellen und Mehrung der nichtbäuerlichen Bevölkerung, die Einsiedlung in schon bestehende Dörfer, deren Form bei zunehmender Wohndichte sich dehnte oder haufenartig erweiterte. Häufig war die Anlegung von „Kolonien“ nach damaligem Sprachgebrauch; dies waren in einiger Entfernung vom Dorf gelegene Abbauten mit rings lagerndem Besitzubehör, einzeln oder gruppenweise, auch auslaufende Dorfzeilen. Eine neuartige Form der Landsiedlung kam im Südosten, im Bereich der Steppe, auf, wo in den weiten Öden dörfliche Grosanlagen in zusammengedrängter, nach einem Wegesystem ganz regelrecht durchgeführter Anlageform erwachsen. So ist für diese „jungen“ Siedlungs- und Flurformen die geometrische Regelmäßigkeit nach der Planung des Menschen ohne Rücksicht auf Hemmnisse der Bodengestalt bezeichnend. Als „Linienort“ und „Schachbrettdorf“ sind die Hauptformen mit deutlicher Bildhaftigkeit benannt worden. In vollendeter Form wurden sie in der Spätzeit der neueren Kolonisation angewendet und haben weit in östliche Fernen auf die Siedlungsgestaltung gewirkt.

Die Förderung des Städtewesens hat bei der ostdeutschen Kolonisation in neuzeitlichen Jahrhunderten nicht die gleiche Bedeutung gehabt wie bei seiner ersten, glanzvollen Ausbreitung im Mittelalter. Der Schwung, den das einst neuartige Vorbild der auf Bürgerfreiheit und Selbstverwaltung gegründeten Stadtverfassung verlieh, erneute sich nicht. Doch bewies die städtische Wirtschaft ihren Wert auch bei den Aufgaben der neuen Kolonisation; die Stadt war belebender Verkehrsmittelpunkt in agrarischer Umgebung, sie verbreitete Verbesserungen der Technik, auch des Hausbaus, trug bei zur Hebung des Bildungsstands und war eine Pflegstätte reizvoller Kunst im Zeitalter des Barocks und seiner Wandlung zu einfacheren Schmuckformen. An neuen Stadtgründungen fehlte es nicht ganz, zumal in Gegenden, die in großer Planung der Siedlung erst zu erschließen waren. Freilich meist waren es nur Landstädte mit kleinem Verkehrskreis. Erst die jüngere Industrieentwicklung hat Städte mit stattlicher Bevölkerungszahl und weitreichender Wirtschaftskraft entstehen lassen.

Wenden wir uns wiederum in einem Gang durch die landschaftlichen Räume in überschauender Gesamtbetrachtung den Staatsgebieten beider ostdeutscher Großmächte zu. Das Vorbild der neuen ostdeutschen Binnenkolonisation stellte Brandenburg-Preußen auf, nach Grundsätzen, die als Staatssozialismus zu werten sind. In drei Zeitabschnitten hat sie sich entfaltet. Der Große Kurfürst brach die Bahn; bis auf König Friedrich Wilhelm I. waren es Einzelunternehmungen, bisweilen bedeutenden Ausmaßes, wo es die Not gebot. Unter Friedrich dem Großen wurde die Höhe erreicht;



auf Grund all der gewonnenen Erfahrungen, mit dem Blick auf den obersten Staatszweck leitete der König die Siedlungspolitik in allseitiger Uberschau als etwas einheitlich Ganzes, er, der eine Provinz im Kriege, eine andere durch Vertrag ohne Kampf, eine „Provinz“ aber, wie er selbst sagte, den Oberbruch, im Frieden gewonnen hat. Danach folgte ein langsames Auslaufen der Kolonisationsbestrebungen im Osten in beträchtlicher räumlicher Ausweitung, aber trotz allen Mühens ohne nachhaltige Kraft, bis die Kriegsereignisse ihnen ein Ende bereiteten.

Eine neue Einpflanzung kernhaften deutschen Bauerntums war um so dringlicher, weil die Agrarverfassung in den Gebieten Osteliens eine Entwicklung genommen hatte, die einem gesunden ländlichen Siedlungsweisen entgegenwirkte. Seit dem Dreißigjährigen Kriege war die ritterliche Gutsherrschaft in den östlichen Provinzen Brandenburg-Preußen (bedrohlicher noch in Mecklenburg) beträchtlich angewachsen. Die Möglichkeit, wüßtliegende Ländereien zum Rittergut einzuziehen, wurde weidlich ausgenützt; als kapitalistischer Betrieb in ländlichen Zuständen kam die gutsherrliche Wirtschaft des Ostens hoch, zumal da bei der Art der Schuldenentilgung nach dem großen Kriege in den märkischen Landen altadlige Besitzer oft neuen kapitalkräftigeren, nicht selten Bürgerlichen, hatten weichen müssen. Das Bauernlegen griff um sich, lastritisches Besitzverhältnis trat an die Stelle besseren Rechts, die den Gutsuntertanen auferlegten Lasten wurden durch vermehrte Fronden und Gesindezwangsdienst drückender. Trifft auch der Ausdruck „Leibeigenschaft“ nicht zu, weil kein Recht an der Person des Gutsuntertanen bestand, so war das Verhältnis schwer tragbar, selbst wenn der Gutsherr auf Ordnung in seinem Dorfe hielt, Nebennutzungen seinen Bauern gewährte und manche Fürsorgepflicht zu erfüllen bereit war.

Die Anfänge der neuen Ostsiedlungspolitik des brandenburgisch-preussischen Staates gingen aus der mit Tatkraft in Angriff genommenen Wiederaufbauarbeit nach den großen Kriegen des 17. Jahrhunderts hervor, als Friedrich Wilhelm, der Große Kurfürst noch im Ringen mit den Ständen den Grund zu der festeren Fügung des Einheitsstaats und der neuen Verwaltungsordnung am Staatsmittelpunkt sowie in den Landschaften und Kreisen legte. Die Fürsorge galt zunächst der Kurmark Brandenburg und ihren Nebenlanden, später auch Ostpreußen. Zuzug von „Exulanten“ aus Gegenden, wo die Gegenreformation ihre harten Maßnahmen traf, wandte sich nach Brandenburg. Sodann spielte die „niederländische Kolonisation“ wieder ihre anregende Rolle, um so mehr, als der Kurfürst, mit Luise Henriette aus dem Hause Oranien vermählt, freundliche Beziehungen zu Holland (den Generalsstaaten) unterhielt. Von neuem erprobten sich die Niederländer als Lehrmeister in der Bewirtschaftung von Weideland, im Gartenbau und in der Trockenlegung der

Moore. Eine förderliche Tat des Kurfürsten war die Aufnahme der hugenottischen Flüchtlinge (Réfugiés) aus Frankreich; sie suchten meist die Städte auf (Berlin) und halfen zur Belebung des Gewerbebetriebs, fanden auch rasch in den höheren Gesellschaftskreisen Eingang. Ländliche Ansiedlung geschah seltener; bezeichnend war dabei der ausgesprochene Grundsatz (Edikt von Potsdam 1685) der Verleihung des Dorfgeländes an die Gemeinde der Kolonisten. Unter Friedrich Wilhelms († 1688) Nachfolger Friedrich III. (I.) mehrte sich solcher Zustrom. Zur Förderung der ländlichen Zustände tauchten Reformgedanken auf (Plan Lubens: Austun der Domänen in Erbpacht mit Beseitigung der bäuerlichen Erbuntertänigkeit); indes dies scheiterte am Widerstand vornehmlich der Beamten selbst, die wirtschaftliche Lage wurde schlechter.

Unter Friedrich Wilhelm I., dessen innere Politik durch das Wort gekennzeichnet ist: „Menschen achte vor den größten Reichtum“, ließen sich die Vorbedingungen für eine erfolgreiche Ostkolonisation wesentlich günstiger an. Die Staatseinheit stand gesichert da, das Staatsgebiet wurde um Vorpommern mit Stettin erweitert (1721); die Besonderheiten der Territorien und ihrer Stände waren überwunden. Eine straffe Verwaltungsreform wurde durchgeführt. Anfänglich waren die obersten Stellen der Finanzverwaltung und der Heeres- und Steuerverwaltung einander nebengeordnet, ebenso dementsprechend die Domänenämter und die Kriegskommissariate; doch der König schuf 1723 auch hierin die Einheitlichkeit: an der Spitze eine höchste Behörde der Zentralverwaltung mit umständlichem Titel, kurz das Generaldirektorium genannt, und ihm unterstellt die Kriegs- und Domänenkammern, unter diesen wiederum die Landräte in den Kreisen neben den Steuerräten in den Städten. Eine neue Grundsteuer, der Generalhufenschof, strebte eine gleichmäßigere, gerechte Besteuerung allen Grundbesitzes nach Maßgabe des ermittelten Ertrages an (1716 – 1720). Auch war der König auf die „Konservation der Bauern“ bedacht; ihr Abhängigkeitsverhältnis wurde, wenigstens auf den Domänen, gemildert, die Fronpflicht beschränkt, auf Ertragssteigerung des Landbaus hingearbeitet. Seit 1713 trat eine neue Art der Domänenbewirtschaftung ein; die Domänen wurden pachtweise ausgetan, nicht nach der den Staatsbesitz gefährdenden Erbpacht, sondern in kurzer Zeitpacht, und zwar nur an Bürgerliche, geflissentlich nicht an Gutsherren adligen Standes. Mit all dem waren Vorbedingungen für die glückliche Lösung von Aufgaben der Kolonisation geschaffen. Ein solches Werk ließ nun König Friedrich Wilhelm am Ostrande Ostpreußens, in Litauen ausführen. Dort lagen Ländereien seit den Pestjahren (1708 – 1710) wüste, auch infolge der vorausgegangenen Mischwirtschaft. Schon unter Friedrich I. waren Stellen durch einheimische Bauernsöhne, auch durch Zuzügler litauischer und polnischer

Herkunft aus der Nachbarschaft besetzt worden. Indes Friedrich Wilhelm faßte dies planmäßig an. Nachdem vorbereitende Ermittlungen durch die „Generalhubenkommission“ für Ostpreußen vorausgegangen waren (1714 bis 1719), fand die entscheidende Beratung (1721) statt; in den Jahren 1722 – 1725 wurde das „Litauische Metablissement“ durchgeführt. Leitende Grundsätze wurden aufgestellt: Hochwertige Siedler sollen angezogen werden; für jeden Bauer sind zwei bestellbare Hufen vorzusehen, die Scharwerksdienste sind auf ein erträgliches Maß zu mindern. Die Absicht war, dafür Kolonisten von auswärts, möglichst wohlhabende Leute zu gewinnen. Die „deutsche“ Wirtschaftsart, von der preussischen unterschieden, sollte zur Einführung kommen. An Kosten bei der Ansiedlung wurden für die Stelle mit fertigen Gebäuden, Inventar, Saatgetreide, Brotkorn, im ganzen je 400 Tlr. veranschlagt; die Siedler sollten Freijahre (3, 6, 9) genießen, Befreiung von dem Militärdienst wurde zugesagt. Dies Siedelwerk zeitigte einen offensichtlichen Erfolg. Die Kolonisten waren meist süddeutscher Abkunft (aus der Pfalz, vom Mittelrhein, auch aus der Schweiz); andere kamen aus mitteleuropäischen Gegenden (Magdeburg, Halberstadt), Polen und Litauer wurden nicht angezogen. Meist ließen sich die Siedler in bestehenden Dörfern nieder; die Gründung voller Neuböden war selten. Auch Städte wurden angelegt (Gumbinnen, Stallupönen); sie dienten der Aufnahme von Handwerkern und förderten den Absatz landwirtschaftlicher Erzeugnisse in dem bisher noch wenig erschlossenen östlichen Randgebiet. — Am berühmtesten ist die Ansiedlung der „Salzburger Emigranten“ geworden. Verursacht war sie durch das Vorgehen Erzbischof Firmians von Salzburg, der harte Maßnahmen der Gegenreformation wider die lutherischen Bauern (im Pongau) verhängte und gegen die widersässigen die Landesverweisung aussprach (Okt. 1731). In dem innerlich aufwühlenden Ringen um „Glaube und Heimat“ entschloß sich ein großer Teil (nach und nach 20 000) zum Auszug. So tauchte der Gedanke auf, Salzburger in Ostpreußen anzusiedeln. Ganze Kolonnen zogen 1732 durch Berlin der neuen Heimat entgegen. Die Einpflanzung unter dem fremden Himmel inmitten fremden Landvolks geschah nicht ohne Schwierigkeit; doch sie belebte die Kolonisation von neuem und hat auf die Dauer gute Frucht getragen, ja, sie gilt als ein „sozialpolitisches Meisterwerk“ (nach G. Schmollers Urteil). Auch bedeutsam in der politischen Geschichte war dies Ereignis; die frische Tat des Preußenkönigs zum Schutze der vertriebenen Protestanten hob das Ansehen seines Staates vor ganz Europa, während der Kaiserhof und der Regensburger Reichstag darum nur Akten schrieben.

All dies war gleichsam eine Vorschule für die kolonialisatorischen Leistungen während der Regierung Friedrichs des Großen, die das bisher Erreichte an Großräumigkeit, wirtschaftlicher Kraftentfaltung und zahlenmäßiger Stärke



der Siedler weit übertrafen. Der König hielt fast ein halbes Jahrhundert hindurch alle Fäden der Siedlungspolitik in seiner Hand. Auch hierbei bewährte er sich als der „erste Diener seines Staats“. Bevölkerungswachstum, Besserung wirtschaftlicher und sozialer Zustände, Hebung der Wehr- und Steuerkraft des Staates, alles war in der Siedlungspolitik beschlossen; der Gesamtzweck war die Schaffung gesunden, in jeder Hinsicht leistungsfähigen Bauerntums und in richtigem Verhältnis der Landbesiedlung förderlich eingefügter städtischer Verkehrsmittelpunkte. Bei der Durchführung der Siedlung bediente sich Friedrich einer einfachen, aber straff geordneten Verwaltungsorganisation, die es ihm stets gestattete, von allem, was vorging, genau Kenntnis zu nehmen. Bald nach dem Regierungsantritt schuf er das „Neue Departement“ (1740), dem im Zusammenhang mit der Behandlung der gesamten Staatswirtschaft auch „die Ansetzung der Kolonisten und alles, was dahin einschlägt“, anvertraut war. Den Kriegs- und Domänenkammern fiel die Hauptarbeit der Planung und Durchführung zu; auf dem Besitz adliger Grundherrschaften wirkten die Landräte mit. Bei besonderen Aufgaben der Besiedlung, so bei großen Meliorationen, wurden Immediatkommissionen unmittelbar unter dem König bzw. dem Kabinett bestellt. Die Werbung der Kolonisten geschah nicht mehr durch Patent mit öffentlicher Einladung, sondern im stillen, wobei die Werbeeinrichtungen für die Armee nutzbar gemacht wurden. — Als der fähigste unter Friedrichs Mitarbeitern, ein wahrhaft bedeutender Kolonisator, sei v. Brendenhoff genannt (aus dem Saalkreis), Aufklärer und dabei Mann der frischen Tat, der bei den größten Unternehmungen damaliger Bodenverbesserung und Ansetzung planend und leitend mitgewirkt hat.

Bei der Beschaffung des Landes für die Kolonisation galt der Grundsatz, möglichst solches zu verwenden, das durch die Besiedlung als landwirtschaftlicher Kulturboden neu aufzugewinnen war. Dies traf im vollsten Maße bei den unternommenen großen Meliorationen von Ödland zu, ebenso bei den Waldrodungen. Dazu kam der Anbau von Dorfländereien sowie wüster Bauernhufen und der sogenannten abgebauten Hufen; auch hierbei wurde Boden genutzt, der zuvor nicht, wenigstens nicht im vollen Sinne, kultiviert gewesen war. Auch Vorwerks- (Guts-) Land ist für die Zwecke der Besiedlung verwertet worden; so wurde den Domänenpächtern in der Kurmark die Besiedlung beim Abschluß der Pachtverträge zur Pflicht gemacht. Der in dem kameralistischen Schrifttum jener Zeit vertretene Plan (Justi) einer Aufteilung von Gütern an Bauern pachtweise ist jedoch nicht befolgt worden, wenigstens nur selten. Der große König hatte in seinem Bauernschutzgesetz (1749) angeordnet, daß Bauernland nicht mehr zu den Gütern gezogen werden dürfe; aber es war nicht die Absicht, daß die agrarische Besitzordnung

auf Kosten der großen Güter einen völligen Umsturz erfahren solle; der Adel war ja für den Stand eines tüchtigen Offizierskorps wichtig, und die bürgerlichen Großlandwirte schufen Vorbilder für die Steigerung des Wirtschaftsertrags. In manchen Gegenden (Schlesien) wurde sogar auf adligem Besitz mehr als auf staatlichem Lande kolonisiert. Wo Vorwerkland für die Ansiedlung von Kolonisten verwendet wurde, war es bisher in der Regel noch kaum in Kultur genommen, gehörte wohl zu dem „mehrjährigen Land“, das nur in längeren Perioden (6–12 Jahre) einmal in die kulturmäßige Nutzung einbezogen zu werden pflegte. Die bei der Kolonisation angewandte Siedelweise war je nach der Geländebeschaffenheit und den örtlichen Vorbedingungen mannigfach verschieden. Oft wurden die Kolonisten in schon vorhandenen Wohnplätzen angesiedelt. Oder es wurden Abbauten von einem Dorfe aus (Kolonien) geschaffen; so war dies bei den „zweiten Hufen“ der Fall, die an jüngere Bauernsöhne kamen, so daß der Besitz an dem abgegebenen Lande in der Familie blieb. Auch neue Dörfer sind zahlreich gegründet worden; ihre Form pflegte sehr regelrecht zu sein in schnurgerader Zeilenfront oder in einer doppelseitigen Straße, auch in Kreuzform, ausnahmsweise einmal als eine gleichsam abgezirkelte Rundform. Die soziale Zusammensetzung der Kolonistenbevölkerung war mannigfaltiger als bei der mittelalterlichen Siedlung. Den stärksten Rückhalt bildeten auch damals die vollbäuerlichen Familien, die „Hufenwirte“. Aber daneben gab es zahlreich die Inhaber der kleineren Stellen je nach den gegendweise verschiedenen wirtschaftlichen Bedürfnissen und Möglichkeiten. Die friderizianische Kolonistenhufe wird auf 20 prß. Morgen und etwas darüber angegeben ( $7\frac{1}{2}$  ha); das ist vergleichsweise ein geringes Maß, das bei weidewirtschaftlichem Betrieb überschritten werden mußte und auch sonst gelegentlich auf großbäuerliche Verhältnisse ausgedehnt worden ist. Das Siedelland wurde in der Regel nicht gegen Kaufpreis erworben; wohl aber wurden Freijahre, eines oder mehrere, je nach dem eigenen Aufwand des Anzusehenden, zugestanden, damit der Siedler die Rodungsarbeit, die ihm zugemutet wurde, wirklich zu leisten imstande war. Für die Herstellung der Gebäude wurden allgemeine Vorschriften erlassen. Ein Teil der Siedler nahm die Errichtung selbst in die Hand; für andere, minder vermögende half die staatliche Verwaltung oder die Grundherrschaft mit, meist vermitteltst einzelner Bauunternehmer. Für die Ausstattung mit Vieh, Gerätschaften und nötigstem Vorrat wurde nur bei kleinen Siedlern gesorgt. Das Gedeihen der Siedlung hing ganz wesentlich von der Tüchtigkeit, dem Arbeitswillen und dem zähen Durchhalten der Siedler selbst ab. Die wirtschaftliche Lage war in der Anfangszeit schwierig, nicht wenige Kolonisten versagten; doch aus den fest Einwurzelnden ging ein tüchtiger Schlag ostdeutschen Bauerntums hervor. — Auch der Mehrung und wirtschaftlichen Hebung der städti-

schen Bevölkerung im Osten galt Friedrichs allumspannende Siedlungspolitik, die gelegentlich sogar zu neuen Gründungen städtischer Art schritt, zumal da die Kräftigung von Handel und Gewerbe den Grundforderungen merkantilistischer Staatsführung entsprach.

Die Erfolge der friderizianischen Kolonisation, mochten auch Fehlschläge nicht vermieden worden sein, waren, auf das Ganze gesehen, bedeutend, natürlich verschiedenartig in den einzelnen Landschaften. Wo die Siedelförderung bereits zuvor begonnen hatte, wie in der Kurmark, wurde sie eifrig fortgesetzt; hier kam sie jetzt wesentlich den Städten zugute. In Ostpreußen war das Geleistete noch recht ansehnlich; vornehmlich wurde die Siedlung in dem litauischen Randgebiet zum Abschluß gebracht. Das eigenartigste Neue war die Urbarmachung weiträumiger Bruchländereien. Ein besonders großzügiges Werk stellte die Kolonisation des Oberbruchs dar, dessen Trockenlegung schon unter Friedrich Wilhelm I. in Angriff genommen worden war (nördlich Frankfurt a. O. und Küstrin; 640 qkm); die Ausführung ging in den Jahren 1747–1753 vor sich. Friedrich hat an dem glücklichen Gelingen dieser großartigen Leistung sein besonderes Wohlgefallen gehabt. Ein vergleichbares Werk wurde am Warthe- und unteren Nehebruch (1764), ein anderes in Hinterpommern am Madü-See (am „pommerschen Meer“; 1770) vollbracht. Die Kolonisation in dem neugewonnenen Schlessen war vor besondere Aufgaben gestellt; die Lösung gelang nicht ohne Schwierigkeit nach einem Wechsel an leitender Stelle in der Verwaltung (v. Schlabrendorff, Graf Hoym) sowie gegen mannigfachen Widerstand in den Kreisen des adligen Großgrundbesitzes. Auch hier wurde Waldrodung vorgenommen, wüßt gewordenes oder noch brach liegendes Land aufgesiedelt. Aber neben der Schaffung zahlreicher echter Bauernstellen galt es, den Großgütern Arbeitskräfte zuzuführen, um eine Ertragssteigerung zu ermöglichen, um so mehr, da dem Bauernlegen Einhalt getan war. Solchem Zweck diente die Ansiedlung von Häuslern und Freigärtnern u. a. Die Kolonisation in Schlessen hat dem späteren Aufschwung der Industrie nicht unwesentlich vorgearbeitet. Auch die Siedeltätigkeit auf städtischem Boden war belangreich. — Westpreußen nebst dem Nehedistrikt war, als es 1772 an Preußen fiel, ein etwa zur Hälfte deutsch besiedeltes Land. Die Absicht Friedrichs, der das neuerworbene Land nach seiner Befähigung als hinter Kanada zurückgeblieben ansah, war auf Hebung der Kultur, Beseitigung von Mißständen in der Wirtschaft und Verwaltung, bessere Rechtspflege und Förderung des Schulwesens gerichtet. Das bedeutendste Kulturwerk war hier eine große Melioration, die des Nehebruchs, womit die Flusregulierung und der Bau des Bromberger Kanals verbunden war (unter Leitung des verdienten Brendenhoff). Zur Landbeschaffung wurde in Westpreußen auch von dem Mittel des Ankaufs adliger Güter Gebrauch



gemacht, womit zugleich die Leibeigenschaft verschwand, denn die neuen Siedler erhielten freies Erbzinsrecht. Eine verständige Fürsorge galt den kleinen Landstädten, wo sich die Neubefiedlung der wüsten Plätze nötig machte und ein Bedarf an guten Handwerkern bestand. Germanisierung in dem Sinne, Fremdstämmigen ihr Volkstum nehmen zu wollen, wurde nicht betrieben. Wohl aber wirkte die Ansiedlung von Deutschen als geeignetes Mittel zur Ausbreitung und Vervollkommnung der Landeskultur. Die Zahl der Kolonisten, darunter auch Deutsche aus Polen, war im Vergleich mit dem vorgefundenen Deutschtum nur gering; unter ihnen zeichneten sich die Württemberger (etwa ein Drittel) durch wirtschaftlichen Sinn und gute Schulbildung aus.

Ein zahlenmäßiger Ausdruck für den Erfolg der friderizianischen Kolonisation ist nur mit Vorsicht zu geben, obschon es an Berechnungen dafür nicht fehlt. Für die einzelnen Provinzen werden folgende Zahlen angeführt: in der Kurmark 60 000 Personen, in Ostpreußen 15 000, in Schlessen zwischen 1752 – 1779 53 000, in Westpreußen 11 000; damit ist nur ein Teil, wenn auch ein großer, erfasst. In wirtschaftlich-sozialer Hinsicht ist die Besetzung in Schlessen bemerkenswert: 5000 bäuerliche Kolonisten auf Domanialland, 10 000 auf Gütern in Privatbesitz, 20 000 auf 5000 Häuserstellen, 17 000 in Städten. Die Zahl der Familien, die während der Regierung Friedrichs des Großen (1740 – 1786) in ländlichen Verhältnissen angesiedelt worden sind, wird mit 57 475 angegeben; in Stadt und Land überhaupt wird die Zahl der Kolonisten auf 300 000 geschätzt (bei  $5\frac{3}{4}$  Mill. Einwohnern im Jahre 1786). Indes nicht die ziffernmäßige Menge ist entscheidend, vielmehr die dank der Kolonisation gewonnene Stärkung und Güte der Volkskraft.

Unter den Nachfolgern des großen Königs wurde die Ostkolonisation des preussischen Staates fortgeführt, wenn auch nicht mehr mit dem Schwung der vorangegangenen Epoche; König Friedrich Wilhelm III. hat dafür ein ganz persönliches Verständnis gezeigt. Eine neue große Aufgabe schien sich mit dem Erwerb Süd- und Neuestpreußens (1793 – 1795) zu öffnen; breiteten sich doch hier weite Räume waldbestandenen und bruchigen Landes aus, die einer Besiedlung harrten, auf Grund der Erfahrungen und technischen Kenntnisse, die bei der jungen preussischen Kolonisation gemacht worden waren. Keineswegs war dies ein von vornherein aussichtsloses Unterfangen. In der Tat wurden dafür verheißungsvolle Pläne entworfen, um die sich Leop. Freiherr v. Schrötter, der treffliche Kenner Ostpreußens, neben anderen verdient gemacht hat. Gedanken darüber, wie das Siedelverfahren den eigenartigen Bedingungen der neuen Gebiete anzupassen sei, kamen in Vorschlag. Wirklich brachte die umsichtige, gerechte preussische Verwaltung eine kulturfördernde Kolonisation in Gang (besonders im Bezirk um Plock, mit Württembergern),

deren Spuren nicht ganz verlorengegangen sind. Indes nur eine Bewährungsfrist eines Jahrzehnts war ihr vergönnt, allzu kurz, um Bedeutsames auf so schwierigem Boden zu leisten. Mit dem Kriege Napoleons wider Preußen (1806) und dem unrühmlichen Frieden von Tilsit (1807) fanden jene Bestrebungen ein vorzeitiges Ende. Die sächsische Verwaltung im Herzogtum Warschau (1806–1813) hat sich sodann gleichfalls um die wirtschaftliche Förderung des Landes bemüht; deutsche Arbeitskräfte, insbesondere sächsischen Ursprungs, sind zur Belegung der Gewerbe ihm zugeführt worden. Eine namhafte kolonisatorische Tätigkeit kam freilich nicht in Gang. Wenn nun auch der unmittelbare Ertrag all dieser preussischen und sächsischen Ordnungsarbeit nur gering blieb, im Zusammenhang der deutschen Siedlungsgeschichte jener Gegenden war er keineswegs bedeutungslos: Das Angebahnte wurde wegweisend für die weiteren Fortschritte nach 1815, als das Land geteilt unter preussische und polnisch-russische Herrschaft kam.

Die brandenburgisch-preussische Ostkolonisation des 17./18. Jahrhunderts hat deutsches Staatsgebiet kaum ausgedehnt, auch nicht ein breitstielndes Deutschtum außerhalb der Grenzen des zuvor schon gewonnenen Volksiedlungsbereichs neu entstehen lassen. Dennoch waren die Wirkungen bedeutend. Das Deutschtum des Nordostens erfuhr eine ansehnliche Verstärkung; Siedlungslücken wurden aufgefüllt, wirtschaftlich tüchtige und rassistisch wertvolle Menschen dem Osten zugeführt: mit friedlichen Mitteln war ein großes, kulturschöpferisches Werk vollbracht.

Wie einst die mittelalterliche ostdeutsche Kolonisation sich auf zwei Hauptbahnen, einer nördlich vordringenden und einer südöstlichen, bewegte, so geschah dies auch in den neuzeitlichen Jahrhunderten. Wieder nahm die südöstliche Bewegung einen andersartigen Verlauf. Die Erweiterung des geschlossenen deutschen Volksbereichs war auch hier nicht groß. Doch im Vorland wurden breite Räume deutscher Siedlung in volksfremder Umgebung neu geschaffen. Die Entstehung der ostdeutschen Großmacht des Südens beruhte ja auf der Wiedergewinnung Ungarns für das „Haus Österreich“ nach harten Kämpfen mit einem auswärtigen nichtdeutschen Feind. Ein glückliches Vorspiel war der Sieg bei St. Gotthard an der Raab (1664). Die entscheidende Wendung geschah seit der heldenmütigen Verteidigung Wiens (1683) und der glänzenden Befreiung der von den Türken umlagerten Kaiserstadt durch die Schlacht am Kahlenberg unter Führung Karls von Lothringen (12. September), ein mit größtem Jubel in Deutschland aufgenommener Erfolg im Osten, zwei Jahre nach Straßburgs Fall. Stürmisch ging es nun vorwärts. Vereint gewannen Truppen aus östlichen deutschen Landen Ofen zurück (1686); weite Gebiete Ungarns wurden aus türkischer Hand befreit, 1687 unterwarf sich das sieben-

bürgische Land dem Kaiser. Der entscheidende Erfolg wurde errungen, als Prinz Eugen von Savoyen in den Dienst Habsburgs trat, ein Feldherr von größten Fähigkeiten und zugleich ein Staatsmann mit durchdringendem, alles überschauendem Blick. Nach dem glänzenden Siege bei Zenta (1697) erlangte das Haus Osterreich im Frieden von Karlowitz (1699) die Herrschaft über Ungarn und Siebenbürgen, nur ohne das Banat von Temesvar, das nach einem neuen Türkenkrieg, der mit der Einnahme Belgrads endete, hinzugewonnen ward (Frieden zu Passarowitz 1718). Die Militärgrenze mit ihrer eigenartigen Verfassung wurde längs der südlichen Donau eingerichtet und bis zur Walachei ausgedehnt.

Nach diesem großen auswärtigen Erfolg und Raumgewinn zielte die innere Politik darauf, die Einheitlichkeit dieses überwölkischen Staatsgebildes der habsburgischen Monarchie zu festigen, die Gesamtstaatsidee in dem „Osterreich“ mit Einschluß Böhmens und Ungarns nach den Grundsätzen absolutistischer Staatsleitung durch eine straffe Zentralverwaltung vom Wiener Hofe aus zu verwirklichen. Damit verband sich die Zwecksetzung des Merkantilismus, dessen Leitgedanken in Osterreich schon früh und mit besonderer Klarheit und Eindringlichkeit vertreten wurden (J. J. Becher; W. v. Hörnigks Schrift: „Osterreich über alles, wenn es nur will“): in einem einheitlich zusammengeschlossenen Staatsgebiet reichliche Deckung des Bedarfs an wirtschaftlichen Gütern und Ausfuhr der Überschüsse, Erschließung aller Hilfsquellen, Vermehrung der Gütermenge und der Bevölkerung, die sie zu erzeugen vermag. Solchem Staatszweck diente nun auch eine planvolle Siedlungspolitik, die ebenso eine fruchtbare Auswertung ungenutzt daliegender Landstriche wie eine Steigerung der Einwohnerzahl, damit auch der Steuer- und Militärkraft zu fördern imstande war. In Osterreich-Ungarn aber wurde ganz ausdrücklich auch die nationale Bedeutung deutscher Siedlung gewürdigt; denn das Deutschtum war die beste, ja einzig verläßliche Kraft, um die Einheit und den Zusammenhalt des Gesamtstaats zu gewährleisten und am bereitwilligsten zu stützen.

In den Subetenländern gestaltete sich die Lage für das Deutschtum günstiger als zuvor; denn wenn sich auch Deutsche und Tschechen im „Landespatriotismus“ zusammenfanden, waren doch jene die bevorzugten Träger der nach Wien blickenden Bestrebungen in Staat und Kultur. Die Gleichberechtigung der deutschen Sprache war hergestellt; auch im öffentlichen Verkehr war sie zugelassen. Eine geflissentlich deutsche innere Kolonisation fand in Böhmen und Mähren nicht statt; aber manche Umstände waren der Mehrung des deutschen Siedlungsstands förderlich. Der Wiederaufbau nach dem großen Kriege lockte auch deutschen Zuzug herbei. Grundherren aus neuem und altem Adel begünstigten die Wiederbesiedlung; es kam vor, daß „Kolonien“ auf Vorwerks-



land angelegt wurden. Wichtig war die Entstehung neuer Siedlungen, oft ganzer Dörfer, namentlich im Gebirge zum Betriebe der Holzwirtschaft, bei Hammerwerken und Glashütten. Überhaupt war das kräftige Aufstreben der Industrie in Böhmen wesentlich den Sudetendeutschen zu danken und hob ihre wirtschaftliche Bedeutung und Volkszahl, zumal in den Randlandschaften. Unter der Kaiserin Maria Theresia, mehr noch unter Josef II. ergingen Maßnahmen zur Einführung der deutschen Unterrichtssprache; wenn nun auch die Tschechen, zumal die durch die Bauernbefreiung gestärkte Landbevölkerung, bei ihrem Volkstum verharren, so wahrte und kräftigte ebenso das Deutschtum seine Stellung und setzte sich innerhalb der Grenzen fest, die es bis zum Ausscheiden Österreichs und damit der böhmisch-mährischen Lande aus dem Verband mit den deutschen Nachbarstaaten behauptet hat.

Weit ausgreifender und ertragreicher gestaltete sich die Kolonisation mit deutschen Kräften ostwärts von den Grenzen Alt-Österreichs bis zum Karpathenwall und darüber hinaus. Nach der Befreiung Wiens und dem Ende der Türkenherrschaft war sogleich ein großes Werk der Wiederaufsiedlung vor den Toren der Stadt und tief nach Westungarn hinein zu leisten. Ein nicht geringer Teil deutscher Siedlungen im Grenzbereich verdankt jener Zeit eines jungen, von neuem Schwung getragenen Vorstoßes seine Entstehung. So ist im Bereich der „Heidebauern“ östlich des Neusiedler Sees damals Zuwanderung aus Schwaben erfolgt, die, mag deutsche Niederlassung auch schon früher eingeseht haben, der Siedelweise und Mundart des dortigen Deutschtums ihr Gepräge verliehen hat.

Überaus lehrreich und beispielhaft ist die Geschichte deutscher Siedlung im ungarischen Mittelgebirge und seinem Vorland zwischen Magyaren, Slowaken und Serben: im Bakonywald (d. i. Buchenwald), im Schildgebirge und an den Bergen westlich von Ofen-Pest im Donauknie nahe der ungarischen Steppe. Es gab Siedlungen in diesem Grenzraum, welche die Türkenzeit überdauert hatten; doch seit dem letzten Türkenzug lag weithin Land wüste (puszta-ság). Der neue Anbau setzte zunächst nach Gelegenheit ein, gleichsam als „wilde Bauernsiedlung“; auch kleine Schwärme von Deutschen stellten sich ein, meist aus westlich benachbarten Landstrichen (Wieselburger Komitat). Dann folgten große planmäßige Dorfgründungen noch in der offenen Niederungslandschaft. Im Waldgebirge legten endlich die Deutschen ihre Rodungen aus wilder Wurzel an; es entstand ein breit flächenhafter deutscher Siedlungsboden, von wo aus wieder siedlerische Kräfte nach dem Vorgelände abgegeben werden konnten. Der Besiedlungsvorgang hielt während des 18. Jahrhunderts an. Das Ergebnis war ein ansehnliches, geschlossen wohnendes Kerndeutschtum, meist Waldbauern, mit kleineren deutschen Streusiedlungen ringsum. Als Kolonisatoren taten sich zwei Klöster hervor: das Erzstift: Martinsberg (Bene-

diktiner) und die Zisterzienserabtei Zirc, deren Mutterkirche Heinrichau in Schlesien mit Beirat und Entsendung von Siedlern am neuen Siedelwerk beteiligt war. Unter den kolonisierenden Adligen seien Graf Kollonetsch und die Esterhazy genannt. Die Siedler stammten aus den verschiedensten Herkunftsgebieten: Schwaben, Bayern, Österreich, Steiermark, Kärnten, Mähren, Schlesien. Die Ansiedlungsbedingungen boten ein Besitzrecht gegen Zins ohne Leibeigenschaft, dazu Steuerfreiheit: „Wer Deutscher ist, soll mit dem Vertrag der Deutschen leben.“ Die Ansiedlungsdörfer waren in der Regel groß; wirkliche Bauerngemeinschaft wurde gepflegt. Im Dorfe teilte man „Sesslonen“, Bauernstellen, zu (ganze, halbe, Viertel); daneben gab es Kleinhäusler und Inwohner (ohne Haus). Bei der Flurgliederung kam eine Art Gewannbildung vor mit Bestellung nach gemeinsamen Anbauregeln; als „Kobeland“ wird ein Maß von 30 Akern erwähnt. Beliebt war der Weinbau. Kleinere Marktforte vermittelten den nötigen Verkehr. Dies Balony-Deutschtum, eine Sprachinsel in fremdvölkischer Umgebung, jedoch eingelagert in den großen südosideutschen Kulturkreis, hat nach Bauernart schollenhaft zäh seine Sprache und Lebensart bewahrt.

Die geschilderte Besiedlung war eine Teilerscheinung der großen neuzeitlichen Kolonisation, die in ganz Ungarn mit Menschen deutschen Geblüts in die Wege geleitet wurde. Sogleich nach der Befreiung aus türkischer Hand, noch unter Kaiser Leopold I. wurde ein Plan für das „Einrichtungswerk des Königreichs Ungarn“ zur Wiederbevölkerung entworfen, ganz im Geist der absolutistischen Zentralregierung in Wien: „entweder per colonias mit gewaltsamer Übersetzung des überflüssigen oder schädlichen Pöffels aus anderen eigentümlichen Ländern“ — was freilich eine sehr schlechte Kolonisationsmethode war — oder durch „öffentliche Einladung und Einwerbung fremder Völker.“ In der Tat ergingen 1689 Einwanderungsauftrufe: Freizügigkeit, Freiheit von Untertanenlasten, Gleichheit der städtischen Bewohner in steuerlicher Hinsicht, Bauhilfe, auch Gleichhaltung der Nationen und Konfessionen wurden versprochen. Die kaiserliche Regierung begünstigte dabei die Deutschen; ja, hier im Südosten wurde geflissentlich darauf gesehen, „damit das Königreich oder wenigstens ein großer Teil desselben nach und nach germanisiert werde und das hungerländische zu Revolutionen und Unruhen geneigte Geblüt mit dem teutschen temperiert werde.“ So setzten wirklich die Wanderzüge, zumal aus Süddeutschland, ein. Die staatliche Verwaltung nahm sich der Kolonisation an: die Hofkammer in Wien, ihr nachgeordnet die Kameralverwaltung in Ofen, später in Bezirken Südungarns. In die kolonisationsfördernde Tätigkeit trat der Adel ein, nicht ungarischer Kleinadel, sondern Magnaten, vor anderen kaiserliche Heerführer, die reich mit großen Landgütern belohnt wurden, als einer der ersten Prinz Eugen, der die Bedeutung

der Kolonisation sogleich erkannte und Kolonisten nach seinem Besitz, der Insel Czepel, berief. Auch Kirchenfürsten (der Bischof von Wesprim und von Fünfkirchen) und ungarische, dem Kaiser ergebene Magnaten nahmen teil; einzelne Klöster wurden gestiftet, um „Pfropfreiser deutscher Gesittung“ zu sein. Die Kolonisation erfuhr freilich empfindliche Störung; die ständisch gesinnten ungarischen Großen widersetzten sich der Aufrihtung des Wiener Regiments, in Siebenbürgen erhob sich Fürst Rakoczy in langwierigem Aufstand (1703). Erst der Friede von Szathmar (1711) schuf wieder günstigere Bedingungen für die Ansiedlung von Deutschen. In großen Zügen brachen „grausamb vil in das Königreich Hungarn“ auf (1712–1713); viele gerieten ins Elend oder wanderten zurück. Doch nun erschienen kolonistenfreundliche Gesetze unter Zustimmung der ungarischen Stände (1715; 1723). Die deutsche Kolonisation faßte im Banat von Temesvar (zwischen Donau, Theiß, Marosch und Karpathen) festen Fuß, dessen erster Landespräsident Feldmarschall Mercy d'Argenteau in großzügiger Weise die Förderung der Landeskultur in die Hand nahm. Das ganze Gebiet wurde durch Verkehrswege und Kanäle erschlossen; weite Oblandereien mit sumpfigen oder steppenartigen Böden wurden durch deutsche Bauern in harter, entsagungsvoller Arbeit zu Fruchmland umgewandelt (neben Feldwirtschaft Wein- und Tabakbau). Ganze Ketten deutscher Dorfsiedlungen entstanden; die Kolonisten hatten ihre Häuser selbst zu bauen, das Wirtschaftsgerät anzukaufen, Befreiung von landesüblichen Abgaben und Diensten (Robot) wurde auf Zeit gewährt. Schulheissen standen ihnen vor, die jährlich zu wählen waren, daneben gab es Geschworene. Auch der Bergbau fand Eingang; Fabriken wurden angelegt, in Temesvar selbst entstand eine deutsche Gemeinde mit Zünften. — Indes auch vom Wanderungszwang zur Ansiedlung im Osten wurde Gebrauch gemacht durch die Maßnahmen der sogenannten „Transmigration“ (zuerst 1734). Evangelische Bauern aus den österreichischen Ostalpenländern wurden nach Siebenbürgen verschickt; immerhin hat diese „Zwangsverpflanzung“ dazu beigetragen, deutsche Bevölkerung in evangelischer Umgebung inmitten fremden Volkstums zu vermehren.

Einen Einschnitt in der Besiedlungstätigkeit brachte der nach dem Tode Kaiser Karls VI. ausbrechende Österreichische Erbfolgekrieg (1740–1748); der Verlust Schlesiens (1742; 1763) bot um so mehr Anlaß, einen Ersatz an inneren Kräften des Gesamtstaats in der Förderung deutscher Kolonisation zu suchen, wofür Preußen ein gutes Vorbild bot. Seit 1748 begannen die Einwanderungen von neuem; um 1750 trafen beträchtliche „Schwabenzüge“ ein. Auch die Zwangsverpflanzung wurde aufgenommen, da unter Maria Theresia anfänglich die Rücksicht auf Zugehörigkeit zur katholischen Kirche maßgebend war. Nach dem Hubertusburger Frieden 1763 folgte die große Zeit der Theres-



sianischen Kolonisation. Die Hofkammer in Wien (Anton v. Cothmann) und die Behörden in den Bereichen der „Impopulation“ waren damit beschäftigt, die Siedler anzuwerben, für ihre Beförderung zu sorgen, zweckmäßig sie zu verteilen und ihre Ausstattung zu regeln. Aus dem Süden und Westen des Reiches, wo Vorderösterreich damals noch zu den „Erbländern“ Habsburgs gehörte, kamen große Scharen herbei; die Katholischen waren nicht mehr allein bevorzugt. Die Siedlung im Banat (seit 1779 die Komitate Torontal, Temesch, Karasch-Krasso und Militärgrenzbezirk) wurde stark vermehrt, mit manchem Wechsel des Ansiedlungsverfahrens. Auf der „schwäbischen Heide“ wurde gesiedelt, dazu im Wald- und Bergland; man legte neue Dörfer an oder führte Zusiedlungen in älteren durch. Wichtig war die Zuweisung des Eigentums am bearbeiteten Ackerland, was günstig bei den Deutschen gewirkt hat. Auch in der Batschka (westlich der Theiß) kam die Siedlung lebhafter in Gang; da sie von der ungarischen Hofkammer in Pressburg nach Grundsätzen wie bei Privatherrschaften betrieben wurde (Graf Kassalkovich), schritt sie nur allmählich voran. Auch hier galt es, Weideland urbar zu machen; gewerbliche Anlagen und Einrichtungen für den Handelsverkehr kamen hinzu. Anfangs entstammten die Siedler aus Schwaben; dann folgten Franken und Einwanderer aus älteren Siedlungsbezirken Ungarns. Eigentümlich waren in Batschka und Banat die jüngeren Siedelanlagen: große, ganz regelrecht gebaute Ortschaften, nach einem Schema der Verkehrswege, so daß die planmäßigste dieser von Ingenieuren geschaffenen Formen geradezu nach dem Schachbrettmuster bezeichnet werden kann. — Ein namhaftes Deutschtum entstand in der „schwäbischen Türkei“, westlich des Nord-südlaufs der Donau (in den Komitaten Tolnau und Baranya). Weithin verbreitete sich deutsche Streusiedlung damaligen Ursprungs: in Komorn, Gran, bei Szathmar (durch Graf Karolhi), in Syrmien zwischen Donau und Save u. a.; auch Versuche zu herrnhuttscher Niederlassung fehlten nicht (in Siebenbürgen).

Auf die Zeiten praktischer Förderung des Ansiedlungswesens und Bauernschutzes, wie sie unter Maria Theresia geübt worden waren, folgte die reformfreundige Epoche Josefs II. Dem Bauerntum, das als der tragende Grund der Gesellschaftsordnung galt, sollte rasch und entschieden geholfen werden. Die Leibeigenschaft wurde aufgehoben (1781), die Grundentlastung in Angriff genommen; die volle Erschließung nutzbaren Bodens sollte nach Möglichkeit befördert werden. So ließ der Kaiser, dessen Ansiedlungspatent 1781 verlockende Bedingungen bot, auch die staatliche Kolonisation in den ungarischen Landen mit hohen Kosten (Aufwand von 400 Gulden für Ansetzung eines Hausvaters) fortführen; jedoch mit dem Jahre 1786 wurde sie eingestellt, wie überhaupt die Agrarreform an den Widerständen erlahmt ist.

Die Stärke dieses neuartigen Südostdeutschtums im Donauraum ist nicht

mengenmäßig abzuschätzen. Was über die ersten Züge dieser „Völkerwanderung“ erzählt wurde (1712/13: 50 000), zeigt nur den großen Eindruck, den sie machten. Genauere Auskunft geben die in Wien angelegten Einwanderungslisten, die über Herkunft, Familie, Gewerbe und dergleichen Aufschlüsse, freilich nur bei mühsamster Ermittlung, bieten. Klar ist, daß dies in der neuzeitlichen Kolonisation erwachsene Deutschum im südöstlichen Vorfeld des Reichsgebiets aus den verschiedensten deutschen Heimatländern stammt. Mutterland dafür waren vor allem die österreichischen Lande selbst: Ober- und Niederösterreich, Steiermark, Kärnten, Krain, auch die Gottschee, Tirol, vom Westen her Vorderösterreich, dazu die Sudetenländer Böhmen und Mähren. Aber auch reichsdeutsche Territorien stellten Kolonisten: Bayern, Franken, vom Rheine Kurtrier und Kurmainz, auch Lothringen, besonders Württemberg und Baden, also Schwaben; dazu fanden sich Siedler aus norddeutschen Gegenden ein: Westfalen, Braunschweig, Sachsen, Schlessen. Auch das ungarländische Deutschum selbst entbot seine Söhne und Töchter zum Siedelwerk. Es war eine wahrhaft großdeutsche Leistung.

Die Kolonisation griff noch weit ostwärts aus, sobald die politische Lage dies gestattete. In Galizien wünschte Josef II. sogleich nach dem Erwerb des Landes 1772 die Ansiedlung zu fördern (Erlaß 1774). Indes nur Handels- und Gewerbetreibende zogen zu, keine Bauern, da man den Evangelischen abgeneigt war. Erst als Josefs Patent vom 17. September 1781 für Bürger- und Bauern erschienen war, wurden ansehnlichere Erfolge erzielt. Das meiste leistete dabei die staatliche Ansiedlungstätigkeit, wobei Kameralgüter für die Bauernsiedlung ausgewertet wurden. Auch Bergleute, Glasarbeiter u. a. zogen zu; neue städtische Ansiedlungen (Podgórze) wurden begründet. Absicht zur Germanisierung bestand bei diesem Vorgehen nicht. Nach einem Stocken der Siedeltätigkeit gab Erzherzog Karl neue Anregung (1801—1803). Die staatliche Kolonisation lebte freilich nicht auf; um so mehr betätigte sich jetzt die private Unternehmung des Siedelers, die sich anfangs zurückgehalten hatte, im 19. Jahrhundert aber sichtlich Aufschwung nahm. Die Zusammensetzung der zuwandernden Bevölkerung war mannigfaltig wie in Ungarn: Zuzug aus dem „Reich“, besonders vom Südwesten (Pfalz), von Deutschböhmen, und als dies nachließ, Abgabe von Überschuss aus den Ortschaften kolonialer Gründung selbst.

Ganz ähnlich entwickelte sich die neue deutsche Besiedlung in der Bukowina (Buchanland), die seit 1775 von österreichischen Truppen besetzt war. Angeregt in militärischen Kreisen (Spleny), nahm sie seit der Zeit Josefs II. ihren Fortgang im Zusammenhang mit den Siedelerfolgen im Banat und in Galizien, dem das Land seit 1786 angegliedert war. Deutsche ließen sich an Bergwerksorten (Arbeiter aus der Zips), bei Salzsiedereien und Glashütten

(aus Böhmen) nieder, auch „schwäbische Bauern“ (Mariensee, Luisental, Freudental). Unter den Städten wurde Czernowiz gern aufgesucht, auch Serech und Suczawa; Kadauz war die „deutscheste“ Stadt. — In der Moldau und Walachei hatten sich die deutschen Siedlungen seit spätmittelalterlicher Zeit kaum gehalten; nur in Bukarest entwickelte sich die deutsch-evangelische Gemeinde mit mehr Lebenskraft. Seit dem Ende des 18. Jahrhunderts nahm die Niederlassung der Deutschen in den rumänischen Fürstentümern wieder zu, anfänglich von Siebenbürgen aus, wo man solche Überfiedlung nicht gern sah; es waren zumeist Handwerker, Kaufleute, Fabrikanten und Ingenieure, dazu Vertreter der „freien Berufe“ (Ärzte, Apotheker, Erzieher), auch Hausangestellte, — eine Gruppe, nicht groß an Zahl, aber gewichtig und einflussreich durch ihre Fertigkeiten und gehobene Bildung.

Die neuzeitliche Kolonisation in den Räumen der beiden ostdeutschen Großmächte hat das Verbreitungsbild deutscher Siedlung im Osten nicht unwesentlich verändert. Ein Vorverlegen der Grenzen des geschlossenen deutschen Volksgebiets fand nicht in ausgedehnterem Maße statt. Immerhin rückten sie in einigen Grenzstrichen vor: in Preussisch-Litauen, im polnisch-schlesischen Grenzstreifen, im österreichisch-ungarischen Grenzsaum. Im südöstlichen Mitteleuropa jedoch bildeten sich neue großflächige Siedellandschaften, in denen deutsches Volkstum einwurzelte und zu kräftiger Entfaltung gedieh. Im Donauraum innerhalb der Grenzen Ungarns wurde die Ausbreitung des Deutschtums stattlicher und mannigfaltiger als zuvor: Den „Heanzen“ des Burgenlands und den Heidebauern Nordwestungarns, den Zipser Deutschen und den Siebenbürger „Sachsen“ gesellten sich die „Schwaben“ Südungarns (Donauschwaben) zu — sie alle gesunde Sproßlinge Germaniens, kräftig genug, um aufzuwachsen und sich in schwierigem Lebenskampf zu erhalten, doch in der Streulage der Siedelgebiete nicht fähig, ein zusammenwachsender Neustamm zu werden, von der Ansiedlungszeit her dazu vorbestimmt, Auslandsdeutschtum zu sein.

## Deutsche Fernwanderungen in östliche Länder

Wie im ersten großen Zeitalter ostdeutscher Kolonisation flutete die ostwärts gerichtete deutsche Siedelbewegung auch in neuzeitlichen Jahrhunderten weit über die Grenzen der unter deutschen Herrschern stehenden Staatsgebiete hinaus. Auch hierbei lassen sich zwei Hauptbahnen verfolgen: Die eine nördliche führte wie schon zuvor in das benachbarte polnisch-litauische Großreich, erneuerte und stärkte die dortigen deutschen Siedelherde; auf der anderen,



südlichen wurde die „turkotatarische Front“ durchbrochen und in ungeahnte Fernen nach Osten zu vorgestoßen. In den weiten Räumen Osteuropas im russischen Zarenreich trafen beide Bewegungen aufeinander.

Die deutsche Siedlung in Polen erfuhr nach der Zeitenwende, die mit dem Ausgang des Mittelalters eintrat, wieder eine gewisse Belebung. Im Reformationszeitalter machte das Deutschtum einige Fortschritte (Gründung der Stadt Lissa 1547). Kasch hatte hier das Luthertum Eingang gefunden (Joh. Laske als Reformator; polnische Bibelübersetzung auf Veranlassung des Fürsten Radziwill). König Sigismund II. August, der letzte Jagiellone († 1572), war erst dem Protestantismus nicht abgeneigt; doch entschied er sich 1565 für das katholische Kirchentum. Die Gegenreformation zog ein, scharf unter Sigismund III. aus dem Hause Wasa (1587). Die Deutschen aber hielten zäher am evangelischen Bekenntnis fest und scharten sich darum, mußten freilich um so mehr Verfolgung erleiden. Günstiger wurde die Lage unter Wladislaw IV. (1632–1648), der gegen die Vorherrschaft der katholischen Kirche auftrat und den „Dissidenten“ (Andersgläubigen) Schutz gewährte. Während in Deutschland der Dreißigjährige Krieg tobte, fanden Ostdeutsche aus Brandenburg, Pommern, Schlessen, Böhmen und Osterreich, auch Deutsche aus westlicheren Landen, Protestanten ebenso wie katholische Flüchtlinge, je nach dem Glaubensstand Aufnahme zur Niederlassung auf Ländereien bei gleichgesinnten Großgrundbesitzern sowie in den Städten. Gern waren des Handwerks kundige Deutsche gesehen; beschloß doch sogar der Reichstag 1607, Waffenschmiede nach Warschau zu berufen. Auch Neugründung von Städten kam vor (Ratowitsch 1639). Nicht gering ist diese deutsche Zuwanderung einzuschätzen. Als nun Polen selbst seit der Mitte des 17. Jahrhunderts in äußere Kriege mit Schweden, Kosaken und Russen verstrickt und durch innere Aufstände verwüstet wurde, stockte die Zuwanderung. Um so mehr entstand danach ein Bedarf an helfenden Kräften.

Inzwischen waren die Gedanken merkantilistischer Wirtschafts- und Bevölkerungspolitik auch nach Polen getragen worden, in ihrer Auswirkung freilich durch die Schwäche der Krone gehemmt, die von dem Adel niedergehalten wurde. In der augusteischen Zeit belebte sich dank den regeren Beziehungen zu Deutschland, insbesondere zu Sachsen der deutsche Zuzug von Gewerbetreibenden und Handelsbessenen, zumal da Leipzig mit seinen Messen „für Polen günstig lag“; Künstler und Angehörige der Berufe mit wissenschaftlicher Bildung gesellten sich hinzu. Auch die Bauernsiedlung wurde von neuem gefördert, etwa seit dem Ende der Regierungszeit Augusts des Starken, bis in das 19. Jahrhundert hinein. Von verschiedenen Seiten strömte die deutsche Siedlung ein. Deutsche an der Weichsel (aus dem Gebiet um Thorn, Graudenz, Dirschau bis zum Danziger Werder) sowie aus Westpreußen

bewegten sich südwärts, neue Siedlungen anlegend; die deutschen Weichseldörfer südlich von Warschau sind damals entstanden. Ähnlich setzte das Vorgehen im Dobriner Land ein. Aus Pommern, dem Nekebezirk, den Landstrichen um Posen und Gnesen stieß deutsche Siedlung vor; von Niederschlesien her setzten sich Einwanderer fest. Bis in die bessarabischen Steppen gelangten die Nachkommen solcher deutschen Siedler (nach 1810). Zwei Hauptformen der dörflichen Siedlungsanlage sind zu unterscheiden. Der schon von alters üblichen Verfassung entsprachen die „Schulzendörfer“ nach magdeburgischem oder deutschem Recht; in ihnen galt Erbzinsrecht, aber auch Scharwerksdienste waren zu leisten. Ein Schulze in solchen Dörfern, der dem Grundherrn pflichtig war, übte die ortsobrigkeitlichen Befugnisse aus. Anders war die Verfassung der „Holländereien“ oder „Hauländereien“ (polnisch [h]olendry, holender-nia; holender: deutscher Kolonist). Die Ansiedler empfangen ihre Wirtschaft nach dem Rechte der Zeitpacht, wobei die Verträge langfristige (auf 25 bis 60 Jahre) laufen konnten; die Pacht wurde in Geld entrichtet, von Scharwerksdienst waren die Kolonisten frei, jedoch steuerpflichtig nach dem Ende der Freijahre. Die Verträge, deren Erneuerung rechtzeitig zu geschehen pflegte, wurden von den Gemeinden abgeschlossen. Die Stellung des Gemeindeverbands war stark; der Vorsteher (Schulze), dem „Ratmannen“ (Schöffen) zur Seite standen, wurde gewählt und hatte sein Amt ein Jahr zu verwalten. Diese Einrichtung entspricht den Gewohnheiten, nach denen ursprünglich „Holländer“ ihre Siedlungen anlegten. Indes auch bei Kolonisation auf Rodungsland, dessen Anbau den Niederländern nicht gelegen war, wurden freie Bedingungen gewährt, so daß „Hauländereien“ in solchem Sinne entstehen konnten. Ihre Zahl war stattlich; sie drängten sich an den Flüssen Weichsel, Warthe und Neke. Erwähnt sei die Entstehung der sogenannten „Bamberger“ Dörfer bei Posen (1719; mit deutschen Katholiken besetzt). Bis über die Zeit der polnischen Teilungen hinaus verdichtete sich das Netz der deutschen Bauerdörfer. Auch neue Städte, freilich nur unbedeutende, wurden gegründet (Schönlank 1738, Santomischl 1742 u. a., Neutomischl 1785). Ein Versuch der Industrialisierung mit Hilfe deutscher Masseneinwanderung unter dem letzten polnischen König Stanislaus August Poniatowski (1764–1795) zeitigte noch keinen Erfolg.

Im Wiener Frieden 1815 wurde ein großer Teil polnischen Gebiets (bis zum Bug), „Kongresspolen“, dem russischen Zaren zugesprochen. Als nach den Schäden der Kriegszeit die Aufbauarbeit einsetzte, lebten die merkantilistischen Grundsätze auf. Dies war einer Zuwanderung von Deutschen günstig, die zu beträchtlicher Stärke anwuchs, aber der wirtschaftlichen Entwicklung gemäß ein anderes Ansehen gewann als zuvor. Eine letzte deutsch-bäuerliche Kolonisation fand statt, sogar in weiter Ausdehnung durch Tochter-

siedlungen südostwärts über Lublin bis nach dem Cholmer Land und Wolhynien. Wichtiger wurde die Zuwanderung von Deutschen zum Betrieb von Gewerben. Die russische Regierung hemmte nach merkantilistischem Grundsatz durch hohe Zölle die Einfuhr gewerblicher Waren, erließ jedoch 1820 ein Gesetz, das auswärtigen Handwerkern und Industriellen die Ansiedlung in Polen gestattete, ja sie durch Vorrechte begünstigte. Davon wurde Gebrauch gemacht: die deutsche Industriesiedlung kam hoch, besonders durch Anlegung von Tuchfabriken. Aus dem Posenschen, aus dem Nehegau und Schlesiens, auch aus Sachsen, Deutsch-Böhmen und den Rheinlanden, kamen Deutsche herüber: Unternehmer, Arbeiter, Techniker. Lodz, ein Ort mit 800 Bewohnern, wurde seit 1823 rasch zu einem großen Industriemittelpunkt. Auch beim Bergbau und in den Hüttenwerken halfen Deutsche zum Aufschwung mit (Bergleute aus Sachsen und dem Harz). Drei Gruppen dichter deutscher Besiedlung bildeten sich allmählich heraus: um Lodz (von Sieradz nach Rawa), in Kufawien und im Dobriner Lande; weiter nach Osten zu in inselhafter Streulage. So waren die Deutschen in Polen nicht nur Lehrmeister vervollkommneter Landwirtschaft, sondern auch von Einfluß auf die Bildung eines leistungsfähigen Mittelstands. Auf etwa eine halbe Million (Zählung 1897: 407 274 Köpfe) ist das Deutschtum in Kongresspolen um den Beginn des 20. Jahrhunderts zu schätzen.

Die eigenartigste, ausgebreitetste Siedlung deutscher Ostwanderer kam in den weiten Räumen Rußlands zustande in allen Klimazonen von den nördlichen Urwäldern bis zu den heißen trockenen Steppen Südosteuropas nahe den Grenzen Asiens, unendlich ferne von der Heimat inmitten fremdrassiger Völker in Anpassung an eine fremdartige unheimliche Landesnatur. Überaus lehrreich ist diese Geschichte der russischen Kolonisation, die mit großer Anschaulichkeit beschrieben werden kann; in diesem Zusammenhang kann freilich nur Allerwichtigstes angedeutet werden.

Um die Mitte des 16. Jahrhunderts war Rußland der abendländischen Welt durch Sigismund von Herbersteins „Commentare der moskowitischen Geschichte“ (deutsch 1557) bekanntgeworden. Um die gleiche Zeit begann die gewaltsame große Ausbreitung des Zarenreiches nach den ersten entscheidenden Erfolgen an der südöstlichen Front gegen die Tataren (Sieg bei Kasan 1552) auch gegen Westen und Norden in heftigen Angriffen auf Livland und Polen. Wie schon im Mittelalter Deutsche einen namhaften Anteil an der Kulturförderung in den Landen Rußens bis in die Ukraine gehabt hatten, so stellten sie sich nunmehr auch im Moskowiterreich ein; nicht in großen Scharen, nur in kleineren Trupps, nicht Bauern, sondern Männer des Handwerks, zumal in allerlei Metallarbeit erfahrene Werkleute, dazu andere, die sich durch höhere Kenntnisse in Wissenschaft und Künsten (Ärzte)



auszeichneten. Seitdem die Romanows zur Herrschaft gelangt (1613) waren und geordnetere Zustände hergestellt hatten, nahm die Einwanderung der Fremden, auch deutscher Meister, beträchtlich zu. Eine deutsche Vorstadt von Moskau, Sloboda, entstand; Adam Olearius aus Leipzig besuchte sie auf seiner „Persianischen Reise“, die er mit Paul Fleming unternahm (1633 bis 1635) und erzählt von dem Leben der Deutschen unter den Russen. Die Deutschen schlossen sich eng zusammen, unterhielten auch Verkehr mit der Heimat. Doch hatten sie viel an Leiden auszustehen; der staatliche Schutz versagte oft, es fehlte nicht an Gewaltmaßnahmen, und das russische Volk sah in den Fremden Feinde seines Glaubens und des orthodoxen Kirchentums. Das deutsche Blut, so wurde gesagt, sei in der dritten Generation schon ausgekocht.

Unter Zar Peter dem Großen vollzog sich mit größerer Entschiedenheit die Hinwendung zur westlichen Zivilisation. Weit öffneten sich nun auch die Tore zur Einwanderung von Deutschen, vorerst noch wenig zu bäuerlicher Kolonisation, wohl aber um solche Deutsche herbeizulocken, die fähig waren, Fortschritte der Technik, des Befestigungswesens, der Schifffahrt, ärztlicher Kunst und dergleichen auf russischem Boden zu fördern. Von größter Wichtigkeit war es, daß das Zarenreich in den Kampf um das Baltische Meer eintrat. Entscheidend wurde dies für das Geschick des baltischen Deutschtums. Die von ihm beherrschten Lande wiesen um das Jahr 1700 nicht geringe Bevölkerungsdichte und guten Wohlstand auf; aber im Nordischen Kriege wurden sie von Riga bis Reval furchtbar verwüstet, Rigas Bewohnerzahl sank in sich zusammen. Die Ritterschaft und die Städte erkannten nun die Oberhoheit des Zaren an; Peter sicherte ihnen vertragsweise die Geltung ihrer Landesverfassung zu: deutsche Obrigkeit, deutsches Recht, Gewissensfreiheit und evangelisches Bekenntnis, deutsche Schule, was im Frieden zu Nystadt (1721) Bestätigung erhielt. Auch im Herzogtum Kurland machte sich der russische Einfluß spürbar, obwohl es bei Polen verblieb; erst 1795 fiel es an Rußland. Das Deutschtum der baltischen Lande wahrte seinen Stand. Die adligen Familien ergänzten sich aus dem städtischen Patriziat, bisweilen noch immer aus dem „Reich“. Zahlreicher war die deutsch-bürgerliche Einwanderung, zumal da neben dem Handelsverkehr die Pflege des lutherischen Glaubensstandes und der wissenschaftlichen Bildung Anlaß dazu gab; hingewiesen sei auf die Anwesenheit Hamanns und Herders in Riga. Deutsch-bäuerliche Kolonisation setzte in den baltischen Landen nicht ein. Die höheren baltischen Familien aber vermochten Sproßlinge an den Zarenhof und in die Verwaltung Rußlands zu entsenden, die dank ihrer Tüchtigkeit und Fähigkeiten im 18. Jahrhundert einen ganz ungewöhnlichen Einfluß auf Staat und Kultur des Zarenreichs auszuüben vermochten.

Eine bäuerliche, städtisch untermischte deutsche Kolonisation von unvergleichlich großer Raum- und Kulturwirkung begann im Zarenreich seit der Mitte des 18. Jahrhunderts unter der Zarin Elisabeth und besonders unter Katharina II. (1762 – 1796), einer geborenen Prinzessin von Anhalt-Zerbst, um die gleiche Zeit, als im Bereich der beiden ostdeutschen Großmächte die Siedeltätigkeit wieder kräftig aufgenommen wurde. Die gleichen Grundsätze der Bevölkerungs- und Wirtschaftspolitik waren maßgebend, mit der besonderen Absicht, arbeitsame und höher gestittete Menschen herbeizurufen, um die ländliche Bevölkerung Rußlands zu Fortschritten der Landeskultur anzuregen. In den Jahren 1762 und 1763 (22. Juli) ergingen zwei Manifeste, worin zur Einwanderung und Ansiedlung aufgefordert wurde, mit den Vergünstigungen, wie sie bei Neusiedlung angeboten zu werden pflegten: Zusicherung freier Religionsübung, Freiheit von Steuern und Dienst (auf dem Lande für 30 Freijahre), Befreiung vom Militärdienst, zinsloses Darlehen zu Häuserbau und Wirtschaftseinrichtung, Nahrungsgelder und Zollfreiheit bei der Übersiedlung, in den geschlossenen Kolonien das Recht der freien Selbstverwaltung und Wahl der Geistlichen. Wanderung in kleinen Gruppen, aber auch in stattlichen Scharen kam nun in Fluß, besonders aus dem mittleren und südwestlichen Deutschland. Ein Teil der Siedlungswilligen wandte sich nördlicheren Gegenden zu; in Ingermanland entstanden deutsch bewohnte Ortschaften (an der Newa bei St. Petersburg Dranienbaum; in Livland Hirschenhof).

Bei weitem am bedeutendsten wurden die Wolgaskolonien. Als Bereich der Kolonisation waren die Gouvernements Saratow und Samara auszuweisen. Es war eine öde Wildnis unter rauhem Klima an den äußersten, noch ungesicherten Grenzen des Machtbereichs. Auf die ergangene Werbung machten sich große Mengen auf den Weg in die unbekannte Ferne, ungeordnete Haufen, mannigfaltig nach Herkunft, Wirtschaftsbrauch und Bekenntnisstand, am wenigsten Landwirte. So brachte der Anfang viel Enttäuschung. Im Jahre 1768 wurden jedoch bereits 102 Kolonien mit 8000 Familien (27000 Einwohner) gezählt. Katharinenstadt wurde als Plaz für den Getreidehandel im fernen Osten gegründet; als eine Niederlassung der Herrenhuter entstand Sarepta an der Wolga. Schwer hatten die jungen Kolonien zu leiden; stets bedroht waren sie durch die wilden und räuberischen Kosaken, gestört durch angreifende Herden von Kirgisen und Tataren. So unsicher war die Lage, daß man die Feldarbeit nur in größeren Gemeinschaften verrichten konnte. Doch die äußeren und inneren Schwierigkeiten wurden überwunden, wozu tüchtige Geistliche und Lehrer mithalfen. Ackerbau, Handel und gewerbliche Anlagen ergänzten sich in der Kolonie gegenseitig, den Bedingungen der Landesnatur gemäß verschieden auf dem rechten Wolgaufer, der Bergseite, und auf der Wiesenseite mit ihren waldlosen Weiten der Steppe. — Um

etwa ein Menschenalter jüngeren Ursprungs, auf dem Boden Neurosslands über ein weiträumiges Gebiet hingelagert, waren die Kolonien der Schwarzmeerdeutschen in und um Odessa, in Bessarabien, Taurien und in der Krim, mehr aufgelockert und doch in kleineren und größeren Siedelbezirken verdichtet. Nach Beginn des 19. Jahrhunderts hatte Zar Alexander I. Auswanderungslustige in Süddeutschland einladen lassen (1804); Gesandte und Konsuln führten das Werbungsgeschäft aus. Die Absicht war jetzt darauf gerichtet, tüchtige und wohlhabende Landwirte zu gewinnen. Der erste Zug brach 1803/04 auf: meist Württemberger, denen sich verwandte „Schwaben“ im Banat und in der Batschka anschlossen. Fahrtgelder wurden bezahlt, ein Fachhaus den Familien bereitgestellt und das notwendigste an Haus- und Feldgerät, Brotgetreide und Vieh geliefert (vorschussweise mit Aufwendung von 355 Rubel). Die Bauernfamilie in den alten Kolonien erhielt 60 Desjätinen an Kronland (65,5 ha); auch Handwerker und Weisassen mit Hausplätzen und Gartenstücken (Kleinhäusler) wurden angesiedelt. Die Wirtschaftsweise war anfangs lässig, wurde aber sorgsam und vervollkommenet. Die Kolonien blühten auf; neues Land wurde angekauft, die Gründung von Tochter-siedlungen in die Wege geleitet. Auch in der Stadt Odessa entstand eine deutsche Gemeinde unter einem Bürgermeister. Von neuem trafen Wanderzüge ein: 1814 die „Brandenburger“, Nachkommen von Schwaben, die nach Polen gegangen waren und nun weiterzogen, 1817 wiederum Scharen aus Württemberg, wo in religiös schwärmerischen Kreisen alle gläubigen Christen zur Errichtung einer „brüderlichen Auswanderungsharmonie der Kinder Gottes“ aufgerufen wurden. Nur ein Teil wurde wirklich festhaft und verstärkte die deutschen Siedlungen nördlich des Schwarzen Meeres. — Schon bald nach den ersten dortigen Niederlassungen waren schwäbische Deutsche in religiöser Absonderung auf ihrem Ostzug noch viel weiter gelangt: über den Kaukasus nach Tiflis (1817), in dessen Nähe Marienfeld und andere Dörfer begründet wurden. Nachkommen von ihnen drangen nach Turkestan vor; andere Deutsche siedelten sich in Sibirien an, deutsche Mennoniten sogar im Amurgebiet.

Die Verwaltungsordnung in den Kolonistenbezirken wies gleichmäßige Grundzüge auf. Dem Kontor für ausländische Ansiedler, der „Zutellkanzlei“, waren Kreisämter unterstellt; die Kreise wieder bestanden aus einer Anzahl von Dorfgemeinden mit Befugnissen der Selbstverwaltung, in denen die Gemeindeversammlung und ein Ortsgericht nach der Art des „Schulzenwesens“ für Ordnung und Recht sorgten. In der Agrarverfassung vollzog sich eine Angleichung deutschen Brauches an russische Einrichtungen. Was die Besitzverhältnisse betrifft, so gingen nämlich die Wolga- und Schwarzmeerdeutschen, allerdings erst allmählich, zu dem russischen Agrarkommunismus des



„Mir“ über, wonach das Land der Gemeinde zusteht, eine jede männliche Seele Anspruch auf Nutzung eines Anteils hat und nach bestimmten Fristen (alle 10 Jahre) Umteilungen vorgenommen werden, um die inzwischen vermehrte Bevölkerung mit Landanteilen zu versorgen (Seelenlandsystem). Die Deutschen schränkten dies ein, indem sie durch Verbleiben auf den Höfen und in Großfamilienwirtschaft den Anlaß zu Neuverteilungen verzögerten und beschränkten. Als später das System der Umteilungen unbeschränkt durchgeführt wurde, setzte bald eine starke Abwanderung ein. — Die Ortsform weist die den Kolonien eigene Regelmäßigkeit auf: meist in der Anlage eines breiten Straßendorfs, doch auch mit rechtwinklig sich schneidenden Gehöft- und Häuserzeilen. Die Wohnbauten, anfänglich nur Lehmhütten, waren später ganz schmuck, mancherorten im Schatten der Akazienbäume. Die Wirtschaft wurde neben der Tierzucht, die in den der Steppe abgewonnenen Siedelbezirken naturgemäß ansehnlich war, auf den Bau von Getreide sowie von Handelspflanzen eingestellt. Bemerkenswert ist das rege religiöse Leben dieser Deutschen Südosteuropas oft mit einem Einschlag pietistischer Frömmigkeit; Evangelische, die in der Überzahl waren, und Katholiken gaben dabei Beweise eines in der Fremde gebotenen Zusammenhaltens, wie auch ein nahes Verhältnis zwischen Kirche und Schule bestand.

Das Deutschtum in den weiten Gebieten Rußlands hat im Laufe des 19. Jahrhunderts eine beträchtliche Vermehrung erfahren, am stärksten durch Wachstum aus eigener Kraft, doch auch durch neue deutsche Zuwanderung. Nach der Zählung 1897 wies Rußland ohne Polen und Finnland 1294032 Deutsche auf, darunter im Wolgagebiet 390864; Kenner der russischen Verhältnisse schätzten das Deutschtum in ganz Rußland um den Beginn des 20. Jahrhunderts auf etwa 2 Millionen.

## 6. Ostlandsiedlung im nationalen Staat

Unter einem neuen Lichte erschien die deutsche Ostlandsiedlung, seitdem der Nationalstaatsgedanke mit wuchtiger Durchschlagskraft im Leben der Völker Europas auftrat. In deutschen Landen geschah der Durchbruch in der glühenden Begeisterung der Freiheitskriege, mit kräftigem Einsatz von Ostpreußen und Schlessen aus. Aber die Schöpfung einer staatlichen Einheit deutscher Nation gelang trotz allen Heldenmuts und aller Blutopfer in den Schicksalsjahren 1813—1815 nicht. Das politische Ringen und Ränkespiel der europäischen Großmächte ließ im Wiener Friedensvertrag (1815) ein in sich zwiespältiges staatliches Gebilde im Bereiche des deutschen Volksgebiets entstehen. Der Nationalstaatsgedanke in seiner neuen Prägung lebte und webte

weiter, drängte auch zu gewaltsamen Versuchen der Verwirklichung; und, was für die Siedlungsgeschichte des deutschen Ostens wichtig und verhängnisvoll wurde, überall griff er auf die Nachbarvölker in Ostmitteleuropa über, wo er, gefördert durch geschichtliche Erinnerungen und Volkstemperament, lebhaftesten Anklang fand. Hemmungen und Wiederaufnahme deutscher Kolonisation im Osten standen unter dem Einfluß der nationalen Forderung.

Die politische Lage im Osten war nach wie vor dadurch bestimmt, daß die beiden ostdeutschen Großstaaten, Preußen und Österreich, an den Ostgrenzen des geschlossenen Bereichs deutscher Siedlung die Front hielten und die nahen Vorkfelder beherrschten. Beide waren europäische Mächte und Mitglieder des Deutschen Bundes (vom 8. Juni 1815). Nicht all ihre Lande gehörten zum Bundesgebiet: Ost- und Westpreußen nicht (erst 1848), auch nicht das 1815 an Preußen gefallene Großherzogtum Posen (seit 1819 Provinz); ebenso bei dem österreichischen Länderbestand nicht Galizien, dem 1846 die „Republik Krakau“ angefügt wurde, natürlich auch Ungarn nicht. In den Zeiten des Metternichschen Systems bis zum Vormärz herrschte äußerliche Ruhe. Das sodann leidenschaftlich aufflammende Begehren nach einer die Deutschen einenden Staatschöpfung auf volksfreiheitlicher Grundlage in den Sturmjahren 1848/49 führte nicht zum Ziel. Auf einem anderen Wege gelang der Staatskunst Bismarcks zunächst die Lösung im preussisch-kleindeutschen Sinn: nach der Auseinandersetzung mit Österreich (1866), jedoch mit Anschluß der süddeutschen Staaten die Gründung des neuen Deutschen Reiches 1870/71. Nach dem Ausscheiden Österreichs folgte 1867 sein staatsrechtlicher Ausgleich mit Ungarn, kraft dessen „Zisleithanien“ und „Transleithanien“ in allen inneren Angelegenheiten als selbständige Staaten handelten. Der deutsch-besiedelte Ostraum war politisch schärfer in sich abgegliedert als zuvor. In einem völkerrechtlichen Vertrag glückte sodann (1879) die Herstellung eines engen Bundesverhältnisses zwischen dem Deutschen Reiche und Österreich-Ungarn. Dies galt jedoch nur für die Außenpolitik; in die inneren Verhältnisse des verbündeten Staates, auch in das Ringen um die Stellung des Deutschtums, mischte sich die reichsdeutsche Politik nicht ein.

In der vorbereitenden Zeit und mehr noch nach der Reichsgründung erfuhren die Volkszustände in Gesellschaft und Recht, Wirtschaft und Verkehr dank den Erfolgen neuartiger Technik und der wissenschaftlich-planmäßigen Durchdringung des Produktionsprozesses unter dem Antrieb der vom Hochkapitalismus entfesselten Kräfte eine Umformung von so gewaltigen Massen, wie sie bis dahin das deutsche Volk noch in keinem Zeitalter zuvor erlebt hatte. Deutschland wandelte sich aus einem Agrarstaat in einen Industriestaat und gewann einen glänzenden Anteil an der über den ganzen Erdball sich ausbreitenden Weltwirtschaft, mit so rasch zunehmender Volksmenge und An-

häufung des vorhandenen Gütervorrats, freilich auch unverkennbar mit schweren Volksschäden, die bei dieser Reichtum und Armut übersteigernden, die Klassen schroff scheidenden Entwicklung nicht ausblieben. Den ländlichen Kreisen kamen manche freiheitlichen Maßnahmen, die Beseitigung der persönlichen Bindungen, die Grundentlastung, die Flurbereinigung und Zusammenlegung der Grundstücke, auch die Fortschritte der Landeskultur zugute; aber auch große Gefahren stellten sich ein. Das Land, jetzt ganz frei verkäuflich, wurde zur Ware, der Bauer wurde erwerbssuchender Landwirt, die alte Dorfverfassung lockerte sich auf und gewährte nicht mehr festen Halt. Nach „guten Jahren“ der Landwirtschaft brach eine schleichende Agrarkrisis, zumal im Osten herein; bedrohlich wurde die Landflucht in die Städte und stadtdähnlich werdenden Dörfer hinein. All dies mußte sich in den Siedlungsverhältnissen aufs stärkste auswirken: Binnenwanderungen und Auswanderung, Umsiedlung und Neusiedlung nahmen ein Ausmaß an, wie es in gleicher Zeitspanne noch nie erreicht worden war.

In einem so kraftvoll sich reckenden, von nationalem Bewußtsein gehobenen Volke waren, so konnte es scheinen, die Vorbedingungen für eine schwunghafte, jungdeutsche Kolonisation von Staats und Volks wegen im Osten gegeben. In Wirklichkeit kam es dazu nicht, obschon es an Ansätzen und einzelnen Erfolgen nicht gefehlt hat. Die geltenden Anschauungen im Staate und in den Kreisen des wirtschaftlichen Liberalismus wiesen nicht in diese Richtung, ja sie zeigten sich eher hemmend. Die anderen Völker aber in ihrem erregten Nationalgefühl, überdies gekräftigt durch ihren wirtschaftlichen Aufstieg und die errungenen Volksrechte, rüsteten erfolgreich den Widerstand.

Wie einst in den beiden Hauptzeitaltern der Ostkolonisation nahm auch jetzt die Bewegung auf den Hauptfeldern im Nordosten und Südosten einen verschiedenartigen Verlauf. Am stärksten und ungehemmtesten konnte sich der nationale deutsche Gedanke auf dem Boden der nordostdeutschen Großmacht auswirken. Der brandenburgisch-preussische Staat umschloß rein deutsch besiedeltes Land; nur in den östlichen Provinzen war daneben fremdsprachige Bevölkerung sesshaft. Bei der Wiederherstellung 1815 war nun einst großpolnisches, schon einmal (1793) südpreussisches Gebiet hinzugetreten, raumpolitisch angesehen ein Verbindungsstück zwischen Ostpreußen und Niederschlesien, in vollkommener Hinsicht jedoch ein Zuwachs an polnisch sprechenden Staatsuntertanen. Die Aufgabe deutscher Binnenkolonisation unter nationalpolitischem Gesichtspunkt lag somit in den preussischen Ostlanden nahe; freilich dauerte es geraume Zeit, bis man sich dafür entschied. Inzwischen war ein Wandel der rechtlichen und sozialen Vorbedingungen für siedlerische Tätigkeit im Osten eingetreten. Das berühmte Oktoberedikt 1807 nach Gedanken des Freiherrn vom Stein über den Wert des Bauern für



den Staat hob die Erbuntertänigkeit auf; auch im Osten sollte der Bauer ein freier Mann sein, keine Art von Leibeigenschaft mehr bestehen. Aber die Fortführung der Agrarreform (unter dem Ministerium von Hardenberg) schlug eine dem Bauern minder günstige Richtung ein. Das Gesetz von 1816 schränkte die Regulierungsfähigkeit auf die spannfähigen Stellen ein; der Erwerb des Grundeigentums an bäuerlichem Besitz wurde mit Landabtretung verbunden ( $\frac{1}{2}$  bei bisher nicht erblichem,  $\frac{1}{3}$  bei erblichem laßtitlischem Recht). Gleichzeitig entfielen die bisherigen Bestimmungen des Bauernschutzes. Die größeren Vorteile kamen also dem Großgrundbesitz zu, der seine Güter ausdehnen und ihren Wirtschaftsbetrieb steigern konnte; das Bauernland erfuhr eine Minderung (wie geschätzt worden ist, um 2,7 Mill. Morgen), während die Zahl der Kleinstellen und der Häusler auf Gutsland (Insten, Dreschgärtner, Landarbeiter) zunahm. Bemerket sei, daß das Gute, was die freiheitliche Reform bot, den Nachkommen der Kolonisten kaum etwas Neues brachte, die daraus entspringenden Gefahren aber auch ihnen bedrohlich waren: der Gewinn der friederizianischen Kolonisation ging zu einem nicht geringen Teile wieder verloren. Eine neue kolonisatorische Tätigkeit von Staats wegen wurde nicht aufgenommen; die liberale Wirtschaftsauffassung war staatlichen Eingriffen abgeneigt. Nur ganz vereinzelt wurden neue Siedlungen angelegt; so glückte dies bei der Ansetzung von Zillertalern am Fuße des Riesengebirges, worum König Friedrich Wilhelm III. persönlich bemüht war (1837). — In der Provinz Posen, deren Einrichtung 1819 geordnet ward, kamen Maßnahmen der inneren Politik nur allmählich in Gang; sie waren vorerst nicht auf Kolonisation, vielmehr auf Hebung der Wirtschaft und Landeskultur gerichtet. Auch Verfügungen zugunsten der Bauernbefreiung wurden getroffen. In der Tat besserten sich die Zustände wesentlich; die neue Provinz blühte unter preussischer Verwaltung in Stadt und Land sichtlich auf, vor allem die Provinzhauptstadt Posen selbst. All dies kam der gesamten Bevölkerung zugute: dem Deutschtum, das dichter am Westrand, sonst mehr in verstreuten Gruppen siedelte, ebenso aber auch den polnisch sprechenden Bewohnern jeden Standes, ja diesen in besonderem Maße, da sie erst jetzt sich mit allmählich gewecktem Drang zu der schon erreichten Höhe deutscher Wirtschafts- und Gesellschaftszustände emporhoben. Die Provinz Posen wurde in vollerm Sinn deutscher Kulturboden mit zweisprachiger Bevölkerung.

Während in diesem Grenzlande mit deutsch-slavischer gemischter Bevölkerung im Stillen so mancher Fortschritt getan, aber auch mancher Kampf durchgelitten ward, bahnte sich jener das ganze Leben des deutschen Volkes in seinen Tiefen erschütternde Wandel an, der auf die Nordostlande deutscher Siedlung nach ihrer Eigenart zurückwirkte. Dem Osten war dabei ein eigentümlich leidvolles Geschick beschieden: Das Wertvollste, was es gibt, Menschen, mußte er

abgeben; aber an wirtschaftlichem Fortschritt und in der Gütererzeugung blieb er hinter dem westlicheren Deutschland zurück, ja es stellte sich ein gefährlicher Notstand ein mit der inneren Auflockerung des ostdeutschen Gutsdorfs, um so mehr, als der überseeische Wettbewerb auf dem Getreidemarkt durch Senkung der Preise die deutsche, mit hohen Produktionskosten arbeitende Landwirtschaft in eine schwere Notlage drängte. Ein Geburtenüberschuß war im Osten vorhanden; aber er wurde dort nicht festgehalten, sondern wanderte ab nach den Industriebezirken des Westens, in die an Einwohnerzahl rasch wachsenden Städte, großenteils in das Wunschland über dem Meere, Amerika, wo die Freiheit zu winken schien. Aus Rußland-Polen aber zog der Großgrundbesitz, um dem Leutemangel abzuhelpen, billige Arbeitskräfte heran, wenigstens auf Zeit (die sogenannten „Sachfengänger“): deutsche Landbevölkerung wurde durch slawische, aus dem niedrigeren Kulturgefälle kommende verdrängt.

Erst als Bismarck ein Jahrzehnt nach der Reichsgründung zu einer Politik des „Schutzes der nationalen Arbeit“ überging — um die gleiche Zeit, als sich das Verlangen nach dem Erwerb überseeischer Kolonien für Deutschland regte —, wurde der Entschluß auch zu staatlichem Eingreifen im Osten gefaßt. Diesmal ward nun auf Bismarcks ganz persönliche Anregung ein Vorgehen in die Wege geleitet, das neben wirtschaftlich-sozialen Zwecken auch klar auf eine nationale und politische Wirkung abzielte. Das Ansiedlungsgesetz vom 26. April 1886, um dessen Einbringung und Ausführung sich Landwirtschaftsminister von Lucius verdient gemacht hat, sah die Beförderung deutscher Ansiedlungen in den Provinzen Westpreußen und Posen vor; 100 Mill. Mark wurden bewilligt, um deutsche Bauern und Arbeiter anzusiedeln und dadurch das Deutschtum stärken zu helfen. Die eingeseßte Ansiedlungskommission (Präsident von Jedliß) unternahm die Durchführung. Ein bewußtes Zurückgreifen auf die preußische Kolonisation des 18. Jahrhunderts fand nicht statt; die Überlieferung war inzwischen verlorengegangen. Neue Erfahrungen mußten gewonnen werden; die Aufgabe war ja auch neu: „innere bäuerliche Kolonisation im merkantilen 19. Jahrhundert“. Zu dem Erwerb der benötigten Grundstücke wurde Domänen- und Forstbesitz verwendet. Doch wurden auch Güter angekauft, zugleich mit dem Zweck, den Großgrundbesitz im Osten, namentlich den polnischen, zu verringern, was freilich ein Ansteigen der Güterpreise zur Folge hatte und Gegenbestrebungen von polnischer Seite hervorrief. Das klar erkannte Ziel war, in sich geschlossene Landgemeinden zu bilden, welche die Gewähr dafür bieten, daß sie leistungsfähig und deutsch bleiben. Als Grundsatz wurde aufgestellt, daß die selbständige „spannfähige Bauernstelle, die durch den Besitzer und seine Familie ohne ständige fremde Arbeitskraft bewirtschaftet wird“, das Rückgrat einer gesunden Ansiedlergemeinde bildet (Wollbauernstellen: 10–20 ha, Großbauernstellen:

20—126 ha). Kleinbäuerliche Betriebe wurden eingefügt; unter ihnen bewährten sich die Halbbauernstellen (5—10 ha) am wenigsten, zumal da sie den polnischen, mit Röhren ackernden Stellen ähnelten. Besser erfüllten die Handwerkerstellen (2—5 ha) oder die Arbeiterstellen (bis 2 ha) ihren Zweck. Als Unterlage für das „Siedlungsgeschäft“ wurde ein Teilungsplan entworfen. Selten wählte man den Anbau nach Einzelhöfen, obschon dies rein wirtschaftlich vorzuziehen gewesen wäre. In nationalpolitischer Hinsicht empfahl sich die Anlage von Dörfern mit Gemeindeverfassung, in denen kräftige Genossenschaften mit einigem Gemeindevermögen entstehen und gemeinnützigen Sinn pflegen konnten, auch Kirche und Schule den Zusammenhalt festigten. Zwei äußere Formen waren üblich: das regelrechte enggebaute Straßendorf und das lockere Reihendorf mit oder ohne Dorfkern; die Landzuweisung geschah nach Plänen in einem oder wenigen Stücken, in einer gewissen Mischlagerung oder in langen Hof-Parzellen von Waldhufenart. Zu den Baukosten trug die Verwaltung bei; doch sollten möglichst die Ansiedler selbst den Bau ausführen. Am günstigsten erschien die Überlassung der Stelle zu Eigentum gegen Rente, wobei sich der Staat Vorbehalte zu dauernder Erhaltung des Gutes sicherte; doch bot auch die Verpachtung Vorteile, zumal da die Übernahme dem Siedler mit weniger Mitteln erschwinglich war. Als tüchtige Neusiedler zeigten sich West- und Süddeutsche; die „Rückwanderer“ aus östlichen Gebieten wurden als „bildungsfähig“ bezeichnet. Die Landsmannschaften mischte man gern untereinander; Evangelische und Katholische blieben besser getrennt, zumal um polnische Priester von den Neusiedlungen fernzuhalten. — Die Wirkungen der Siedlungstätigkeit blieben nicht aus. Fortschritte der Landeskultur wurden erzielt; der Bauernstand gewann wieder festeren Halt, die Arbeiterverhältnisse besserten sich, bei dem lebhafteren Verkehr zogen auch die Städte Gewinn. Die Bevölkerung nahm wieder zu. Indes schon um ein Jahrzehnt später war ein Nachlassen zu beobachten, obschon neue Mittel bereitgestellt wurden (1898, 1902, 1908). Mancherlei Ursachen wirkten darauf ein. Gleichzeitig wurden Maßnahmen anderer Behörden (1890/91), der Generalkommissionen in den Provinzen, ebenso der Landgesellschaften nur für Zwecke der Wirtschafts- und Kulturpolitik getroffen. Dadurch kreuzten sich die Bestrebungen. Der wettbewerbsmäßige Güterankauf bewirkte ein Steigen der Bodenpreise und führte auch den Polen Geldmittel zu, überdies machten sich jene die Errungenschaften der Kulturverbesserung zunutze. In deutschen liberalen Kreisen wurde die Einrichtung des staatlich gebundenen Rentenguts (Gesetz 1904) bemängelt; Schwierigkeiten machte auch der in Preußen politisch einflußreiche ostelbische Großgrundbesitz. Aus solchen Anlässen erfüllten sich die Hoffnungen auf Stärkung des Deutschtums durch Siedlung im bedrohten Grenzland nicht in dem erwarteten Maß; es gelang nur, den Rückgang zum



Stehen zu bringen. Die Zahl der neuen Stellen wird auf 40 000 mit  $\frac{1}{2}$  Mill. ha veranschlagt (durch die Ansiedlungskommission 21 886 Familien auf 350 000 ha). Der Ausbruch des Weltkriegs hat die Möglichkeit weiteren Erfolges zunichte gemacht.

War es im deutschen Nordosten möglich, daß sich die preussische Politik von dem deutschen Nationalstaatsgedanken beschwingen und tragen ließ, so konnte im Bereich der südostdeutschen Großmacht bei dem übervolkklichen Gefüge der habsburgischen Monarchie das gesteigerte Nationalbewußtsein der darin sesshaften Völker und Volksplitter dem Bestande des Staates leicht gefährlich werden. Solange die Gesamtstaatsidee österreichischen Gepräges in den Zeiten Metternichs und darüber hinaus nach dem Willen v. Schwarzenbergs, Schmerlings, Dr. Bachs noch in Geltung blieb, war dem Deutschtum, ihrem stärksten und bereitwilligsten Träger, die Führung vorbehalten. Doch schon in den Revolutionsjahren 1848/49 begehrte das Selbstbewußtsein der Teilmassen auf und suchte nach Verbindung mit Stammesverwandten. Als der Deutsche Bund 1866 zerfiel und das neue Deutsche Reich ohne Österreich begründet wurde, geriet das Deutschtum des Doppelreiches „Österreich-Ungarn“ (nach dem Ausgleich 1867) in eine immer schwierigere Lage. Wohl wahrte und steigerte es bei dem wirtschaftlichen Aufschwung, der auch im Donauraum nicht ausblieb, seine Überlegenheit, behauptete sich in der zentralen Verwaltung, blieb tonangebend auch im höheren Geistesleben; aber im Grunde war es in eine Verteidigungsstellung zurückgedrängt. Konnte eine klare, entschiedene Siedlungspolitik dem Deutschtum Stärke und Stütze verleihen?

An Gedanken, die in dieser Richtung gingen, hat es in der Tat nicht gefehlt. Metternichs „germanisatorische Idee“ war freilich nicht siedlungsmäßig unterbaut; sie suchte nur allgemein Stärkung des deutschen Elements und seiner Sprache um des Gesamtstaats Österreich willen. Mit Bewußtsein aber wurde an eine Erneuerung deutscher Südostkolonisation in den erregten Jahren 1848/49 gedacht. Kein Geringerer als F. v. Schwarzenberg, der harte Sieger über die Revolution, der Österreich an dem ersten Platze in Deutschland halten und zugleich ihm die Vormacht in einem weiteren Mitteleuropa sichern wollte, faßte solches ins Auge, dazu als Wirtschaftspolitiker Bruck, der unternehmende Gründer des Österreichischen Lloyd. Ein längst gefaßter Plan wurde dem Volkswirtschaftlichen Ausschuss der Frankfurter Nationalversammlung vorgelegt, die deutsche Auswanderung nach dem Banat, den gesegneten Räumen Ungarns, abzulenken und dem Vaterland zu erhalten; aber man befürchtete, daß den dort sich Ansiedelnden die in Frankfurt beschlossenen „Grundrechte“ nicht gewahrt blieben, und war abgeneigt gegen eine „künstliche Beförderung des Zuges der Wanderung von den Quellen eines großen Stroms zur Mündung“.

Eine großzügig durchgreifende Kolonisation zur Stärkung des Deutschtums oder auch nur ihre planvolle Förderung von Staats wegen kam in der Folge nicht zustande; bei dem erwachten Selbstbewußtsein der Slawen und Magyaren, zumal nach den Verfassungsänderungen (1866/67), wäre sie schwer durchführbar gewesen. Indes die Ansiedlungstätigkeit mit deutschen Ortsgründungen stand im 19. Jahrhundert innerhalb Oesterreich-Ungarns keineswegs still. Um ihrer wirtschaftlichen Vorteile willen erfuhr sie manchen Vor- schub auf Grundbesitz in privater Hand. So geschah es in dem bei Oesterreich verbleibenden Galizien, wo Zuzug namentlich aus Koloniesanlagen der voran- gegangenen Zeit, aber auch aus Westdeutschland (Pfalz) und Deutsch-Oesterreich, dem Egerland und Böhmerwald in die Neugründungen, manche noch immer auf Urwaldboden, erfolgte. Ähnlich war es in der Bukowina. Auch in manchen Teilen Ungarns entstanden noch deutsche Neusiedlungen: im Banat und in der Batscha, in der schwäbischen Türkei, dazu in Slawonien, in Syrmien (am Donauknie) und anderwärts. Hier kam die freie Möglichkeit des Landkaufs, die in der Agrarreform gewährt worden war, den Deutschen zustatten, da sie bei ihrer bewährten wirtschaftlichen Tüchtigkeit davon günstigen Gebrauch machen konnten. Volkszahl und Grundbesitzfläche der „Schwaben“ im süd- östlichen Donauraum nahmen stattlich zu bei wirtschaftlichem Gedeihen und unter Wahrung deutschen Volksbrauchs. Um den Beginn des 20. Jahr- hunderts überschritt das südungarische Deutschtum die  $\frac{1}{2}$  Million. Gleichfalls in Bosnien nach seiner Angliederung 1878 traten mehrere deutsche Nieder- lassungen ins Leben, die ein erfreuliches Gedeihen zeigten: Windhorst, Rudolfs- tal, Franz-Josefsfeld u. a. Befördert wurde dies durch die Zuwanderung von Alt-Schwaben und Sachsen aus. In all dem bewährte sich deutsche Volks- kraft; doch im Grunde war es Nachblüte des älteren Siedlungswachstums, nicht eine neue, planvoll angelegte Kolonisation mit nationalpolitischer Ziel- setzung. — Auch jenseits der Grenzen mehrte sich die Zahl der sesshaft werden- den Deutschen; die Zunahme des Handelsverkehrs zwischen Rumänien und dem Deutschen Reiche (seit 1846), sodann die Beförderung der dortigen In- dustrie wirkte darauf ein, Zuwanderung von Bauern war selten. Auch in der Dobrudscha entstanden ländliche deutsche Siedelorte, vergleichsweise sogar in dichter Lagerung (1846; wieder nach 1878). Sichtlich erfuhr das streuweise siedelnde oder Sprachinseln bewohnende Deutschtum im Vorfeld des süd- ostdeutschen Volksbodens eine nicht unbedeutende Vermehrung und Ver- dichtung. Bis nach Griechenland sind Deutsche zur Niederlassung gelangt.

So regte sich in den Grenzlanden des Ostdeutschtums im Norden und Süden gewiß noch frische Tatkraft; doch unverkennbar bestand hier eine Ge- fahrzone, als der Weltkrieg hereinbrach, wozu die furchtbare Tat der Deutschfeinde in Serajewo im südöstlichen Vorland den Anstoß gab.

Erstaunliche Taten wurden in heldenmütiger Einsatzbereitschaft mit ausgezeichnetem kriegerischem Können unter ungeheuren Blutopfern von den Deutschen vollbracht. Es war dabei eine geschichtlich wohlbegründete, nicht wenigen Kämpfern freilich merkwürdige Tatsache, daß die nach Osten vordringenden Heere weithin auf Siedlungen mit deutschen Menschen stießen. Den Deutschen aus dem Reiche fiel der Endsieg im Osten zu; Bedeutendes leistete auch Österreich-Ungarn, bald jedoch im Innern geschwächt durch das heimliche Widerstreben, ja den Verrat deutschfeindlicher Völker in den eigenen Reihen. Nach vier Jahren gewaltigen Ringens machte der Zusammenbruch, an der Südostfront zuerst deutlich, alle schwer errungenen Erfolge zunichte. Das bittere Ende war die Zertrümmerung der ostdeutschen Reichsgrenzen, die völlige Zerschlagung der habsburgischen Monarchie. Der ostmitteleuropäische Raum wurde in selbständige politische Gebilde zerlegt, die Nationalstaaten sein wollten und sollten, was bei den im Osten herrschenden Siedlungsverhältnissen mit ihrer überall vorhandenen Mischbevölkerung einfach nicht möglich war. Die neue Grenzziehung nach dem Diktat der „Siegermächte“ zerris vollkommene Zusammenhänge; selbst in harten und willkürlichen Einzelbestimmungen wirkte sich die Feindschaft wider alles Deutsche aus.

So schlugen Kriegsausgang und Nachkriegszeit dem Deutschtum des Ostens tiefe Wunden. Das feierlich verkündete Selbstbestimmungsrecht der Völker galt für die Deutschen nicht, wo es den Machthabern des Tages gefiel, darüber hinwegzusehen. Die deutschen Siedlungen am Ostrand des deutschen Volksbodens und in dem Vorgelände wurden auf sieben Rand- und Nachfolgestaaten verteilt, als Minderheiten unter fremder Staatshoheit. Allein obschon sie unter Minderheitenschutz stehen sollten, erfuhren sie schwerste Bedrängnis. Ein nicht geringer Teil deutschsprachiger Bevölkerung zog es vor, den Besitz aufzugeben und abzuwandern, so daß das Deutschtum in den Streusiedlungen und Sprachinseln empfindliche Einbuße erlitt. Die Zurückbleibenden hatten einen harten Kampf um ihre Rechte am Heim und Boden zu führen, zumal da in Polen und der Tschechoslowakei, noch schärfer in Litauen und den neubaltischen Staaten, milder in Ungarn und Rumänien, nach dem Kriege eine gegen den alten Grundbesitz gerichtete Agrargesetzgebung (1919 – 1921) einsetzte, wonach mit umfassenden Enteignungen vorgegangen, die Zuweisung eingezogenen Grundeigentums ganz zugunsten der namengebenden „Staatsnation“ vorgenommen wurde, was gerade die deutsche Bauernschaft äußerst bedrohlich traf.

Nach so herben Schicksalschlägen fand auf deutscher Seite innerhalb der Reichsgrenzen die Forderung des Siedelns, schon in der Notwendigkeit des Wiederaufbaus kriegszerstörter Ortschaften begründet, lebhaften Widerhall. Der Gedanke der Kriegersiedlung und Heimstätten tauchte auf: der Dank



des Vaterlandes sollte darin bestehen, den Kriegsbeschädigten die Möglichkeit zum Erwerb einer eigenen Scholle zu bieten. Doch allgemeiner wurde der Wunsch nach eigenem Bodenbesitz und Landheim. Endlich galt es der unheimlichen Zusammenballung der Volksmassen, dem ungerichteten Umsichgreifen großstädtischer Wohnweise mit Entschiedenheit entgegenzutreten. Am 11. August 1919 erging ein Reichsiedlungsgesetz, das freilich nur die rechtlichen Bedingungen ordnete. Der Staat selbst wollte damals nicht kolonisierend eingreifen; man überließ dies gemeinnützigen Siedlungsgesellschaften und Einzelpersonen. Doch wurde Land aus Staatsbesitz zur Verfügung gestellt, den Gesellschaften ein Vorkaufsrecht bei Großgütern eingeräumt; auch wurden Landlieferungsverbände gebildet. Am meisten war man auf Gründung von Kleinstellen bedacht. Nationalpolitische Absichten befolgte man nach damaligen Regierungsgrundsätzen nicht. Die Erfolge waren nicht bedeutend; es fehlte an geeigneten Siedlern, an Land, das anders als in der friderizianischen Kolonisation aus dem Großgrundbesitz beschafft werden sollte, und an dem erforderlichen Kapital. Aber der Siedlungsgedanke ruhte nicht, Wissenschaftler und Männer des tätigen Lebens traten dafür ein: „Siedlung ist der stolzeste Ausdruck eines jugendfrisch voranschürenden Volkes, und Siedlung ist die letzte Rettung einer an Entwurzelung zugrunde gehenden Nation“ (Ponfick, Siedlung in Stichwörtern, 1925). Auch die siedlungsgeschichtliche Forschung leistete Aufklärungsdienst.

Mit vollster Einsatzbereitschaft, klarer Einsicht und entschlossener Willensstärke schlug erst der Sieg der nationalsozialistischen Bewegung 1933 durch unter ihrem Führer zu neuer deutscher Zukunft, Adolf Hitler, der selbst ein Sohn südoberdeutscher Land- und Stammes ist. Nach ihren Kerngedanken, die in dem packenden Wort von „Blut und Boden“ einen sinnfälligen, einleuchtenden Ausdruck gefunden haben, wird der Siedlung höchster Wert beigemessen, auf der die innige Verbundenheit von Volk und Boden beruht. In dem Reichserbhofgesetz (1933), das auf eine Festigung gesunden bäuerlichen Familienbesitzes abzielt, ist schon der Grund zu neuer Rechtsordnung gelegt. Dabei wendet sich der Blick zielicher den Aufgaben eines neuen ostdeutschen Siedelwerks zu. Kolonisation nach friderizianischer Art soll im Osten wieder erstehen mit dem Grundsatz „Siedlertum ist Dienst am Staat“, jetzt in dem Staate eines freien Volkes aus schöpferischer Volkskraft. Eine neue Kulturtat gilt es zu vollbringen: in großzügiger Landesplanung die Urbarmachung ostdeutscher Bodens, wo er noch nicht volle Frucht trägt, wieder aufzunehmen, Siedlung und Verkehr in gesunder Wechselwirkung zu fördern und die Ostlande inniger als bisher in die gesamtdeutsche Volkswirtschaft natur- und sinngemäß einzugliedern. Aber mehr als dies! Mit aller Eindringlichkeit ist der nationalpolitische Wert ostdeutscher Siedlung erkannt, die

allein der Ostnot wirklich abzuhelpfen vermag. In sozialer Hinsicht ist die Lösung: Nur der Bauernwall an den Ostgrenzen schützt sicher das Staats- und Volksgebiet, denn nur der erbgewessene deutsche Grenzlandbauer, der mit seiner Familie und für sein Geschlecht arbeitet, wurzelt rechtlich, wirtschaftlich und seelisch fest im Boden ein und wahrt ihn als echte Heimateerde. Aber der Bauer allein kann es nicht schaffen: Arbeiter und Bürger müssen ihm mit anderer Werkverrichtung zur Seite stehen, an angemessenem Platze auch bodentreuer Adel, überhaupt ein jeder Volksgenosse nach seiner besonderen Leistungspflicht in echt volksdeutscher Gesinnung, die stets auf das Ganze blickt. So bezeugt es auch die mehr als tausendjährige Geschichte des deutschen Volkes und seines Lebensraumes nach den Erfahrungen in einem jeden Zeitalter ostdeutscher Siedlung von der hochgenuteten Germanenzeit bis zu der neudeutsches Leben jugendlich hoffensfroh gestaltenden Gegenwart.

### III. Siedlungsgestaltung im Gebiete der ostdeutschen Kolonisation

#### Einleitung

Das siedlungsgeschichtliche Wirken im Raume der ostdeutschen Kolonisation hat in den Siedelformen seinen augenscheinlichen Niederschlag gefunden. So liegt es nahe, diese gegenwärtigen Zeugen schicksalhafter deutscher Volksgeschichte zum Ausgangspunkt neuer Betrachtung zu nehmen, um in querschnittmäßigem Überblick die „Geschichte der ostdeutschen Kolonisation“ von einer anderen Seite nochmals zu beschauen. Es gilt dabei, das uns überkommene Formengut in den siedlungsgeschichtlichen Ablauf einzugliedern und aus ihm heraus zu deuten. So erst können die Dörfer, Städte und Fluren auf ostdeutschem Boden lebensvolle Känder vergangenen bedeutsamen Geschehens sein.

Sind aber nicht die einzelnen Siedlungen in ihrer Gestaltung recht unterschiedlich? Die Fülle der Besonderheiten scheint bei genauer Betrachtung in der Tat eine Zusammenschau unmöglich zu machen. Ohne Zweifel ist jedes Dorf und jede Stadt ein eigenes Lebewesen innerhalb eines besonderen Lebensraumes und zeigt damit eine besondere Gestaltung von Haus, Hof und Flur in der Anpassung an Geländeformen und Bodenverhältnisse. Jedes Siedelgebilde hat seinen bestimmten Standort inmitten seiner eigenen Umgebung und damit seine persönliche Note. In diesen Eigenarten, der die lokale Heimatforschung liebevoll nachgehen soll, ist es dem menschlichen Antlitz vergleichbar, das der einmalige Ausdruck einer bestimmten Persönlichkeit ist. Doch wie am Gesicht des Menschen nicht nur das Einzelwesen, sondern auch die Art zu erkennen ist, so offenbart sich in den Dörfern, Städten und Fluren dem geschulten Auge oft schon durch einfache Betrachtung, fast immer nach saurerer Arbeit in den Quellen flurgeschichtlicher Überlieferungen das Typische, das über individuelle Einzelheiten hinausweist auf das Wesentliche. In seiner regelmäßigen Wiederkehr läßt es tiefere Gesetzmäßigkeiten erkennen. Sie gilt es zu erschließen. Die Beobachtungen, die sich aus der Verbreitung von Siedelformen ergeben, können dazu wertvolle Aufschlüsse liefern.



Doch stellt sich der Lösung dieser Aufgabe sofort eine neue Schwierigkeit entgegen. Die Dörfer, Städte und Fluren auf ostdeutschem Boden sind Gebilde, denen bestimmte, nicht mit der üblichen geschichtlichen Zeiteinteilung übereinstimmende Siedlungsepochen das entscheidende Gepräge gegeben haben. Das Typische dieser Formgebung ist also ein geschichtliches Erbe, das aus seiner Entstehungszeit heraus sinnvoll zu deuten ist. Es gibt aber kein Siedelgebilde, an dem die Jahrhunderte spurlos vorübergegangen sind. So erhebt sich die berechnigte Frage: Ist das Siedelbild von heute nicht zu sehr verunechtet? Sind aus den heutigen Erscheinungsformen der Dörfer, Städte und Fluren tatsächlich noch die alten, auf das Typische weisenden Formen ohne Konstruktion herauszulesen?

Das heutige Bild ist freilich nicht frei von Trübung und Verzerrung. Mannigfache Kräfte sind am Werke gewesen, die alten Formen umzugestalten: So haben Kriege mitunter, aber nicht in dem Maße, wie oft noch angenommen wird, einzelne Dörfer ganz ausgetilgt oder verkleinert. Häufiger hat der Wandel sozialer Verhältnisse zu einer solchen Verunechtung oder zum gänzlichen Verschwinden alter Dorf- und Flurformen geführt. Als zwischen Mittelalter und Neuzeit freies Bauerntum in starke rechtliche Abhängigkeit absank und die Macht der Gutsherrschaften wuchs, verkümmerten viele Dörfer oder starben ganz dahin. Bei der Gründung von Städten verschwand manche dörfliche Siedlung ganz oder änderte ihr Aussehen. Infolge des wirtschaftlichen und sozialen Umschwunges an der Schwelle der Neuzeit ist dazu gerade in der Nähe von Städten manches Dorf eingegangen. Dorf und Stadt stehen so von alters her in inniger Wechselbeziehung. Fehlgegründete Dörfer haben wieder untergehen müssen. Wir sehen: Die „Wüstungsfrage“, die die verschiedensten Gründe haben kann, erschwert also eine geschichtliche Betrachtung dörflicher und städtischer Siedelgebilde. Aber sie kann sie keinesfalls unterbinden. Denn die heute noch bestehenden Siedlungen sind zahlreich genug, so daß man an ihnen allgemein gültige Beobachtungen anstellen kann. Dazu kommt das Beharrungsvermögen schollengebundener Menschen, das Altüberkommenes immer wieder zäh festhielt. Aus mancherlei lokalgeschichtlichen Quellen, die bei einer beachtlichen Zahl mittelalterlicher Dörfer mindestens bis in die Reformationszeit, bei den Städten in der Regel noch weiter zurückreichen, wird immer wieder deutlich, daß in früherer Zeit die durch Krieg oder Brand zerstörten Gebäude fast durchgängig wieder auf dem alten Platz und in Anlehnung an das überkommene Ortsbild errichtet worden sind. So läßt sich aus der uns sichtbaren Form und Struktur der Dörfer und Städte in vielen Fällen mit hoher Wahrscheinlichkeit auf die ursprüngliche Siedlungsgestaltung schließen. Das einzelne Beispiel wird dabei allerdings nicht beweiskräftig sein, sondern nur die stete Wiederkehr allgemeiner Beobachtungen.

Doch auch sie würden, nur auf die Betrachtung der Ortsbilder gestützt, nicht letzte Sicherheit bieten können. Siedelplatz und Flur bilden zusammen erst eine Lebensinheit und müssen demnach als unteilbares Ganzes betrachtet werden („Siedlungsform“). Wir müssen bedenken, daß der Bauernhof nur zusammen mit den zugehörigen Feldern und Wiesen einen wirtschaftlich wertvollen Besitz ausmacht und daß in der Entstehungszeit des mittelalterlichen Städtetums im ostdeutschen Kolonialgebiet auch die Stadtbewohner noch in starkem Maße „Ackerbürger“, nur zu einem kleineren Teile von der Scholle mehr gelöste Kaufleute gewesen sind. Erst im Laufe der Zeit hat sich dieser Zustand mehr und mehr gewandelt. Erst die Bevölkerung der Städte, die im 17. bis 19. Jahrhundert erstanden sind, ist in der Regel nicht mehr so ausgesprochen an den Boden gebunden. Diese außerordentlich enge Wechselbeziehung zwischen Orts- und Flurgestalt tritt selbstverständlich am deutlichsten bei den ländlichen Siedlungsformen zutage. Es ist dabei kein Zufall, wenn ältere Pläne und Karten, die den Zustand vor der Separation festhalten, immer wieder ein charakteristisches Nebeneinander bestimmter Arten von Orts- und Flurbildern zeigen. Wenn diese Harmonie von dörflichem Siedelplatz und „Nährraum“ durch äußere Eingriffe gestört wird, wandeln sich beide Formen, gleichsam einem geheimen Lebensgesetz folgend, in der Regel zu einer neuen Einheit. So hat sich, als bei der Umsetzung schon bestehender Dörfer zu deutschem Recht der Besitzstand nach der deutschen Hufenverfassung festgelegt und dementsprechend die Flur neu gegliedert werden mußte, in den meisten Fällen auch die Ortsform stark verändert. Das Antlitz der Dörfer, deren Fluren eine allmächtige Guts herrschaft zu Gutsplänen umgestaltete, ist völlig verwandelt, da ohne Flur das rein bäuerliche Element im Dorfe nicht lebensfähig war und deshalb auch den Siedelplatz aufgeben mußte. So ist schließlich auch die Separation der bäuerlichen Fluren und die Aufhebung des Flurzwanges, die im 18./19. Jahrhundert vielerorts infolge der wirtschaftlichen Entwicklung nötig geworden war, auch an den Dörfern selbst nicht spurlos vorübergegangen. War bisher der „Ausbau“ durch Häuslernahrungen und andere Kleinstellen gering gewesen, soweit nicht ein besonderes Erbrecht die Besitzersplitterung begünstigt hatte, so hat die Lösung gemeinschaftlicher Bindungen zu einer starken Veränderung, mitunter zu einer tatsächlichen Auflösung der Ortsformen geführt. Das Gemeindeland wurde aufgeteilt, der „Dorfanger“ wurde in steigendem Maße „verbaut“. Einzelne Hofbesitzer verließen den gemeinschaftlichen alten Siedelplatz und bauten sich aus wirtschaftlichen Gründen inmitten des ihnen nunmehr zugewiesenen Feldschlages neu an („Vereinödungsprozeß“). Dieser vom individualistischen Geiste einer „neuen Zeit“ geförderte Ausbau hat, vereint mit der „Modernisierung“ der Wohnstätten, manches Dorf seiner ursprünglichen Schönheit entkleidet; er hat sich

aber nicht minder stark inmitten und in nächster Umgebung der alten Stadtanlagen spürbar gemacht. Erst mit dem Beginn des 19. Jahrhunderts verwischen sich also teilweise die Bilder des alten Zustandes dörflicher und städtischer Siedlungsgestaltung. Doch sind in der Regel auch heute noch, zumal mit Hilfe älterer Karten, die noch nicht modernisierten Formen trotz aller Zutaten der neuesten Zeit zu erkennen.

Die Frage, ob aus dem heutigen Siedlungsbild historische Rückschlüsse möglich sind, ist also mit Vorbehalt zu bejahen. Grundsätzlich läßt sich sagen: Jede Gestalt von Dorf, Stadt und Flur auf ostdeutschem Boden wurde in ihrer Entstehungszeit entscheidend geprägt. Spätere Jahrhunderte haben an diesen Formen „gearbeitet“, ohne sie entscheidend neu zu gestalten. Aber nur die stete Wiederkehr von Erscheinungen, die aus der Einheit von Wohnplatz und Flur heraus zu fassen sind, ist für unsere Betrachtung maßgebend, weil sie über die Zufälligkeiten erhaben ist, die dem einzelnen Dorf- oder Stadtbeispiel stets anhaften werden.

Selbst ländliche und städtische Siedlungen vereinigen sich im Wesentlichen ihrer Gestaltung zu einer höheren Einheit. Trotzdem müssen sie vorerst gesondert betrachtet werden, um das Bild nicht zu verwirren. So liegt es im Stoffe selbst begründet, daß der „Querschnitt“ schließlich doch wieder in eine historische Betrachtungsweise nach siedlungsgeschichtlich wichtigen Zeitabschnitten ausmündet.

## 1. Die ländlichen Siedlungsformen

### Spuren früher ostdeutscher Kolonisation in slawisch besiedelten Gebieten

Die Ergebnisse einer zusammengefaßten sprach-, wirtschafts-, sozial- und siedlungsgeschichtlichen Forschung vermitteln schon heute ein hinreichend deutliches Bild von der Landschaft und den Menschen, die die nach langer Pause wieder ostwärts vorstoßenden deutschen Krieger vor dem Einsetzen der „ostdeutschen Kolonisation“ vorfanden.

Auf verhältnismäßig engraumigen, oft nur notdürftig miteinander verbundenen Wohninseln inmitten großer, kaum begangener Wälder, die durch die Klimaverschlechterung seit germanischer Zeit an Umfang bedeutend zugenommen hatten, lebten slawische Menschengruppen. Ihre landschaftsbedingte Vereinzelung begünstigte sehr ihre Aufspaltung in zahlreiche größere und kleinere Stämme und damit ihre politische Zerrissenheit. Doch wiesen alle diese gar nicht oder nur wenig miteinander in Verbindung stehenden Völker-



schaften in Sitte und Brauch und damit auch in der Art ihres Siedelns in dieser Zeit viel Gemeinsames auf. Diese großen Ähnlichkeiten lassen darauf schließen, daß diese getrennt lebenden Menschengruppen einen annähernd gleichen Kulturstand erreicht hatten, der aber nach den Ergebnissen moderner Vorgeschichtsforschung einwandfrei unter dem germanischer Völkerschaften liegt, die zuvor in diesen Räumen wohnhaft gewesen waren.

Den Slawen der damaligen Zeit war der Ackerbau nicht unbekannt. Doch er spielte eine untergeordnete Rolle. Die Sammel- und die Viehwirtschaft stand bei ihnen im Vordergrund. Daraus ergibt sich die siedlungsgeschichtlich wichtige Tatsache, daß die einzelnen Wohnstätten und damit die „Dörfer“ damals noch nicht immer einen festen Standort hatten. Ihnen fehlte deshalb wahrscheinlich auch die feste Siedelform. Die auffällige Armut an slawischen Siedlungsfunden, die der Vorgeschichtler immer wieder zu seinem Bedauern feststellen muß, findet so zu einem Teile ihre Erklärung. Der Dorfverband war der slawischen Wirtschaftsverfassung jener Zeit noch fremd. Deshalb hatte auch die Dorfflur, wenn man von ihr überhaupt schon sprechen will, noch keine bestimmten Grenzen. Ein größerer Wirtschafts- und Siedlerverband, später in Polen „opole“, in Urkunden mitunter „vicinia“ (= Nachbarschaft) genannt, nahm eine Fläche Nuklandes ein, deren Grenzen von der Natur vorgezeichnet waren. Die Landschaft gab damit einer solchen Menschengruppe gewisse gemeinschaftliche Bindungen. Innerhalb dieser Wohngebiete wechselte der Standort der Einzelsiedlungen nach Bedarf. Das Ackerland nahm einen kleinen Raum ein. Es wurde, wenn eine Notwendigkeit vorlag, mit dem Hackpflug ein wenig aufgerissen und somit ohne festen Bewirtschaftungsplan bearbeitet. Wenn es geringere Erträge zu liefern begann, ließ man es liegen und zog weiter, um an einer anderen Stelle des gemeinsamen Wohngebietes diesen wenig gründlichen Ackerbau nebenher zu betreiben. So waren die Feldstücke klein und unregelmäßig gestaltet, dazu bunt verstreut. Allmählich gingen die slawischen Völkerschaften dazu über, die Wanderbehauung zugunsten fester Siedelplätze aufzugeben. Dieser Wandel zur dauernden Sesshaftigkeit war von größtem Einfluß auf Siedelform und Flurgestaltung. Zwar blieb noch lange die charakteristische Verbindung von Sammel- und Viehwirtschaft mit zusätzlich-erxtensivem Ackerbau für die Lebenshaltung dieser Völkerschaften bestimmend. Doch wuchsen die Menschen, die nunmehr ständig in engerer oder weiterer Nachbarschaft miteinander lebten, zu einer Gemeinschaft zusammen, aus der neue Kräfte zur Gestaltung von Siedelplatz und Siedelraum sich entwickelten. Das wenn auch noch ohne rechten Plan und ohne große Fertigkeit geübte Abbrennen von Buschwerk an den Rändern der Feldfluren (Schwendwirtschaft) ist vielleicht schon als Ausdruck gemeinsamen Kampfes gegen den übermächtig vorrückenden Wald

aufzufassen; fest steht damit das Bestreben, die Ackerflächen zu erweitern. Das dauernde Haften an einem Siedelplatz mußte ja allmählich zwangsläufig zu einer stärkeren Betonung des Ackerbaues führen. Oft scheint das gesamte Ackerland auch noch in dieser neuen gewachsenen Dorfgemeinschaft, kommunikativen Grundstücken entsprechend, als gemeinsames Eigentum aufgefaßt und auf Zeit an die einzelnen Dorfgenossen verteilt worden zu sein. Doch ist dies nicht bei allen slawischen Völkerschaften klar zu erweisen. Vor allem wurde es aber nötig, diesen Feldbesitz gegen die Ackerflächen anderer dörflicher Siedlergruppen allmählich abzugrenzen. Dies ist, auch als diese Dorfgemeinschaften selbst schon sich herausgebildet hatten, zweifellos schwierig gewesen. Als Folgeerscheinung des dauernden Sesshaftwerdens bildeten sich allmählich aber doch Flurgrenzen heraus, die dem dörflichen Siedelgebilde ihrerseits das Gepräge größerer Eigenständigkeit gaben. Da der Ackerbau aber immer noch hinter der Sammelwirtschaft und vereinzelt auch hinter der Viehhaltung zurückstand, baute man diese ersten ständigen Wohnstätten ohne Rücksicht auf die Lage der Felder mit Vorliebe möglichst in die Nähe fließenden Wassers („Auenrand-siedlungen“), der Niederungswiesen oder des Waldes, um ohne Schwierigkeiten Fischfang, Jagd-, Bienen- und Waldwirtschaft und Viehzucht treiben zu können. Zwanglos setzten sich kleine Siedlergruppen an solchen von der Natur begünstigten Stellen an. So ist das formlose Nebeneinander weniger Wohnstätten (Weiler) zwangsläufig die älteste Dorfform, die in den Gebieten der späteren ostdeutschen Kolonisation sesshafte slawische Völkerschaften ausgebildet und uns überliefert haben. Es wird zu zeigen sein, daß nun aber nicht jeder Weiler als altslawische Dorfform anzusprechen ist. Allmählich gewann die Vorliebe für eine mehr rundliche Zusammenordnung (Rundweiler), stellenweise dazu auch für eine engere Gruppierung der Anwesen Gestalt. Es bleibe dahingestellt, ob sie als ein Ausdruck wachsenden Zusammengehörigkeitsgefühles zu deuten oder mehr dem Schutzmotiv oder eher praktischen wirtschaftlichen Erwägungen (bessere Übersicht über das Vieh zur Nachtzeit) entsprungen ist. So erhielten die fast formlosen, lockeren Weiler und Rundweiler in einzelnen Altsiedelgebieten ein neues Aussehen: Um einen rundartigen kleinen Kern herum wurden die Höfe enger gruppiert (Rundling), zuweilen dabei auch schon mehr an den Wegrand gebaut. Dadurch entstanden Formen, die im einzelnen schwer zu beschreiben sind. Sie sind bezeichnende Übergangerscheinungen und Abbilder einer Entwicklung zu neuartiger Siedlungsgestaltung hin. Doch kam damals noch nicht eine klare Form zustande.

Viele Dörfer innerhalb der alten Siedlungsräume in den Gebieten der ostdeutschen Kolonisation, die im Laufe der Zeiten auch von Slawen genutzt worden sind, spiegeln noch heute den festgewordenen Zustand dieser gekennzeichnet-

neten Entwicklung wider. Wir beobachten, wie auf engem Raum zahlreiche kleine weiler- und rundweilerartige Siedelgebilde in die Quellmulden und Tälchen fruchtbarer Lößgebiete dies- und jenseits der Elbe sich schmiegen und wie vornehmlich an Auenrändern sackgassenartige und schwer zu beschreibende rundliche und längliche kleine Dörfer in auffälliger Häufung nebeneinander liegen. Alle diese Gebilde finden sich aber auch an den Rändern der Urstromtäler und der Waldgebiete in Nordostdeutschland und an den Talhängen im südostdeutschen Kolonialgebiet. Ihre Fluren sind ebenfalls sehr klein und waren bis zur Separation (neuzeitliche Flurumgestaltung) ohne eine recht erkennbare Ordnung in eine große Zahl verschiedenartiger, nicht geometrisch geformter „Blöcke“ zergliedert, deren wirres Durcheinander beim Studium der einzelnen Besitzverhältnisse noch deutlicher wird. Diese jeder Planung zuwiderlaufende Flurgestaltung ist nur aus der geschilderten Gesellschafts- und Wirtschaftsverfassung heraus zu erklären und durch die Verwendung des Hackenpfluges bedingt. Mit ihm ließ sich kreuz und quer der Boden aufritzen. Der seltsam verschlungene, oft vielzackige Verlauf der Gemarkungsgrenzen läßt erkennen, daß diese kleinen Fluren über größere Flächen hin miteinander durchaus verzahnt gewesen sind. Sie sind Zeugnis für einen langsam wirkenden Vorgang, bei dem die einzelnen Gemarkungen nur mit Mühe und ohne vorgelegten Plan aus einer größeren Einheit gelöst worden sind. Die immer wiederkehrende Beobachtung, daß vor der Separation gerade in der Nähe der Gemarkungsgrenzen zahlreiche Flurstücke von Besitzern aus Nachbargemeinden sich finden (Forensenbesitz), bestätigt aufs neue das lange anhaltende Schwanken der Flurgrenzen, das für die gekennzeichnete Entwicklung von der größeren noch im Wohngau umherziehenden Siedlergruppe zur festen sesshaften Dorfgemeinschaft mit verraintem Besitz so sehr bezeichnend ist.

In diesen kleinräumigen, eigenartig aufgegliederten Siedlungsgebieten ließen sich nach harten Kriegszügen zur Sicherung des wiedergewonnenen Landes deutsche Besatzungen nieder. An Stelle der älteren Kult- und Verwaltungszentren erstanden bald deutsche Militär- und Missionsstützpunkte (Burgwardsystem). Deutsche Dienstmänner und einzelne Slawen wurden außerdem in der Regel auf größeren Sattelhöfen angesetzt. Aber auch in schon bestehende Dörfer wurden sie allmählich zahlreicher eingesiedelt, in jedem Falle aber in ihrer rechtlichen Stellung und zweifellos auch schon damals deshalb durch Landbesitz aus der übrigen Bevölkerung herausgehoben. Schon diese Vorgänge sind auf die Orts- und die Flurgestalt nicht ohne Einfluß geblieben: Der neue Sitz war zu errichten; das erforderliche Zubehör an Äckern und Wiesen war nur durch Erweiterung der Flur oder durch Zusammenlegung herrenlos gewordenen slawischen Feldbesitzes zu beschaffen. Eingeseffene Leute konnte und wollte man deshalb dabei nicht vertreiben, weil sie zu Leistungen



verpflichtet waren. Die Durchführung eines allgemeinen geregelten Abgabewesens in Angleichung an die mutterländische Hufenverfassung war für die Orts- und Flurgestaltung besonders folgenreich: Kleinere Ortschaften, die außerordentlich nahe beieinanderlagen, wurden zum Teil aufgelassen; ihre Bewohner siedelten mit den Leuten des Nachbarortes zusammen, der damit größere Geschlossenheit bekam oder zu einer Doppelbildung sich umgestaltete. Die auf diese Weise zu einer größeren wirtschaftlichen Einheit zusammengefaßten Fluren wurden bereinigt, in der Regel auch etwas reguliert und der Dreifelderwirtschaft nicht ohne Mühe unterworfen. Das Nutzland bewirtschaftete man von jetzt ab nach einem festen Plane. Es wurde meist in die „Sommerart“, die „Winterart“ und das „Brachfeld“ gegliedert. Die einzelnen „Arten“ mußten möglichst gleich groß ausfallen, damit der Ertrag in den einzelnen Jahren nicht allzusehr schwankte. Bei den Blockfluren war aber eine entsprechende Aufteilung des Nutzlandes ohne Flurumgestaltung kaum zu erreichen. Die alte Flurverfassung wurde diesen neuen Erfordernissen durch geringe unvermeidliche Regulierungen leidlich angepaßt. Aber auch durch Einbau von Pfarre und Kirche wurden Orts- und Flurbild ebenfalls beeinflusst, zumal das Pfarrgut mit einer großen Aekernahrung auszustatten war. Wenn auch diese Veränderungen nicht immer in die Anfangszeiten deutschen Landesausbaues zu setzen sind, so seien sie doch der Vollständigkeit halber erwähnt.

Wir fragen: Gibt uns die Landschaft und das Kartenbild über all diese Vorgänge einer leichten frühen deutschen Übersiedlung slawisch vorbesetzter Wohninseln Aufschluß? Folgende Beobachtungen lassen sich anführen:

Die große Zahl von Rittergütern, Vorwerken, einzelnen großen Höfen mit besonderen, lange in Kraft gewesenen Vorrechten (Saupengüter usw.) in diesen Gegenden erklärt sich aus der Errichtung der Sattelhöfe und der Ein siedlung von herausgehobenen Deutschen oder Slawen in bestehende Ortschaften. Die Dörfer selbst sind klein, in engem Raum gehäuft und in ihrer Lage durchaus naturgebunden. Sie unterscheiden sich also in dieser Hinsicht nicht von den Siedlungen aus der slawischen Periode. Und doch haben sie in vieler Hinsicht ein anderes Gesicht. Zu den Weilern, Rundweilern und enger gebauten, aber noch recht formlosen rundartigen Siedlungen aus vergangener Zeit gesellen sich mancherlei seltsame Gebilde, denen man einen Umformungsprozeß ansieht: zusammengebaute Doppelformen, ausgerichtete Gassen und Saßgassen, zu kleinen, noch nicht immer glücklich geformten Platzdörfern gestaltete Bildungen, in die das Gotteshaus gerade noch eingezwängt ist, aber auch „regulierte“ kleine Runddörfer und andere Formen, die das neue Gestaltungsprinzip der planvollen Linie schon recht gut zum Ausdruck bringen. Kurz, neben den lockeren und engeren gewachsenen fast formlosen Siedel-

gebildet zeigt sich eine Fülle von ebenso kleinen, enger gebauten Dörfern mit mannigfachen Anfängen zu einer formalen Gestaltung. Das engere Zusammenwohnen war durch die erwähnte Zusammenlegung einzelner kleiner Ortschaften und durch Einsiedlung zur regelmäßigen Erscheinung geworden. Wichtig ist die Beobachtung, daß das Streben nach einer wirklichen Form auch im Flurbild seine Parallele findet. Es muß also einen tieferen Sinn haben. Neben die Blockflur treten Formen, in denen ebenfalls wieder die Linie, hier in der Art von parallelen Flurstreifen sich durchzusetzen bemüht. Manchmal ist um das gewachsene Durcheinander der Blöcke ein Kranz von unbeholfenen Längsstreifen gelegt, ein Zeichen für den ersten Versuch einer gewachsenen Dorfgemeinschaft, die zu klein gewordene Ackerfläche nach moderner Art zu erweitern und bisher unbenutzte Grenzräume in die Bewirtschaftung einzubeziehen. Häufiger aber mischen sich die Blöcke mit den Streifen ohne ersichtliche Ordnung (Block- und Streifenflur). Auch in diesen Fällen handelt es sich zumeist um eine Vergrößerung des Nährraumes: Das zwischen den bisher wahllos genutzten Feldstücken zerstreute Brachland wurde nunmehr auch genutzt und nach neuen Grundrissen gegliedert. Der Ertrag war um der gewachsenen Dorfgemeinschaft und um der neugeregelten Abgaben willen zu steigern. Aus diesem Grunde wurden mancherorts Teile von Fluren, mitunter sogar ganze Gemarkungen neu aufgeteilt und dabei mutterländischen Verhältnissen angeglichen: Die Blöcke wurden möglichst geometrisch berainigt (reguliert) und parzelliert, so daß eine Art plumper Gewanngliederung (Blockgewann) nach der Dreifelderwirtschaft sich ergab. Doch fehlte ihnen fast immer gerade das Wesentliche der entsprechenden mutterländischen Fluraufteilung, die anteilig genaue Besitzgliederung in den einzelnen Gewannabschnitten. Vielleicht ist diese nur oberflächliche Übernahme neuer Ordnungsprinzipien ein Zeichen dafür, daß diese Flurumgestaltungen auf deutsche Anregung hin von nichtdeutschen Menschen ins Werk gesetzt wurden, die mit den Gepflogenheiten deutsch-mutterländischer Wirtschaftsart nicht vertraut sein konnten. Doch auch zu anderen Lösungen schritt man vor: Um die Bodenbearbeitung ertragreicher zu gestalten, wurden nicht nur Fluren zusammengelegt und Reststücke ungenutzten Ackerlandes in die Bewirtschaftung einbezogen, sondern man erweiterte nicht selten die Ackerfläche ganz planmäßig in bisher unberührtes Wildland hinein. Da am Auenrand die Siedlungen eng beieinanderliegen und man also seitwärts kein Neuland gewinnen konnte, erstreckten sich diese handtuchartigen, geometrisch bereits klar umgrenzten Fluren noch heute in geringer Breite, aber mit sehr beachtlicher Tiefe von der Niederung zur diluvialen Hochfläche. Das alte Ackergebiet ist bei ihnen in der Regel reguliert, das hinzugewonnene Land dagegen schon beachtlich gleichmäßig nach regelrechten Gewannen gegliedert. Diese Tatsache zeigt, daß mutterländische Wirtschafts-

formen schon damals auf allerdings noch nicht zu fernem kolonialen Böden sich einbürgerten (Prov. Sachsen, Saale-Elstergebiet). Aber nur, wo sie nicht auf andersartige Einrichtungen auftrafen, konnten sie sich in der Regel frei entfalten. Die Flurbewirtschaftung bei gewannartig-streifiger Gliederung ist aber nur mit Hilfe des deutschen eisernen Räderpfluges zweckmäßig. Mit ihm allein läßt sich das Feld in langen parallelen Furchen umbrechen. So wird das Bemühen, auch ältere Flurverhältnisse einer streifigen Umformung irgendwie zu unterwerfen oder doch wenigstens anzugleichen, verständlich und sinnvoll. Die Flurkarten vor der Flurumgestaltung im 19. Jahrhundert geben ein anschauliches Bild von diesem Ringen um die „neue Form“. Diese Vereinigung von alter gewachsener und neuer bewußt planvoller Gestaltung ist außerordentlich schwer gewesen. Sie ist deshalb trotz der vielfachen Versuche nur selten wirklich geglückt. Welche Schwierigkeiten zu überwinden gewesen sein müssen, schon nach slawischer Weise bewirtschaftetes Ackerland nach den Grundsätzen neuerer deutscher Gestaltung größerer Wirtschaftlichkeit entsprechend neu zu gliedern, erhellt auch aus dem steten, doch nicht immer von Erfolg gekrönten Bemühen, den alten Wirtschaftsverhältnissen die neue deutsche Hufen- und Wirtschaftsverfassung (Dreifelderwirtschaft!) einzupassen.

Diese im einzelnen außerordentlich mannigfaltigen Erscheinungen des Übergangs von gewachsenen zu erstmalig planvoll gestalteten Siedlungsformen in der Zeit frühen deutschen Landesausbaues im Kolonialland sind fast überall dort zu beobachten, wo slawische Siedlungsgebiete nur schwach überkolonisiert geblieben und entsprechend langsam eingedeutscht worden sind. Was aus den Orts- und Flurbildern sich ergibt, wird in glücklicher Weise durch einzelne schriftliche Überlieferungen, vor allem aber durch eine Menge von Orts- und Flurnamen gestützt und ergänzt. Sie weisen auf den deutsch-slawischen Dualismus, auf alte Wüstungen, auf „Neu“-Siedlung und Flurerweiterung hin. Alle diese Zeugnisse, vor allem aber die Orts- und Flurformen selbst zeigen, daß dieser erste deutsche Landesausbau überall in Altflüdelgebieten sehr rege gewesen ist. Nur sehr wenige alte Orts- und Flurformen tragen nicht seine Spuren. Schon damals mag also auch der Wandel im Landschaftsbild insgesamt spürbar gewesen sein. Auf jeden Fall geht aber aus all diesen Darlegungen zur Genüge hervor, daß von einer Vertreibung oder Ausrottung eingefessener Slavenbevölkerung durch die deutsche Landnahme keine Rede sein kann. Vielmehr handelt es sich um die Angleichung älterer Verhältnisse an ein neues Wirtschafts- und Siedlungsprinzip. Letzten Endes gibt in diesen Verschiedenheiten, deren Abbild die Siedlungsformen sind, der Dualismus zwischen zwei Kulturen und Entwicklungsstufen sich kund, der aber damals als völkisch-scharfer Gegensatz nicht deutlich ins allgemeine Bewußtsein getreten ist.



## Neue mittelalterliche koloniale Siedlungen in bewohnten Gebieten und auf grünem Rasen

Die ersten Versuche deutschen Landesausbaues konnten noch nicht vollkommen sein. Zastend hatte eine kleine Schar kämpfender Menschen sich vorgewagt in eine artfremde Welt, neue Wege in der Siedlungsgestaltung zu beschreiten. Aber trotz heißen Müehens und vieler Ansätze blieben die meisten Versuche, Dörfer und Fluren nach deutscher Art und veränderten Bedürfnissen entsprechend neu zu formen, auf halbem Wege stecken. Erst als in wachsendem Maße auch der bäuerliche Zuzug aus mutterländisch-deutschen Gauen in die wiedereroberten und befriedeten Gebiete eingeseht hatte, wurde aus den zögernden, nicht durchschlagkräftigen ersten Ansätzen des Landesausbaues eine große, tiefgreifende und breit wirkende Siedelbewegung. Erst als die slawischen Wohngebiete stark vom deutschen Bevölkerungselement durchsetzt wurden, gelang der wirkliche Sieg neuer planvoller Orts- und Flurgestaltung auch in schon vorbesiedelten Gebieten. Diese Entwicklung wurde aber in den schon zuvor lose überkolonisierten slawischen Wohnbereichen wenig wirksam, weil das langsame Einsickern deutschen Menschentums bis zum allmählich erreichten Sättigungspunkt nur die geschilderte langsame und mühevollere Um- und Fortbildung bestehender Siedlungsformen und Rechtsverhältnisse, nicht deren schlagartige Neugestaltung fördern konnte. Um so kräftiger setzte sie sich in den Gegenden durch, die in den Zeiten des ersten deutschen Landesausbaues noch umkämpft waren und der deutschen Herrschaft erst dann gänzlich gewonnen wurden, als die Volksbewegung der ostdeutschen Kolonisation vom Mutterland her schon eingeseht hatte. Darum zeigt, auf das Ganze gesehen, noch heute beispielsweise Brandenburg oder Schlessien ein anderes Siedlungsbild als das Land zwischen Saale und Elbe.

Deutsche Kolonisten begannen jetzt nicht mehr einzeln und punktweise, sondern, geführt von ihren Lokatoren, in Gruppen und auf breiter Front sich niederzulassen. Diese organisierten Siedlergemeinschaften waren sicher nicht immer einheitlich nach ihrer Herkunft zusammengesetzt, wußten aber trotzdem von den mutterländisch-deutschen Lebens- und Siedlungsverhältnissen her um den Sinn und die Notwendigkeit genossenschaftlicher Bindung. Nur aus diesem Geiste heraus ist letzten Endes die Gestaltung ihrer Dörfer und Fluren sinnvoll zu deuten. Diese damals entstandenen großen Straßen- und Platzdörfer, diese oft ausgezeichnet gelungenen, auch runden Formen, die mit den Kleinen, fast formlosen, gewachsenen rundlichen Gebilden aus slawischer Zeit nichts mehr gemein haben, diese aus Straße und Platz glücklich verschmolzenen Straßenangerdörfer und dazu diese nach Umriss und Gliederung liniengerecht geformten großen Gewannfluren sind nicht nur aus einem Wurf

heraus schöpferisch gestaltete und geometrisch sauber gearbeitete Gebilde, die Plan und Überlegung voraussetzen. Sie verraten nicht nur das hohe Können und das großzügige Arbeiten derer, die sie schufen. Im tiefsten Wesen sind sie die Abbilder eines Gemeinschaftsgeistes freier Menschen, der im Kolonialland zum ersten Male bewußt und planvoll sich durchsetzte. Die „Genossenschaft“ der „Nachbarn“, unter denen der Schulze trotz größerer Vorrechte (oft großer Besitz, Erbrichtergut, Kretscham) nur der erste ist, wohnt seit dieser Zeit Mauer an Mauer an der gemeinsamen Wohnstraße oder um den gemeinsamen runden, ovalen oder eckigen Dorfplatz herum. Er wurde gemeinsam als Acker bebaut. Heute noch befinden sich die Bauten der Gemeinschaft, vor allem die Kirche und der Gottesacker dort. Das Dorf hat seit seiner Gründungszeit eine bestimmte Zahl von Bauernhöfen, die nur mit Schwierigkeit durch Teilung sich erhöhen ließ. Die Ortsform, vor allem aber auch die Flurgliederung ließ den späteren Zuzug nicht zur ursprünglichen Gemeinschaft gehöriger Bauern nicht zu. So erhielt die ganze Siedelanlage von vornherein bewußt den Charakter innerer Geschlossenheit. Sie wird noch heute offensichtlich durch das enge Nebeneinander der Höfe, die das allen gehörende Dorfzentrum gleichsam schützend umgeben. Verstärkt wurde sie durch die Zäune oder Hecken, Gräben oder Mauern, deren Reste noch heute zum Teil diese wehrhaften und planvoll aus der Flur herausgeschnittenen Dorfanlagen umschließen. Sie waren auch in der Not Plätze der Gemeinschaft und geben damit uns noch einen Eindruck von dem Geiste ihrer Erbauer, die allen Grund hatten, in den kulturellen Grenzgebieten des Nordostens und des Südostens auf Leben und Tod zusammenzustehen. Als recht sinnfällige Abbilder dieses trutzigen gemeinsamen Abwehrwillens erscheinen in der Landschaft in Brandenburg wie in Steiermark die gerade im deutsch-slawischen Grenzraum häufigen großen Runddörfer, die — es ist ganz kräftig zu unterstreichen — keine „slawischen Rundlinge“ schlecht hin sind. Sie mögen in formaler Anlehnung an die beschriebenen runden Siedelgebilde aus slawischer Zeit entstanden sein, weil die Rundlagerung der Höfe Vorteile bietet und weil sie eine schöne Ausdrucksform der siedelnden Gemeinschaft sein kann. Aber sie sind keine allmählich gewachsenen Gebilde, die nach Belieben weiter sich vergrößern können, sondern Gestaltungen aus einem Wurf mit festem Plan und fester Norm. Auf Gemeinschaftsinn ist aber auch die in diesen großen Runddörfern wie bei den anderen aus gleichem Geist geformten Platzbildungen, bei den Straßen- und den Straßenangerdörfern üblich gewesene Flurgliederung gestellt. Wald und Weide blieben der gemeinsamen Nutzung der Dorfgenossen vorbehalten (Allmende) und konnten in der Regel nur gemeinsam zu zusätzlicher Vergrößerung der Ackerfläche verwendet werden. Die Felder waren in geometrisch geformte Abschnitte, diese wiederum entsprechend der Zahl und der sozialen Stellung der Flurgenossen

in Streifen geteilt, die anteilig genau vergeben wurden (Gewanngliederung). Für die später durch Flurerweiterung entstandenen Zusatzgewanne, bei denen sich im Gegensatz zu mütterländischen Verhältnissen nicht selten Wald- und Wiesenstücke unter die Ackerflächen mischten oder die noch ganz von Wiesen oder Wald eingenommen waren, galt die gleiche Art der Verteilung. Damit in ehrlicher Kameradschaft jeder Nachbar guten und schlechten Boden, nahe und weit entfernt liegendes Ackerland seinem Anteil entsprechend erhielt, waren die Ackerstücke des einzelnen Dorfgenossen in den Gewannen absichtlich zerstreut. Sie waren nur über den Feldbesitz anderer Nachbarn hin zu erreichen. Das gilt in gleicher Weise für die durch Besitz herausgehobenen Rossdienstpflichtigen, die zuweilen in diesen Dörfern ihr Gut hatten, soweit sie zur alten „Nachbarschaft“ gehörten. Man konnte also nur nach gemeinschaftlichem Plan säen und ernten. Auf diesen Flurzwang und auf den gemeinschaftlichen Wechsel von Anbau und Brache (Mehrfelderwirtschaft) war die Fluranlage von vornherein aufgebaut.

Diese neue „Siedlungsform der Gemeinschaft“ hat aber nur auf der Grundlage des deutschen Rechtes entstehen und sich verbreiten können. Alle Genossen waren persönlich frei und grundsätzlich damit vor dem Gesetze gleich. Ob sie jedoch anfangs alle besitzgleich gewesen sind, ist kaum anzunehmen. Soziale Unterschiede lassen sich vereinzelt bis in eine der Gründungszeit nahe Zeitspanne zurückverfolgen. Wahrscheinlich sind ähnlich wie bei Stadtgründungsvorgängen im Kolonialland auch die Dorfgenossen entsprechend ihrem Vermögensanteile und ihrer sozialen Stellung bei der Landvergabe bedacht worden. Wichtiger ist die Tatsache, daß der Besitz gemeinsam festgelegt war und in dieser Form in der Regel unteilbar vom Vater auf den Sohn überging, und daß er mit den Abgaben und Leistungen in einem festen, für alle Dorfgenossen gleichmäßigen Verhältnis stand. Dies gab dem Flurbild von vornherein Ordnung und Beständigkeit.

Aber nicht nur die Dorfgenossen, sondern auch die Grundherren hatten Vorteile bei dieser rechtlichen Festlegung, die in verschiedenen Anstaltungsverträgen uns schriftlich überliefert ist: sie konnten auch in schlechten Erntejahren feste Einnahmen aus diesen Dörfern mit deutschem Recht erwarten. Außerdem waren wirtschaftliche Fortschritte mit der Einführung dieser Siedlungsform verknüpft: die gewannmäßige Flurgliederung hatte unbedingt den Gebrauch des eisernen deutschen Häderpfluges zur Voraussetzung. Mit diesem Ackergerät allein ließen sich auch die schweren Böden in diesen durchgängig sehr großen Fluren tiefgründig durchackern. Die streifigen Parzellen der Gewanne entsprachen allein dieser Ackertechnik, die es gestattete, über die Grenzen der slawischen Siedlungsgebiete in bisher nicht kultiviertes Gelände großzügiger als bisher vorzustoßen.



Diese Vereinigung von Plangestalt, Rechtsicherheit und wirtschaftlichem Vorteil, die zum ersten Male im Kolonialgebiet wirksam wurde, hat dieser „Siedlungsform der Gemeinschaft“ eine außerordentliche Verbreitung bis über den Bereich deutschen Volksbodens hinaus gesichert. Sie wurde ebenso sehr auf den diluvialen Plateaus Brandenburgs wie in der schlesischen Ackerebene, in Böhmen und Nordmähren bis tief nach Polen hinein wie südostwärts bis über das Burgenland hinaus heimisch. Müheles ließ sie sich auf nicht zu stark verwalbetem ebenen oder wenig bewegten Neuland anlegen. Aber auch in Alt-siedelgebieten ist sie zu Hause. Die alten Orts- und Flurformen verschwanden auf Geheiß der Grundherren; die eingeseffene Bevölkerung wurde, wie es bezeichnenderweise heißt, „zu deutschem Recht“ umgesetzt, d. h. in die von Grund auf planvoll neugestalteten Dörfer samt ihren gewannmäßigen neugegliederten Fluren wieder eingepflanzt und dadurch mit den Vorteilen deutscher Rechtsordnung und den Fortschritten deutscher Ackerwirtschaft vertraut gemacht. Diese Tatsache beweist aufs neue, daß Recht und Siedlungsformung in enger Wechselbeziehung zueinander stehen. Um der geschilderten Vorteile willen haben deutsche und nichtdeutsche Grundherren diese Umsetzungen außerordentlich häufig geübt. Ganze Altsiedelgebiete erhielten durch diesen radikalen Landesausbau ein völlig neues Gepräge, zumal mit ihnen fast immer Zurodung größeren Stiles verbunden war. Ortsnamen, Ortsformen, Flurgrenzen und Flurnamen geben noch heute von diesen Vorgängen bereichertes Zeugnis. Da Umformung von Altsiedelland und Neusiedlung auf „grünem Rasen“ in einer Siedlungsform ihren Niederschlag fanden und da der Vorgang der Umsetzung meist sehr gründlich vor sich ging, ist heute allein mit Hilfe der Siedlungsformenforschung in manchen Gegenden die Abgrenzung von altem und neuem Siedlungsland nicht mehr möglich.

Diese eine Art der Siedlungsgestaltung kann also Ausdruck für zwei siedlungsgeschichtlich verschiedene Vorgänge sein. Daraus ergeben sich noch andere Folgerungen für die Beurteilung dieser Siedlungsform: Deutschstämmige Kolonisten bauten sich oft in der beschriebenen Art auf Neuland an; doch auch fremdes Volk ist mit Hilfe dieser Siedlungsform im alten Wohngebiet wieder heimfest geworden oder hat auf neu urbar gemachtem Boden so eine Wohnstatt gefunden. Auch scheinen mitunter beide Bevölkerungselemente in einem Dorfe miteinander gelebt zu haben. Deshalb lassen diese großen Planformen mit Gewinnfluren im Bereich der ostdeutschen Kolonisation und darüber hinaus keine sicheren Schlüsse auf die völkische Zuordnung ihrer Erbauer zu. Wir können nur sagen: sie sind Schöpfungen aus deutschem Geist im Auseinandersektungsgebiet zwischen dem deutschen und slawischen Volkselement. Sehr bald und gern wurden sie wegen ihrer wirtschaftlichen und rechtlichen Vorteile auch von Menschen fremden Blutes übernommen und nachgeahmt.

Im Laufe der Entwicklung bildeten sich aus den Grundformen Abwandlungen, die diesen Siedlungstypus auch verunrechtet haben. So sind heute beispielsweise im ferneren kolonialen Osten Dörfer zu beobachten, die anscheinend als große Platzformen gedacht gewesen sind, deren Dorfsinnenraum aber nicht allseitig umbaut ist. Ohne den Gründen, die zu dieser Gestaltung geführt haben, genauer nachzuspüren, muß man feststellen, daß trotz formaler Anklänge das Wesen dieser „Siedlungsform der Gemeinschaft“ keine sinnvolle Verkörperung hier mehr findet. Doch gibt es auch Sonderformen, die diesen Wesenszug durchaus festgehalten haben. Erwähnt seien die Sondergestalten, die in Anlehnung an übernommene mutterländische Bildungen in besonderer Form in Siebenbürgen sich fortgebildet haben. Als Beispiel sei aber außerdem auf das schmale rechteckige Platzdorf verwiesen, das anscheinend mit gewissen kirchlichen Bautraditionen verquickt sich entwickelt hat. Noch heute findet man es auf kolonialdeutschem Boden im Osten in der Nähe von Klöstern, die sich an der mittelalterlichen Siedlungstätigkeit beteiligt haben. In Ostpreußen hat der deutsche Ritterorden zweifellos in Anlehnung an die Grundform seiner zuvor gebauten Städte sich dieser Sondergestaltung bei der Gründung seiner Zinsdörfer fast ausschließlich bedient. Doch sind seit der Separation fast alle diese Dörfer und alle normalen großen angebauten Plangestalten durch den Vereindöpfungsvorgang in Auflösung begriffen, ein Prozeß fortschreitender Zerstörung, der auch in Polen wirksam geworden ist.

So gibt das heutige Landschafts- und Kartenbild nur zum Teil die Verbreitung dieser ersten folgerichtig durchgeführten Plangestaltungen auf kolonialem Boden wieder. Es läßt uns den Siegeszug dieser Siedlungsform nur noch ahnen. Sie hat zuerst über die Bildungen hinausgeführt, die der erste deutsche Landesausbau, in sich noch nicht stark genug und deshalb noch allzu sehr durch die überkommenen Überlieferungen gehemmt, hervorgebracht hat. Das Ringen der gewachsenen und der gestalteten Formen als Ausdruck des Kampfes zweier Welten war nun entschieden. Der Bann war gebrochen: der Osten unterwarf sich deutschem Geist und Formungswillen.

## Koloniale Neugründungen im Mittelalter aus wilder Wurzel

Die großen planvoll angelegten Platz-, Straßen- und Straßenangerdörfer zusammen mit ihren großen, klar gegliederten Gewannfluren hatten das Antlitz alter Wohngebiete gründlich umzugestalten vermocht. Sie hatten bereits deren Rahmen gesprengt und sich auf nicht allzu sehr verwaldetes ebenes oder leicht bewegtes Neusiedlungsgelände vorgewagt.

Noch während diese Flächen gewannmäßig aufgeteilt und mit großen planvollen Dörfern besetzt wurden, begannen neue Siedlerscharen in größerem Ausmaß versumpfte Strecken und verwaldetes bergiges Gebiet urbar zu machen. Das neue Siedlungsgelände ließ neue Schwierigkeiten entstehen. Sie waren nur durch neue Wege zweckvoller Siedlungsgestaltung zu meistern. So finden sich in dieser Zeit stürmischen Kolonisierens in einzelnen Gegenden verschiedene Arten der Siedlungsgestaltung in zeitlichem Nebeneinander. Erfahrungen, die bereits zuvor im Mutterland gemacht worden waren, erleichterten zuweilen das Suchen nach der neuen Form.

Bei der Kultivierung von Sumpfstrecken im kolonialen Nordosten hat zweifellos das in Holland seit alters geübte und an der unteren Weser und Elbe schon früh heimisch gewordene Verfahren der Marschkultur vorbildlich gewirkt. In losen Reihen arbeiteten sich auch im Ostland in der erprobten Art die Siedler von ihren Höfen am Rande ins Innere des Sumpflandes auf schmalen parallelen Streifen vor und wurden so allmählich Sieger über das Moor.

Auch im Bereiche bergiger Waldgebiete war auf mutterländischem Boden eine ähnliche Art des Vorgehens schon ausgeprobt worden. Vom Talgrunde aus waren die Siedler zu den verwaldeten Wasserscheiden in langen Rodestreifen nebeneinander vorgebrungen (Odenwald). Doch ist dieses Vorgehen nicht überall auf kolonialem Waldboden üblich gewesen. In verschiedenen Kontaktzonen zwischen Altsiedelgebieten und kolonialem Neuland wurde dieses Verfahren nicht folgerichtig durchgeführt (Osthüringen, Sachsen). Den Kolonisten, die vielleicht auch aus den Altsiedelbereichen stammten, war es anscheinend fremd. Die Siedler suchten am Rande des verwaldeten Berglandes auch in Anlehnung an die bisher übliche gewannartige Fluraufteilung zu neuen zweckmäßigen Formen zu kommen. Sie bildeten immer wieder Gewinnabschnitte. Da wurde es unvermeidlich, daß deren Nutzstreifen sich zu krümmen und auch durch Wiesen- und Waldstücke zu laufen angingen. Das Gelände ließ schließlich keine andere Lösung mehr zu. Vielleicht war es Zufall, vielleicht Abßcht, daß bei solchem Bemühen die Verbindung von Hof und Flurbesitz wenigstens teilweise gelang.

Dieses Verfahren der Fluraufteilung in „Gelänge“ barg keimhaft zwei Vorteile in sich: den Hofanschluß und damit die Vereinheitlichung des Besitzes zu einer geschlossenen Wirtschaftseinheit, und die Geländegängigkeit. Allerdings war bei gründlicher Durchführung dieser Gedanken eine Lockerung der Wohnplätze und damit die Auflösung der „Siedlungsform der Gemeinschaft“ unvermeidlich. In der Tat zeigt sich bei den Ortschaften dieser Übergangszonen nicht selten eine Neigung zur Auflösung der engen Bauweise. Wieder waren es die mutterländisch-nahen Gebiete, in denen dieses Tasten und Suchen nach



der neuen Form vornehmlich seinen Niederschlag in einer Menge schwer zu beschreibender Siedelgebilde, nur halb geglückter Lösungen fand. In ferneren Kolonisationsgegenden dagegen scheinen, soweit sich dies heute schon überschauend beurteilen läßt, mehr die Ergebnisse dieses Ringens die fortschreitende Siedlungsgestaltung beeinflusst zu haben. Das bewegte Gelände der Mittelgebirge forderte dazu viel mehr als ebenes oder nur leicht gewelltes Neusiedlungsland eine neue Lösung des Gestaltungsproblems. Dies gilt besonders für Nordostdeutschland, in geringerem Maße aber auch für den Südosten. In den sächsischen, böhmisch-mährischen und schlesischen Gebirgslandschaften und schon zum Teil in dem zugehörigen Vorgelände setzte sich das bekannte Reihendorf mit Walddhufenflur als beherrschende Siedlungsform durch. Nur in den schmalen Kontaktzonen zwischen Altsiedelgebieten und kolonialem Wildland wurden Mischformen heimisch, die sich sicher zu einem guten Teile entwicklungs-geschichtlich erklären lassen. In den nicht versumpften ebenen Gebieten erlaubte die Landschaft in viel stärkerem Maße ein Nachklingen überkommener Traditionen bei der Gestaltung des neuen Siedlungsgebildens. Wohl gibt es auch in diesen Gegenden Reihendörfer mit Walddhufenfluren, die den Gebirgs-siedlungen sinngemäß durchaus entsprechen. Das Gelände erlaubte dabei eine mehr geradlinige Ausprägung dieser Siedlungsform. Doch finden sich dazu nicht selten Gebilde, in denen der neue Gestaltungsgebilde offensichtlich mit Formungsmotiven aus der Zeit der ersten systematischen Landnahme verquickt ist. So wurden beispielsweise in Ostpreußen zwar keine Reihendörfer, wohl aber Siedelgebilde heimisch, deren geringe Auflockerung noch an die „alten“ Planformen der Siedlung auf grünem Rasen denken läßt, aber trotzdem den Hofanschluß von Streifen gestattete, die über Feld, Wiese und Wald bis zur Flurgrenze durchliefen. Da so aber nicht das gesamte Nutzland der Gemarkung sich erfassen ließ, mußte der sehr erhebliche „Rest“ in Gewannen liegen. Das ebene Gelände gestattete eine meist außerordentlich planvolle, geometrisch schöne Gestaltung dieser gelängeartigen Fluren. In Pommern und Mecklenburg dagegen kommen noch heute Reihendörfer mit Hofanschließenden Streifen vor, obwohl durch den Einfluß der Gutswirtschaften ihre Zahl vermindert worden ist. In diesen „Hagendörfern“ scheint es ähnlich wie in vielen „reihendorfähnlichen Gebilden“ der Übergangsgebiete nach Ausweis der bisher bekannten Flurkarten geradezu üblich gewesen zu sein, den Rest in einem Hofanschließenden Flurstreifen und trotz lockerer Reihung der Höfe in mindestens einem großen Reststück zu vergeben. Die Abschnittsgliederung der Gewannfluren wirkt in diesem seltsamen Brauch „gehegter Hufen“ nach. Dazu treten runde Reihendörfer mit entsprechend fächerhaft gegliederten Fluren auf (Radialwalddhufen). Sie erinnern auffällig an die gekennzeichneten großen planmäßigen Rundplatzdörfer der Zeit der ersten systematischen Landnahme.

Es ist ausgeschlossen, sie als slawisch anzusprechen. Sie finden sich in gleicher sinngemäßer Formung, wie leicht einzusehen ist, häufig in den Quellmulden gebirgigen Landes, das erst spät durch die Kolonisation überhaupt erschlossen worden ist. Bei diesen Gebilden der Ebene handelt es sich zweifellos um zeitgemäße Weiterbildungen des großen Rundplatzdorfes, eine Form, die in ihrer Geschlossenheit ihren Sinn zu verlieren begann. Auch in Sumpfgebieten des Überganges finden sich Anklänge an die „Siedlungsform der Gemeinschaft“, die mit dem neuen Gestaltungsgedanken des Hofanschlusses eine seltsame Verbindung eingegangen sind. So zeigen sich noch heute die meisten Dörfer der Danziger Niederung als große lockere Straßen- oder Platzdörfer mit strenger Betonung der Rechteckformen (Bauinflüsse des Deutschen Ritterordens!), die aber auch mit den Marschendörfern des deutschen Nordens viel gemein haben.

Nur in den typischen Reihendörfern des Berglandes, die, liebevoll dem Gelände angepasst, an den Bächen der Täler sich winden und bis zur Rundform sich krümmen können, und in den „Marschhufendörfern“ des Sumpflandes, die, enger gebaut, schnurgerade an Straßen oder Kanälen sich hinziehen, sind die Vorteile des neuen Siedlungsgedankens wirklich ausgeschöpft: In beiden Arten von Dörfern ist der Besitz zu einer Wirtschaftseinheit geschlossen. Sogar ohne Rücksicht auf die Nachbarn, ohne einengenden Flurzwang bearbeitet der Bauer sein Land. Er hat noch vorteilhafter als bei der gewannartigen Fluraufgliederung Anteil an jeder Bodenart, teilt genau so wie die Siedler in den großen Straßen- und Platzdörfern mit allen Dorfgenossen die Vor- und Nachteile des Geländes und der Entfernung. Auf seiner Hufe liegen dieselben festen Abgaben wie auf den entsprechend großen Besitzstücken der Nachbarn. Als freier Mann verfügt er über sein Land und über seinen Hof. So sind auch diese Dörfer der Reihung ihrem Gestaltungsgedanken gemäß durchaus Dörfer deutschen Rechtes. Es spielt auch bei ihnen die Frage keine Rolle, ob die Dorfgenossen anfangs alle besitzgleich gewesen sind. Dies ist sehr zweifelhaft. Mindestens der Schulze, der nicht selten der Lokator des Dorfes gewesen ist, und die Pfarre waren in der Regel von Anfang an bestmässig herausgehoben. Daß die Besitzgleichheit nicht einen Wesensbestandteil dieser „Siedlungsform der Reihung“ ausmacht, ist daraus zu ersehen, daß mühelos sich an den Flurgrenzen neue Höfe mit verschiedenen breiten Besitzstreifen ansetzen lassen, ohne die Form in ihrer Gesamtheit zu sprengen. Auf diese Art haben sich zweifellos mitunter die Siedler vorgearbeitet ins verwaldete Bergland und in den schier endlosen Sumpf. Das Mühelose dieser Dorferweiterungen ist bezeichnend für den Geist, aus dem heraus diese neue Siedlungsform gestaltet ist. Vor allem wird Wert auf die Wirtschaftseinheit des einzelnen Hofes mit dem einzelnen Flurbesitz gelegt; erst in zweiter Linie

trägt das genossenschaftliche Prinzip zur Formbildung bei. In dieser durchaus befriedeten Zeit der Wald- und Sumpfkolonisation war diese Gestaltung von Dorf und Flur möglich. Noch sind auch die so siedelnden Menschen Nachbarn, aber sie sind mehr auf sich gestellt. Die Höfe sind weiter voneinander entfernt. Die Gestaltung eines gemeinsamen Dorfpflanzes ist kaum mehr Bedürfnis; die gemeinsame Wohnstraße ist nicht mehr ausschlaggebendes Formungselement in diesen Dörfern. Die gemeinschaftlichen Bindungen sind schwächer. Der unbedingte genossenschaftliche Zwang hat aufgehört. Dem Einzelnen steht mehr die Möglichkeit offen, nach seinem Willen zu schalten und zu walten. Doch das deutsche Recht, das Ortsgesetz, und sein Hüter, der Schulze, der Erste der Nachbarn, halten das Dorf trotz dieser Lockerungen zusammen. Bindung in der Freiheit, — das ist der tiefste Sinn dieser Siedlungsform der Reihung.

Damit hatten siedelnde deutsche Menschen nach heißem Bemühen eine Gestaltung bäuerlicher Siedlung gefunden, die alle bisher errungenen Vorzüge festhielt, aufgetretene Mängel aber überwunden hatte. Ihre Vorteile für jedes Gelände und jede Bodenart sind so groß, daß die Separation des 19. Jahrhunderts an diesen Dörfern und Fluren nichts zu ändern und zu bessern fand. So sind sie unverfälschte stille Zeugen deutschen Schöpfergeistes.

Im deutschen Südwesten finden sich die Anfänge dieser Siedlungsform. Im Raum zwischen Mutterland und Kolonialgebiet wurde sie erprobt und zur letzten Klarheit und Feinheit geprägt. Diese „fränkische“ Siedelweise ist sehr bald zu der deutschen Dorf- und Flurgestaltung im unberührten Bergland geworden. Sie mischte sich in den ebeneren norddeutschen Gegenden mit der „flämischen“ Siedelart, die Menschen des norddeutschen Volksgebietes bei der Kultivierung der Sümpfe selbständig aus der Praxis heraus gestaltet hatten. Beide Lösungen sind prinzipiell gleich. Waldbufen und Marschbufenfluren und ihre Dörfer lassen sich in ebenen, nicht oder wenig versumpften Gefilden Nordostdeutschlands ihrem Wesen nach nicht scheiden. So haben Menschen des deutschen Südens und des deutschen Nordens diese in ihrem tiefsten Sinn ganz deutsche Form des Siedelns gefunden und der Art ihrer Heimat entsprechend ausgeprägt. Die Vorteile, die sie in wirtschaftlicher und rechtlicher Hinsicht bot, ließen sie einen beispiellosen Siegeslauf bis in die Karpathen, nach Polen und Mähren, auch ins Alpengebiet antreten. Sie ist Symbol der Arbeit deutscher siedelnder Menschen bis über den gegenwärtigen deutschen Volksbereich hinaus. In vielen dem Deutschtum heute teilweise oder ganz verlorenen Waldbufenbüdörfern des fernerer Kolonialgebietes im Osten hat nachweislich deutsche Bevölkerung geseßen. Doch auch fremdes Volkstum siedelte in dieser Art der Deutschen noch lange, als der Nachschub aus der deutschen Heimat ausblieb und im deutschen Osten die Kolonisation schon stark im Verklingen war.



## Formen der mittelalterlichen Nachkolonisation

Diese Siedelperiode reichte weit bis in die „Neuzeit“ hinein. Sie ging erst dann zu Ende, als die mittelalterlichen Traditionen der Dorf- und Flurgestaltung von den Formungsgedanken der „neuen“ Zeit überwunden wurden.

Durch eine zweckvoll-glückliche neue Art des Siedelns war es gelungen, die Wohnräume außerordentlich zu erweitern. Nur Teile minderwertigen, oft dazu auch klimatisch ungünstigen Landes lagen noch unberührt da. Diese Reststücke jungfräulichen Bodens standen sehr hinter den Flächen damals erschlossenen Neusiedellandes zurück. Raumnöte, die zuvor tatkräftige Kolonisten angespornt hatte, in die Berg- und Sunnpländer einzubringen, war trotzdem nicht mehr zu befürchten: Die Kolonisationsbewegung begann in die Weite sich zu verlieren und mehr und mehr den stürmenden Schwung einzubüßen, durch den der Angriff auf die großen Wald- und Bruchstrecken gelungen war.

Der Höhepunkt war zweifellos überschritten. Das geringere Maß von Rodung und Neusiedlung war dafür bereitetes Zeugnis. Doch nicht nur im Landschaftsbild, sondern auch in der Art des Siedelns kündigte sich mehr und mehr ein Erschöpfungszustand an. Wenn auch in einzelnen Gegenden nach Umfang und Formung noch gewisse Siedlungsfortschritte zu verzeichnen waren, so verbesserte man doch, aufs Ganze gesehen, mit den Mitteln und Möglichkeiten, die frühere Epochen großer Siedlungsgestaltung schöpferisch angewandt hatten, notdürftig und nach Bedarf am Landschaftsbild herum.

Einige typische Beispiele mögen diese Vorgänge näher beleuchten:

a) Noch erstanden formgerechte, außerordentlich planvolle Marschhufendörfer im 16. Jahrhundert auf den bisher verschmähten, durch Hochwasser gefährdeten Schwemmlandböden des Weichseltales und anderorts bis tief nach Polen hinein. Um ihres Glaubens willen vertriebene Niederländer begannen sie anzulegen, doch siedelten bald auch andere Familien „nach der holländischen Weise“. Der äußeren Form nach glichen diese Siedelgebilde ganz den Marschhufendörfern der vorangegangenen großen Rodezeit. Doch war diese Siedlungsform den tatsächlichen Verhältnissen nicht mehr in vollem Maße sinntesprechend. In diesen Holländerdörfern kannte man anfangs keinen freien, erblichen Besitz. Nur auf Zeit durften die Siedler gegen Pachtzins das Land nutzen. Durch das „Einkaufsgeld“ erwarb die Gemeinschaft der Kolonisten das Recht, auf diesem Grund und Boden eine Zeitlang zu bleiben; nur die stete Erneuerung der Verträge gab ihnen schließlich eine dauernde Heimat. So wurde in diesen Reihendörfern mit Marschhufenflur, den Sinnbildern deutschen Rechtes, die Emphyteuse üblich. Dazu griff die Gemeinschaft der Dorfgemeinschaften trotz der Aufgliederung der Fluren in hofanschließende Streifen (Wirtschaftseinheit!) nach Ortsrecht, Sitte und Brauch in die Bewirtschaftung

von Acker und Weide ein, weil die Kanalisation, besonders aber der Deichbau gegen das Hochwasser ein besonders strenges gemeinschaftliches Vorgehen forderte. Überhaupt regelte die „Nachbarschaft“ so gut wie alle Fragen dörflichen Lebens. Diese Tatsache war für die völkische Reinerhaltung der Siedlergenossenschaften von hohem Wert, da sie den Verkauf von Hof und Land an Fremde untersagte und über die Einwohner, auch über die „Logierer“, wachte, bis das Lubliner Gesetz (1568) ihr diese Kontrolle verbot. Doch mit der Wahl der Siedlungsform stimmt diese außerordentlich starke Betonung gemeinschaftlicher Bindungen nicht ganz zusammen: Sitte und Brauch verlangten eine unbedingte Unterordnung des einzelnen Dorfgenossen unter die Gewalt der Nachbarschaft; diese Form von Dorf und Flur forderte sie lange nicht so zwingend, wie dies bei den Gestaltungen der Kolonisation auf grünem Rasen zu sinnfälligem Ausdruck gekommen war. Aus heimatlicher Tradition, religiösen Motiven und naturgegebenen Bedingungen ist die Wahl der Siedlungsform verständlich. Sie verlor ihren Sinn aber völlig, als auch in trockneren Gegenden auf diluvialen Boden so geformte Gemeinschaftssiedlungen mit emphysentischem Recht nur als Kopien dieser Holländerdörfer entstanden.

b) In den klimatisch ungünstigen, steinigen Restgebieten jungfräulichen Gebirgslandes war nur noch ein beschränkter Ausbau denkbar. Die Möglichkeit, dabei brauchbares Ackerland in der notwendigen Menge zu gewinnen, schwand dabei immer mehr. Die rein bäuerliche Neusiedlung war also verschwindend gering. Nur wo dazu der Reichtum des Waldes oder bald auch der Schächte neue Hoffnungen auf ein auskömmliches Leben erstehen ließ, wuchsen neue Siedlungen zahlreicher aus dem Wildland empor. Die Überlieferungen der vorangegangenen ausgesprochen bäuerlichen Rodkolonisation aus wilder Wurzel wirkten dabei auf das Leben der Neusiedler und damit auf die Orts- und Fluranlage dieser neuen Gründungen noch nach: Der schlechte Boden und die fast zu kurze Vegetationsperiode ließen zwar nicht mehr hoffen, daß sich das Brot für die Familie durch den Ackerbau sicherstellen ließ; trotzdem mußte jeder Wohnstatt ein Stück Land zugehören, auch wenn es schließlich nur Raum für ein paar Kartoffeln und wenige Blumen bot. Der Drang zur eigenen Scholle war bei diesen armen Menschen stets gewaltig; er hat sie ausharren lassen in der Heimat trotz bitterer Not! Der Gedanke der Wirtschaftseinheit von Hof und Ackerland, der in den Reihendörfern mit hofanschließenden Waldhufenstreifen eine so glückliche Gestalt gewonnen hatte, blieb auch bei diesen nur halbbäuerlichen Betrieben, deren Besitzer auf Zusatzarbeit angewiesen sind, durchaus wirksam. So entstanden kümmerformen walddhufenmäßiger Anlagen mit Reihenbildung der Wohnstätten (Waldstreifendorf). Die soziale und berufliche Zwiespältigkeit ihrer Bewohner ist noch heute eine naturgegebene Eigentümlichkeit dieser Notstandsgebiete. Deshalb bestehen zwischen

den im Grunde nach gleicher Art angelegten bäuerlichen Rodungsdörfern und diesen Kammsiedlungen doch erhebliche Unterschiede: Die behäbigen Bauernhöfe machen einzelnen ärmlichen Häusern Platz; die kilometerlange Weiträumigkeit ist in Waldstreifendörfern unbekannt; die Gemarkungen sind viel kleiner; in den Fluren dieser kümmerlichen Formen krümmen sich oft verzweifelt seltsam schmalere Hofstreifen, die den Namen „Hufenstreifen“ nicht mehr verdienen, in den zugehörigen nahen schmalen Waldsaum hinein.

c) So kümmerlich diese Siedelgebilde mitunter auch sind, sie lassen doch erkennen, daß bei ihrer Anlage immerhin ein gewisses gemeinschaftliches Vorgehen nach Plan und Absicht wenigstens zu ahnen ist. Es gab aber in diesen hohen Gebirgslagen auch Zusatzrodungen, die willkürlich punktweise nach Bedarf immer wieder von neuem sich in das Wildland allmählich hineinfraßen. Oft gestattete die Art des Geländes nur diese einzige Möglichkeit, den Wohnraum zu erweitern. Deshalb war in den Alpengebieten diese Art des Ausbaues viel eher üblich („Neurisse“) als in den Mittelgebirgen. Erst als zwischen Mittelalter und Neuzeit das Berggeschrei von neuem ertönte, wurde auch in ihrem Bereich diese Art des Siedelns häufig. Erzlager galt es auszubeuten; diesem brennenden Verlangen hatten sich alle anderen Rücksichten zu fügen. In außerordentlicher Geschäftigkeit fing man an den verschiedensten Stellen an zu schürfen. Regellos setzte größerer Zuzug ein. So entstanden wieder Siedlungen ohne ausgesprochene Formgebung, allerdings nicht in langsamem Wachstum, sondern in raschem Aufblühen. Aber selbst auch bei der Anlage dieser weilerartigen Gebilde und dieser Streusiedlungen wirkten die Überlieferungen der bäuerlichen Rodokolonisation ebenfalls nach. Zwar kam eine Reihung der Häuser bei der Eile und der stoßhaften, unberechenbaren Entwicklung dieser Neusiedlungen nicht mehr in Frage, aber in den „Hausfleckeln“ rings um die Wohnstatt kommt der Gedanke der Einheit von Hof und Flur noch einmal zur Geltung. Auch diese Menschen können nicht ohne ihr Stück Erde leben, das allein ihnen aber keinesfalls die Nahrung schaffen kann. So entstand eine blockartige Gliederung der Flur, die aber von der slawischen Blockflur schärfstens zu scheiden ist. Gerade diese Einheit von Wohnstelle und Hausfleckel, dieser Wechsel von Haus und Flurstück über die ganze Gemarkung hin ist ihre charakteristische Eigenart, während zwischen slawischem Weiler oder Rundweiler und der entsprechenden Blockflur diese Wirtschaftseinheit noch nicht besteht.

Diese Siedelform, gebunden an Überlieferungen der vergangenen Siedel-epoche und doch zu einer gewissen Eigenartigkeit gestaltet, war noch im 17. Jahrhundert sehr gebräuchlich, als Erulantenfamilien in kleinen Gruppen oder auch einzeln sich eine neue Heimat in diesen Zufluchtgebieten der Mittelgebirge suchten. Stellenweise verdichteten sie schon bestehende Streusiedlungen,



die ihnen Ausgangs- und Stützpunkte für das weitere Vordringen in den Wald wurden.

Im Sumpfland nordostdeutscher Urstromtäler fand diese Art des Siedelns auch weite Verbreitung („Hauländereien“). Sie bildete sich hier aber anscheinend aus Traditionen weiter, die im Mutterland sich entwickelt hatten. Diese ausgesprochenen Weidesiedlungen, bei denen das Wiesenland um den zugehörigen Hof sich herumzieht, erinnern in ihrer Form und in ihrer Sinngebung an die westfälischen Streusiedlungen mit Kampflur. Wenn vielleicht auch kein direktes Abhängigkeitsverhältnis zwischen diesen beiden Siedlungsgebieten besteht, so war doch dieses Gestaltungsproblem schon einmal gelöst, als die Kultivierung der Brüche im deutschen Osten in dieser Art einsetzte.

d) Während die Rodokolonisation das Antlitz der Gebirge und Sümpfe wandelte, während auch ungünstiges Neuland Wohnstätten zu tragen begann, vollzog sich langsam, aber unaufhaltsam der Vorgang der Eindeutschung in den nur leicht überkolonisierten slawischen Altsiedelgebieten. Sprache und Sitte fremden Volkstums war immer mehr im Verblasen. So setzte sich auch immer mehr die deutsche Art der Feldbestellung durch. Der slawische Haken machte dem neuen Maß der deutschen Hufe Platz. Der deutsche Pflug hielt allmählich überall seinen Einzug. In dieser Zeit des Angleichens slawischer Art an die deutsche Kultur waren vereinzelt Flurregulierungen unvermeidlich; doch bei dem außerordentlich langsamen Gang der Entwicklung waren gewaltsame Eingriffe in das überkommene Siedelbild die Ausnahme.

Wenn wir zusammenfassen, so sehen wir, daß diese Zeit der mittelalterlichen Nachkolonisation kein einheitliches Gepräge hat. Schon zuvor gebräuchliche Siedlungsformen wurden äußerlich formgetreu übernommen, aber es wandelten sich die Voraussetzungen zu ihrer Sinngebung, oder die Gedanken überkommener Siedlungsgestaltung blieben erhalten, suchten sich aber neuen Verhältnissen entsprechend eine neue äußere Form, die mitunter das Merkmal gewisser Kümmerlichkeit noch heute trägt. So sind die Gebilde dieser Siedelzeit vielgestaltig, aber auch ganz und gar uneinheitlich. Es fehlte dieser Kolonisation aus Elend das Kennzeichen großer schöpferischer Siedlungsepochen: die Harmonie zwischen Siedlungsgedanke und Siedlungsform.

## Siedlungsgestaltung durch Staatskolonisation (18. Jahrhundert)

Die Epoche der mittelalterlichen Nachkolonisation war, aufs Ganze gesehen, eine lange, aber stille Zeit gelegentlichen Landesausbaues gewesen. Zwar hatte vereinzelt plötzlich auch einmal eine verstärkte Siedeltätigkeit eingesetzt; doch hatten die Wohnräume nur noch unwesentlich sich ausweiten lassen. Neue

Wege waren also zu finden, wenn dieser Zustand der Ruhe überwunden werden sollte.

In den Zeiten Friedrichs des Großen und Maria Theresias brach, getragen von merkantilistischen Gedankengängen, wieder eine neue Zeit planmäßiger lebhafterer Siedlungsarbeit an. Die Vernunft gebot der Staatsführung, die Einwohnerzahl im Staatsgebiet zu erhöhen, um auf diese Weise die Steuer- und Wehrkraft zu steigern und die Herstellung von Waren im eigenen Lande zu befördern. Dieser Gedanke zielbewusster „Peuplierung“, der allerdings meist ohne Rücksicht auf völkische Belange durchgeführt wurde, verband sich mit der Erwägung, diesen für den Staat tätigen Menschen auch eine Wohnstätte zu geben, um sie zur dauernden Niederlassung zu bewegen.

Diese „Staatskolonisation“ war also nicht nur Dauernkolonisation, sondern Ansetzung von Menschen verschiedenster Berufe aus Zweckmäßigkeitsgründen. Die gewerbliche Durchdringung ländlicher Siedelgebiete setzte damals in großen Zügen ein. Damit weist die Staatskolonisation grundsätzlich über die mittelalterliche Siedelbewegung hinaus. Sie strebte auch nicht wie jene vorwiegend nur nach der Ausweitung bestehender Siedelräume, sondern mit derselben Planmäßigkeit und Beharrlichkeit auch nach ihrer punktwweisen Verdichtung, wenn die Staatsraison es erforderte. So war sie getragen von Gedanken, die vorangegangenen Siedelzeiten ihr Gepräge gegeben hatten, ohne sich von ihnen einengen zu lassen.

In der Siedlungsgestaltung hat diese Einstellung ihren deutlichen Niederschlag gefunden. Die Vernunft forderte zwar klare, praktische Planung für jeden Fall; sie verlangte also verschiedenartige zweckentsprechende Siedelgebilde. Aber deren Anlehnung an überkommene Traditionen ist dabei unverkennbar. Diese Überlieferungen waren aber nicht mehr wie in der Zeit erster deutscher Siedelversuche in slawischen Wohnräumen hemmungsvolle Bindungen; sie gaben vielmehr Anregungen zu freier neuer Gestaltung. Die Mannigfaltigkeit und der erste Eindruck, den diese Siedelgebilde der Staatsraison vermitteln, sollte nicht über diese Zusammenhänge mit der mittelalterlichen Landnahme hinwegtäuschen! Besonders die neueren Dörfer, bei denen zur Ortsform das Flurbild als wesentlicher Bestandteil der Siedlung sich gesellt, machen solche Ähnlichkeiten deutlich.

Zuvor sind aber zwei Arten der „Peuplierung“ zu kennzeichnen, die nur in geringem Maße die bestehende Dorf- und Flurgestaltung beeinflusst haben. Durch Einsiedlung bemühte man sich, die Lücken zu schließen, die Kriege, wirtschaftliche Verelendung, zuweilen auch konfessioneller Haß und manche anderen Vorkommnisse in den Bestand der vorhandenen Wohnstätten gerissen hatten. Durch Zustellung wurden darüber hinaus Kolonien und andere neue Ortsteile an bestehende Dörfer und Städte angelegt. Doch ließen sich bei

dieser im Nordosten häufig geübten Art der Bevölkerungsvermehrung die vorhandenen Ackerparzellen nicht schmälern; auch waren aus diesem Grunde Flurerweiterungen meist nicht mehr möglich. So fanden durch Zusage fast nur kleine Leute ohne großen Landbesitz eine neue Heimat auf älterem Kulturboden. Dieser scharfe soziale Gegensatz zwischen der alteingesessenen Bauerngemeinde und neu angesetzten Häuslern wurde durch das räumliche Nebeneinander beider Ortsteile noch sinnfälliger. Auf das Zusammenwachsen älterer und neuerer Siedlungselemente, das für die Zeit der ersten deutschen mittelalterlichen Landnahme in slawischen Wohngebieten charakteristisch gewesen war, kam es in der Zeit der Neubesiedlung nicht an. Von den durch Zusage kaum gestörten Bauernhöfen mittelalterlicher Prägung heben sich die lineargleichen Zeilen oder Gassen dieser angesetzten Kolonien deutlich ab. Selbst die Art und Anordnung ihrer in der Regel kleineren Wohnstätten ist schematisch starr. Auch in der bestehenden Flurgestaltung hinterließ dieser Vorgang der Ortserweiterung durch meist nichtbäuerliche Siedler keine tieferen Spuren, soweit diese Zusage nicht auf Guts- oder Vorwerkland stattfand. In Gebieten mit vorherrschender Streusiedlung ist dieses scharfe Nebeneinander von älteren und jüngeren Ortsformen nicht zu bemerken, da man bei der Zusage aus Zweckmäßigkeitsgründen auch die Streulage der Kolonistenstellen anwendete.

Zu den Ein- und Zusage traten im Nordosten und im Südosten zahlreiche Neugründungen von Dörfern. Nur sie verdeutlichen in erster Linie die Wesensart neuer Gestaltung in Anlehnung an ältere Überlieferungen.

Vornehmlich zur Kultivierung der Brüche im Nordosten (Ober-, Warthe-, Nehebruch usw.) war die schon vorher erprobte Form der Streusiedlung mit Kampflur geeignet. An den Rändern dieser Sumpfsgebiete wuchsen dazu neue Marschhufendörfer mit ihrer charakteristischen Flurgliederung ganz nach der alten Weise empor. Doch gesellte sich zu der schematischen Nachahmung vorteilhafter älterer Siedlungsformen aus praktischen Erwägungen heraus auch das Bedürfnis zu freierer eigener Gestaltung. Die Verbindung der Streulage der Kolonistenstellen mit der Aufteilung der Nutzfläche in Marschhufen führte den schon vorgedachten Gedanken der Wirtschaftseinheit von Hof und Flur einer ganz neuen Lösung entgegen. Die genossenschaftliche Bindung, die in der Form des Marschhufendorfes noch ein schwaches Sinnbild gefunden hatte, wurde als unwesentlich angesehen und aus Gründen der Zweckmäßigkeit ganz aufgegeben. Außerhalb der Sumpfsgebiete entstanden auf den Diluvialflächen des deutschen Nordostens punktwiese mancherlei Neudörfer, deren Gestaltung sich an die mittelalterliche Formenwelt anlehnte, ohne sie zu kopieren. Die großen Plangestaltungen auf grünem Rasen gaben das Vorbild für eine große Reihe von friderizianischen Siedlungen ab. Doch wurden diese neuen kleineren Dörfer in der Regel außerordentlich liniengerecht konstruiert und erhielten



damit den Charakter des Schematischen, der den mittelalterlichen Siedelgebilden trotz ihrer staunenswerten Planmäßigkeit nicht eigen ist. Diese Form der kleineren Straßen- und Platzdörfer verband sich nicht selten, um den Hofanschluß auszunutzen, mit einer starren kurzstreifigen Flurgliederung, die den Namen „Waldbufenflur“ nicht mehr verdient („Hofparzellen“). Diese Vereinigung widerstrebender Siedlungselemente nötigte zu einer gewissen Lockerung des engen Gefüges der Wohnstätten. So verblaßte auch der Gedanke der Dorfgemeinschaft, der sich im Mittelalter seine eigene Siedlungsform geprägt hatte, durch die Erwägungen der Staatsraison. Damit hatte auch die Anlage von Gewannfluren ihren Sinn verloren. Tatsächlich fallen schon in diese Zeit des aufgeklärten Absolutismus die ersten Versuche, durch Separation sie umzugestalten. Zwar blieb auch ferner die Aufgliederung des Nutlandes in „Flurabschnitte“ üblich; doch teilte man sie nicht mehr streifig unter. Damit entfiel die charakteristische Besitzerstreuung in kleine Parzellen. Wenn der Hofanschluß sich nicht erreichen ließ oder aus bestimmten Erwägungen heraus auch einmal nicht wünschenswert war, wurden die Fluren dieser Neudörfer meist in längliche, auf jeden Fall geometrische Pläne zerlegt, zu denen die Kolonisten, wenn es irgend anging, auf Feldwegen jederzeit gelangen konnten. Damit war der Flurzwang entweder ganz überwunden, oder er war in dieser Form sehr gemildert. In walddreichen Gebieten empfahl sich die Anlage von weilerartigen Siedelgebilden, soweit die Streusiedlung nicht den Vorzug erhielt. Der Besitz war auch in diesen Fällen meist unmittelbar um den Hof herum gruppiert.

So entstanden die friederizianischen Siedlungen als etwas Neues auf dem Boden der ostdeutschen Kolonisation des Mittelalters, an sie gebunden durch überkommene Gestaltungsgebanten, von ihr aber wieder geschieden durch deren neue Verwendung. Die meisten Dörfer und Fluren wirken in ihrer starren Geradlinigkeit geradezu schematisch. Dieser Eindruck wird verstärkt durch die Gleichförmigkeit der Kolonistenwohnstätten, deren Aussehen nichts mehr von der eigenständigen Behäbigkeit der alten Bauernhöfe, dem stolzen Zeichen persönlicher Freiheit und Wohlhabenheit, aufweist. Die neuen Siedler waren ja auch nicht reich. Meist verlangte der geringe Umfang ihres Flurbesitzes eine Zusatzbeschäftigung. Die Staatsraison hatte sich auch die Erfahrungen aus der Zeit der mittelalterlichen Nachkolonisation zunutze gemacht. Wenn diese Kolonistenstellen auch nicht den Eindruck der Kümmerlichkeit machen, so sind sie doch ziemlich bescheiden. Dies spiegelt sich auch in der Gestaltung der Wohnstätten wider. Der von Amts wegen empfohlene oder geforderte Zweckbau entbehrt in seiner vielfachen Wiederholung der persönlichen Note. Der Zeitgeist nüchterner, „vernünftiger“ Zweckmäßigkeit gab diesen Siedelgebilden damit ein bezeichnendes Aussehen.

Im südöstlichen Kolonisationsgebiet hatte die türkische Herrschaft zwar fast alle Keime der mittelalterlichen Kolonisation zertreten. Trotzdem zeigen aber auch hier die Orts- und Flurformen mancherlei Anlehnung an siedlungsgeschichtliche Überlieferungen der großen mittelalterlichen Landnahmezeiten. Dies ist ein Zeichen für die nachhaltige Kraft dieser Traditionen über den Rahmen ihres eigentlichen Wirkungskreises hinaus. Der Formen der mittelalterlichen Plandörfer auf grünem Rasen bediente sich auch im Südosten die Staatskolonisation als Vorbild, solange die eigenen Erfahrungen fehlten. Straßen- und Straßenangerdörfer, oft in der Fügung der Wohnstätten nicht ganz so gedrängt wie im Nordosten, verschmolzen dazu bei Neugründungen oft zu einer sehr weiträumigen, langgezogenen Dorfgestalt mit ovalartiger kleinerer Ausweitung in der Mitte. Ganz ähnliche Bildungen waren schon im Burgenland und auf älterem österreichischen Kolonialboden heimisch. Im Bergland des Banates und der Bukowina erstanden anfangs auch Reihendörfer mit Waldbhusenfluren ganz nach der mittelalterlichen Art. Aus mannigfachen Versuchen, bei denen selbst friberizianische Bildungen eine Rolle spielen, und nach großem Mühen, von dem noch heute das Landschafts- und das Kartenbild bereichertes Zeugnis gibt, gelang schließlich die Bildung einer neuen Zweckform. Sie vereinigt Gestaltungselemente des westungarischen Straßendorfes und der mittelalterlichen Kolonialstadt auf ostdeutschem Boden in sich. Diese weiträumigen, stadtdorferähnlichen Dörfer mit quadratischem Marktplatz oder rechteckigem Straßenmarkt in der Mitte, mit ihren genau rechtwinklig sich kreuzenden Straßen und linearen Umrissen erinnern lebhaft an das Schachbrettschema der ostdeutschen Städte und werden deshalb treffend als „Schachbrettdörfer“ gekennzeichnet. Trotz veränderter äußerer Gestalt wurden auch charakteristische Merkmale des mittelalterlichen Platzdorfes in ihnen wieder lebendig: Der Platz wurde nicht nur Verkehrszentrum, sondern auch wieder Mittelpunkt der Gemeinschaft, zwar nicht mehr durch den Anger, aber durch die Brunnen, die das allen Dorfgemeinschaften gehörende Wasser spenden und um die sie noch heute gern sich versammeln. Die Kirche, die Schule und andere Bauten der Gemeinschaft stehen zwar nur seltener auf dem Platz, aber doch in seiner unmittelbaren Nähe. Doch verband sich mit diesen Erinnerungen aus alter Zeit sogleich wieder berechnende Zweckmäßigkeit: der Platz war gesäumt von Maulbeerbäumen, die die Seidenraupenzucht fördern sollten. Ganze Alleen dieser Nutzbäume, auf deren Einführung und Pflege die Behörden aus merkantilistischen Erwägungen heraus größtes Gewicht legten, durchzogen auch die schnurgeraden Straßen, die deswegen besonders breit angelegt worden waren. Heute sind meist Reihen von Akazien an ihre Stelle getreten. So erhielten diese Schachbrettdörfer aus dem Geist ihrer Entstehungszeit heraus ein besonderes Gepräge. Sie

verbreiteten sich geradezu schlagartig und fast ausschließlich über die Gefilde der Donau- und Theißniederung und fehlen sogar in hügeligem und bergigem Gelände bis hin zur Bukowina nicht ganz, obwohl sie in diesen Gebieten nicht immer gelungen sind. Auch setzten sie sich deshalb im südöstlichen Gebirgsland nicht durch, weil wie in Siebenbürgen das Land schon aufkolonisiert war, oder weil wie im Buchenland die vielfach geübte Einstiedlung deutscher Familien in schon bestehende Rumänendörfer zu wenig Kräfte für Neugründungen übrig ließ. So blieb es in diesen Gegenden meist bei Ansätzen zur planvollen Anlage, um die herum die Wohnstätten in krausem Wachstum willkürlich sich scharen. In der Ebene dagegen, in die auch die Siedlerströme absichtlich gelenkt wurden, kam die Neugestaltung von Siedlungen in Form des Schachbrettdorfes zu immer größerer Vollendung. Viele dieser späten Siedelgebilde erinnern an die mit allen Feinheiten durchkonstruierten Planungen moderner Stadtbaukunst. Der bewußt lineare Aufbau ist aber nicht nur der Dorfgestalt, sondern ebenso der Flurgliederung eigen. Auch bei diesen Gebilden der Staatskolonisation im Südosten zeigt sich wieder, daß die ganze Anlage, Dorf und Flur, aus einem einheitlichen Geist heraus Gestalt gewonnen hat. Die Gewohnheiten aus der alten Heimat und der Drang nach Gemeinschaft im fremden Lande mögen die zahlreichen Siedler aus dem deutschen Mutterland veranlaßt haben, die Gewanngliederung und die Mehrfelderwirtschaft beizubehalten. Die Behörden trugen diesen Wünschen Rechnung, verbanden damit aber auch ihre auf Planung und Ertragssteigerung gerichteten Absichten. In Anlehnung an Überkommenes schuf die Staatskolonisation so die „Gewannflur ohne Flurzwang“: Große Ackerfluren wurden ohne Rücksicht auf das Gelände in breite „Bänder“ zerlegt und diese abschnittsweise schmalstreifig untergegliedert. Die Reihenfolge des Besitzes in diesen parallel nebeneinanderliegenden „handtuchartigen“ Flächen richtete sich nicht mehr nach dem Los, sondern auf Befehl von Amts wegen einfach nach der Hausnummer. Um aber wie auch bei mittelalterlichen Gewannfluren alle Ungerechtigkeiten, die Entfernung und wechselnde Bodengüte mit sich bringen können, zu vermeiden, begann die Zählung abwechselnd am Dorf und an der Gemarkungsgrenze. Doch das alte genossenschaftliche Prinzip verlor wieder an Wirksamkeit, indem entlang den Rändern dieser Flurbänder kilometerlange schnurgerade Wirtschaftswege angelegt wurden, die jedem Hofbesitzer gestatten, ohne Rücksicht auf die Nachbarn seine verstreuten Flurstreifen zu bebauen und abzuernten. Ob diese Vereinigung von Überlieferung und moderner Planung in den Fluren der Batschka-Dörfer Regel wurde, ist noch zu klären; daß sie überhaupt Gestalt gewann, ist schon bezeichnend genug für die Art, mit der die Staatskolonisation neue Wege der Gestaltung suchte und eigene Lösungen fand. Gewanngliederung und Mehrfelderwirtschaft bestimmten nach Ausweis der



Karten und der überlieferten Flurnamen in stärkstem Maße die Flurwirtschaft in diesen Grenzlandsetdlungen der Ebene. Daß sie in dieser Form praktisch sein muß, beweist die Tatsache, daß sie noch heute in vielen Orten dieser Gegenden üblich ist. Das ältere Flurbild ist allerdings öfter gestört durch „Separationen“ (spätere Auseandersiedlung) von Deutschen und andersstämmigen Siedlern, die trotz höheren Befehls bezeichnenderweise nicht in einer Dorfgemeinschaft leben wollten, durch eine im Erbrecht begründete starke Besitzersplitterung und durch Zusammentau, der wohl am deutlichsten die beachtlichen Verschiebungen in der sozialen Gliederung dieser Dorfschaften kundgibt.

Aber nicht nur in den Formen der Gestaltung, sondern auch in den Methoden des Vorgehens lehnte sich die Staatskolonisation des 18. Jahrhunderts vielfach an Überkommenes an:

Die Einsiedlung ist der leichten Überkolonisierung slawischer Wohngebiete in der Zeit beginnender deutscher Landnahme im Osten zu vergleichen. Im Südosten, wo bei dieser Art des Vorgehens deutsche Familien stets in Gemeinschaft artfremder Menschen eingesetzt wurden, wird diese Gleichartigkeit beider Vorgänge besonders deutlich. Die Zusiedlung führte über diese Art des Vorgehens hinaus. Sie hat zwar das vorhandene Siedelbild nicht übermäßig stark beeinflussen können, brachte aber doch neue Gestaltungsmotive. Die im Südosten geübte „Transferierung“ (Umsiedlung) weist wieder auf einen mittelalterlichen Brauch, „die Umsezung zu deutschem Recht“, hin. Auch zur Zeit der Staatskolonisation verschwanden Ortschaften schon sesshaften Volkes, und ältere Fluren wurden gekoppelt und neu vermessen. Umherziehende Bevölkerung aber zwang man durch diese Verpflanzung zur Sesshaftigkeit und zur intensiveren Nutzung bisher nur zur Weide gebrauchten kostbaren Landes. Die Errichtung neuer Dörfer in schon kultiviertem Lande ist der „Kolonisation auf grünem Rasen“ in gewisser Hinsicht an die Seite zu stellen; doch ist der Vergleich nicht in jeder Weise möglich. Dagegen entspricht die besonders im Südosten geübte „Dorfgründung auf bloßer Heide“ in mancherlei Weise der „Kolonisation aus wilder Wurzel“, auch wenn die dabei entwickelten Siedelgebilde ein ganz verschiedenes Aussehen haben. Auch die Gewährung von Freijahren erinnert sehr an mittelalterlichen Brauch.

So haben diese Planungen der Staatsraison zwar einen eigenen Stil, der an moderne Ingenieursetdlungen schon zu mahnen beginnt. Aber in ihnen sind auch mancherlei Siedelgedanken noch lebendig, die im Mittelalter ihre eigene Form gefunden hatten. In dieser Mischung von mittelalterlichen Motiven und modernen Erfordernissen besteht die Eigenart der Setdlungen der Staatskolonisation, in denen viele Menschen deutschen Blutes, aber auch fremdstämmige Kolonisten durch den Willen bewußter Staatsführung eine neue Heimat fanden.

## Siedlungsgestaltung in der jüngsten Vergangenheit

Die Staatskolonisation war im Nordosten in erster Linie Binnenkolonisation gewesen. Im Südosten war zur punktweisen und kleinräumigen Neusiedlung innerhalb des Staatsgebietes in erheblichem Maße die „Peuplierung“ großer Flächen auch an der Grenze gekommen. Schon damals hatte man den Vorteil erkannt, ungeschützte Randgebiete durch planmäßige Besiedlung zu sichern. Aber erst Bismarck erhob diese politische Aufgabe klug wägender Staatskunst zu einer wirklich nationalen Angelegenheit: Die von ihm 1886 ins Leben gerufene Preussische Ansiedlungskommission sollte planmäßig deutsche Bauern und Arbeiter auf Gutland aus vorwiegend polnischer Hand im offenen und national schwer gefährdeten Grenzgebiet der Provinzen Posen und Westpreußen heimfest machen.

Diese nicht energisch und nicht immer folgerichtig durchgeführte Aufgabe nationaler Landesplanung im Grenzraum gab den damals entstandenen Dörfern und Fluren zu einem guten Teile ihr Gepräge. Auch dieses Vorgehen war Staatskolonisation. So sind sich die Siedlungen des 18. und des ausgehenden 19. Jahrhunderts im Grunde ähnlich, ohne sich doch völlig zu gleichen. Das Starr-Konstruktive, ein wesentliches Kennzeichen der vorangegangenen Siedlungsgestaltung, ist so gut wie allen von der Ansiedlungskommission geschaffenen und sehr vielen in der Vor- und Nachkriegszeit entstandenen Neubdörfern in hohem Maße eigen. Es tritt noch am wenigsten bei den nicht allzu zahlreich angelegten Streusiedlungen mit Kampflur in Erscheinung, prägt sich aber um so mehr bei den straßendorfähnlichen Gebilden aus, deren Hofstellen zwar in der Regel nicht ganz so eng wie bei den mittelalterlichen Plandörfern auf grünem Rasen gefügt, dafür aber mit geradezu mathematischer Genauigkeit nebeneinandergestellt sind (Ansiedlungszeilen). Nicht minder starr wirken die damals zahlreich entstandenen „Ansiedlungsreihen“. Ihre Höfe stehen einzeln oder paarweise in immer gleichen Abständen, oft in abgezirkeltem lückigen Wechselverhältnis zueinander an schnurgeraden Wegen. Diese konstruktiven Reihen- und Straßendörfer sind nicht selten zu einer Gesamtsiedlung verschmolzen. Damit sind diese Siedelgebiete trotz strengster geometrischer Formung komplizierter als die Neubdörfer der Staatskolonisation des 18. Jahrhunderts. Dieser Eindruck wird verstärkt durch Restgüter (nicht völlig zerschlagene, noch in geringerem Umfang als früher bewirtschaftete Großgüter) und Dorfkerne, die sich um die ganz oder teilweise aufgeteilten Großgüter herum gruppieren. An diesen Punkten größerer Häuserdichte laufen Straßen zusammen; so finden sich öfter an diesen Stellen auch die Bauten der Gemeinschaft (Kirche, Schule, Wirtshaus). Ähnlich kompliziert sind trotz außerordentlich linearer Gestaltung auch die Flurbilder, da oft zwei Flurformen

in einer Gemarkung ungetrennt zusammen vorkommen. Sehr häufig laufen von den starren Reihendörfern und von entsprechend weiträumigen durchgegliederten straßendorfähnlichen Kolonien aus wie zuweilen schon bei den entsprechenden friderizianischen Siedlungen hofanschließende Hufenstreifen ohne Rücksicht auf das Gelände mit geometrischer Strenge nach den Gemarkungsgrenzen zu, ohne sie immer zu erreichen („Hofparzellen“). Einzelne Flurteile, mitunter aber auch ganze Fluren sind in quadratische bis rechteckige Pläne, die ein wenig an die „Gewannabschnitte“ aus vergangener Zeit erinnern, sehr genau aufgegliedert. In der Regel sind diese Einzelstücke durch Wirtschaftswege einzeln irgendwie zu erreichen und somit ohne Flurzwang zu bewirtschaften. Doch kommen diese Pläne ebenso wenig allein mit straßendorfartigen Kolonien vor wie hofanschließende Streifen ausschließlich mit Ansiedlungsreihen. Die einfachen Wechselbeziehungen zwischen Orts- und Flurgestalt, die alle mittelalterlichen Siedlungsformen als organische Einheiten kennzeichnen, haben die Kraft eines selbstverständlich wirkenden Grundgesetzes der Siedlungsgestaltung verloren. Nach eigenem Gutdünken verschmolz und setzte man in einer Neusiedlung verschiedene Formelemente zusammen, wenn die Notwendigkeit es verlangte, wenn Nutzen daraus zu erhoffen war, oder wenn der Geschmack es billigte. So finden wir auch in diesen Ansiedlungsdörfern und ihren Fluren zwar mancherlei Anklänge an einzelne schon von der vorangegangenen Staatskolonisation umgeformte Gestaltungsmerkmale der mittelalterlichen Kolonisation, doch der Bann der Überlieferung ist jetzt ganz gebrochen; dem individuellen Gestaltungswillen steht Tür und Tor offen. Trotz der nun gegebenen Möglichkeit, Orts- und Flurformen ohne Rücksicht aufeinander abzuwandeln, zeigt sich aber eine erstaunliche Einseitigkeit in der Gestaltung, die hinter dem Reichtum mittelalterlicher Siedelformen weit zurücksteht. In den Zeiten der preussischen Ansiedlungskommission erstanden vorwiegend nur straßen- und reihendorfartige Kolonien, also Gebilde mit Längserstreckung, günstig für den Verkehr, für Menschen gestaltet, die einzeln nebeneinander wohnen sollten. Dagegen traten z. B. die Platzbildungen, Sinnbilder der gemeinschaftlich um einen Mittelpunkt herumwohnenden dörflichen Nachbarschaft, sehr in den Hintergrund. Auch in den Siedlungsbildern, die in der Vor- und Nachkriegszeit entstanden, spiegelt sich charakteristisch der Zeitgeist wider!

### Ausblick auf Gegenwart und Zukunft

„Jede Epoche baut sich ihre eigenen Denkmäler.“ Dieses Wort hat entscheidende Bedeutung auch für die gegenwärtige und künftige Gestaltung deutscher Dörfer und Fluren. Was in dieser Hinsicht für das gesamte Reichs-



gebiet gilt, ist für den deutschen Osten besonders wichtig; denn „das Bedürfnis nach ländlicher Siedlung ist innerhalb des Reiches am stärksten vertreten in den östlichen Provinzen Preußens, namentlich da, wo infolge der Nähe der Reichsgrenze eine größere Bevölkerungsdichte eine Lebensnotwendigkeit für das deutsche Volk ist; in den westlichen Provinzen tritt Neusiedlung zurück.“ Diese erläuternden Worte zum § 1 des Reichssiedlungsgesetzes von 1919 in der gültigen Fassung von 1935 (herausgegeben von Haack, Berlin 1935) sagen klar, daß in dem alten Bereich ostdeutscher Kolonisation eine neue Periode aktiver Siedlungstätigkeit aus nationalpolitischer Erkenntnis heraus und gelenkt von einer zielbewußten Staatsführung wieder angebrochen ist. Bei dem Bestreben, durch Siedlung den Wall aus deutschen Menschen im offenen Grenzland zu errichten, wird allerdings nicht mehr wie vor der nationalen Revolution in erster Linie auf die Menge, sondern vielmehr auf die Tüchtigkeit der Siedler und auf eine solide Lebensgrundlage für kinderreiche Familien Wert gelegt.

Wie soll nun die neue Heimat dieser Menschen aussehen? Aus der Fülle des Schrifttums, das sich mit dieser Frage beschäftigt, seien zwei richtungweisende amtliche Äußerungen herausgegriffen: Die „Richtlinien für die Neubildung deutschen Bauerntums vom 1. Juni 1935“ und das Buch des Siedlungsbeauftragten des Führers, Ludowici, „Das deutsche Siedlungswerk“ (Heidelberg 1935). Beide Schriften ergänzen sich auf das beste und geben so eine Menge grundsätzlicher Hinweise. Die Ziele für die Gestaltung neuer deutscher Dörfer und Fluren treten damit schon heute hinlänglich deutlich zutage.

Es sollen künftighin Dörfer, Gruppen, Weiler und Einzelhöfe entstehen. Doch soll sich die Wahl der Siedelform nach den Stammeseigentümlichkeiten der eingewohnten Bevölkerung, insbesondere auch nach den örtlichen Gegebenheiten richten (Richtlinien). Neudörfer sollen also mit dem bestehenden Siedelbild zusammenstimmen, nicht mehr in „moderner Sachlichkeit“ absichtlich aus dem gegebenen Rahmen fallen. „Die Aufgabe heißt nicht auffallen, sondern sich einfügen“ (Ludowici, S. 75). „Soweit möglich“, fordern die „Richtlinien“, „ist die Dorfsiedlung anzustreben, um damit bewußt den nachbarlichen Zusammenhang und die Schaffung einer nationalsozialistischen Volksgemeinschaft zu fördern.“ So wird auch die Platzbildung in neuen Dörfern wieder mehr zu ihrem Recht kommen. „Von vornherein ist zu erklären und festzulegen, ob der Platz als Verkehrsraum oder als Lebensraum für die Einwohner gelten soll. An geradlinigen Straßenzügen kann dort, wo der Boden für eine Platzbildung nicht zur Verfügung steht, eine Raumbildung auch dadurch erfolgen, daß Häusergruppen einheitlich oder gestaffelt hinter die Flucht zurückgenommen werden“ (Ludowici, S. 79). Auch in anderen auf-

schlußreichen Hinweisen findet die Betonung nachbarlichen Zusammenlebens im neuen deutschen Dorf seinen Niederschlag. So fordern u. a. die Richtlinien: „Anfallende Gutswaldungen sollen möglichst in ungeteiltem Zustande der Gesamtheit der Beteiligten übereignet werden.“ Auch wird dringend angeraten, bei der Vermessung neuer Fluren ungeteiltes „Vorbehaltsland“ der Siedlergemeinde für später sich nötig machende Dorf- und Flurerweiterungen aufzuheben. Zu diesen gemeinschaftsstärkenden Gestaltungsmomenten, die manches mittelalterliche Motiv (Dorfsplatz, Allmende!) in neuzeitlichem Gewande in sich bergen, treten selbstverständlich auch ganz moderne Forderungen, die z. B. durch den Luftschuß gegeben sind. So wünscht, um nur einen Hinweis zu geben, Ludowici, daß in neuen Siedlungen die Wohn- und Amtsgebäude möglichst von den Hauptstraßen abzurücken sind, weil die Adern des Verkehrs Luftangriffen stets in besonderem Maße ausgesetzt sind.

Aus allen diesen Andeutungen geht schon zur Genüge hervor, daß die neuen Siedlungen der Gegenwart und der Zukunft absichtlich anders aussehen werden als die Dorfgelände der Ansiedlungskommission und der Vor- und Nachkriegszeit, die über diese Art des Siedelns im Grunde nicht viel hinausgekommen ist. Denn „jede starre Gleichmäßigkeit ist zu vermeiden“ (Richtlinien). „Der einzelne darf mit seiner Familie nicht uniformiert werden. Denn schließlich ist das, was wir im Bolschewismus ablehnen, gerade die Uniformierung der Menschen“ (Ludowici, S. 75). So wird das unpersönliche, lieblose Serienhaus, dem die Mietskaserne der Stadt im tiefsten Wesen ähnlich ist, Wohnstätten Platz machen, die bei aller Rücksichtnahme auf den allgemeinen Charakter der Gesamtanlage doch für die persönliche Note Spielraum lassen. Die Höfe und Häuser werden nicht mehr nach einem Schema in ermüdender Gleichförmigkeit hingeseht sein. Auch „eine gesunde Mischung der Betriebsgrößen ist nötig“ (Richtlinien). So werden auch künftig Groß- und Kleinbauern beieinanderwohnen, und die schon während der Staatskolonisation des 18. Jahrhunderts in starkem Maße einsetzende gewerbliche Durchdringung ländlicher Siedelgebiete wird, stark gefördert, das ihre tun, um den erstrebten Ausgleich zwischen Stadt und Land mit herbeizuführen. Denn schließlich wird das Dorf seinen Charakter als reine Bauernsiedlung überhaupt aufgeben müssen. „Unter allen Umständen ist die berufliche Typisierung der Siedlung zu vermeiden. Haben wir keinen Klassenstaat mehr, dann darf es auch heute keine Klassensiedlungen mehr geben“ (Ludowici, S. 76). So werden in Zukunft auch ausgesprochene „Arbeiter“- oder „Beamten-siedlungen“ unmöglich sein. Erst wenn Stadt und Land zu einer grundsätzlich neuen Gemeinschaft nicht zuletzt durch Siedlung verschmolzen werden, wird die Volksgemeinschaft, heimfest geworden, im tiefsten Sinne erstanden sein.

## 2. Die Städte

### Stadtgestaltung durch mittelalterliche Ostkolonisation

Im deutschen Mutterland haben sich nach den Königspfalz- und Bischofsstädten frühmittelalterlicher Zeit vom 10. bis zum 13. Jahrhundert viele Städte allmählich aus Markorten heraus entwickelt. Häufig waren unter dem Schuß einer wehrhaften Anlage in unmittelbarer Nähe vielbegangener Verkehrswege Handel und Gewerbe aufgeblüht. Kaufleute und Handwerker hatten sich dauernd niedergelassen.

Auch im slawischen Wohnbereich gab es zu dieser Zeit Plätze, an denen Warenaustausch üblich war. Doch war es Sitte, daß die Handeltreibenden meist nur periodisch an solchen Stellen zusammenkamen. Der Bedarf erforderte kein dauerndes Verweilen. So behielten diese Handelspunkte denselben Charakter wie die ländlichen Siedlungen ihrer Umgegend. Zwar wurden solche offene Orte, oft neben der schützenden Burgwallanlage gelegen, allmählich größer und damit bedeutsamer. Doch bildete sich in diesen Punkten vorstädtischen Lebens kein selbständiges Bürgertum heraus. Auch erhoben sich diese größer gewachsenen Gemeinden nicht zu einer rechtlichen Sonderstellung, während die Marktorte auf deutsch-mutterländischem Boden zu Bürgergemeinden besonderer Prägung und eigenen Rechtes emporgewachsen. Schon durch ihre Ummauerung hoben sie sich im allgemeinen vom flachen Lande ab.

So schritt die Stadtentwicklung im deutschen Volksbereich vorwärts, während im slawischen Gebiet die Keime solchen Wachstums nicht zur völligen Entfaltung kamen. Erst als die deutsche Siedelbewegung im Mittelalter in den slawischen Wohngauen, Dörfern und Fluren umgestaltend wirkte, kam auch die Stadtbildung in diesen Gebieten zu einem beschleunigten Abschluß.

Diese verschiedenartige Entwicklung läßt einen wesentlichen Unterschied zwischen den meisten Städten im altdeutschen Westen und Süden und im kolonialen Osten offenbar werden. Doch zeigen diese Tatsachen auch, daß der gewachsenen Stadt im Mutterland nicht schlechtthin und ausschließlich die gegründete Stadt im Kolonialgebiet gegenübergestellt werden kann. Auch der mutterländische Boden trägt eine erhebliche Reihe von mittelalterlichen Gründungsstädten (Freiburg i. Br. 1120, München 1158). Im Bereich der mittelalterlichen deutschen Landnahme im Osten sind andererseits solche Gründungen ohne Anlehnung an Punkte vorstädtischen Lebens nicht die Regel. Auch im Kolonialgebiet sind Städte aus „vorstädtischen“ Siedelanlagen gewachsen (z. B. die Römerstädte in Österreich und landschaftliche Mittelpunkte in slawischen Landen, z. B. Prag-Altstadt, Gnesen). Nicht selten gingen bei



dem Gründungsvorgang ältere Siedlungen in dem neuen Stadtgebilde auf (Köslin um 1266); sehr häufig entstand die neue deutsche Bürgerstadt neben den Altsiedlungen, die erst im Laufe der Entwicklung mit dem Mittelpunkt städtischen Lebens zu einer politischen Einheit verwachsen (Magdeburg und Halle um 1160 usw.).

In den Gebieten der ostdeutschen Kolonisation hat meist ein „Prozeß beschleunigter Stadtbildung“ in Anlehnung an vorhandene Punkte vorstädtischen Lebens die Gestaltung der städtischen Siedelanlagen entscheidend beeinflusst. Nicht überall ist er gleichartig abgelaufen. Deutsche und fremde Grundherren leiteten ihn zu eigenem Vorteil bewußt in die Wege und brachten ihn selbst oder mit Hilfe eines Locators oder ganzer Unternehmergruppen zum Abschluß. Diese vormaltende Absicht gab zusammen mit dem Tempo des Entwicklungsganges den Kolonialstädten von vornherein den Grundzug vorherbestimmter Planmäßigkeit. Sie zeigt sich schon in der überwiegend glücklichen Wahl des Platzes. Wo Großkaufleute als Träger des kolonijatorischen Gedankens auftraten, entstanden Fernhandelsstädte, die nicht zuletzt dank ihrer ausgezeichneten Lage sehr bald zu bedeutsamen kaufmännischen und kulturellen Stützpunkten im Ostland sich aufschwingen konnten (Lübeck 1157). Schon die Anlage solcher Städte weist planvoll auf den Handel hin: Von Anfang an stehen um den Marktplatz, den geräumigen Mittelpunkt der Siedlung, die Häuser der Kaufherrenschafft (Gilde). Ihr gehörten anfangs auch alle Marktbuden und Lagerhäuser, die diesen Fernhandelsplätzen ein besonderes Gepräge verliehen. Zahlreicher sind allerdings die Städte im deutschen Osten, die in ärmlieh besiedeltem Gebiet oder sogar in völlig unbewohnter Gegend durch Locatoren (Beauftragte der Grundherren) als Ackerbürgerstädte angelegt wurden. Ihre Bewohner konnten nicht nur Handel treiben, sondern mußten in erster Linie auf die Selbsterzeugung der wichtigsten Nahrungsmittel bedacht sein. Aber auch die Siedelplätze für diese vielen, oft nicht sehr bekannten kleinen Städte waren meist so ausgezeichnet gewählt, daß sie, ohne sich zu stören, zu kulturellen und wirtschaftlichen Mittelpunkten ländlicher Kleinlandschaften sich haben entwickeln können.

Dieses zielstrebige Vorgehen der „Unternehmerkonsortien“ und Locatoren zeigt sich aber nicht nur in der Auswahl der Geländepunkte. Von Anfang an wohnt in diesen Städten auf kolonialem Boden bürgerliches Leben und Treiben unter besonderer Gerichtsbarkeit nach den feststehenden Grundsätzen deutschen Rechtes. Der bildhafte Niederschlag aber dieses bewußten Handelns ist die Siedelform. Dieser Einklang von Lage, Struktur und Gestalt gab den Städten im Gebiet der mittelalterlichen ostdeutschen Kolonisation von Anfang an ein eigenes Gepräge. Sie sind damit abgehoben von vielen Siedelgebilden des Mutterlandes, die erst allmählich zur Stadt geworden sind.

Wie auch die Stadt auf kolonialem Boden im einzelnen gestaltet sein mag, ihr wesentliches Merkmal ist der Marktplatz („Ring“, polnisch rynek). Er ist in seiner Planmäßigkeit und Großräumigkeit das eindrucksvolle Sinnbild für eine fest gefügte und mit besonderen Vorrechten (Marktgerechtigkeit) von vornherein ausgestattete städtische Gemeinschaft. Hier stehen die öffentlichen Gebäude; die schönsten Häuser mit schmaler Fassade, aber um so größerer Tiefe umgeben ihn in feiner Abgewogenheit. Oft entspricht oder gleicht sich die Zahl der Grundstücke an seinen einzelnen Seiten (Neubrandenburg 1248, Posen 1253) und läßt damit das planvolle Vorgehen der Städtebauer bis in alle Einzelheiten erkennen. Nur die Kirche steht in der Regel abseits auf einem eigens ausgesparten Platze, damit der Lärm des Marktes die Andacht des Gebetes nicht störe. Denn der Markt ist in der Tat der Brennpunkt städtischen Lebens schlechthin und deshalb das bewußt geformte Zentrum der gesamten Stadtanlage. Von seiner Gestalt und Lage ist sie abhängig, denn nach ihm richtet sich die Straßenführung und damit die Form und der Umriß der ganzen Stadt.

Nach diesen Gesichtspunkten lassen sich einige Arten mittelalterlicher Stadtgestaltung auf kolonialem Boden unterscheiden:

#### a) Die Straßenmarkt-Anlage

Schon im deutschen Mutterland hatte sich in langsamer Entwicklung der „Straßenmarkt“ herausgebildet. Auf der offenen, breiten Durchgangsstraße spielte sich das Handelsleben ab. Als im 12. Jahrhundert im Westen und Süden des deutschen Volksgebietes die Grundherren selbst die Umgestaltung und die Neuanlage von Städten nach vorgefaßtem Plane zu betreiben begannen, entstanden verschiedentlich städtische Siedelgebilde, durch die dem vorhandenen Bedürfnis und dem gewohnten Brauch entsprechend eine sehr breite „Marktstraße“ planvoll durchgelegt war. Zwei lange regelrechte Marktzeilen machten so häufig im-großen und ganzen die gesamte Stadtanlage aus (umbauter Markt). Dieser einfache, klare Verlauf der Häuserfronten war nur dann gestört, wenn die Gabelung mehrerer wichtiger Verkehrswege die Anlage eines Straßenmarktes verursacht hatte.

Bald wurde der Vorteil offenbar, den Marktbetrieb nicht auf der Straße, aber doch in ihrer unmittelbaren Nähe, unbehelligt vom Durchgangsverkehr, abzuwickeln. So bildete sich bei der Neuanlage städtischer Siedelgebilde neben der alten Form bald die Gewohnheit heraus, den Markt so zu gestalten, daß er in seiner ganzen Länge auf der einen Seite von der Durchgangsstraße, auf den anderen drei Seiten von den Häuserfronten der Marktzeilen begrenzt wurde. Auch diese Abart der Straßenmarktanlage, die keimhaft schon eine

neue Möglichkeit städtischer Siedelgestaltung in sich barg, war in der Regel anfangs nur umbauter Markt.

Diese Grundsätze der Formung gaben, wahrscheinlich verknüpft mit Überlieferungen aus der Römerzeit, im bayrisch-österreichischen Volksgebiet dem Aussehen der Städte fast ausschließlich das Gepräge. Sie wurden von da aus bis nach Südwestböhmen hinein wirksam (Zaus um 1260, Plan vor 1343). Auch das Stadtbild im Übergangsraum vom Mutterland nach dem kolonialen Osten ist mitunter von ihnen beeinflusst. Zuweilen finden sie sich sogar bei Städten auf ostdeutschem Kolonialboden. Lübischer Einfluß kann sie zusammen mit der Verbreitung lübisches Rechtes ins fernere Ostland gebracht haben (Elbing ?, 1237; Stockholm um 1250). Lübeck selbst ist als Fernhandelsplatz bis zu einem gewissen Grade als Straßenmarkt gestaltet. Es bringt damit nicht ganz deutlich eine Wesensart zum Ausdruck, die verschiedenen anderen Städten Heinrichs des Löwen (z. B. auch München 1158, Braunschweig, Hagen um 1175), aber auch den meisten Stadtgründungen der mit ihm verwandten Zähringer (z. B. Freiburg i. Br. 1120, Billingen um 1120, Freiburg [Schweiz] um 1150, Bern 1191) eigen ist. Heinrich der Löwe mag durch diese verwandtschaftlichen Beziehungen angeregt worden sein, verschiedene seiner Städte nach bereits erprobtem Vorgehen anlegen und gestalten zu lassen. Sind doch auch in Lübeck wie in Freiburg i. Br. und Freiburg (Schweiz) Kaufleute nachzuweisen oder wahrscheinlich zu machen, die bei der Gründung dieser Städte als Unternehmerkonsortium maßgeblich beteiligt waren und schon im 13. Jahrhundert als Mitglieder des Rates die Führung dieser Städte in der Hand hatten.

Eine genaue vergleichende Betrachtung von Stadtanlagen und Stadtverfassung kann über diese Andeutungen hinaus sicherlich dazu beitragen, aufschlußreiche Verbindungen zwischen Mutterland und Kolonialgebiet aufzudecken. In der Literatur ist bisher nur selten auf diese Zusammenhänge hingewiesen worden.

#### b) Die Ringplananlage

Unter dieser Bezeichnung sollen alle die nicht zusammengesetzten mittelalterlichen Stadtanlagen auf kolonialem Boden zusammengefaßt sein, deren Straßennetz mit einem zentralen Markt in Verbindung steht. Diese Städte waren seit alters mehr als nur umbauter Markt.

Ihre einfachste Form ist anscheinend mit der Straßenmarktanlage verwandt: Zwei durch die ganze Stadt führende Parallelstraßen, die durch Querverbindungen leicht zu erreichen sind, berühren den Markt an zwei Seiten, entlasten ihn aber auch. Mitunter kann man sich des Eindruckes kaum erwehren, als sei die breite, regelmäßige Marktstraße von den Stadtausgängen nach der



Mitte zu bis auf das ausgesparte Reststück des Marktplazes mit Baublöcken zugesetzt worden.

Diese planmäßige Stadtstadelform ist ebenfalls im bayrisch-österreichischen und südböhmischen Gebiet häufig (Braunau [Böhmen] um 1250). Ihre Verbreitung spricht für die Entwicklung dieser Gestaltungsart aus der Straßenmarktanlage. Sie findet sich mitunter aber auch in Ostdeutschland (Landsberg a. d. Warthe 1257). Entsprechende längsgerichtete Formen mit ausgesprochen langgezogenem Marktplatz, aber gering entwickeltem Straßennetz sind im mutterlandnahen kolonialen Übergangsgebiet zuweilen zu beobachten (Kochlitz [Sachsen] um 1200 Stadt). Ihnen sind Stadtgebilde an die Seite zu stellen, die vereinzelt im Gebiet der mittelalterlichen deutschen Landnahme anscheinend in Analogie zu den großen planmäßigen Straßenangerdörfern auf grünem Rasen geformt sind (Prißerbe, Kr. Westhavelland, nach 1250). Ihr Innenoval ist bis auf den ausgesparten Marktplatz von Baublöcken eingenommen.

Allen diesen Formen ist eine bescheidene Plananlage von Straßen eigen, die zu dem Markt in Beziehung stehen. Reicher durchgegliedert sind die städtischen Siedelgebilde von länglichem bis rechteckigem Umriß, die zumeist von geistlichen Grundherrschaften angelegt worden sind. Diese Beobachtung findet ihre Bestätigung nicht nur im Mutterland, sondern auch im bayrisch-österreichischen Kolonisationsgebiet und vor allem in Ostpreußen, wo der Deutsche Ritterorden diese Siedlungsweise oft angewendet und dabei meisterhaft entwickelt hat. Schon zeitig war er bestrebt, seinen Städten mit zentralem Markt und entsprechend planvoller Straßenführung auch eine geometrisch klare Umgrenzung nach der Rechteckform hin zu geben; doch erst die späteren Gründungen zeigen die volle Verwirklichung dieses Bemühens (Entwicklungsreihe: Thorn 1231, Elbing 1237, Friedland 1312, Allenburg 1400). Neben diesen „Rechteckstädten“ entstanden gerade in diesem Teile des deutschen Ostens häufig große koloniale Platzdörfer, die einer vereinfachten Form dieser Städte gleichen (Deutschendorf, Kr. Preuß.-Holland, zwischen 1304 und 1312). In diesem Gleichklang dörflicher und städtischer Siedelgestaltung zeigt sich aufs beste das planmäßige Vorgehen einer starken Landesgewalt, die bewußt durch Siedlung ihre Macht verankerte und sich dabei ihre eigene Siedelform prägte. Viele dieser Dörfer sind heute durch den Vereinödungsvorgang umgestaltet; die Städte dagegen haben ihre charakteristische Form meist zu wahren gewußt.

Immer stehen in ihnen Marktplatzgestaltung und Straßenführung in Wechselbeziehung. Ihr Stadtinnenraum ist durch Parallelstraßen dabei in einander ähnliche Baublöcke aufgeteilt. Nach diesem Grundsatz sind fast alle mittelalterlichen Städte auf kolonialdeutschem Boden geformt, soweit sie nicht

vereinzelt aus vorstädtischen Siedlungen allmählich gewachsen oder nicht nur umbaute Märkte sind. Die verschiedensten Abwandlungen im einzelnen sind dabei möglich: Die Straßen sind nicht immer parallel geführt (Leipzig vor 1170), oder die Baublöcke sind nicht einheitlich. Auch ist der Marktplatz bei solchen Unregelmäßigkeiten mitunter nicht der Mittelpunkt der Gesamtanlage. Alle diese Unplanmäßigkeiten deuten darauf hin, daß Hindernisse der klaren Ausprägung dieses Gestaltungsprinzips im Wege gewesen sind. Im mutterlandnahen Übergangsgebiet nahe der Saale und Elbe erstanden die frühen Stadtanlagen durchgängig auf vorbesiedeltem Boden an schon zuvor besetzten günstigen Geländepunkten. Die älteren vorstädtischen Siedlungen gingen, wenn sie nicht als vorstädtische Gemeinden gesondert fortbestanden, häufig in den neuen Bürgerstädten auf. Sie erschwerten damit eine klare Durchbildung der Ringplananlage. Auch der böhmische Raum ist reich an solchen Übergangsformen städtischer Siedlungsgestaltung. Erst mit fortschreitender Entwicklung kam die Ausbildung der kolonialen Ringplananlagen zu größerer Klarheit. Immer folgerichtiger wurde dieses Gestaltungsprinzip von starken Grundherrschaften oder von den Siedlungsunternehmern selbst durchgeführt. In den „Schachbrettanlagen“ deutscher Städte im Ostland hat es seine letzte Erfüllung gefunden. Sie sind in wirklicher baulicher Feinheit nicht allzu häufig. In ihnen sind die Baublöcke genau abgemessen und entsprechen sich völlig; die Hauptstraßen, immer wieder rechtwinklig von Seitenstraßen geschnitten, führen in feiner Abgewogenheit nach dem ausgesparten quadratischen Zentralmarkt (Neubrandenburg 1248). Oft ist das gesamte Straßennetz und damit die Stadtanlage überhaupt nach den Himmelsrichtungen angelegt, um die Kirche zu „often“ (Altar und Apfss nach Osten!) (Frankfurt a. d. O. 1253). Diese Schachbrettanlagen offenbaren ein erstaunlich genaues Vorgehen bei der Planung und dem Ausbau neuer Städte ohne Rücksicht auf Vorhandenes oder Gewesenes (Köslin um 1266). Sie verkörpern damit am besten schließlich daselbe Vorgehen, das den großen dörflichen Plangestaltungen in Altsiedelgebieten und auf grünem Rasen anfangs zugrunde lag: Bewußt und selbstsicher gestaltete sich eine Gemeinschaft deutscher „Nachbarn“ im fremden Lande die neue Wohnstatt. In besiedelten Gebieten wurde auch bei der Anlage von Städten dabei die „Umsetzung zu deutschem Recht“ gebraucht (1237 Stettin, vor 1266 Köslin). Sie ist in gewisser Hinsicht dem Vorgange bei ländlicher Besiedlung zu vergleichen, gab schon vorhandenen deutschen Kolonien im Slawenlande Festigkeit und Beständigkeit, ließ aber, wie aus den Stadtplänen zu lesen ist, auch Hindernisse verschwinden, die die Entfaltung einer plangerechten, klaren Siedelform sonst gehemmt hätten. Doch ist in keinem Falle bei solcher Entwicklung eine Vertreibung eingeseffener Bevölkerung bezeugt. Am klarsten sind diese Schachbrettanlagen allerdings da gestaltet, wo

vereinzelt Städte auf Neusiedelland erstanden sind (Neubrandenburg 1248, Gegenbeispiel: Bromberg um 1240). Der Umriss vieler plangerechter ostdeutscher Stadtsiedlungen glich sich der quadratischen oder rechteckigen Baublockgestaltung an (Neuruppin/Brandenburg um 1250) oder ließ sich aus Gründen der Verteidigung mühelos auch zum Kreise formen (Neubrandenburg 1248 — oft bei landesherrlichen Stadtanlagen gebräuchlich). Aber auch um zu dieser einfachen Umrissgestaltung zu kommen, war eine längere Entwicklung nötig.

### c) Zusammengesetzte Stadtanlagen

Mancherlei Städte auf kolonialem Boden sind in Anlehnung an vorstädtische Siedelgebilde oder in engster Wechselbeziehung mit der bäuerlichen Besiedlung des Umlandes entstanden, oder sie haben sich als Doppelanlagen entwickelt. Deshalb zeigen viele koloniale Stadtanlagen zusammengesetzte Formen und sind somit schwieriger zu beschreiben, als die klare Ringplangestaltung, die ihnen zumeist zugrunde liegt, an sich vermuten läßt.

Folgende Arten von Komplexformen lassen sich im Bereiche der mittelalterlichen ostdeutschen Kolonisation feststellen:

1. Stadt und Vorstadt: Bei der Betrachtung der ländlichen Siedlungsformen war zu beobachten gewesen, daß der Zeit freischen, klaren Planens und Bauens eine Periode des Tastens und Suchens nach der neuen zweckvollen Form vorangegangen war. Überkommenes fand dabei nach Möglichkeit Schonung; mit Mühe, aber meist ohne rechten Erfolg, versuchte man, es der neuen Art anzugleichen. Einen ganz ähnlichen Werdegang hat die Gestaltung städtischer Siedelgebilde bis zur Schachbrettanlage durchlaufen müssen. Die Ringplananlage kam in mutterlandnahen Gebieten schon vor 1200 auf. Doch wie mühevoll und schwierig ist es oft gewesen, diese neue deutsche Bürgerstadt ohne Gefährdung älterer Siedelanlagen zwischen die vorhandenen Burg- und „Alt“-Gemeinden (suburbium!) und andere Punkte vorstädtischen Lebens einzupassen (Burzen a. d. Mulde vor 1200). Sie waren von der neuen Bürgerstadt tatsächlich und rechtlich geschieden, entbehrten des Schutzes durch Mauern und Tore, den die Bürger genossen, und hatten nicht teil an den städtischen Freiheiten, die mit der Marktgerechtigkeit zusammen die Bürgergemeinde als Stadt des deutschen Rechtes heraus hoben. So lebten die „kleinen Leute“ dieser Vorstädte lange Zeit in eigenen Gemeinschaften, gesondert von den Ackerbürgern, Kaufleuten und Handwerkern, bis auch sie von der erweiterten Stadtmauer schützend umschlossen wurden. In den ehemaligen Vorstädten, die häufig am Wasser oder am Fuße einer Burganlage sich streckten und deshalb nicht selten auch Burgleuten seit alter Zeit eine Heim-



statt gaben, erhielten sich lange Zeit einzelne alte Sondergewerbe, die in der Bürgerstadt nicht mit Vorliebe getrieben wurden (Töpferei, Fischerei). Häufig ging slawische Bevölkerung in diesen „Kieken“, „Wieken“, „Altstädten“ usw. ungestört der gewohnten Beschäftigung nach, auch als längst deutsche Bürger schon im Kolonialland sich ihre Städte gebaut hatten (Brandenburg nach 1150, Lebus nach 1200, Spandau 1232 usw.). Diese rechtliche und dazu oft die völkische Verschiedenheit der Bürgerstädte und Altgemeinden fand in der Siedlungsgestaltung einen deutlichen Niederschlag. Für viele Städte auf kolonialem Boden ist das Nebeneinander der deutschen bürgerlichen Stadtanlagen mit Zentralmarkt, Baublöcken und deutlicher Mauer- oder Grabenführung und der kleinen, unregelmäßigen, oft kümmerlichen Gassen der alten Kiecke vor Burgstätten aus slawischer Zeit, der ähnlich gearteten „Wieken“ und anderer Altstädte (suburbia) usw. charakteristisch. Selbst die moderne Entwicklung hat oft diese alten Unterschiede noch nicht zu verwischen vermocht, obwohl diese verschiedenen Bestandteile der Städte schon länger zu politischen Einheiten verschmolzen sind.

2. Stadt und Dorf: Die zusammengesetzten Stadtformen unterscheiden sich von den Siedelgebilden, die mit Bauerndörfern aufs engste verwachsen erscheinen (Mittweida i. Sa. um 1200). Dieses Beieinander von Stadt- und Landsiedlung deutet häufig darauf hin, daß der bürgerliche Wohnplatz in Anlehnung an die bäuerliche Besiedlung entstanden ist. Schon die Ortsnamen („Alt“-Orte als nächste Dörfer gleichbenannter Städte) weisen auf eine solche Entwicklung. Es ist aber nur von Fall zu Fall zu entscheiden, ob die neue Bürgerstadt in einen Teil des Bauerndorfes eingebaut worden ist, so daß die bäuerliche Siedlung teilweise in ihr aufging, und ob die Stadtbevölkerung vornehmlich aus bäuerlichen Zuzüglern der nächsten Umgebung bei der Gründung der Stadt sich zusammensetzte. Die Siedelformen geben über diese Fragen keinen Aufschluß. Die städtische Ringplananlage, mitunter zum Schachbrettschema durchgebildet, hebt sich in jedem Falle von der Eigenart dörflicher Siedelgebilde ab. Nicht selten ist allerdings zu beobachten, daß zum planvollen Stadtgrundriß auch die planvolle koloniale Dorfanlage sich gesellt (Schlesien!). Es ist dies unzweifelhaft ein Zeichen für das enge zeitliche Nebeneinander von Stadt- und Landsiedlung in einigen Kolonisationsgebieten besonders aus wilder Wurzel. In einzelnen Fällen kann aber auch eine nachträgliche Wirkung von der Stadt auf das unmittelbar angrenzende dörfliche Siedelgebilde eingewirkt haben. Nur eine genaue Betrachtung der Sturverhältnisse kann hier die letzte Entscheidung bringen.

3. Stadt und Stadt: Günstig gelegene Kolonialstädte, die besonders auch als Fernhandelsplätze von wachsender Bedeutung wurden, wuchsen mitunter

überraschend schnell und kräftig empor. Mittelalterliche Städte sind aber ebenso wie die großen plansvollen Dörfer der ostdeutschen Kolonisation auf grünem Rasen Siedelgebilde, die auf einen Wurf hin gestaltet sind und sich deshalb nicht ohne weiteres und beliebig erweitern ließen. Daher entstand in unmittelbarer Nähe einer prächtig gedeihenden Bürgerfiedlung nicht selten eine „Neustadt“. Sie war stets eine selbständige Anlage mit eigenem Rat, eigener Marktgerechtigkeit, eigener Kirche und Befestigung. Diese Eigenständigkeit zeigt sich noch uns heute im Siedelbild: Die „alte“ und die „neue“ Stadt sind in der Regel zwar beide nach der auf kolonialem Boden häufigen Ringplananlage geschaffen. Sie ist mitunter in beiden Siedelgebilden zu schachbrettartiger Klarheit durchgebildet. Doch zeigt die zweifache Anlage der Märkte, die verschiedenartige Richtung der Straßen und damit der Baublöcke, die unterschiedliche Gestaltung des Umrisses und nicht zuletzt die scharfe gegenseitige Abgrenzung durch Mauern und Gräben, daß wir es mit selbständigen Nachbarstädten zu tun haben (Thorn 1231 und 1264). Auch als diese Bürgerfiedlungen nebeneinander aus ihrem rechtlichen Sonderdasein gelöst und zu einer Stadt vereinigt worden waren, als nur noch eine Mauer sie beide schützend umgab, wich von ihnen nicht der Charakter der Zwiespältigkeit. So lassen sich, um nur ein Beispiel zu nennen, aus dem heutigen Stadtplan von Rostock die drei Bürgerstädte vor 1262 an der Marktgestaltung und Straßenführung noch erkennen. Freilich boten nicht alle Städte in ihrer Lage die Voraussetzungen zu Neustadtbildungen. So kamen bei diesen Anlagen zuweilen Fehlschläge vor. Manche Neustädte sind groß geplant, aber nur zum Teil bebaut worden (Meyenburg und Friedland in Brandenburg). Angesichts einer solchen Fehlentwicklung wird die Weisung des Fürsten Nikolaus von 1248 verständlich, man solle erst einmal die Altstadt von Güstrow (Mecklenburg) völlig bebauen, die Häuser der Neustadt aber gänzlich niederreißen. Die Gründung von Neustädten war nur bei kraftvollem Emporblühen schon bestehender Bürgerfiedlungen, nicht aus Spekulation sinnvoll. Sie ist der erste Versuch, auf kolonialem Boden bevölkerungspolitische Schwierigkeiten mit den vorhandenen Möglichkeiten der Siedlungsgestaltung zu meistern. In neuerer Zeit hat man ihnen durch Stadterweiterung (Vorstädte, Stadtrandfiedlungen) abgeholfen; die Zukunft verlangt eine neue Lösung dieses Problems.

Die Beschreibung der typischen Stadtformen kann nicht Selbstzweck sein. Sie ist Voraussetzung für die Betrachtung städtischer Siedelgebilde im Raume der mittelalterlichen Kolonisation. Nach dem Stande der gegenwärtigen Forschung ist eine solche Übersicht allerdings nur erst in großen Zügen möglich; doch kann auch sie schon wertvolle siedlungskundliche Aufschlüsse geben.

Die Straßenmarktanlage beherrscht vom bayrischen Mutterland her das südöstliche Kolonisationsgebiet. Im Osten und Nordosten dagegen sind bis tief in das slawische Volksgebiet hinein von der Elbe — Saale-Linie her vorwiegend die Ringplananlagen mit allen beschriebenen Spielarten bis zur durchgebildeten Schachbrettanlage und allen gekennzeichneten Komplexformen heimisch geworden. Durch Böhmen und anscheinend auch durch Mähren zieht sich die Scheidelinie beider Einflußgebiete. Gerade in diesem Grenzraum kann die Gestaltung der Städte besonders gut auf die Richtungen hinweisen, von denen her siedlungsgeschichtliche Kräfte wirksam wurden. Von der Elbe — Saale-Linie ostwärts ist die Abwandlung von bescheidenen Ringplananlagen zum durchgebildeten Schachbrett-Typus wohl in großen Zügen wahrzunehmen, aber wenigstens bis jetzt nicht in einer Abwandlungsreihe in stufenmäßiger räumlicher Gliederung aufzuzeigen. Es darf nicht wundernehmen, daß diese typologische Abfolge, der zweifellos auch eine zeitliche Entwicklung mit zugrunde liegt, nicht augenfällig sich mit dem räumlichen Verbreitungsbild deckt. Die Kolonisationsbewegung drang ja nicht gleichmäßig in einer breiten Front, sondern stoßweise auf verschiedenen großen Bahnen und mit wechselnder Kraft an den einzelnen Stellen in den Ostraum vor. Die Städteentwicklung lief anfangs diesem Vorwärtskommen der ländlichen Besiedlung parallel (in Brandenburg, besonders in Schlessen), folgte ihr mitunter auf dem Fuße (häufig in Sachsen) oder ging ihr um ein Weniges voraus (zumeist in Ostpreußen), löste sich schließlich aber ganz von ihr. Die ostdeutschen Ringplananlagen wurden im ferneren Osten zu „Städten deutschen Rechtes“ schlechthin. Ihnen war so ein beispielloser Siegeslauf weit in slawisches Volksgebiet hinein beschieden. Eine ganz ähnliche Entwicklung ließ sich schon bei den dörflichen Planformen auf grünem Rasen und aus wilder Wurzel feststellen, die als „Dörfer deutschen Rechtes“ ebenfalls bis weit nach Polen hinein sich verbreitet haben.

Leider erlaubt der Stand der Forschung noch nicht in wünschenswerter Weise über die Stadtfluren einen genaueren Überblick, der das Bild der Verbreitung mittelalterlicher Stadttypen im Bereiche der ostdeutschen Kolonisation erläutern und ergänzen könnte. Ist doch auch bei der Stadt erst die Ortsanlage und die Flur zusammen als Siedlungseinheit anzusehen. Die wenigen Beispiele bisher genauer untersuchter ostdeutscher Stadtfluren machen diese Tatsache immer wieder deutlich. Noch am ehesten ist diese Betrachtungsweise für die Fernhandelsplätze zu entbehren, weil in diesen Mittelpunkten kaufmännischen Lebens im Oslande von vornherein der kaum mit dem Boden verhaftete Handel durchaus im Vordergrund gestanden hat. Um so nötiger ist es aber, bei den um vieles zahlreicheren Ackerbürgerstädten im Bereiche der ostdeutschen Kolonisation den Wohnplatz und die Flur als Wirtschafts- und



Lebenseinheit zu begreifen. Den meisten Städten im Ostgebiet wurden bei der Gründung oder Rechtsverleihung beachtliche Nutzflächen übereignet (Prenzlau 1234: 300 Hufen, Posen 1253: 17 Dörfer usw.), die die Ernährung der Menschen hinter den Mauern sichern helfen sollten. Mitunter wurden schon bei der Stadtbildung Bauern eingesiedelt und ihre Felder und Wiesen zu den Stadtfluren geschlagen; oft wurden sie im späten Mittelalter durch bäuerlichen Zuzug (Wüstungsvorgänge!) und bis auf unsere Tage durch Eingemeindungen erweitert. Diese Vorkommnisse haben den Stadtfluren zumeist ein uneinheitliches Aussehen gegeben, das nicht immer gestattet, die städtische „Altflur“ ohne genauere Untersuchung zu erkennen. Die durch Wüstwerden von Dörfern hinzugekommenen Flurteile wurden nicht immer der Einteilung unterworfen, die der Stadtflur das Gepräge gab. Häufig waren bis zur Separation die Stadtfluren in ihrer Gliederung den bäuerlichen Nachbarfluren ähnlich, mit denen sie auch oft auffällig verzahnt waren (Tauscha bei Leipzig). In den Gebieten, in denen in frischem Planen und Bauen dörfliche und städtische Siedlungen neu nebeneinander erstanden, war diese Ähnlichkeit am größten (z. B. in Brandenburg und Schlessen). In jedem Falle waren die Stadtfluren irgendwie streifig gegliedert. Dadurch wird offenbar, daß sie seit alters nach der deutschen Art mit dem eisernen Räderpflug bearbeitet wurden. Im Bereich der deutsch besiedelten walbigen Mittelgebirge wurden auch Stadtfluren mitunter waldhufenmäßig aufgeteilt (z. B. in Freiberg in Sachsen nach 1180, Sebnitz). Häufiger war der Einzelbesitz gewannähnlich in Streulage vergeben, häufte sich aber trotzdem nicht selten in bestimmten Flurteilen. Diese Besitzgliederung macht das Vorhandensein älterer Sondergemeinden deutlich, die bei der Entstehung oder Erweiterung vieler Städte auch auf ostdeutschem Boden eine wichtige Rolle gespielt haben und deshalb für die Gestaltung städtischer Siedelgebilde von Bedeutung gewesen sind. Es kann so nicht wundernehmen, daß anscheinend nur wenige Stadtfluren vor der Separation einfachen bäuerlichen Gewannfluren glichen, obwohl sie meist nach diesen Einteilungsprinzipien im Grunde angelegt waren. Oft ließen auch sie sich nur nach genossenschaftlicher Übereinkunft nutzen (Flurzwang), weil der zerstreute Einzelbesitz nur über die Flurstücke der Nachbarn hin sich erreichen ließ. Selbst das Gemeindeländ fehlte in den Stadtfluren auf ostdeutschem Boden keinesfalls. Es bestand nicht nur in Nutzungswegen und kleinen Reststücken unverteilter Wiese, sondern nicht selten in größeren Anteilen an fließenden Gewässern und an Seen, vor allem aber an ungeteilten Weide- und Waldflächen (Allmende) (Landsberg a. d. Warthe 1257: 104 Hufen zum Ackerbau, 50 Hufen zur Weide). So fühlten sich auch die Ackerbürger der deutschen Städte im Kolonialland wie die Bauern in den Dörfern als „Nachbarschaft“. Der Bodenbesitz band sie zu Gemeinschaften.

Die mittelalterlichen Ackerbürgerstädte des Ostens sind dörflichem Leben überhaupt viel mehr verhaftet gewesen, als wir es heute in der Regel begreifen können. Sie vermittelten ihrem Umland deutsche Kultur und deutsche Art, nicht selten auch das deutsche Recht, das in den Dörfern nach ihnen benannt wurde (Schlesien!). Im Laufe der Jahrhunderte hat sich gerade im Gebiete der mittelalterlichen ostdeutschen Kolonisation so ein stilles, aber inniges Wechselverhältnis von gegenseitigem Geben und Nehmen zwischen Dorf und Stadt herausgebildet, eine Verbundenheit, die durch die Grenzziehung im Osten seit Versailles besonders deutlich geworden ist. Innerhalb kleiner Landschaftsgebiete sind in feiner Ausgeglichenheit fast alle Städte der mittelalterlichen Kolonisation mit ihrem bäuerlichen Umland zu Lebenseinheiten zusammengewachsen. Diese Tatsache zeugt von dem planvollen Vorgehen der Grundherren und Locatoren und von ihrem großen Verständnis für die städtischen und dörflichen Lebensnotwendigkeiten.

### Stadtgestaltung im späten Mittelalter

Zwischen Mittelalter und Neuzeit klang die große Kolonisationsbewegung im breiten Ostraum allmählich aus. Fernab vom Bereich geschlossener deutscher Siedlung erstanden auf fremdem Volksboden zwar noch im 16. Jahrhundert Städte deutschen Rechtes. Sie lehnten sich mit fortschreitender Entwicklung immer weniger dem Sinne nach, mehr noch in einzelnen Auserlichkeiten an das deutsche Vorbild mittelalterlicher deutscher Stadtgestaltung an. Der Schachbrett-Typus begann zu verwildern. Dieser Vorgang findet aber auch seinen Niederschlag in den Bildern spätgegründeter Städte auf deutsch gewordenem Kolonialboden, anscheinend besonders häufig im völkisch zwiespältig gebliebenen Grenzgebiet (Posen). Mannigfache Abweichungen von der klar durchgegliederten Form deutscher mittelalterlicher Städtebaukunst sind wahrzunehmen: Der Markt wurde nicht mehr als Mittelpunkt der Gesamtanlage aufgefaßt (Flehe in der Grenzmark vor 1458); seine geometrisch schöne Gestaltung wich unklaren Formen (Ush in Posen 1413). Oft wurde er übermäßig vergrößert (Kruschwitz bei Hohensalza in Posen 1422). Im ferneren Osten scheint diese Art der Gestaltung sich besonders eingebürgert zu haben. Der feine Rhythmus der Proportionen, der trotz aller Strenge der geometrisch abgezielten Aufteilung der Schachbrettform vieler ostdeutscher Kolonialstädte eigen ist, fand bei diesen Übertreibungen keine Verkörperung mehr. Häufig erhielt der Marktplatz solche Ausmaße, daß darüber hinaus Baublöcke sich überhaupt nicht mehr entwickeln konnten. Damit war die Ausbildung eines Schachbrettes unmöglich geworden. Die ganze Stadt wurde nur noch ein umbauter Markt (Pafosch in Posen 1359). Sie war damit

dem früheren Straßenmarkt in vieler Hinsicht wieder ähnlich geworden (Jungbunzlau in Böhmen 1334). Diese Beziehungen wurden dann besonders deutlich, wenn an die Stelle des großen rechteckigen oder quadratischen Marktes wieder eine von der Straßenführung abhängige Ortsverbreiterung trat (Budsin in Posen vor 1458). Auch andere alte Gestaltungsmotive lebten wieder auf: So spiegeln die Grundrisse neuer Städte auch die Form des Straßenangerdorfes, zuweilen mit geringer Baublockentwicklung, erneut wider (Wirnbaum etwa 1400). Schon in diesem nur durch wenige Beispiele veranschaulichten Zurückgreifen auf alte, schon überwundene Vorbilder gibt sich ein Zustand offensichtlicher Erschöpfung kund. Die feine künstlerische Form des Schachbrett-Typus wurde immer weniger verstanden und gemeistert, zumal er auch von Menschen fremden Volkstums mehr und mehr ohne deutsche Führung zur Gestaltung stadtmännlicher Siedelgebilde angewendet wurde. Der Sinn für große Planung schwand dahin, als nicht mehr große Räume in großzügigem Schwung zu kolonisieren, sondern nur noch Lücken zu füllen waren. So trägt diese Zeit des Landesausbaues naturgemäß das Merkmal der kümmerlichkeit an sich. Sie gibt sich im dörflichen und im städtischen Siedelbild gleichermaßen kund. In den Zwergformen der spätmittelalterlichen neuen Städte ließ sich der Schachbrett-Typus nicht mehr zur eigentlichen Schönheit durchgestalten. Er verlor damit an innerem Sinn und praktischem Wert. Die Siedelbewegung dieser Zeit war aber auch nicht kräftig genug, um neuen Stadtbildern eine eigene neue Form aufzuprägen.

Deshalb gelang es auch nicht, den spät zu Städten aufgestiegenen Dörfern ein eigenes städtisches Ansehen zu verleihen. Wohl wurden die Markt- und Straßenfronten nach städtischer Art mit Häusern, nicht mehr mit Bauerngütern allein, eng bebaut. Wenn es so auch vielleicht gelang, das äußere Erscheinungsbild zu verändern, so kann doch die Grundrissgestaltung nicht über die Entwicklung hinwegtäuschen (Schönberg in Mecklenburg-Strelitz um 1500). Die große mittelalterliche Siedelbewegung hatte auch in diesen Fällen ihre eigene Form mit Kraft durchgesetzt.

Doch nicht überall war dieser Rückgang zu beobachten. Als zwischen Mittelalter und Neuzeit das Berggeschrei wieder viele Zuzügler ins Erzgebirge lockte, erstand in unkultiviertem Wildland noch einmal eine Serie städtischer Plangebilde ganz in der alten Weise (Marienberg 1521, Scheibenberg 1522 usw.). Hier konnte die Kolonisationsbewegung nochmals kraftvoll in größeren Räumen und getragen von zielbewusstem Willen wirken. So entstanden diese Städte als Zeugen großzügiger Planung und innerer Beschwingtheit. In einem Guß sind sie hingeseht. Noch einmal war die Schöpferkraft des großen mittelalterlichen Städtebaues wirksam gewesen. Es war wie ein letztes großes Aufflammen in der Kleinheit dieser Siedelperiode.



Stadt- und Landfleblung zeigen auch im späten Mittelalter im tiefsten Sinne die gleichen Züge als Ausdruck der Zeit: Zwiespältigkeit und Schwäche. Die überkommenen großen Formen wurden kümmerlich, oder sie verloren ihren Sinn ganz. Eigene neue Schöpfung und Gestaltung aber fehlte.

## Stadtgestaltung in der Neuzeit

Trotz der Unfähigkeit des späten Mittelalters, zu neuer Siedlungs-  
gestaltung zu gelangen, ist im Gebiete der ostdeutschen Kolonisation die  
Städtebildung nicht zum Stillstand gekommen. So nimmt es nicht wunder,  
wenn sie in den Zeiten der Exulantenwanderungen und der planmäßig be-  
triebenen „Peuplierung“ sogar wieder zu einer gewissen Blüte gedieh. Doch ist  
dabei weniger die Zahl der Neugründungen als vielmehr die Art der Gestal-  
tung aufschlussreich.

Zumeist nahmen Neustädte die neuen Bürger auf, soweit sie nicht einzeln  
durch Einsiedlung in schon bestehenden städtischen Gemeinwesen eine neue  
Heimat fanden. An die vorhandenen städtischen Siedlungen wurden diese  
Zusatzstädte von äußerst regelmäßigem Gepräge angebaut. So zeigt sich auch  
in der Zuziedlung die Parallelentwicklung von Dorf und Stadt. Für die  
Methode des Vorgehens der Staatskolonisation ist sie sehr bezeichnend. Die  
friderizianische Zeit verlangte Plan und Nichtmaß im Dorf- und im Stadt-  
bild. So kam das mittelalterliche Planschema wieder zu hohen Ehren; die  
Klarheit, die dieser Siedelgestaltung innewohnt, sprach ungemein an. Schon  
in den Exulantenfleblungen vor dieser Zeit war die Schachbrettform wieder  
zur Geltung gekommen (Johanngeorgenstadt in Sachsen 1654, Rawitsch in  
Posen 1638); in den nicht allzu zahlreichen städtischen Neugründungen des  
fürstlichen Absolutismus wurde sie gern verwendet (Oranienbaum b. Dessau  
um 1645, um 1700 = Stadt). Im Südosten begann sie sogar das Dorfbild  
auf weite Strecken hin zu beherrschen. Neue Städte im südlichen kolonialen  
Grenzraum (Temesvár, 1781 vgl. Freistadt auf älterer Grundlage) be-  
gannen, sich der Schachbrettgestalt der umliegenden Dörfer und damit auch  
der planmäßig geformten deutschen Städte anzugleichen. So eroberte diese  
Schöpfung deutschen Geistes im Laufe der Entwicklung weite Strecken nicht  
nur im Osten, sondern auch im Süden und Südosten.

Obwohl man in der Zeit der Staatskolonisation dem Schachbrettschema  
wieder viel Liebe und Verständnis entgegenbrachte, wurde es trotzdem bald  
abgewandelt und weitergebildet: Die Lage der Baublöcke ließ sich verändern,  
die Wirkung der Plätze dadurch zweifellos noch steigern. In Anlehnung an  
französische und südwestdeutsche Vorbilder entstanden so auch im Gebiete der  
ostdeutschen Kolonisation einige eigenartige neue Städte, deren Formen vom

Wesen absolutistischen Geistes Zeugnis geben (z. B. Neustrelitz 1733, 1759 = Stadt, Carlshöhe in Schlessen nach 1751). Fürstlicher Wille ließ verschiedene Formen entstehen (man denke z. B. an Mannheim und an Karlsruhe); doch ihnen allen ist die Harmonie der Proportionen eigen, die im Wesen ihres mittelalterlichen Vorbildes begründet ist.

Die Zeit der Staatskolonisation liebte die strenge geometrische Form im Dorf- und Stadtbild. So ist auch sie ein weiteres Beispiel für die gleichartige Weiterentwicklung beider Siedelarten. Bei der Gestaltung ihrer Dörfer und Städte verwendete sie mittelalterliche Motive, gab ihnen aber eine selbständige künstlerische Prägung. So offenbarte sie ihr eigenes Stilgesetz, aus dem heraus sie alles Leben gestaltete.

Die Erkenntnis, daß das Schachbrettschema zweckmäßig ist und schön wirken kann, ging nicht wieder verloren. Die meisten Stadterweiterungen zeigen diese Art der Gestaltung weit über das Gebiet der ostdeutschen Kolonisation hinaus bis in die Gegenwart.

## Ausblick auf Gegenwart und Zukunft

Auch die Gegenwart zehrt noch von dem großen Erbe des schöpferischen Mittelalters. Aber sie hat es nicht immer geachtet. Sonst wäre das unharmonische Durch- und Nebeneinander freundlicher Gartensiedlungen und stilloser anderer Vorstädte in unseren Stadtanlagen nicht Tatsache.

Die Idee organisch-einheitlicher Gestaltung, die dem mittelalterlichen Stadtbild auf kolonialdeutschem Boden das besondere Gepräge gab, bricht sich in unseren Tagen in ganz neuer Form wieder Bahn. Dabei ist dieses Streben weniger auf Stadtgründung als auf Stadtbau gerichtet. Es entspringt weltanschaulichen Grundsätzen und praktischen Notwendigkeiten zugleich und wird über das Gebiet der ostdeutschen Kolonisation hinaus seine tiefgreifende Wirkung üben: Wo Volksgemeinschaft wirklich lebt, kann es keine Arbeiter-, Fabrik- und Villenviertel mehr geben. Wohn- und Arbeitsstätten sind zur Minderung von Störung und Gefahr von den Verkehrsbahnen weiter abzusetzen. Die „Dezentralisation der lebenswichtigen politischen, wirtschaftlichen und industriellen Standorte“ ist „innerhalb eines großen Gemeinwesens“ (Ludowici, S. 89) genau so wie im ganzen Reichsgebiet notwendig, um den Schaden durch Luftangriffe auf ein Mindestmaß zu verringern. Doch soll der Stadt damit das Daseinsrecht keineswegs genommen sein. Das Stadtzentrum soll der Ausdruck für die höchsten kulturellen und geschichtlichen Werte bleiben. Doch das enge Gefüge städtischer Siedelgebilde wird sich mehr und mehr lockern, bis in der „Stadt-Land-Gemeinde“ der Städter wieder zum Bauer und der Bauer wieder zum Städter eine lebensnahe Verbindung gefunden hat.

## Schlusswort

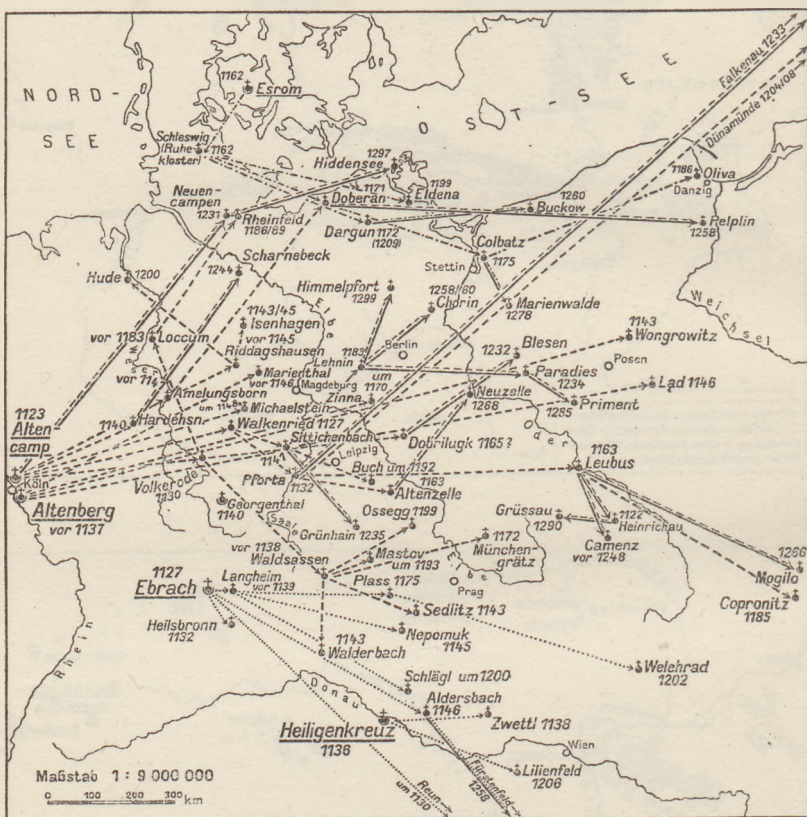
Die Zeit der ostdeutschen Kolonisation des Mittelalters war eine Spanne des Kampfes zweier Welten um die kulturelle Vorherrschaft im ostmitteleuropäischen Raum. Die Siedlungsformen sind bereitetes Zeugnis für diese schicksalsvolle Auseinandersetzung zwischen dem Westen und dem Osten, die zugleich ein stilles, aber entscheidendes Ringen um den Boden war. Deutsche und fremde Siedelgestaltung fand keinen letzten gemeinsamen Ausgleich. Erst die zielstrebige Anwendung eigener neuer Formen des Wohnens und der Flurgliederung machte deutsches Wesen im einst germanischen Lande wieder schollenfest und damit zum Sieger. Dorf und Stadt hatten in gleicher Weise Anteil an diesem Gelingen. Wo sie sich nicht wechselseitig im Voranschreiten unterstützten, wandelte der anfängliche Erfolg sich schließlich in einen halben oder vollen Fehlschlag. Der gegenwärtige schwere Abwehrkampf auf sich allein gestellten deutschen Bürgertums im Ostseegebiet ist dafür ebenso eindringlicher Beweis wie die polonisierten deutschen Reihendörfer in den Karpaten.

Dieses Zusammengehen von Stadt und Land ließ in der Zeit der mittelalterlichen deutschen Landnahme neue dörfliche und städtische Siedelformen entstehen, die zwar nicht gleich, aber, wie sich herausgestellt hat, einander im tiefsten Sinne wesensverwandt waren. Keine Periode war für die Siedelgestaltung im Osten weit über den Bereich deutschen Volksbodens hinaus ähnlich entscheidend und fruchtbar wie die Zeit der mittelalterlichen Kolonisation. Ihr wohnte eine gewaltige schöpferische, richtungweisende Kraft inne. Alle folgenden Jahrhunderte haben von diesem Reichtum der mittelalterlichen Formenwelt gezehrt. Sie wandelten einzelne Motive dem Zeitgeist entsprechend ab und gaben so ihren Siedelgebilden eine eigene Note. Aber grundsätzlich Neues haben sie nicht mehr geschaffen. Dörfliche und städtische Siedelformen erhielten im einzelnen ein mannigfaches Gepräge, doch im tiefsten Wesen blieben sie einander ähnlich: Die neuen Dörfer und nicht minder die neuen Städte des späten Mittelalters waren in gleicher Weise uneinheitlich und zumeist kümmerlich, die Gebilde der Staatskolonisation dagegen recht geometrisch, beinahe schematisch. Erst im letzten Jahrhundert fand diese Wechselbeziehung zwischen Dorf und Stadt nicht mehr so augenscheinlichen Ausdruck in den Siedelformen.



Heute hat das Streben sich Bahn gebrochen, im Sinne wahrer Gemeinschaft des ganzen Volkes Städter und Bauern durch eine ganz neue Art des Siedelns allmählich wieder einander nahezubringen. Damit findet das alte Gesetz wechselseitiger Verbundenheit von Dorf und Stadt, das seit der mittelalterlichen deutschen Kolonisation im deutschen Ostraum durch die Siedelformen deutlich zum Ausdruck gekommen ist, eine neue, letzte Erfüllung.





Die Ausbreitung der Zisterzienser in die Gebiete der mittelalterlichen ostdeutschen Kolonisation

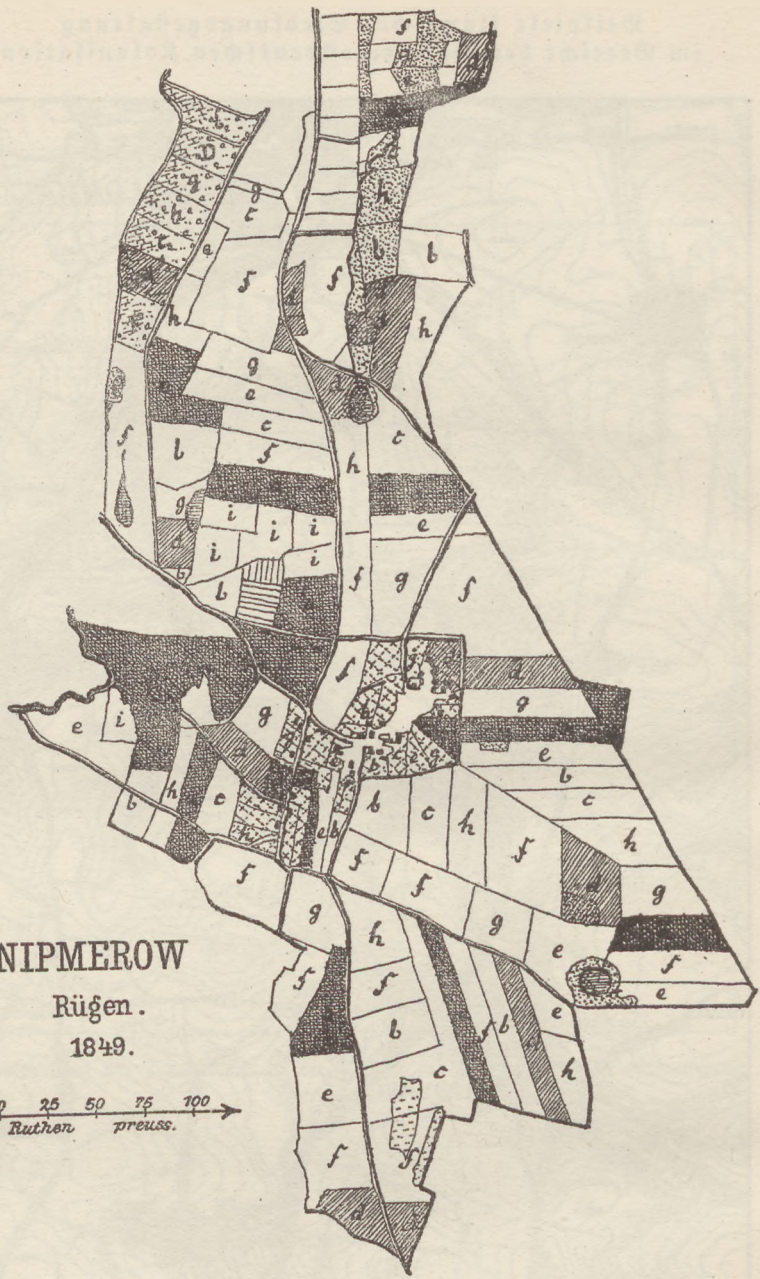


Beispiele slawischer Siedlungsgestaltung  
im Bereiche der späteren ostdeutschen Kolonisation



Weiler und Rundweiler im mittelfränkischen Lößgebiet.  
Ausschnitt aus Meßtischblatt Sachsen 47 (Gegend von Kommatzsch)

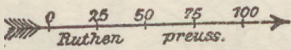




**NIPMEROW**

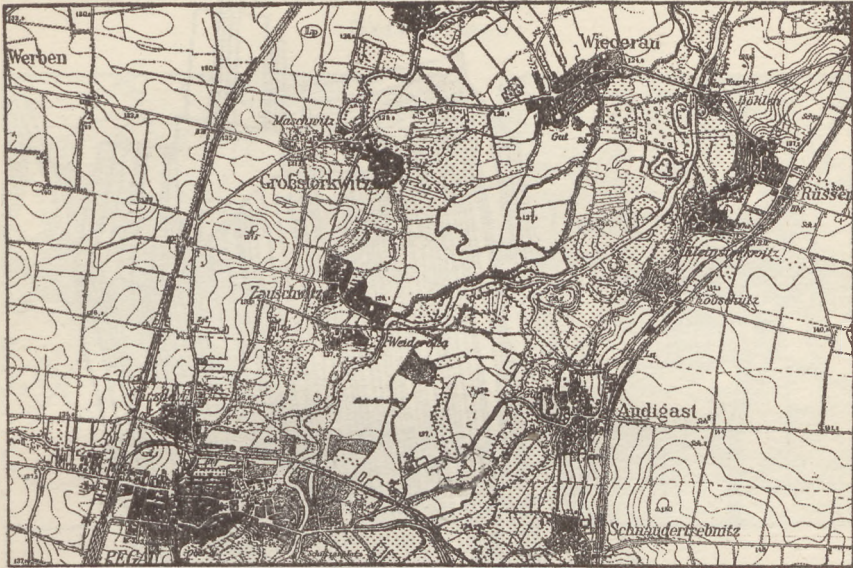
Rügen.

1849.

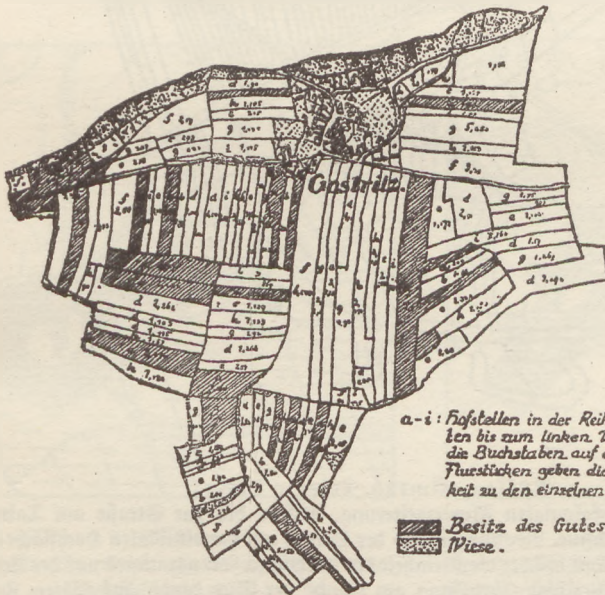


Nipmerow, Kr. Rügen. Flurkarte von 1849. Beispiel slawischer Flureinteilung (Blockflur).  
 Aus: Meißner-Großmann, Der Boden und die landwirtschaftlichen Verhältnisse des  
 preuß. Staates Bd. VI, Berlin 1901, Seite 106

Beispiele zum frühkolonialen deutschen Landesausbau  
in slawisch vorbesiedelten Gebieten



a) Erweiterte und zusammengebaute, teils auch regulierte Dörfer. Ausschnitt aus Meßtischblatt Sachsen 41 (Gegend von Pegau)

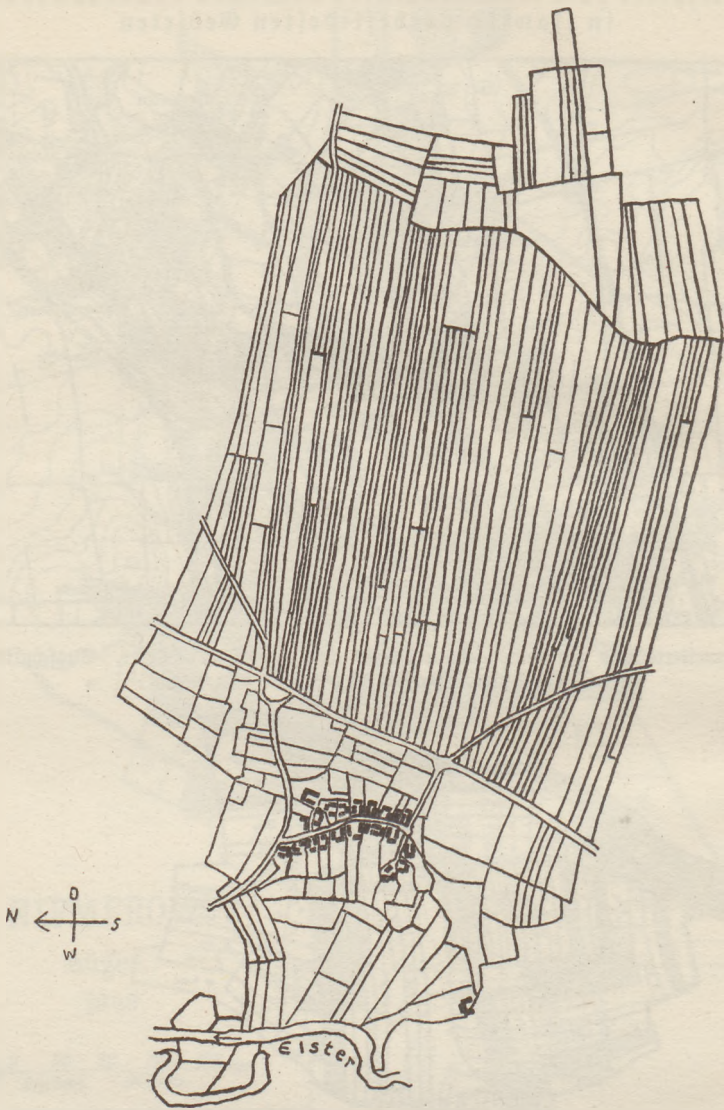


a-i: Hofstellen in der Reihenfolge vom rechten bis zum linken Vorflusgang; die Buchstaben auf den einzelnen Flurstücken geben die Besitzzugehörigkeit zu den einzelnen Höfen an.

▨ Besitz des Gutes a.  
▨ Wiese.

b) Gositz, Amtsh. Dresden. Flurkarte von etwa 1835. Beispiel frühkolonialer deutscher Flurregulierung (Blockgewanne). Aus: W. Ebert, Ländliche Siedelformen im deutschen Osten. Berlin: Mittler & Sohn



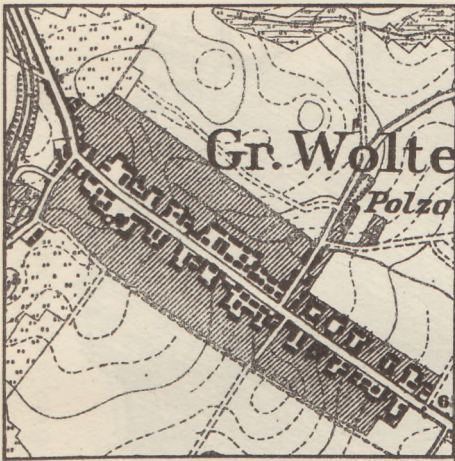


Rüssen, Amtsb. Leipzig (1835).

Beispiel einer frühkolonialen Flurerweiterung. Altflur bis zur Straße am Talrand: Block- und Streifenflur. Neuflur jenseits der Straße auf der diluvialen Hochfläche: Gewannartige Flur. Man beachte die Kleinheit des dörflichen Lebensraumes vor der Kolonisation. Die unregelmäßige Einteilung am Rande der Flur deutet auf spätere Zusatzerwinnung. Erst allmählich wurden die Grenzsäume zwischen den Einzelstücken zu Grenzlinien.

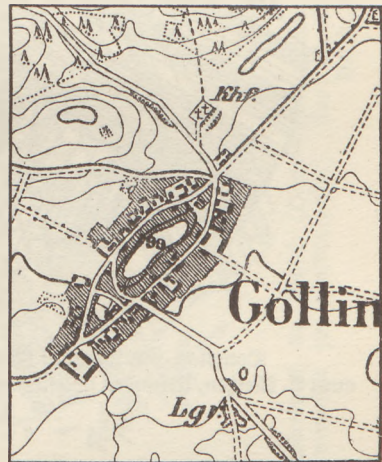
(Flurkarte mit Genehmigung der Sächs. Kommission f. Geschichte)

Beispiele für neue mittelalterliche Siedlungen in bewohnten  
Gebieten und auf grünen Rasen.  
Ortsformen:



a) Großwoltersdorf  
Kr. Ruppin (Brandenburg), Straßendorf  
(aus Meßtischblatt 1477)

b) Heinersdorf,  
Kr. Oststernberg (Neumark), Platzdorf  
(aus Meßtischblatt 1918)



c) Läsikow  
Kr. Ruppin (Brandenburg), Rundplatzdorf (aus  
Meßtischblatt 1618)

d) Gollin  
Kr. Deutsch-Krone (Grenzmark Posen-  
Westpreußen), Straßenangerdorf (aus  
Meßtischblatt 1415)

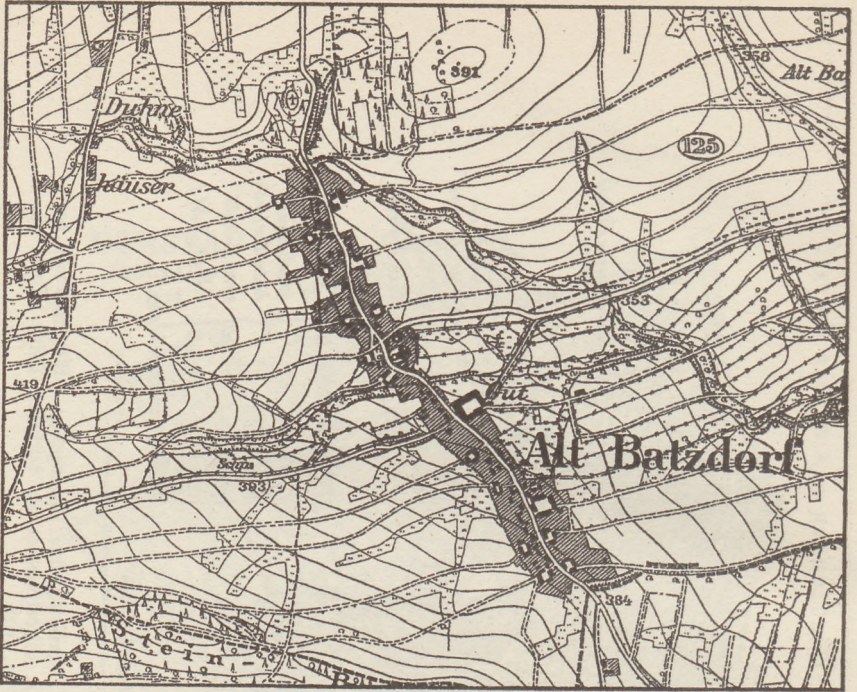








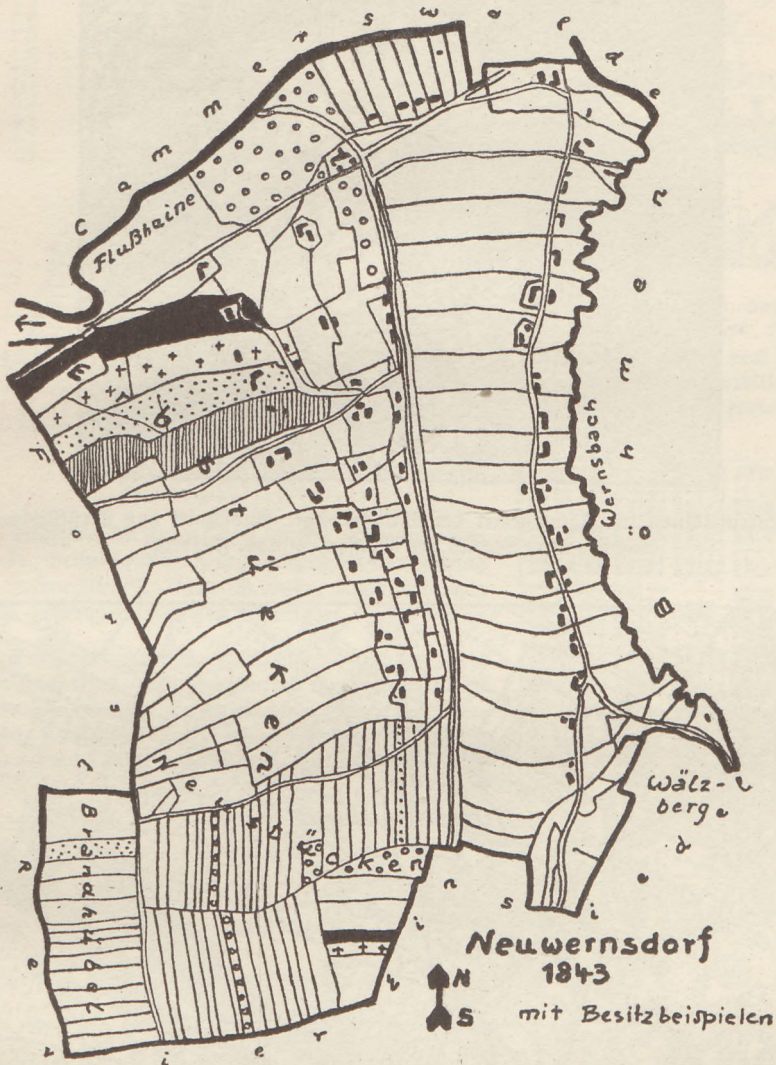




a) Reihendorf im schlesischen Gebirge.  
Ausschnitt aus Meßtischblatt 3295  
(Gegend um Glaz)

b) Reihendorf der Ebene im Sumpfland.  
Reihendorf der Ebene. Ausschn. aus der Flurkarte von Rengerslage, Kr. Osterburg (Altmark) (1854)

Beispiel für Siedlungen der mittelalterlichen  
Nachkolonisation

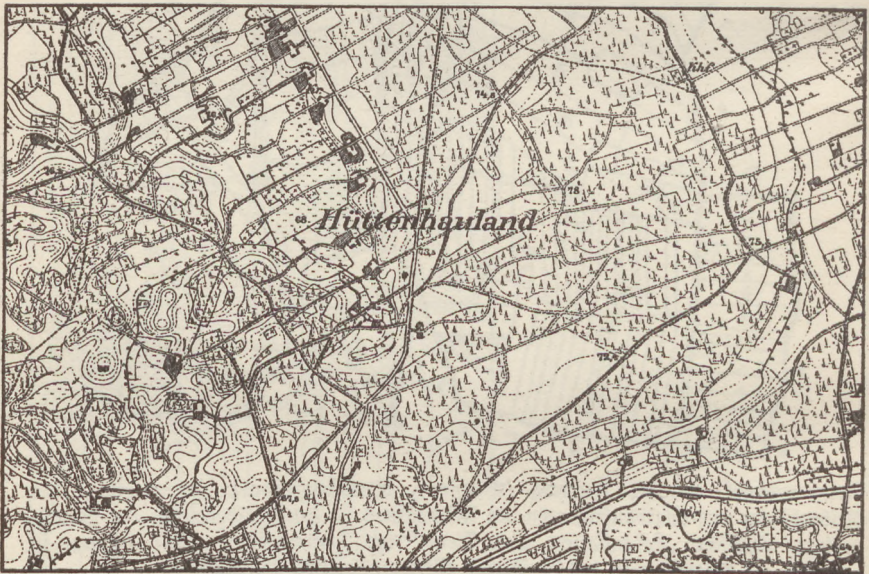


Neuwernsdorf, Amtsh. Freiberg (Sachsen), Waldstreifendorf. Kümmerform der  
Reihendörfer und Waldbufenfluren des Mittelalters in den Waldgebieten der Mittel-  
gebirge. Typische „Kolonisation aus Elend“ im Kammgebiet. Aus: Langer, in  
Mitteilungen des Freiburger Altertumsvereins 58, Seite 37





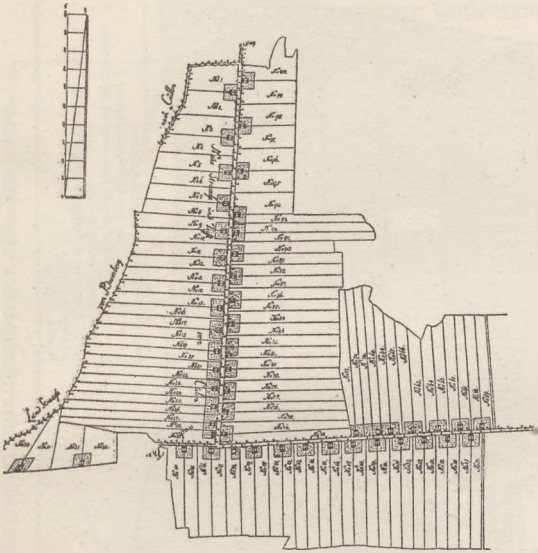
a) Streusiedlung im Kammergebiet der Mittelgebirge. Ausschnitt aus Neßtischblatt Sachsen 130 (Gegend von Seiffen, Amtsh. Freiberg)



b) Streusiedlungen in Sumpfsgebieten der Ebene („Hauländereien“ mit Kampflur). Ausschnitt aus Neßtischblatt 1990 (Gegend von Lirschtiegel, Posen)

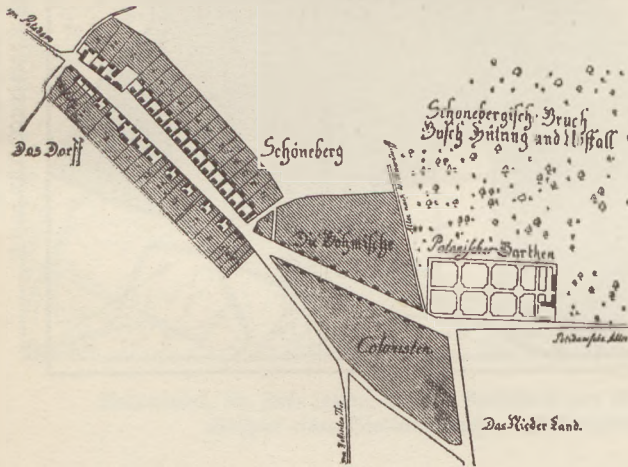


# Beispiele für die Siedlungsgestaltung durch Staatskolonisation im 18. Jahrhundert



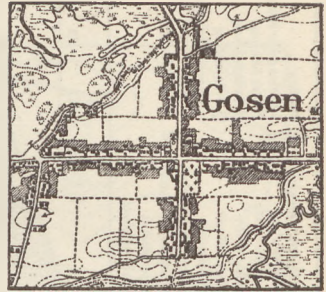
a) Brosowo, Nr. Culm (ehem. Westpr.). Flurkarte von 1781. Beispiel für die Flurgestaltung bei Neusiedlung („Hofparzellen“). Aus: W. Ruhn, Kleinsiedlungen aus friderizianischer Zeit, Stuttgart 1918, Abb. 1

d) Schöndorf an der Marosch (Banat). Plan von 1780. Beispiel eines Schachbrettdorfes der theresianischen und josephinischen Kolonisation im Süden und Südosten. Aus: Handwörterbuch des Grenz- und Auslandsdeutschtums, Bd. I, 3, S. 226. Hirt, Breslau 1934

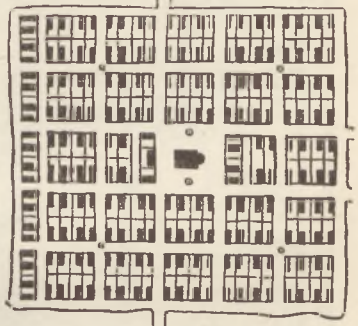


(ca. 12 km 50 Areal) (reine deutscher Ort)

c) Schöneberg bei Berlin. Ausschnitt aus einem alten Flurplan. Beispiel für die Zusiedlung. Aus: W. Ruhn, Kleinsiedlungen aus friderizianischer Zeit, Stuttgart 1918, Seite 15



b) Gosen bei Berlin. Ausschnitt aus Messtischblatt 1978. Beispiel für die Neusiedlung nach mittelalterlichem Vorbild (Straßendorf, = doppelanlage)







Beispiel der Siedlungsgestaltung in jüngster Vergangenheit  
(Arbeit der Preussischen Ansiedlungskommission)

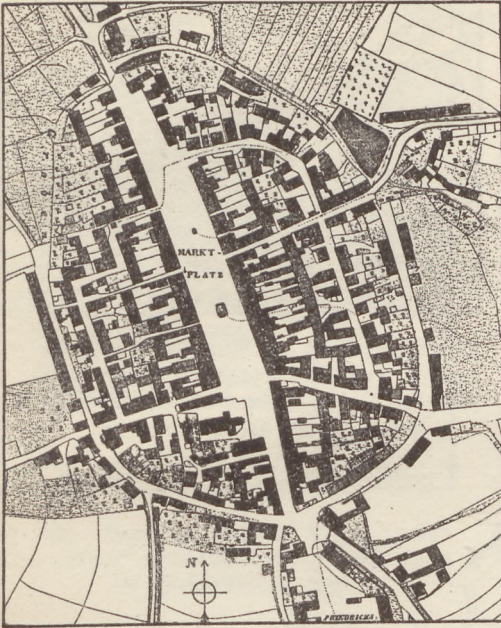


Lindenbrück, Kr. Znin (ehem. Vosen). Ausschnitt aus Meßtischblatt 1577.  
Beispiel einer Siedlung nach „Ansiedlungsreihen“

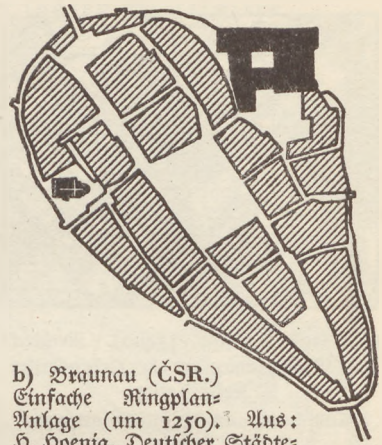




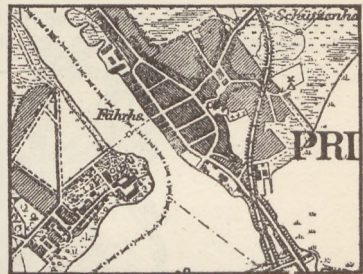
Beispiele für mittelalterliche Stadtanlagen im Bereiche der ostdeutschen Kolonisation



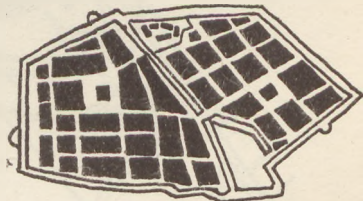
a) Bohnenstraß (Oberpfalz). Straßenmarkt-Anlage (um 1300). Aus: Die Kunstdenkmäler des Königreichs Bayern, Bd. 8 (1907), S. 102



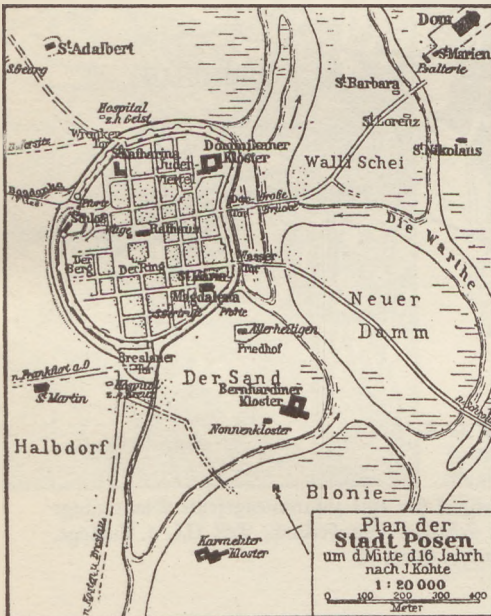
b) Braunau (ČSR.) Einfache Ringplan-Anlage (um 1250). Aus: H. Hoening, Deutscher Städtebau in Böhmen, Berlin 1921, S. 63



c) Priherbe, Kr. Westhavelland (Brdbgg.) Abgewandelte Ringplan-Anlage (nach 1250). Aus: Auschn. aus Neftischblatt 1902

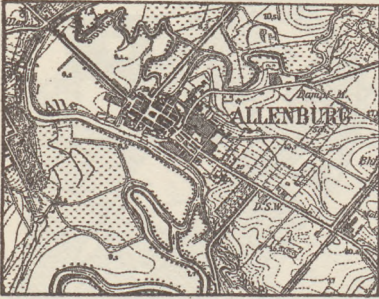


e) Thorn. Zusammengesetzte Schachbrett-Anlage (Neustadtbildung) 1231 und 1264. Skizze nach einem Stich aus dem 17. Jahrhundert. Aus: Emmerich, Der deutsche Osten, Leipzig 1935, Abb. 51

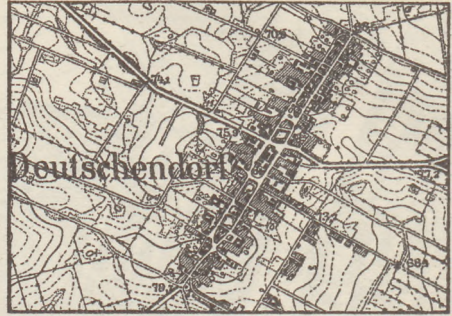


d) Posen. Zum Schachbrett durchgebildete Ringplan-Anlage (1253). Nach einem Plane um die Mitte des 16. Jh.

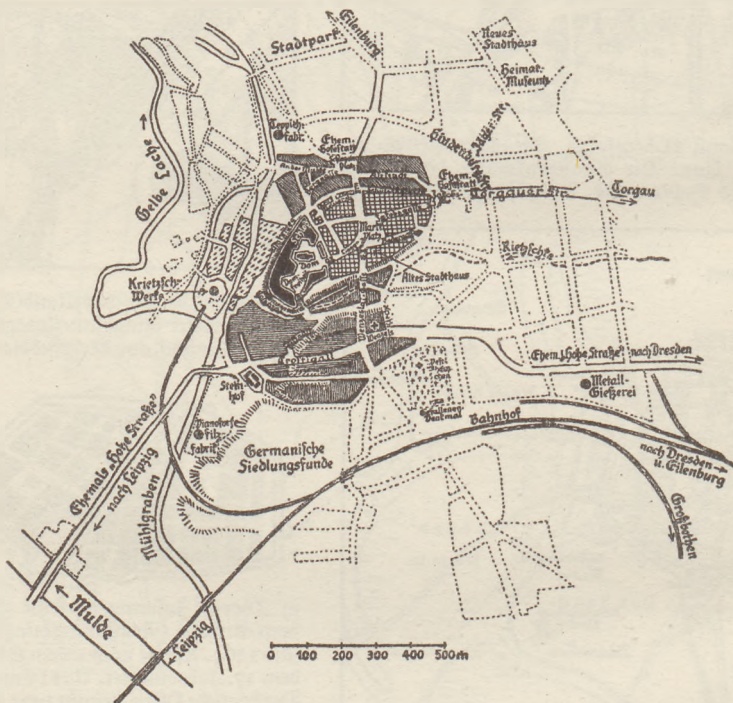




a) Allenburg/Dstpr. (1400). Rechteckstadt (Ringplananlage) der Ordensritterkolonisation  
Ausschnitt aus Meßtischblatt 342

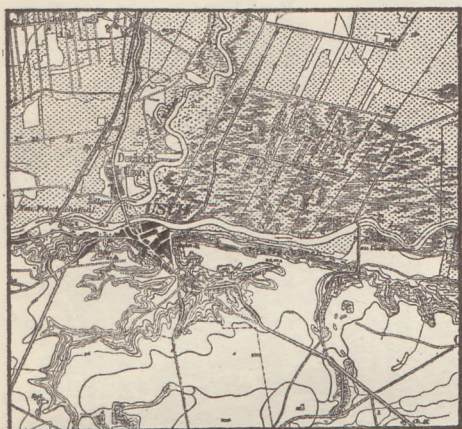


b) Deutschendorf, Kr. Preuß.-Holland, Ostpreußen (zwischen 1304/12). Rechteckdorf (Platzdorf) der Ordensritterkolonisation  
Ausschnitt aus Meßtischblatt 547

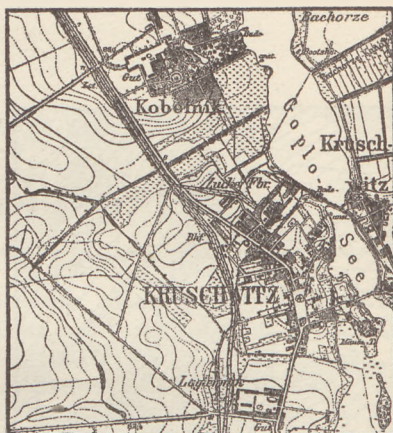


c) Wurzen, Amtsh. Grimma/Sachsen. Beispiel für eine zusammengesetzte Stadtanlage (Stadt und Vorstadt). Aus: K. Krause, Leipziger Wanderbuch, Teil III, 2. Auflage. Dresden 1935, Seite 78

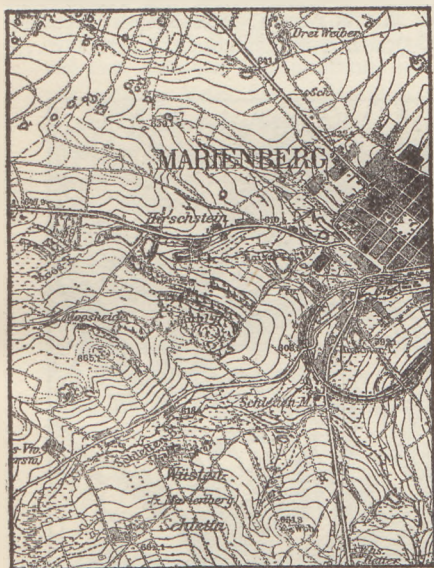
## Beispiele zur Stadtgestaltung im späten Mittelalter



a) Utsch, ehemalige Provinz Posen (1413). „Verwilderte“ Schachbrett-Anlage. Ausschnitt aus Meßtischblatt 1499



b) Kruschwitz, ehem. Prov. Posen (1422). Übergroße Marktanlage. Ausschnitt aus Meßtischblatt 1794



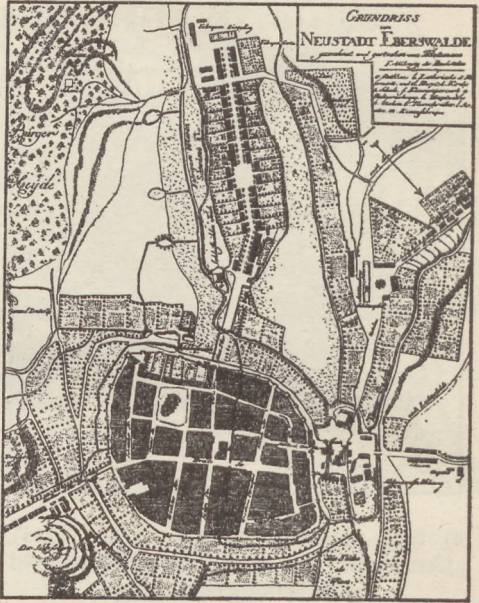
c) Marienberg, Sachsen. Erzgebirgische Bergbaustadt aus wilder Wurzel (1521). Ausschnitt aus Meßtischblatt Sachsen 128



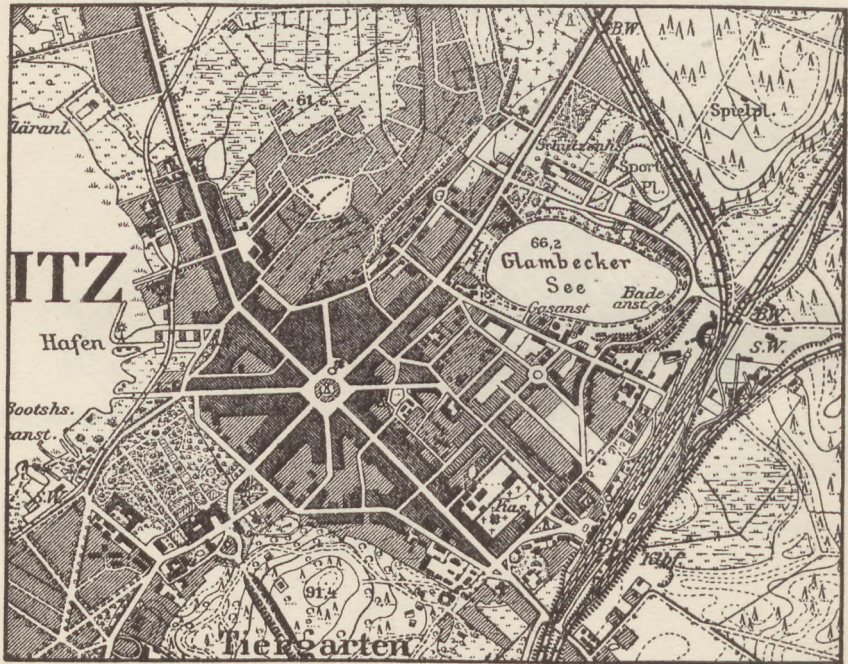
Beispiele zur neuzeitlichen Stadtgestaltung auf kolonialem Boden



a) Johanngeorgenstadt/Erzg. (1654), Eulantenstadt. Ausschnitt aus Meßtischblatt Sachsen 146



b) Eberswalde mit Ruhlaer Kolonien (1753). Beispiel für städtische Zuziedlung durch Staatskolonisation. Aus: R. Langen, Siedlungswerk, Deutscher Bund Heimatschutz, München o. F., Bd. I, S. 107



c) Neustrelitz (1733). Beispiel für städtische Siedlungsgestaltung im Zeitalter des Absolutismus. Ausschnitt aus Meßtischblatt 1231



## Bemerkungen zu den Karten

### I. Die Ausbreitung der Zisterzienser in die Gebiete der mittelalterlichen ostdeutschen Kolonisation

Wenn heute auch erwiesen ist, daß die Zisterzienser an der unmittelbaren Erschließung neuen Siedelraumes im deutschen Osten nicht ausschlaggebend beteiligt gewesen sind, so ist trotzdem ihre kulturfördernde Tätigkeit im Zuge der deutschen Wiederbesiedlung des Ostens im 12. und 13. Jahrhundert unbestreitbar. Ihrer Ordensregel gemäß erkanden in abgelegenen, aber trefflich gewählten Gegenden ihre Niederlassungen und Wirtschaftshöfe (Grangien), sobald das Land einigermaßen befruchtet war. So lassen ihre Klostergründungen und deren Entstehungszeiten gewisse Rückschlüsse auf den Gang und Stand der deutschen mittelalterlichen West-Ost-Bewegung im allgemeinen zu. Sie wird jedoch noch deutlicher durch die Darstellung der Entwicklung von Mutter- und Tochterklöstern. Auf den ersten Blick ist so das Fortschreiten vom Westen nach dem Osten offenbar. In drei großen „Bahnen“ vollzieht sich diese Entwicklung: In einem nördlichen Zuge unweit der Ostseeküste von Dänemark und Schleswig aus bis zur Weichselmündung, von Franken (Ebrach) und dem Donautor (Heiligenkreuz) her in den südöstlichen Kolonisationsraum hinein und zwischen diesen beiden Zugrichtungen mit gewaltiger Stärke vom Niederrhein bei Köln (Altencamp und Altenberg) aus durch Mitteldeutschland nach Brandenburg, Schlesien, Polen und Böhmen, ja bis in die baltischen Lande. Diese drei Zugrichtungen ähneln durchaus denen, die durch die Sprachwissenschaft, die Rechtsgeographie und andere Wissenschaftsgebiete deutlicher zu werden beginnen. Sie weisen damit auf Kulturströmungen hin, die von größter Bedeutung für eine rechte Würdigung des Vorganges der mittelalterlichen deutschen Wiederbesiedlung ostelbischen Landes überhaupt sind.

Nach 1215 (doppelt ausgezogene Verbindungslinien auf der Karte!) war es den Zisterziensern laut Beschluß ihres Generalkonventes mehr als zuvor möglich, auch Eigenbauern in Zinsbörsern anzusetzen. Sie haben damit im ferneren deutschen Osten und Südosten noch aktiv bei der Erschließung neuen Siedelraumes mitwirken können.

### II. Ostdeutsche Städtegründungen

Diese Verbreitungskarte zeitlich geordneter städtischer Siedelgebilde mit deutschem Recht im Gebiete der deutschen Ostkolonisation und ihrer Randlandschaften zeigt zu ihrem Teile den Gang der west-östlichen Kulturbewegung und ihr Ausklingen im weiten Ostraum auf.

Ein Saum meist sehr wichtiger, oft in fast gleichem Abstand gelegener Städte ist schon vor 1200 (schwarze Kreise) an der Elbe – Saale-Linie und in ihrer südlichen Fortsetzung bis zum alten Donauweg hin zu beobachten, während östlich dieser Gebiete Siedelgebilde, die den Namen „Stadt“ verdienen, noch ganz selten sind. Die Wiederbesiedlung ostelbischen Landes, die zu dieser Zeit noch in den Anfängen stand, konnte jedoch innerhalb des nachfolgenden Jahrhunderts das Bild grundlegend ändern: Um 1300 sind bereits große Räume bis über die Oder hinaus mit deutschen Städten besetzt (rote Kreise). Dasselbe gilt für Böhmen und Mähren, in gewissem Maße auch schon für Posen, das großpolnische Gebiet und das Karpatenvorland. Die gleichmäßige Verteilung der Städte in Mecklenburg, Vorpommern und Brandenburg, auch in einzelnen Teilen Schlesiens, Böhmens und Mährens tritt dabei hervor. Sie läßt auf ein durchaus planvolles Vorgehen in diesen Gebieten schließen. Dagegen zeigte schon damals das mitteldeutsche Tief- und Hügelland eine ziemlich beachtliche Städtedichte in Anknüpfung an mancherlei „vorstädtische“ Siedelanlagen. Hervorzuheben ist für das 13. Jahrhundert außerdem die „Operationsbasis“, die der Deutsche Orden sich von Thorn aus entlang der Weichsel und der ostpreussischen Küste in dieser Zeit schuf, um im nachfolgenden Jahrhundert (grüne Kreise) um so sicherer große Teile Ost- und Westpreußens mit einem Netz genau verteilter Städte planvoll zu überziehen. In dieser Zeit schritt die Stadtentwicklung wiederum nach Osten kräftig fort (Land Posen, Großpolen, Karpatengebiet), während in weiter westwärts gelegenen Gegenden sich bereits die Neigung bemerkbar macht, nur noch einzelne Lücken zu füllen. Doch zeigt sich noch ein schmaler Kranz neu aufkommender Städte am Rande des Erzgebirges von Norden her, während gleichzeitig größere Teile der Sudeten von Böhmen und von Schlesien aus mit Städten erfüllt werden. Bis 1600 (violette Kreise) klingt die Stadtentwicklung zu deutschem Recht breiter im fernerer Osten (Galizien, Bukowina), schwächer im östlichen Ostpreußen aus. Während so die mittelalterliche Siedelbewegung verebbt, tritt in westlicheren Gegenden weiterhin das Streben zutage, Lücken zu füllen. Eine völlig andersartige Entwicklung ist nur im sächsisch-böhmischen Erzgebirge zu beobachten, wo ohne Rücksicht auf irgendwelche Grenzen eine große Zahl neuer Bergstädte erblühte. Auf kleinem Raume wirkte sich hier nochmals eine einheitliche Kolonisationsbewegung größeren Stiles aus (Städtedichte). Nach 1600 (braune Kreise) treten im ostdeutschen Raume und seinen Nachbarlandschaften die Stadtgründungen nur noch vereinzelt auf (fürstliche Gründungen, Erlörentensiedlungen usw.). Sie geben außer dem südlichsten Teile Ostpreußens keinem Gebiet ein besonderes Gepräge.



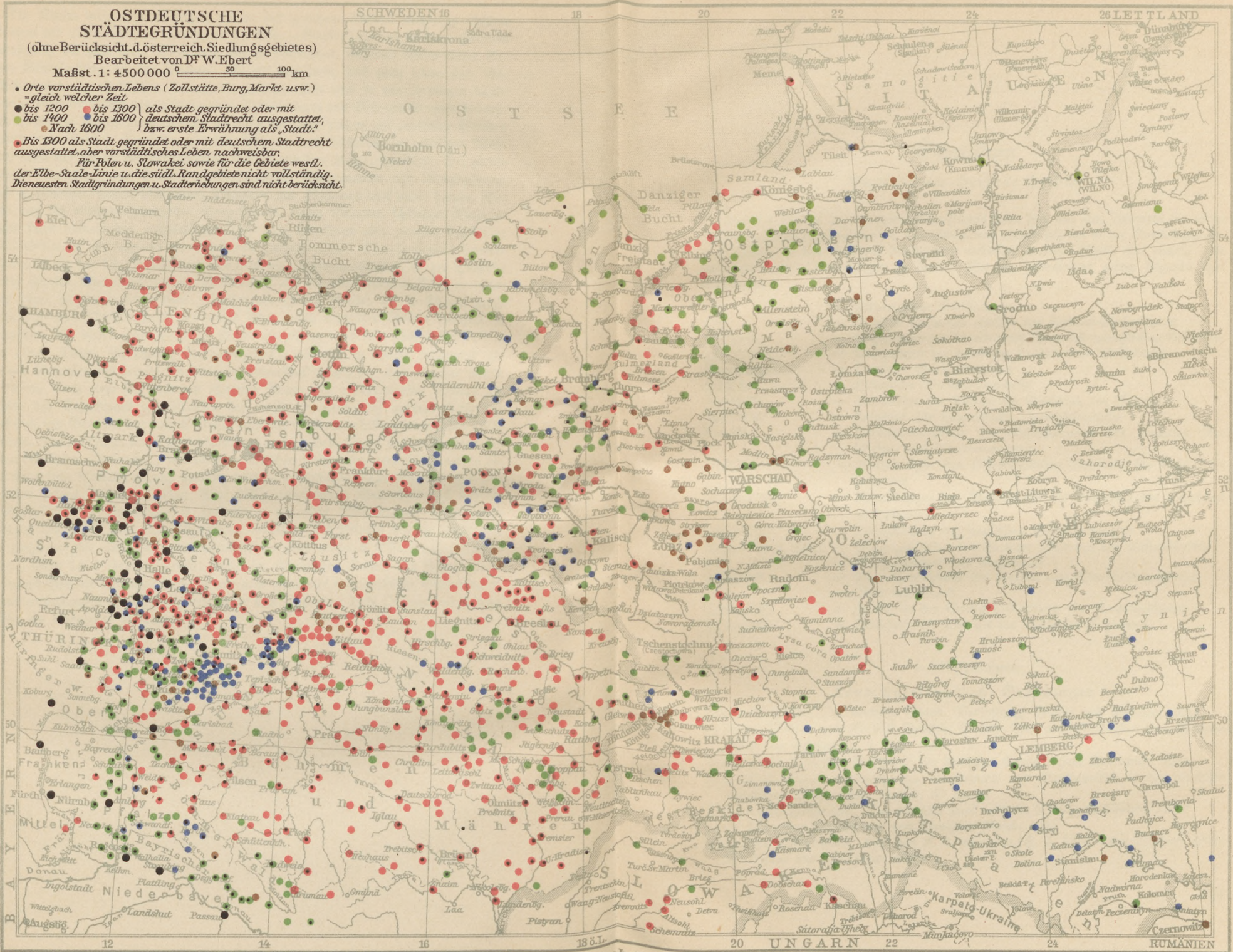
# OSTDEUTSCHE STÄDTEGRÜNDUNGEN

(ohne Berücksicht. d. österr. Siedlungsgebietes)  
 Bearbeitet von Dr. W. Ebert

Maßst. 1: 4500 000

- Orte vorstädtischen Lebens (Zollstätte, Burg, Markt usw.) - gleich welcher Zeit
- bis 1200 als Stadt gegründet oder mit deutschem Stadtrecht ausgestattet, bzw. erste Erwähnung als „Stadt.“
- bis 1300 als Stadt gegründet oder mit deutschem Stadtrecht ausgestattet, aber vorstädtisches Leben nachweisbar.
- bis 1400 als Stadt gegründet oder mit deutschem Stadtrecht ausgestattet, aber vorstädtisches Leben nachweisbar.
- Nach 1600

*Für Polen u. Slowakei sowie für die Gebiete westl. der Elbe-Saale-Linie u. die südl. Randgebiete nicht vollständig. Die neuesten Stadtgründungen u. Stadterhebungen sind nicht berücksichtigt.*





# Schrifttum

Bearbeitet von Herbert Helbig

Aus der Menge des benutzten Schrifttums kann hier nur eine Auswahl der wichtigsten Arbeiten gegeben werden. Die Gliederung gleicht sich der in der Darstellung an, doch werden in den einzelnen Abschnitten mehrfach benutzte Werke nur einmal aufgenommen, um Verweisungen zu sparen. Für die Zeitschriften gelten folgende Abkürzungen:

AF.	=	Altpreussische Forschungen
Dh.	=	Deutsche Hefte für Volks- und Kulturbodenforschung
FBrPrG.	=	Forschungen zur brandenburgischen und preussischen Geschichte
FDLVkd.	=	Forschungen zur deutschen Landes- und Volkskunde
HansGeschbl.	=	Hansische Geschichtsblätter
HVjschr.	=	Historische Vierteljahrschrift
JbRGSl.	=	Jahrbücher für Kultur und Geschichte der Slaven
JbLND.	=	Jahrbuch für Landeskunde Niederösterreichs
KorrBl.	=	Korrespondenzblatt des Gesamtvereins der deutschen Geschichts- und Altertumsvereine
MÖZG.	=	Mitteilungen des Österreichischen Instituts für Geschichtsforschung
MZGVBö.	=	Mitteilungen des Vereins für die Geschichte der Deutschen in Böhmen
PfblGVB.	=	Pfingstblätter des hansischen Geschichtsvereins
Sitzber. Berl. Akad.	=	Sitzungsberichte der Berliner Akademie der Wissenschaften
VG.	=	Vergangenheit und Gegenwart
VjGWB.	=	Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte
VR.	=	Volk und Reich
ZGavRG.	=	Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte
ZVGchl.	=	Zeitschrift des Vereins für Geschichte Schlesiens

## I. Allgemeines

### Landschaftskundliche Grundlagen

- Aloys Schulte, Der deutsche Staat. Verfassung, Macht und Grenzen. 1933
- Heinrich Ritter von Erbil, Deutsche Einheit. Idee und Wirklichkeit vom Heiligen Reich bis Königgrätz. 2 Bde. 1935
- Paul Rirn, Politische Geschichte der deutschen Grenzen (mit Literatur). 1934
- Rudolf Craemer, Staatsgrenze, Volksraum und Reichspolitik in der deutschen Geschichte. VR., 1934, Heft 3, S. 161 ff.
- Albert von Hofmann, Das deutsche Land und die deutsche Geschichte. 1934<sup>2</sup>
- Emil Meynen, Deutschland und Deutsches Reich. 1935
- Bücher des Deutschtums. Hrg. von R. E. von Loesch. I. Volk unter Völkern. 1925.
- II. Staat und Volkstum. 1926

- Wilhelm Winkler, Statistisches Handbuch für das gesamte Deutschland. 1927  
 Handwörterbuch des Grenz- und Auslandsdeutschums. Hrg. von Karl Peterßen und  
 Otto Scheel, seit 1933. Darin die Artikel: Agrarverfassung, Baltische Lande,  
 Banat, Batschka, Burgenland und Westungarn  
 Otto Voelß, Das Grenz- und Auslandsdeutschum. 1930<sup>2</sup>
- Der ostdeutsche Volksboden. Aufsätze zu den Fragen des Ostens. Hrg. von Wilhelm  
 Volz. 1926
- Forschungen zum Deutschum der Ostmarken. Hrg. von Hans Witte. Heft 1 und 2.  
 1926, 1931. Vgl. Afz., 4, 1927
- Deutschland und der Osten. Quellen und Forschungen zur Geschichte ihrer Beziehungen.  
 Bd. 1—4. Darin Bd. I: Burg Jantoch. 1936
- Vom deutschen Osten. Max Friederichsen zum 60. Geburtstag. Hrg. von H. Knothe.  
 1934
- Der deutsche Osten. Seine Geschichte, sein Wesen und seine Aufgabe. Hrg. von Karl  
 E. Thalheim und A. Hillen Ziegfeld. 1936
- H. E. Beyer, Aufbau und Entwicklung des ostdeutschen Volksraumes. 1935
- Hermann Aubin, Wege kulturgeschichtlicher Erforschung des deutschen Ostens.  
 Mitt. d. Schlesischen Gesellschaft f. Volkskunde, 31, 1930, S. 1 ff.
- Die deutschen Stadtrechtslandschaften. Vom deutschen Osten, 1934, S. 27 ff.
- Wilhelm Weizsäcker, Die Ausbreitung des deutschen Rechtes in Osteuropa. Bücher  
 des Deutschums. II. S. 549 ff.
- Gunther Ipsen, Gedanken zur soziologischen Erforschung des Deutschums in Ost-  
 mitteleuropa. Dh. 6, 1933, 145 ff., 241 ff.
- Bruno Schier, Hauslandschaften und Kulturbewegungen im östlichen Mitteleuropa.  
 1932
- Die südosideutsche Volksgrenze. Der Grenzraum Wien—Preßburg—Radkersburg—Ost-  
 tirol. In Zusammenarbeit mit Wald. Bucher hrg. von Friedrich Heiß. WR. 6,  
 1934
- Hermann Ullmann, Das Südosideutschum. 1935
- Fr. Baethgen, Der Weg des deutschen Volkes in den Osten. Das Auslandsdeutschum  
 des Ostens, 1932, 11 ff.
- Eckehart Staritz, Die West-Ostbewegung in der deutschen Geschichte. 1935
- Hermann Aubin, Die Ostgrenze des alten deutschen Reiches. HJfshr. 28, 1933, 225 ff.
- Albert Brackmann, Reichspolitik und Ostpolitik im frühen Mittelalter. Sitzber.  
 Berl. Akad. 32, 1935
- Theodor Mayer, Die mittelalterliche Kaiserpolitik und der Deutsche Osten. Nach-  
 richten der Gießener Hochschulgesellschaft 8, H. 3, 1931
- Adolf Hofmeister, Der Kampf um die Ostsee vom 9.—12. Jahrhundert. Greifswalder  
 Universitätsreden 29, 1931
- Erich Maschke, Das germanische Meer. Geschichte des Ostseeraumes. 1935
- Das Erwachen des Nationalbewußtseins im deutsch-slawischen Grenzraum. 1933
- Richard Bahr, Deutsches Schicksal im Südosten. 1936
- Osterreich — Erbe und Sendung im deutschen Raum. Von Nadler und von Erbil.  
 1936. Darin: Otto Brunner, Osterreich, das Reich und der Osten im späteren  
 Mittelalter.
- Kulturräume und Kulturströmungen im mitteldeutschen Osten. Von W. Ebert, Th.  
 Frings, K. Gleißner, K. Kößlsche, G. Streitberg. Text- und Kartenband,  
 1936
- Magdeburg in der Politik der deutschen Kaiser. 1936
- Walter Möllenberg, Eike von Repgow und seine Zeit. 1934
- Otto Weber-Krohse, Ritterorden, Preußen und Reich. 1935

- Otto Hinze, Die Hohenzollern und ihr Werk. 1916<sup>9</sup>  
 Ostlandvorträge auf der Hauptversammlung der Geschichtsvereine in Königsberg 1933.  
 S. KorrBl. 81, 1933, S. 190 ff.  
 Deutschland und Polen. Beiträge zu ihren geschichtlichen Beziehungen. Hrg. von Albert  
 Brackmann. 1933  
 Dietrich Schäfer, Osteuropa und wir Deutschen. 1924  
 Otto Hoersch, Osteuropa und deutscher Osten. 1934

- Norbert Krebs, Die Ostalpen und das heutige Österreich. Eine Länderkunde. 2. A.  
 der Länderkunde der österreichischen Alpen. 2 Bde. 1928  
 Hugo Haffinger, Die Tschechoslowakei. 1926  
 Bernhard Brandt, Der Nordosten. Landeskunde von Deutschland. Hrg. von N.  
 Krebs, 1931 (mit Literaturangaben über Schriften zur Geographie und Landes-  
 kunde des deutschen Ostens)  
 N. Creuzburg, Der Nordosten. Bd. I: Landschaften des deutschen Nordostens.  
 Veröffentl. des Geogr. Seminars der Techn. Hochschule Danzig. 1931  
 Joseph Partsch, Schlesien. 1896—1911  
 W. Geisler, Die Weichsellandschaft von Thorn bis Danzig. 1922 mit Literatur-  
 übersicht.  
 H. J. Schmitz und K. Frase, Landeskunde der Grenzmark Posen-Westpreußen. 1929  
 Hans Mortensen, Litauen. Grundzüge einer Landeskunde. 1926  
 Frits Braun, Polen. Das Land und die Leute. 1927

### Zeitschriften

- Deutsche Erde. Hrg. von Paul Langhans. Jg. 1—13, 1902—15  
 Deutsche Hefte für Volks- und Kulturbodenforschung. Jg. 1—2, 1930—32. Hrg. von  
 W. Volz und H. Schwalm; Jg. 3, 1933. Hrg. von E. Petersen u. H. Schwalm  
 Zeitschrift „Volk und Reich“. Verlag „Volk und Reich“, Berlin, 1925 ff.  
 Schriften des Osteuropa-Institutes Breslau  
 Ostlandforschungen des Ostland-Institutes Danzig  
 Deutsche wissenschaftliche Zeitschrift für Polen. 1923 ff.  
 Slavia occidentalis. Posen 1921 ff. (zu den Aufsätzen in polnischer Sprache kurzes  
 französisches Resumé)

## II. Siedlungsgeschichte

### 1. Allgemeines

- August Meitzen, Siedelung und Agrarwesen der Westgermanen und Ostgermanen,  
 der Kelten, Römer, Finnen und Slawen. 3 Bde. und Atlasband. 1896  
 Meitzen-Großmann, Der Boden und die landwirtschaftlichen Verhältnisse des  
 preussischen Staates. Band 6, 1904  
 „Deutsche Siedlungsforschungen“, Köhlsche-Festschrift. 1927  
 Ernst Schwarz, Die Frage der slawischen Landnahmezeit in Ostgermanien. *MDZG.*,  
 43, 187 ff.  
 Heinrich Felix Schmid, Die Burgbezirksverfassung bei den slavischen Völkern in  
 ihrer Bedeutung für die Geschichte ihrer Siedlung und ihrer staatlichen Organisation.  
*JbRGSl.*, N. F. II, 2, 1926, 81 ff.  
 Richard Koebner, Das Problem der slawischen Burgsiedlung und die Oppelner  
 Ausgrabungen. *ZWSchl.*, 65, S. 121 ff.  
 G. Wendt, Die Germanisierung der Länder östlich der Elbe. Programm Liegnitz 1884  
 (780—1137) und 1889 (1137—1181). Neudruck 1911



- Hans Witte, Zur Erforschung der Germanisation unseres Ostens. *HansGeshbl.* 1908
- R. Sebibt, Unsere mittelalterliche Ostmarkenpolitik. Eine Geschichte der Besiedelung und Wiedereindeutschung Ostdeutschlands. 1910
- Rudolf Kößschke, Quellen zur Geschichte der ostdeutschen Kolonisation im 12. bis 14. Jahrhundert. *Quellenammlung zur deutschen Geschichte.* 1931<sup>2</sup>
- Die mittelalterliche ostdeutsche Kolonisation. *Weltgeschichte*, begründet von Helmolt. Hrsg. von A. Lille, 6, 1921<sup>2</sup>, 257 ff.
- Karl Hampe, Der Zug nach dem Osten. Die kolonisatorische Großtat des deutschen Volkes im Mittelalter. Aus *Natur und Geisteswelt* 731, 1921. 1935<sup>4</sup>
- B. Pfister, Der historische Boden der deutschen Ostsiedlung. *Hochland*, Jg. 31, 1933, 387 ff.
- Werner Emmerich, Der deutsche Osten. Die kolonisatorische Leistung des deutschen Volkes im Mittelalter. 1935 mit Abbildungen
- Fritz Eurschmann, Die Ortsnamen im nordostdeutschen Kolonialgebiet. 1910
- Paul Richard Kößschke, Das Unternehmertum in der ostdeutschen Kolonisation des Mittelalters. *Phil. Diss.* Leipzig 1894
- Richard Koebner, Locatio. Zur Begriffssprache der deutschen Kolonisation. *ZWGschl.* 63, 1929
- Hermann Aubin, Wirtschaftsgeschichtliche Bemerkungen zur ostdeutschen Kolonisation. *Gedächtnisschrift für Georg v. Below.* 1928, S. 169 ff.
- Hans Spangenberg, Die Bedeutung der Stadtsiedlung für die Germanisierung der ehemals slawischen Gebiete des Deutschen Reiches. *Mecklenburgische Jahrbücher* 99, S. 107 ff.
- Konrad Schünemann, Die Entstehung des Städtewesens in Südosteuropa. 1928
- Die Stellung des Südostens in der Geschichte der mittelalterlichen deutschen Kolonisation. *Siebenbürgische Wjchr.* 57, 1933, 1 ff.
- Heinrich Felix Schmid, Das Recht der Gründung und Ausstattung von Kirchen im kolonialen Teile der Magdeburger Kirchenprovinz während des Mittelalters. *ZSavRG. Kanon. Abt.* 44, 1924. Auch Sonderdruck
- Franz Winter, Die Eisterzienfer des nordöstlichen Deutschland. 3 Bde. 1868—71
- Die Prämonstratenser des 12. Jahrhunderts und ihre Bedeutung für das nordöstliche Deutschland. 1865
- Fritz Kötig, Hanfische Beiträge zur deutschen Wirtschaftsgeschichte. 1928
- Hans Witte, Besiedlung des Ostens und Hanse. *Pfbl.HGW.* 10, 1914
- Walter Vogel, Kurze Geschichte der deutschen Hanse. *Ebd.*, 11, 1915
- Fritz Kötig, Rheinland-Westfalen und die deutsche Hanse. 1933
- N. F. Kaindl, Geschichte der Deutschen in den Karpathenländern. 3 Bde. 1907—10

## 2. Landschaften

### a) Österreich und das Ostalpenland

- Karl Lechner, Besiedlung und Volkstum der österreichischen Länder. Österreich, Erbe und Sendung, 1936, 21 ff.
- Otto Kämmler, Die Anfänge deutschen Lebens in Österreich bis zum Ausgange der Karolingerzeit. 1879
- Die Besiedlung des deutschen Südostens vom Anfange des 10. bis gegen Ende des 11. Jahrhunderts. 1909
- Victor Hasenöhrl, Deutschlands südöstliche Marken im 10., 11. und 12. Jahrhundert. *Archiv für österreichische Geschichte*, 82, 1895
- H. Reutter, Fränkisches Grenz- und Siedlungssystem in den Karolingischen Südostmarken. *AbLNDe.*, N. F. 10, 1911, 1 ff.

- Ernst Klebel, Die Erforschung der Herrschaften und Gerichte der Alpenländer und ihre Bedeutung für die südsüdösterreichische Kolonisation. *DH.* 1, 1930, 57 ff.
- Mag Vancsa, Geschichte Nieder- und Oberösterreichs. 2 Bde. (bis 1522). 1905 u. 1927  
— Zur Geschichte der Besiedelung von Nieder- und Oberösterreich. *Deutsche Geschichtsblätter* 5, 1904 (mit Literaturangaben)
- Alfred Hackel, Die Besiedlungsverhältnisse des Oberösterreichischen Mühlviertels. *FDEWde.* 14, 1903, 1 ff.
- F. Heilsberg, Geschichte der Kolonisation des Walddiertels. *IbLND.* 1907. Auch Sonderdruck 1907
- Alfred Grund, Die Veränderungen der Topographie im Wiener Walde und Wiener Becken. *Geographische Abhandlungen*, 8, 1901
- H. Weigl, Die Grundlagen der modernen Besiedlung Niederösterreichs. *IbLND.*, N. F., 23, 1930, 25 ff.
- Hans Pirchegger, Geschichte der Steiermark. 3 Bde. (bis 1919). 1920, 1931, 1932
- A. Jaksch, Geschichte Kärntens bis 1335. *Vd.* 1 u. 2. 1928
- Hugo Grothe, Die deutsche Sprachinsel Gottschee in Slowenien. 1931
- Otto Brunner, Geschichte des Burgenlandes im Rahmen der deutsch-ungarischen Beziehungen. *DH.*, 1, 1930, 152 ff.
- Reinhold Lorenz, Türkenjahr 1683. Das Reich im Kampf um den Osten. 1934<sup>2</sup>
- F. Wilhelm und J. Kallbrunner, Quellen zur deutschen Siedlungsgeschichte in Südsteuropa. *Schriften der deutschen Akademie*, 11, 1932
- J. Kallbrunner, Die deutsche Auswanderung nach dem Osten in der Neuzeit. *KorrBl.* 78, 1930, 173 ff.
- Konrad Schünemann, Österreichs Bevölkerungspolitik unter Maria Theresia. *Vd.* 1. Veröffentlichungen des Institutes zur Erforschung des deutschen Volkstums im Südosten in München und des Institutes für ostbayerische Heimatforschung in Passau, 6, 1936

## b) Der Sudetenraum

- Wilhelm Friedrich, Die historische Geographie Böhmens bis zum Beginn der deutschen Kolonisation. *Abhandl. der Geogr. Gesellschaft Wien*, 9, 1912
- Bertold Bretholz, Geschichte Böhmens und Mährens bis zum Aussterben der Přemysliden (1306). 1912  
— Geschichte Böhmens und Mährens. 4 Bde. 1921—24
- Josef Pfišner, Die Geschichte der Sudetendeutschen. *WZ.*, 23, 1933, 185 ff.  
— Sudetendeutsche Geschichte. 1935
- Gesamtdarstellungen tschechischer Historiker: V. Nowotný (1912 ff.), J. Peřák (1921), J. Šusta (1919/26), K. Křofka (deutsch: 1932), dets., Geschichte des Bauernstandes in Böhmen und Mähren (1919)
- Walter Uhlemann, Zur Frage nach dem Ursprung und der Herkunft der Deutschen in Böhmen und Mähren. *HVjschr.* 22, 1924/25, 541 ff. (Literaturbericht)
- Der ostdeutsche Volksboden. Hrg. von W. Volz: A. Dopřch, Die historische Stellung der Deutschen in Böhmen und Mähren. — K. Holkmann, Die Herkunft der Deutschen in Böhmen und Mähren. — E. Gierach, Die Bretholz'sche Theorie im Lichte der Sprachforschung.
- Wilhelm Wostyn, Das Kolonisationsproblem. *MWBVb.*, 60, 1922, 1 ff.
- Josef Pfišner, Die Besiedlung der Sudeten bis zum Ausgang des Mittelalters. *DH.*, 1, 1930, 68 ff., 167 ff.  
— Grundsätzliches zur Siedlungsforschung (Grafschaft Olag im 18. Jahrhundert). *MWB.*, 43, 1929

- Theodor Mayer, Aufgaben der Siedlungsgeschichte in den Sudetenländern. *Dh.*, 1, 1930, 129 ff.
- Ernst Schwarz, Die Ortsnamen der Sudetenländer als Geschichtsquelle. *Forschungen zum Deutschtum der Ostmarken*, II, 1931
- Sudetendeutsche Sprachräume. 1935
- O. Peterka, Rechtsgeschichte der böhmischen Länder. 2 Bde. 1923—28
- Wilhelm Weizsäcker, Das deutsche Recht der bäuerlichen Kolonisten Böhmens und Mährens. *MWBö.*, 51, 1912, 476 ff. Mit Literaturangaben. Vgl. ebda. 66, 1928, S. 3 ff.
- Sächsisches Bergrecht in Böhmen. Das Joachimsthaler Bergrecht des 16. Jahrhunderts. *Forschungen zur Sudetendeutschen Heimatkunde*, H. 5, 1929
- Adolf Zycha, Über den Ursprung der Städte in Böhmen und die Städtepolitik der Přemysliden. *MWBö.*, 52 und 53, 1914 und 1915
- B. Schmidt, Versuch einer Siedlungsgeschichte des Böhmerwaldes. *Schriften zugunsten des Böhmerwaldmuseums*. 1923
- A. Mayer, Die Besiedlung des Böhmerwaldes. 1932
- Hans Hirsch, Zur Entwicklung der böhmisch-österreichisch-deutschen Grenze. *Jahrb. d. Ver. f. Gesch. d. Deutschen in Böhmen*, 1, 1926, S. 7 ff.
- H. Reutter, Das Siedlungswesen der Deutschen in Mähren und Schlesien bis zum 14. Jahrhundert. *Aus Österreichs Vergangenheit*, Nr. 14, 1918
- K. Berger, Die Besiedlung des deutschen Nordmährens im 13. und 14. Jahrhundert. 1933

- A. Stuhlfauth, Die bayrisch-fränkische Kolonisation gegen die Slawen auf dem Nord- und Kadenzgau. *Arch. f. Gesch. u. Altertumskunde von Oberfranken* 31, 1932, 1 ff.
- Ernst Schwarz, Bairische und ostfränkische Ostsiedlung im Mittelalter im Lichte der Sprachforschung. *Mitteilungen der Akademie zur Erforschung des Deutschtums*, 1935, 661 ff.

### c) Die mittelelbischen Lande

- Theodor Frings, Sprache und Siedlung im mitteldeutschen Osten. *Berichte über die Verhandlg. d. Sächs. Akademie der Wissenschaften zu Leipzig, Phil.-hist. Klasse*, 84, 1932, S. 6
- Rudolf Kösschke (und Hellmut Kresschmar), *Sächsische Geschichte*. 1. Band: Vor- und Frühgeschichte, Mittelalter und Reformationszeit. 1935
- Staat und Kultur im Zeitalter der ostdeutschen Kolonisation. *Aus Sachsens Vergangenheit*, H. 1, 1910
- E. D. Schulze, Die Kolonisierung und Germanisierung der Gebiete zwischen Saale und Elbe. *Preisschriften der fürstl. Jablonowskischen Gesellschaft*, 33, 1896
- Johannes Leipoldt, Die Geschichte der ostdeutschen Kolonisation im Vogtland auf der Grundlage der Siedlungsformenforschung. 1927
- Wolfgang Ebert, Das Burzener Land. *Schriften für Heimatforschung*. Heft 1, 1930. — Walter Schlesinger, Die Schönburgischen Lande bis zum Ausgang des Mittelalters. *Ebda.* H. 2, 1935
- Rudolf Lehmann, Geschichte des Wendentums in der Niederlausitz bis 1815 im Rahmen der Landesgeschichte. *Die Wenden. Forschungen zu Geschichte und Volkstum der Wenden*, H. 2, 1930
- Die Lausitz im Zeitalter der ostdeutschen Kolonisation. 1923
- Max Jaenecke, Die Oberlausitzer Herrschaften, spezielle und allgemeine Probleme aus ihrer Geschichte und historischen Topographie. *Un gedr. phil. Diss. Leipzig* 1923. *S. Jahrbuch der Philos. Fakultät zu Leipzig*, 1923, 68 ff.



- Job. R. Krezschmar, Die Entstehung von Stadt und Stadtrecht in den Gebieten zwischen mittlerer Saale und Lausitzer Neiße. 1905  
 Walter Jecht, Neue Untersuchungen zur Gründungsgeschichte der Stadt Görlitz und zur Entstehung des Städtewesens in der Oberlausitz. Neues Lausitzisches Magazin, 95, 1919, 1 ff.

#### d) Brandenburg und seine Marken

- Josef Pfißner, Entstehung und Stellung des nordostdeutschen Koloniallandes. *Dh.* 2, 1932, 225 ff.  
 B. Guttman, Die Germanisierung der Slawen in der Mark. *FBrPrG.*, 9, S. 395 ff.  
 Werner Gley, Die Besiedlung der Mittelmark von der slawischen Einwanderung bis 1624. *Forschungen zum Deutschtum der Ostmarken*, II, 1, 1926  
 Max Bathe, Die Herkunft der Siedler in den Landen Jerichow, erschlossen aus der Laut-, Wort- und Flurnamengeographie. 1932  
 Arno Jaster, Die Geschichte der askanischen Kolonisation in Brandenburg. 1934  
 Rudolf Ohle, Die Bedeutung der Zisterzienser für die Besiedlung der Mark Brandenburg. *Mitt. d. Uckermärk. Mus.- u. Gesch.-Ver. Prenzlau VII*, 2, 1922  
 Hans Mundt, Die Heer- und Handelsstraßen der Mark Brandenburg vom Zeitalter der ostdeutschen Kolonisation bis zum Ende des 18. Jahrhunderts. 1932  
 K. H. Wels, Straßensysteme und Siedlungsprobleme in der frühgeschichtlichen Mittelmark. Ein Beitrag zur Kolonisation des deutschen Ostens. *FBrPrG.*, 44, 1932, 245 ff.  
 Oskar Breitenbach, Die Eindeutschung des Landes Lebus und die Gründung von Frankfurt an der Oder. 1929. — u. Fr. Schilling, Die erste Einwanderung und Ansiedlung von Deutschen in Frankfurt a. O. 1926  
 Gerhard Fischer, Das Land Lebus. Die Entwicklung des ländlichen Siedlungsbildes vom Mittelalter bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts. 1936  
 P. von Niessen, Geschichte der Neumark im Zeitalter ihrer Entstehung und Besiedlung von den ältesten Zeiten bis zum Aussterben der Askanier. 1905  
 Willy Hoppe, Die Neumark in der ostdeutschen Geschichte. Brandenburg. *Jahrbuch* 6, 1931, 39 ff.  
 K. Heidenreich, Der deutsche Orden in der Neumark (1402—55). *Einzelschr. d. Hist. Komm. f. d. Prov. Brandenburg und die Reichshauptstadt Berlin*, 5, 1932

#### e) Ostholstein und Mecklenburg; Pommern

- Hans Witte, *Mecklenburgische Geschichte*, 1, 1909  
 Otto Witense, *Geschichte von Mecklenburg*. 1920  
 Dmitrij Jegorov, Die Kolonisation Mecklenburgs im 13. Jahrhundert. 2 Bde. *Bibliothek geschichtl. Werke aus den Literaturen Osteuropas I*, 1, 1930. Band 1: Material u. Methode, übers. v. H. Cosack. Band 2: Der Prozeß der Kolonisation, übers. v. G. Ostrogorsky  
 Hans Witte, Jegorovs Kolonisation Mecklenburgs im 13. Jahrhundert. *Bibliothek geschichtl. Werke Osteuropas I*, 3, 1932  
 — Wendische Bevölkerungsreste in Mecklenburg. *FDLWd.*, 16, 1905  
 Josef Pfißner, Zur deutschslawischen Siedlungsgeschichte Mecklenburgs und Ostholsteins im Mittelalter. *JbRGSl.*, N. F., 9, 1933, 185 ff.  
 Karl Hoffmann, Die Städtegründungen Mecklenburg-Schwerins in der Kolonisationszeit vom 12.—14. Jahrhundert auf siedlungsgeschichtl. Grundlage. 1930. *Auch Jahresh. Ver. f. mecklenb. Gesch.* 94, 1930, 1 ff.  
 Franz Engel, Deutsche und slawische Einflüsse in der Dobbertiner Kulturlandschaft. *Siedlungsgeographie und wirtschaftliche Entwicklung eines mecklenburgischen Sandgebietes*. 1934

- W. Biereye, Über die Besiedlung des Landes Parchim durch die deutsche Ritterschaft 1225—56. Mecklenburg. Jahrbuch 96, 1932, 151 ff.
- Ritter aus der Nachbarschaft Stades als mecklenburgische und pommerische Kolonisationen. Stader Archiv, N. F. 24, S. 38 ff.
- Martin Wehrmann, Geschichte von Pommern. 2 Bde. 1905/06
- W. v. Sommerfeld, Geschichte der Germanisierung des Herzogtums Pommern oder Slawien bis zum Ablauf des 13. Jahrhunderts. 1896
- Ch. v. Trotha, Die Entwicklung der ländlichen Siedlungen im Rösliner Küstengebiet. Schriften des Geograph. Instituts der Univerf. Kiel, 1, 1933
- Werner Bandlow, Die Städte Neuvorpommerns. Ein Beitrag zur pomm. Landeskunde. 1933
- Hellmut Schleinig, Besiedlung und Bevölkerung der südlichen Grenzmark. Sonderheft der Grenzmarkischen Heimatblätter. 1936

#### f) Schlesien

- Colmar Grünhagen, Geschichte Schlesiens. 2 Bde. 1890—92<sup>2</sup>
- Josef Pfißner, Die geschichtliche Stellung der Deutschen im groß-schlesischen Raum. BK., 6, 1932
- Wilhelm Schulte, Die Anfänge der deutschen Kolonisation in Schlesien. „Silesiaca“, Festschrift für C. Grünhagen des Vereins für Geschichte und Altertumskunde Schlesiens. 1898
- Kleine Schriften. Darstellungen und Quellen zur schlesischen Geschichte, 23, 1918
- Deutsche Städtegründungen in Schlesien. 1903
- Viktor Seidel, Der Beginn der deutschen Besiedlung Schlesiens. Darstellungen und Quellen zur schlesischen Geschichte, 17, 1913
- Die deutsche Besiedlung Schlesiens im Mittelalter als Teil des deutschen Ostzugs. JbKGSl., N. F., IX, 1933, 195 ff.; XI, 1935, 242 ff.
- Josef Pfißner, Besiedlungs-, Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte des Breslauer Bistumslandes. 1926
- Die mittelalterliche Verfassungsgeschichte Schlesiens im Lichte polnischer Forschung. DH., 3, 1933, 2 ff.
- Franz Xaver Seppelt, Die deutsche Besiedlung Schlesiens und die Kirche. Förderungen und Hemmungen. DH., 1, 1930, 20 ff.
- Hanns Krupicka, Die sog. Leubuser Stiftungsurkunde von 1175. JbKGSl., 70, S. 63 ff.
- Erich Sandow, Das Halle-Neumarkter Recht. 1932
- Vgl. R. Kösschke, Um das Halle-Neumarkter Recht BJSchl., 27, 1934, 336 ff.
- W. Jungandreas, Beiträge zur Erforschung der Besiedlung Schlesiens und zur Entwicklungsgeschichte der schlesischen Mundart. Wort und Brauch XVII, 1928
- J. Gottschalk, Beiträge zur Rechts-, Siedlungs- und Wirtschaftsgeschichte des Kreises Militsch bis zum Jahre 1648. 1930

#### g) Preußen

- Heinrich von Treitschke, Das Deutsche Ordensland Preußen. 1862 (mehrfache Neudrucke)
- Karl Lohmeyer, Geschichte von Ost- und Westpreußen. Band 1 (bis 1411). 1908<sup>3</sup>
- Christian Krollmann, Politische Geschichte des Deutschen Ordens in Preußen. 1932
- Erich Caspar, Hermann von Salza und die Gründung des Deutschordensstaates in Preußen. 1924



- Erich Maschke, Polen und die Berufung des Deutschen Ordens nach Preußen. Ostland-Forschungen 4, 1934
- Der deutsche Ordensstaat. 1935
- Deutsche Staatenbildung und deutsche Kultur im Preußenlande. Hrg. vom Landeshauptmann der Provinz Ostpreußen. 1931
- Hans Plehn, Die Besiedlung des Ordenslandes Preußen. Deutsche Erde, 2, 1903, 99 ff.
- Christian Krollmann, Die Besiedlung Ostpreußens durch den Deutschen Orden. VjGWG., 21, 1928, 280 ff.
- Die deutsche Besiedlung des Ordenslandes Preußen. „Prussia“, 29, 1931, 250 ff.
- Die Herkunft der deutschen Ansiedler in Preußen. Ztschr. d. Westpreußischen Geschichtsvereins, 54, 1913
- Oskar Zippel, Die Kolonisation des Ordenslandes Preußen bis zum Jahre 1309. Altpreußische Monatschrift 58, 1921
- Walter Vogel, Die Ordenskolonisation in den südlichen Küstenländern der Ostsee. Verhandlungen und Abhandlungen des 24. deutschen Geographentages 1931, 111 ff.
- Wilhelm Ziefemer, Siedlungsgeschichte Ost- und Westpreußens. Hans. Geschbl. 1928
- Karl Kasiske, Die Siedlungstätigkeit des deutschen Ordens im östlichen Preußen bis zum Jahre 1410. Einzelschriften der Histor. Kommission für ost- und westpreuß. Landesforschung, 5, 1934
- Heinrich Harmjanz, Volkskunde und Siedlungsgeschichte Alt-Preußens. Neue deutsche Forschungen, Abt. Volkslehre und Gesellschaftskunde, 100, 1936
- Hans Plehn, Zur Geschichte der Agrarverfassung von Ost- und Westpreußen. FBrPrG., 17, 1904, 383 ff.
- Guido Risch, Die Kulmer Handfeste. 1931. Dazu: H. Kleinau, Untersuchungen zur Kulmer Handfeste. AG., 10, 1933, 231 ff.
- Erich Keyser (mit einigen anderen Verfassern), Der Kampf um die Weichsel. 1926
- Sellke, Die Besiedlung der Danziger Niederung im Mittelalter. Ztschr. des Westpreuß. Gesch.-Ver. 1932
- H. Schmauch, Besiedlung und Bevölkerung des südlichen Ermlandes. „Prussia“, 30, 1934, 142 ff.
- Gertrud Mortensen, Beiträge zu den Nationalitäten- und Siedlungsverhältnissen von Preußisch-Litauen. 1927
- Hans Mortensen, Die litauische Wanderung. 1927
- Max Beheim-Schwarzbach, Hohenzollernsche Kolonisationen. Ein Beitrag zur Geschichte des preussischen Staates und der Kolonisation des östlichen Deutschland. 1874
- Bruno Schumacher, Niederländische Ansiedlungen im Herzogtum Preußen. 1523—68. 1902. — Die Bedeutung der preussischen Könige für die Wiederherstellung des deutschen Ostens. KorrbL. 77, 1929, S. 82 ff.
- O. Barkowski, Die Besiedlung des Hauptamtes Insterburg unter Herzog Albrecht und Markgraf Georg Friedrich von Ansbach 1525—1603. „Prussia“, 30, 1934, 1 ff.
- Max Beheim-Schwarzbach, Friedrich Wilhelm I. Colonisationswerk in Litauen, vornehmlich die Salzburger Kolonie. 1879
- H. Berger, Friedrich der Große als Kolonisateur. Siesener Studien z. Gesch., H. 8, 1896
- Gotthard Arndt, Grundsätze der Siedlungspolitik und Siedlungsmethode Friedrichs des Großen. Schriften zur Förderung der inneren Kolonisation. H. 52, 1934
- Helm. Kubliak, Die Siedlungspolitik Friedrichs des Großen im Kreise Cottbus. 1935
- A. Detto, Die Besiedlung des Oberbruches durch Friedrich den Großen. FBrPrG. 16, 1903, 163 ff.
- P. Wehrmann, Friedrich der Große als Kolonisateur in Pommern. Programm Pyritz 1897/98

- Max Bär, Westpreußen unter Friedrich dem Großen. 2 Bde. 1909
- Herbert Schlenger, Friderizianische Siedlungen rechts der Oder bis 1800. Karte etwa 1:100000, Blatt 1—3 mit Beih. 1, Breslau 1933. (Beih. 1 zum Geschichtl. Atlas von Schlesien)
- E. Neuhaus, Die friderizianische Kolonisation im Warthe- und Neßebruch. Schriften d. Vereins f. Gesch. d. Neumark, 18, 1906
- Ehr. Meyer, Friedrich der Große und der Neßedistrikt. Quellen und Forschungen zur deutschen, insbesondere Hohenzollernschen Geschichte, H. 4, 1907<sup>2</sup>
- August Müller, Die preußische Kolonisation in Nordpolen und Litauen (1795—1807). 1928
- Preußische Denkschrift „Zwanzig Jahre deutscher Kulturarbeit. Tätigkeit und Aufgaben neupreussischer Kolonisation in Westpreußen und Posen.“ Haus der Abgeordneten, Vorlage Nr. 501. 1907
- Manfred Laubert, Ostmärkische Siedlungsprobleme. Schriften des Osteuropa-Institutes Breslau, Neue Reihe, H. 6, 1936

#### h) Polen

- Albert Brackmann, Die Anfänge des polnischen Staates. Sitzber. Preuß. Akad., Phil.-hist. Klasse, 29, 1934
- Heinrich Felig Schmid, Die sozialgeschichtliche Erforschung der mittelalterlichen deutschrechtlichen Siedlung auf polnischem Boden. VjZWBG., 20, 1927, 301 ff.
- Richard Koebner, Deutsches Recht und deutsche Kolonisation in den Piastenländern. Ebda., 25, 1932, 313 ff.
- Erich Schmidt, Geschichte des Deutschtums im Lande Posen unter polnischer Herrschaft. 1904
- U. Wunderak, Zur Geschichte der deutschen Ansiedlungen im ehemaligen Polen. Hist. Monatsblätter f. d. Prov. Posen, 7, 1905
- Manfred Laubert, Studien zur Geschichte der Provinz Posen. Dtsch. wiss. Zeitschrift für Polen. Sonderheft 11, 1927
- H. Barten, Die Siedlungen in Südwest-Posen. Veröffentlichungen der Schlesischen Gesellschaft für Erdkunde, H. 18, 1933
- R. F. Raendl, Die Deutschen in Galizien und der Bukowina. 1916
- Lh. Böckler, Das Deutschtum in Galizien. 1917<sup>2</sup>
- Walter Ruhn, Die jungen deutschen Sprachinseln in Galizien. Ein Beitrag zur Methode der Sprachinselforschung. 1930
- Gedenkbuch zur Erinnerung an die Einwanderung der Deutschen in Galizien vor 150 Jahren 1781—1931. Hrg. vom Aussch. der Gedenkfeier, Posen, Hist. Gesellschaft zu Posen. 1931
- Karasek-Lück, Die deutschen Siedlungen in Wolhynien. 1931
- Kurt Lück, Der Umfang des mittelalterlichen deutschen Volksbodens im polnisch-ukrainischen Osten. D.H., 1, 1930, 296 ff., 358 ff.
- Die deutschen Siedlungen im Cholmer und Lubliner Lande. Deutsche Gaue im Osten, 6, 1933
- Deutsche Aufbaukräfte in der Entwicklung Polens. Ostdeutsche Forschungen, 1, 1934
- Aberblick über die neueren Arbeiten polnischer Verfasser f. Jahresberichte für deutsche Geschichte, 1932, 591 ff., bzw. 609 ff. Unter ihnen seien genannt: K. Tymieniecki (verschiedene Studien zur Rechts- und Sozialgeschichte); Wl. Semkowicz (Geschichte der Ritterschaft); besonders Fr. Bujak (Siedlungs- und Wirtschaftsgeschichte) und K. Grodecki (zur Rechts- und Siedlungsgeschichte). — Aber Dorfformen auch O. Balzer (Inhaltsangabe f. E. Missalek, Hist. Zeitschrift 111, S. 610 ff.)



- Theodor Lye, Die Anfänge der dörflichen Siedlung zu deutschem Recht in Großpolen. Übers. v. Maria Lye. 1930  
 Karol Maceczynski, Die ältesten Märkte in Polen und ihr Verhältnis zu den Städten vor der Kolonisierung nach dem deutschen Recht. 1930

### i) Ungarn

- R. F. Kaindl, Geschichte der Deutschen in Ungarn. 1912  
 F. A. Basch, Das Deutschtum in Ungarn. Meten 1926  
 Konrad Schönemann, Die Deutschen in Ungarn bis zum 12. Jahrhundert. 1923  
 Otto Albrecht Isbert, Das südwestungarische Mittelgebirge. Bauernsiedlung und Deutschtum. 1931  
 A. Luz, Die Berufung deutscher Ansiedler durch Kaiser Joseph II. nach Ungarn. 1929  
 G. D. Leutsch, Geschichte der Siebenbürger Sachsen, 1, 1899<sup>3</sup>  
 Friedrich Leutsch, Die Art der Ansiedlung der Siebenbürger Sachsen. FDLBde., 9, 1895, 1 ff.  
 Franz Zimmermann, Über den Weg der deutschen Einwanderer nach Siebenbürgen. MZG., 9, 1888, 46 ff.  
 Ernst Nowotny, Die Transmigration ober- und innerösterreichischer Protestanten nach Siebenbürgen im 18. Jahrhundert. Schriften d. Inst. f. Grenz- und Auslandsdeutschtum an der Universität Marburg, H. 8, 1931  
 Georg Müller, Das Deutschtum und die sekundären Siedlungen in Siebenbürgen. Korr. d. Ver. f. siebenbürgische Landeskunde, 52, S. 161 ff.  
 — Die sächsische Nationsuniversität in Siebenbürgen. 1928  
 Gottfried Fittbogen, Der Verdegang der Zipser Deutschen. ZG., 23, 1933, 533 ff.  
 E. Fausel, Das Zipser Deutschtum. Schriften des Instituts für Grenz- und Auslandsdeutschtum an der Universität Marburg. 1927  
 Kurt Eckert, Die deutschen Siedlungen in der Slowakei. „Karpathenland“, Jg. 1, H. 1  
 Hans Kafet, Der Volks- und Kulturboden des Slowakeideutschtums. Schriften des Osteuropa-Institutes Breslau. Neue Reihe, H. 2. 1934  
 Norbert Zimmer, Die deutschen Siedlungen in der Bukowina. 1930  
 Theodor Grentcup, Das Deutschtum an der mittleren Donau, in Rumänien und Jugoslawien. 1930  
 Rudolf Hartmann, Die Schwäbische Türkei im 18. Jahrhundert. 1935  
 Felix Milleker, Geschichte der Banater Militärgrenze 1764—1873. Pančevo 1926  
 — Kulturgeschichte der Deutschen im Banat 1716—1918. Warschau 1930  
 Herm. Rüdiger, Die Donauschwaben in der südslawischen Batschka. 1931

### k) Die baltischen Lande; Rußland

- E. Seraphim, Geschichte Livlands, Estlands und Kurlands von der Aufseglung des Landes bis zur Einverleibung in das russische Reich. 2. A. 3 Bde. (Bd. 3 von A. Seraphim), 1897—1904  
 Paul Johansen, Siedlung und Agrarwesen der Esten im Mittelalter. Verhandlungen der Gelehrten Estnischen Gesellschaft, 23. Bd., 1925. Diss. Leipzig  
 Heinrich Bosse, Der livländische Bauer am Ausgang der Ordenszeit. Mitt. f. livländische Geschichte 24, 1933, 281 ff.  
 Fr. Matthäi, Die deutschen Ansiedlungen in Rußland. 1866  
 Konrad Keller, Die deutschen Kolonien in Südrußland. Odessa 1905  
 Gerhard Bonwetsch, Geschichte der deutschen Kolonien an der Wolga. 1919  
 Georg Leibbrandt, Die Auswanderung aus Schwaben nach Rußland. 1816—23. 1828

### III. Siedlungsgestaltung

- Die schon oben aufgeführten Werke von Varten, Bernard, Gley, Hoenig, Hoffmann, Leipoldt, Schlenger, Sidaritsch, v. Trotha, Zycha sowie die Preussische Denkschrift wurden auch für diesen Abschnitt besonders herangezogen
- Robert Mielke, Siedlungskunde des deutschen Volkes. 1927
- Rudolf Martiny, Morphologische Siedlungsforschungen. „Röschke-Festschrift“. 1927, S. 21 ff. — Die Grundrißgestaltung der deutschen Siedlungen. Petermanns Mitteil., Erg.-Heft 197, 1928
- Wolfgang Ebert, Ländliche Siedlungsformen im deutschen Osten. Text mit Vorwort von R. Röschke. Blätter für deutsche Landesgeschichte, H. 1, 1936, 5 ff. 2 Abbildungen. — Sonderausgabe mit Anhang. 1936
- Adalbert Klaar, Die Siedlungstypen Niederösterreichs. JbLND., N. F., 23, 1930, 37 ff.
- Die Siedlungs- und Hausformen des Wiener Waldes. FDLBfde., 31, 1936, 1 ff.
- M. Sidaritsch, Geographie des bäuerlichen Siedlungswesens im ehemaligen Herzogtum Steiermark. 1925
- Fr. Wehoffsich, Siedlungsformen des Burgenlandes. Handwörterbuch des Grenz- und Auslandsdeutschtums, 1, 1936
- G. von Geldern-Crispendorf, Kulturgeographie des Frankenwaldes. 1930
- Alfred Hennig, Die Dorfformen Sachsens. 1912
- Johannes Langer, Heimatkundliche Streifzüge durch Fluren und Orte des Erzgebirges und seines Vorlandes. 1931
- W. Geisler, Die Gutsiedlung und ihre Verbreitung in Norddeutschland. Geogr. Anzeiger 1922, 250 ff.
- W. Lauburg, Die Siedelungen der Altmark. Ein Beitrag zur altmärkischen Landeskunde. Archiv für Landes- und Volkskunde der Prov. Sachsen, 24, 1914
- Arthur Glog, Beiträge zur Siedlungskunde Nordalbingiens. FDLBfde., 7, 1893, 273 ff.
- H. Brand, Die Übertragung altdeutscher Siedlungsformen in das ostholsteinische Kolonisationsgebiet. Im Rahmen einer Entwicklungsgeschichte ländlicher Siedlungen des oldenburgischen Landesteils Lübeck. Kiel, Diss. 1933
- J. N. Folkers, Deutschrechtliche Siedlungsformen auf ehemals slawischem Boden in Holstein und Lauenburg. Nordelbingen, 8, 1930, 104 ff.
- Endler-Folkers, Das Mecklenburger Bauerndorf. 1930
- W. Eckermann, Die Siedlungen im nordöstlichen Mecklenburg. Mitteilungen der Geogr. Gesellschaft Rostock, 11—15, 1925
- R. Eistert, Die schlesische Siedlungsformefforschung. JbKGSl., N. F., 7, 1931, 420 ff.
- Herbert Schlenger, Formen ländlicher Siedlungen in Schlesien. Beiträge zur Morphologie der schlesischen Kulturlandschaft. 1930
- Walter Bernard, Das Waldhufendorf in Schlesien. 1931
- W. Geisler, Die ländlichen Siedlungsformen des deutschen Weichsellandes. Af., 3, 1926
- Probleme der ländlichen Siedlungsformen im unteren Weichsellande. Festgabe „Vom deutschen Osten“ für M. Friedrichsen. 1934
- R. Heuer, Die Holländerdörfer in der Weichselniederung um Thorn. Mitteilungen des Copernikus-Vereins für Wissenschaft und Kunst, Thorn, 42, 1933, 122 ff.
- G. Czynbalka, Wandlungen im Bild der Kulturlandschaft des südlichen Ostpreußens seit dem Beginn des 18. Jahrhunderts. Diss. Berlin 1934 (im Druck)
- Walter Maas, Über deutsche Dorfformen in Posen und die deutsch-polnische Sprachgrenze daselbst. Zeitschrift des Vereins für Volkskunde, 39, N. F., 1, 1930, 274 ff.
- B. Zaboriski, Über Dorfformen in Polen und ihre Verbreitung. Deutsche Übersetzung von F. Schmidbauer. Bibl. geschichtl. Werke a. d. Lit. Osteuropas, 2, 1930



- Walter Ruhn, Kleinsiedlungen aus friderizianischer Zeit. 1915  
 — Die deutschen Siedlungsformen in Polen. Deutsche Blätter in Polen, 6, 1929  
 — Die Siedlungsformen der jungen deutschen Sprachinseln in Galizien. Gedenkbuch zur Erinnerung an die Einwanderung der Deutschen in Galizien vor 150 Jahren. 1931  
 — Die regelmäßigen Flussformen der jungen deutschen Sprachinseln. Festschrift für E. Uhlig, 1932, 164 ff.

Herbert Ludat, Der Ursprung der ostdeutschen Wiesen. *VjSWS.*, 29, 1936, 114 ff.  
 — Die ostdeutschen Kiese. 1936

Walter Geisler, Die deutsche Stadt. Ein Beitrag zur Morphologie der Kulturlandschaft. *FDWde.*, 22, 1924, 359 ff.

O. Kloppel, Siedlung und Stadtplanung im Osten. 1926

Walter Uhlemann, Stand und Aufgaben der Stadtplanforschung für die Geschichte des Städtewesens. *VjSWS.*, 24, 1931, 185 ff.

Anton Hoenig, Deutscher Städtebau in Böhmen. 1921

Fritz Meurer, Der mittelalterliche Stadtgrundriß im nördlichen Deutschland in seiner Entwicklung zur Regelmäßigkeit auf der Grundlage der Marktgestaltung. *Diss.* Berlin 1914

Ed. J. Siedler, Märkischer Städtebau im Mittelalter. 1914

Fritz Körig, Der Markt von Lübeck. 1921. (Zest: Hanstische Beiträge zur deutschen Wirtschaftsgeschichte, S. 40 ff.)

G. Schönauich, Stadtgründungen und typische Stadplanlagen in Schlesien. *ZWSchl.*, 60, 1926

Otto Dalchow, Die Städte des Warthelandes. *Diss.* Leipzig 1910

Hans Ponsick, Siedlung in Stichwörtern. 1925

J. W. Ludowici, Das deutsche Siedlungswerk. 1935

#### IV. Kartenwerke

Paul Langhans, Deutscher Kolonialatlas. 1897

Historischer Atlas der Österreichischen Alpenländer. Hrg. von der Kaiserlichen Akademie der Wissenschaften in Wien. 1906 ff.

Mitteldeutscher Heimatatlas. Hrg. von Otto Schlüter. Im Erscheinen

Historischer Atlas der Provinz Brandenburg. Hrg. von der Historischen Kommission für Brandenburg und Berlin. 1933 ff.

Historischer Atlas der Provinz Pommern. Hrg. von der Landesgeschichtlichen Forschungsstelle für Pommern (Fr. Eurschmann und E. Rubow). 1935

Geschichtlicher Atlas von Schlesien. Hrg. von der Historischen Kommission für Schlesien. Beiheft 1: H. Schlenger, Friderizianische Siedlungen. 1933

H. Harms und O. Wiechert, Heimatatlas für Ost- und Westpreußen. 1926

Karl Werner, Fragen der deutschen Ostgrenze in 57 mehrfarbigen Karten und Tabellen dargestellt. 1933

W. Volz und H. Schwalm, Die deutsche Ostgrenze. Text- und Kartenband. 1929



# Der Deutsche Osten

Von Dr. Werner Emmerich. 48 Seiten Text, 48 Kunst-  
drucktafeln und eine Übersichtskarte. In Pappband 90 Pf.

\*

„Ein erfreuliches Buch, knapp und doch inhalt-  
reich, sachlich und doch voll bewundernder Anteil-  
nahme an den großen Leistungen des deutschen  
Volkes im Ostraum. Die zahlreichen, gut aus-  
gewählten Bilder sind nicht nur ‚Illustrationen‘,  
sondern stehen in engster Beziehung zum Text.“  
(Fritz Gauße in „Altpreussische Forschungen“, Königsberg)

---

## Die Deutsche Kulturgeschichte

4. vermehrte und verbesserte Auflage. Band I: Geschichte  
der Deutschen Kultur von Prof. Dr. Georg Steinhausen,  
neubearbeitet und erweitert von Dr. Eugen Diesel. Band II:  
Bilderatlas zur Deutschen Kulturgeschichte, bearbeitet von  
Dr. Friedrich Schulze, Direktor des Stadtgeschichtlichen Mu-  
seums in Leipzig, unter Mitarbeit von Dr. Werner Schulze.  
2 Bde. Lexikonformat. Leinen 35 RM., Halbleder 45 RM.

Im Verein mit dem Bilderband, der von außer-  
ordentlichem Reichtum ist, hat die Steinhausen-  
sche Kulturgeschichte sich einen Rang geschaffen,  
der ihr sobald nicht streitig gemacht werden kann.“  
(„Die Woche“, Berlin)

\*

Verlag Bibliographisches Institut AG. / Leipzig



Weitere wichtige Bücher zur Frage  
des deutschen Lebensraumes:

## **Der Deutsche Osten**

Die kolonisatorische Leistung  
des deutschen Volkes im Mittelalter

Von Werner Emmerich

40 Seiten Text, 63 Abbildungen auf 48  
Kunstdrucktafeln. Format 12,5 × 18 cm.  
Gebunden 90 Pf.

## **Die deutschen Kolonien**

Eine historisch=geographische Dar-  
stellung ihres Werdens und Wesens

Von Dr. Karl H. Dietzel

40 Seiten Text, 45 Abbildungen auf 23  
Kunstdrucktafeln. Format 12,5 × 18 cm.  
Gebunden 90 Pf.

## **Politische Geschichte der deutschen Grenzen**

Von Prof. Dr. Paul Klrn

192 Seiten Text, 12 schwarze und 7 mehr-  
farbige Karten. Format 17 × 25 cm. In  
Ganzleinen 4.80 RM.

„Es ist ein großer Dienst, den Klrn  
der deutschen politischen Erziehung, dem  
Grenzbewußtsein und der Anleitung zum  
persönlichen, staats= und volkspolitisch  
bewußten Grenzerlebnis seiner Volksg-  
enossen geleistet hat.“ (Prof. Dr. K. Haus-  
hofer, München, in der Zeitschr. f. Geopolitik)

**Bibliographisches Institut AG.**  
**Leipzig**

Uniwersytet Gdański

**H**

1005

**CZYTELNIA**